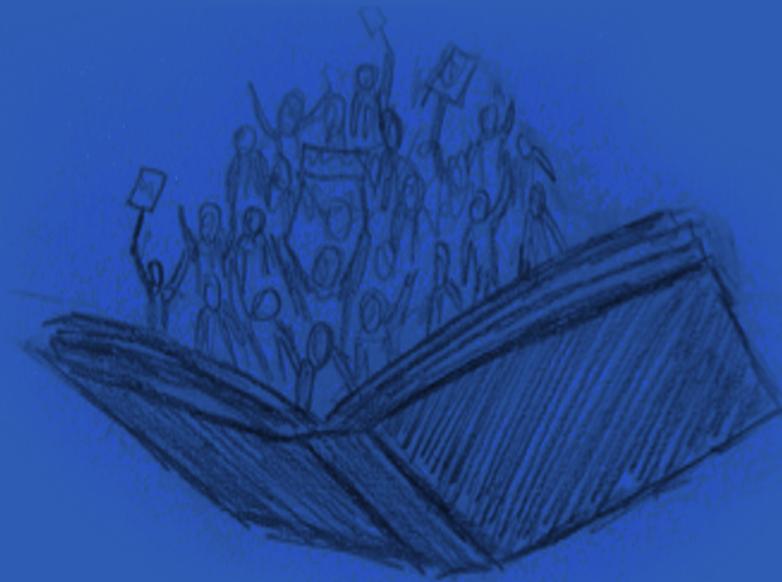


Einführung in die Kapitalismuskritik



Reader zum kritischen Bildungszyklus
im Herbst 2021

Programm Herbst 2021



21. September: Einführung und Kennenlernen
Text: Peter Kropotkin: An die jungen Leute, 1893.

Teil 1: Grundlagen der Kapitalismuskritik

28. September: Grundlagen Kapitalismus – Arbeiter:innenbewegung – Marxismus.
Text: Michael Heinrich, Kritik der politischen Ökonomie, Schmetterling Verlag 2004, Kapitel 1.1-1.3

5. Oktober: fällt aus

12. Oktober: Gebrauchswert, Tauschwert und Wert der Arbeit.
Text: David Harvey: Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus, Berlin 2015, S. 21-36.

19. Oktober: Kapital, Mehrwert, Ausbeutung
Text: Michael Heinrich, Kritik der politischen Ökonomie, Schmetterling Verlag 2004, Kapitel 4.

26. Oktober: der kapitalistische Produktionsprozess Teil 1
Text: Michael Heinrich, Kritik der politischen Ökonomie, Schmetterling Verlag 2004, Kapitel 5.1-5.3

2. November: der kapitalistische Produktionsprozess Teil 2
Text: Michael Heinrich, Kritik der politischen Ökonomie, Schmetterling Verlag 2004, Kapitel 5.4-5.6

9. November: Klassenverhältnisse
Text: Ralf Krämer, Kapitalismus verstehen, Hamburg 2015, S. 56-65.

16. November: Tendenzieller Fall der Profitrate, Überproduktion und Krisen
Text: Ralf Krämer, Kapitalismus verstehen, Hamburg 2015, S. 86-98

23. November: Finanzkapital – fiktives Kapital.
Text: Ralf Krämer: Kapitalismus verstehen, Hamburg 2015, S. 118-132.

Teil 2: Kapital und Gesellschaft

30. November: Verhältnis Staat-Kapital

Text: John Holloway, Reform des Staats. Globales Kapital und nationaler Staat. In: PROKLA Heft 90 1993, S. 12-33.

7. November: Kapitalismus und Geschlecht

Text: Freundinnen und Freunde der Klassenlosen Gesellschaft: Abseits des Spülbeckens. Fragmentarisches über Geschlechter und Kapital. Aus: Kosmoprolet Nr. 4, 2015.

14. Dezember: Kapitalismus und Klimakrise.

Text: Philip Krämer: Warum der Markt die ökologische Krise nicht lösen kann. In: Kreymann/Rodermund (Hg.): Eine Welt zu gewinnen, Köln 2018, S. 92-103.

An die jungen Leute.

Da dieses Büchlein an die Jugend gerichtet ist, so mögen es die Herzens- und Geistes-Alten beiseite legen, ohne sich die Augen zu ermüden; denn sie würden mich doch nicht verstehen.

Ich nehme an, ihr steht im Alter zwischen 18 und 20 Jahren, eure Lehr- und Studienzeit ist vorbei, und ihr seid im Begriffe, ins eigentliche Leben einzutreten. Hoffentlich seid ihr auch frei vom Aberglauben, und geht nicht in die Kirche, um den Pfaffen schwätzen zu hören. Auch halte ich euch für keine Gecken, die sich in den Strassen spreizen. Ich setze überhaupt voraus, dass ihr das Herz auf dem rechten Flecke habt, deshalb will ich mit euch reden.

Eine ernste Frage steht vor euch: „Was soll ich werden?“ Wenn man jung ist, begreift man, dass man nicht mehrere Jahre lang ein Handwerk oder Wissenschaft (wohlgemerkt, auf Unkosten der Gesellschaft) gelernt hat, um alles hintenach für selbstsüchtige Zwecke auszunützen. Was ist also zu tun, damit aus eurem Traume eine Wirklichkeit entstehe?

In was für einer Lage du geboren bist, weiss ich nicht. Vielleicht hast du wissenschaftliche Studien gemacht; du willst entweder Arzt, Advokat oder Gelehrter werden; ein weites Feld öffnet sich vor dir; du trittst in das Leben mit Kenntnissen und Fähigkeiten; oder du bist ein ehrlicher Arbeiter, dessen wissenschaftliche Kenntnisse nicht sehr gross sind, der aber bereits Gelegenheit hatte, sich das anstrengende Leben des heutigen Proletariats anzusehen.

Bleiben wir aber bei der ersten Vermutung, nehmen wir zum Beispiel an, dass du Arzt werden willst.

Morgen wird ein in einen Arbeitskittel gekleideter Mann dich holen; er wird dich in eine von jenen engen Gassen führen, wo die Nachbarinnen beider Häuserreihen sich beinahe die Hände über dem Kopfe der Vorübergehenden reichen können; bei der Beleuchtung der zitternden Flamme eines Oellämpchens steigt du in verpesteter Luft zwei, drei, vier, fünf mit Schmutz bedeckte Stiegen hinan und dort, in einem

kalten, leeren Raume, auf einem elenden Bett liegend, findest du eine Kranke, mit schmutzigen Lumpen bedeckt. Magere, fahle Kinder, halb nackt und zitternd, gucken dich mit weit geöffneten Augen an. Der Mann hat sein ganzes Leben lang an irgend einer Arbeit zwölf und dreizehn Stunden gearbeitet und jetzt ist er seit drei Monaten arbeitslos. Arbeitslosigkeit ist in seinem Handwerke nicht selten; jedes Jahr periodisch kommt sie vor. Wenn er früher arbeitslos war, arbeitete die Frau als Tagelöhnerin, 1 bis 2 Mark verdienend; jetzt aber liegt sie seit zwei Monaten darnieder und grässlich zeigt sich das Elend in der Familie.

Was wirst du der Kranken verschreiben, Doktor? Du, der du erraten hast, dass die Krankheit nichts anderes ist, als allgemeine Blutarmut, Mangel an guter Nahrung und gesunder Luft? Ein gutes Beefsteak jeden Tag? Bewegung im Freien? Ein wohlgelüftetes Zimmer? Welch eine Ironie! Wenn die Frau sich solches bieten könnte, sie würde es längst ohne auf deine Ratschläge zu warten, getan haben.

Wenn du ein gutes Herz und einen ehrlichen Blick hast, so wird die Familie dir noch allerlei erzählen. Sie wird dir sagen, dass in der nächsten Stube jene Frau, welche so herzzerreissend hustet, eine arme Böglerin ist; dass eine Treppe tiefer alle Kinder fieberkrank sind; dass die Wäscherin des Parterres sich des Frühlings nicht mehr erfreuen wird, und dass es im Hause nebenan noch schlimmer aussieht. Was wirst du allen diesen Kranken sagen? Gute Nahrung, Klimawechsel, eine weniger schwere Arbeit? Du hättest es sagen mögen, aber — du magst es nicht, und mit zerrissenem Herzen, einen Fluch auf den Lippen, gehst du wieder hinaus. —

Am folgeuden Morgen bist du über die unglücklichen Bewohner des elenden Hauses noch in Gedanken vertieft; da kommt ein Freund, ebenfalls ein Arzt, der dir erzählt, dass ein Lakai mit einer Kutsche ihn abholte. Es galt, die Bewohnerin eines reichen Hotels zu besuchen, eine durch schlaflose Nächte erschöpfte Dame, welche ihr ganzes Leben Toiletten, Besuchen und den Streitigkeiten mit einem rohen Manne gewidmet hat. Dein Freund hat ihr ein etwas weniger untätiges Leben, weniger erregbare Nahrung, Geistesruhe und Zimmergymnastik angeraten, letztere, um bis zu einem gewissen Grade die wohltätige Wirkung körperlicher, produktiver Arbeit zu ersetzen.

Die eine stirbt, weil sie ihr ganzes Leben hindurch nie genug gegessen, sich nie genügend ausgeruht hat; die andere stirbt ebenfalls, weil sie nie gewusst, was arbeiten heisst.

Wenn du eine von jenen weichlichen Naturen besitzt, welche sich an alles gewöhnen, und welche Angesichts der

empörendsten Tatsachen sich durch einen leichten Seufzer und ein Glas Bier trösten, dann allerdings wirst du dich nach und nach an jene Gegensätze gewöhnen, und, indem du das Tier in dir erweckst, wirst du nur den einen Wunsch hegen, dich zu den Glücklichen rechnen zu können, um nicht unter Elenden leben zu müssen.

Wenn du aber ein Mann bist, wenn jedes Gefühl bei dir in einem Willensakt sich zeigt, wenn das Tierische in dir das intelligente Wesen nicht unterdrückt hat, dann wirst du eines Tages nach Hause kommen und ausrufen: „Nein, das ist ungerecht, es soll nicht so fortgehen!“ Es handelt sich nicht darum, Krankheiten zu kurieren, sondern sie zu vermeiden. Etwas Wohlstand und geistige Entwicklung würden genügen, um die Hälfte der Krankheiten aus unseren Listen zu streichen. Zum Teufel mit den Arzneien! Luft, Nahrung, weniger aufreibende Arbeit, damit soll man anfangen, sonst ist die ärztliche Kunst nichts weiter, als Betrug.

Damit wirst du den Sozialismus begriffen haben. Du wirst ihn näher kennen lernen wollen, und wenn die Menschenliebe nicht ein sinnloses Wort für dich ist, so wirst du dich doch zuletzt in unseren Reihen einfinden, und so, wie wir an der Förderung der sozialen Umwälzung arbeiten.

Vielleicht aber wirst du sagen: „Widmen wir uns wie der Astronom, der Physiker und der Chemiker der reinen Wissenschaft.“

Wird es aber der Genuss sein, welchen das Studium der Naturgeheimnisse sowohl, als die Uebung unserer geistigen Fähigkeiten uns verschafft, der dich befriedigt? In diesem Falle frage ich weiter: Worin unterscheidet sich denn der Gelehrte, der die Wissenschaft kultiviert, blos um seine Zeit angenehm zu verleben, von dem Säufer, welcher ebenfalls nur in dem unmittelbaren Genuss das Leben sucht und es im Weine findet.

Gewiss hat der Gelehrte die Quelle seiner Genüsse besser gewählt. Das ist aber auch alles! Beide, Säufer und Gelehrter, haben dasselbe egoistische Ziel, nämlich den persönlichen Genuss.

Aber nein, diesem egoistischen Leben wirst du dich nicht weihen wollen. Indem du für die Wissenschaft arbeitest, willst du gewiss auch für die Menschheit arbeiten, und dieser Gedanke wird dich in der Wahl deiner Arbeit leiten . . . Eine schöne Illusion das! Wer von uns hat sie nicht einen Augenblick empfunden, als er an die Wissenschaft herantrat?

Wenn du wirklich an die Menschheit denkst, wenn du sie während deiner Studien wahrhaft im Auge behälst, so wird eine ungeheure Einwendung sich vor dir erheben; denn im

Falle du ein richtiges Urteil besitzt, so wirst du gleich erkennen, dass in der jetzigen Gesellschaft die Wissenschaft nichts weiter ist, als ein Luxusartikel, welcher einigen dazu dient, sich das Leben angenehm zu machen, für den grössten Teil der Menschheit aber vollständig unzugänglich ist. Allerdings ist es schon mehr als ein Jahrhundert her, seitdem die Wissenschaft gesunde Begriffe über die Weltentstehung festgestellt hat; wie gross ist aber die Zahl derer, welche sich eine wissenschaftliche Kritik angeeignet haben? Kaum einige Tausende, die sich unter Hunderten von Millionen verlieren und welche noch Vorurteile und Aberglauben, der Barbaren würdig, beibehalten und folglich religiösen Betrügnern als Spielzeug dienen.

Oder wirf einen Blick auf die Hygiene! Letztere sagt uns, wie wir leben müssen, um die Gesundheit unseres Körpers zu bewahren. Bleibt aber nicht die ungeheuere Arbeit, die man auf diesem Gebiete vollbracht, in unseren Büchern stecken? Und warum? Weil heute die Wissenschaft nur für eine Handvoll privilegierter Menschen gemacht ist; weil die soziale Ungleichheit, welche die Gesellschaft in zwei Klassen teilt, die der Lohnarbeiter und die unrechtmässigen Besitzer des Kapitals, aus allen Lehren über die Bedingungen des rationellen Lebens nur einen Hohn für neun Zehntel der Menschheit ausmacht.

Es handelt sich jetzt nicht mehr um Wahrheiten und wissenschaftliche Entdeckungen. Es handelt sich vor allem darum, die durch die Wissenschaften erworbenen Wahrheiten zu verbreiten, sie ins Leben treten zu lassen, aus ihnen ein gemeinschaftliches Gut zu machen. Es handelt sich darum, dass die ganze Menschheit fähig wird, diese Wahrheiten sich anzueignen. So verlangt es die Gerechtigkeit. Im Interesse der Wissenschaft selbst muss es so werden, denn die Wissenschaft schreitet vor, wenn eine neue Wahrheit einen schon vorbereiteten Boden dafür findet.

Wenn du aber von solchen Ideen durchdrungen bist, so wirst du einsehen, dass es vor allen Dingen notwendig ist, eine Aenderung in dem allgemeinen Stand der Dinge herbeizuführen; denn die jetzigen Verhältnisse verdämmen den Gelehrten, von wissenschaftlichen Wahrheiten vollgepfropft zu sein, während die meisten menschlichen Wesen verurteilt sind, wie vor zehn Jahrhunderten, Sklaven oder Maschinen zu bleiben, unfähig, die festgesetzten Wahrheiten sich anzueignen. Und am Tage, wo du von dieser menschlichen und wissenschaftlichen Idee durchdrungen bist, wirst du den Sinn für blosser Wissenschaft verlieren. Du wirst die Mittel, eine Aenderung möglich zu machen, suchen, und für den Sozialismus gewonnen sein. Da wirst du deine Fähigkeiten und deine Hingebungen den Unterdrückten widmen. Und wenn in einer,

hoffentlich nahen Zeit, die Umwälzung, für welche du arbeitest, stattfindet, dann wird die Wissenschaft unter der mächtigen Mitwirkung der Arbeiterheere, welche ihre Kräfte zu ihrer Verfügung stellen werden, einen neuen Aufschwung nehmen; die langsamen heutigen Fortschritte werden, damit verglichen, wie Schülerübungen erscheinen.

Geniesse dann die Wissenschaft, dieser Genuss wird für alle sein.

Wenn du deine Rechtsstudien beendet hast und als Advokat auftreten willst, so kann es sein, dass auch du dir Illusionen über deine zukünftige Tätigkeit machst, vorausgesetzt, dass du ein Menschenfreund bist. Vielleicht denkst du: „Einem unauthörliehen Kampfe gegen alle Ungerechtigkeiten dein Leben zu widmen. Sich fortwährend bemühen, dem Gesetze — Ausdruck der höchsten Gerechtigkeit — den Sieg zu sichern!“ Welcher Beruf könnte schöner sein? Und so, voll Vertrauen in dich, trittst du ins Leben hinein. Nun öffnen wir aufs geradewohl die Gerichts-Chronik, lass uns hören, was sie uns vom Leben erzählt. Hier ist ein reicher Eigentümer; er verlangt die Ausweisung eines Pächters, welcher die Zinsen nicht vollständig zahlte. Das Gesetz duldet keine Zögerung. Da der Pächter nicht zahlt, muss er fort. Und doch liegt die Sache so: Der Eigentümer hat immer seine Zinsen im lustigen Schmausen verzehrt, der Bauer dagegen immer gearbeitet. Der Eigentümer hat nichts getan, um seinen Grund und Boden zu verbessern, und trotzdem hat der Wert desselben in fünfzig Jahren sich verdreifacht, nämlich infolge einer neuen Bahnlinie, neuer Landstrassen, Austrocknung der Sümpfe und Umbrechung des unbebauten Grundes; und der Bauer, welcher selbst zu dieser Erhöhung des Wertes beigetragen, hat sich dabei ruiniert; er hat Schulden und kann den Gutsbesitzer nicht mehr bezahlen. Das Gesetz ist aber für die Eigentümer da und gibt dem Besitzer recht. Du aber, in dessen Innerem die gerichtlichen Erdichtungen das Gefühl der Gerechtigkeit noch nicht getötet haben, was wirst du machen? Wirst du verlangen, dass man den Pächter auf die Landstrasse setzt — so will es das Gesetz — oder wirst du verlangen, dass der Gutsbesitzer dem Pächter den ganzen Teil der Erhöhung des Wertes, welcher seiner Arbeit zukommt, zurückerstattet? — so will es die Gerechtigkeit. — Auf welche Seite willst du dich stellen! Bist du für das Gesetz, aber gegen die Gerechtigkeit oder für die Gerechtigkeit und gegen das Gesetz?

Eines Tages schleicht sich ein Mann um einen Metzger herum, greift nach einem Stück Fleisch und läuft davon. Man hält ihn an und fragt in aus; da erfährt man, dass er arbeitslos ist, dass er, sowohl wie seine Familie, seit vier Tagen nichts

gegessen haben. Der Schlächter wird inständig gebeten, den Mann loszulassen, der aber will „Gerechtigkeit“; er verfolgt ihn gerichtlich und der Mann wird zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — So will es die blinde Themis. — Wirst du beim Anblick solcher Verurteilungen, welche sich jeden Tag erneuern, dich nicht wieder gegen Gesetz und Gesellschaft empören? Oder wirst du die Anwendung des Gesetzes fordern gegen einen Mann, welcher aufwuchs, ohne jemals ein liebendes Wort gehört zu haben, und der am Ende seinen Nachbar tötete, um ihm fünf Mark zu nehmen? Wirst du verlangen, dass man ihn guillotiniert oder, was noch schlimmer ist, dass man ihn zwanzig Jahre ins Gefängnis einsperrt, obwohl du weisst, dass er eher krank, als verbrecherisch ist, und dass jedenfalls sein Verbrechen auf die ganze menschliche Gesellschaft zurückfällt?

Wenn du das Gesetz analysierst und frei machst von den Unwahrheiten, mit welchen man es umgeben hat, um seinen Ursprung zu verbergen, — welcher das Recht des Stärkern ist, so wirst du eine tiefe Verachtung gegen das Gesetz empfinden. Du wirst begreifen, dass du kein Diener des Gesetzes bleiben kannst, ohne entweder selber mit demselben täglich in Konflikt zu geraten, oder dein besseres Gewissen zu töten. Du wirst entweder dein Gewissen zum Schweigen bringen und dann ein Schuft werden, oder mit uns an der Anhebung aller politischen und sozialen Ungerechtigkeit arbeiten.

Dann aber wirst du kein Advokat, sondern ein Revolutionär sein.

Und du, junger Ingenieur, der du das Schicksal der Arbeiter durch Anwendung der Wissenschaft auf die Industrie zu verbessern träumtest, — welche Illusionen, welche Kränkungen warten deiner! Du gibst die jugendliche Kraft deiner Intelligenz zur Errichtung einer Bahn, welche am Rande von Abgründen sich hinziehen soll und zwei durch die Natur getrennte Länder vereinigen wird. Wenn die Arbeit aber einmal begonnen ist, so siehst du im finstern Tunnel ganze Scharen durch Elend und Krankheit dezimierter Arbeiter, andere, welche heimkehren, kaum einige Pfennige und die unzweifelhaften Keime der Schwindsucht forttragend; du siehst menschliche Kadaver — Produkte eines schmutzigen Geizes —, welche jeden Meter deiner Bahn bedecken; und wenn dieselbe endlich fertig ist, so siehst du sie eine Bahn für die Kanonen totbringender Banden werden . . .

Du hast deine Jugend einer Entdeckung, welche die Arbeit vereinfachen soll, gewidmet, und nach vieler Mühe, nach vielen schlaflosen Nächten, bist du endlich im Besitz derselben. Du wendest sie an, und das Resultat geht über

Hoffnungen hinaus. Zehn Tausend, zwanzig Tausend Arbeiter werden dadurch auf die Strasse geworfen werden! Die übrigen werden als Maschinen verbraucht! Drei, vier, zehn Fabrikbesitzer bereichern sich und werden Champagner aus vollen Gläsern trinken . . . Hast du solches erstrebt?

Endlich studierst du die neuesten Gewerbe-Fortschritte und wirst klar darüber, dass unter dem Systeme des Privateigentums und der Lohnarbeit jede neue Entdeckung, anstatt das Wohlsein des Arbeiters zu heben, seine Sklaverei schwer macht, dass Arbeitslosigkeit und Krisen dauernd sind, und dass nur derjenige davon Vorteil hat, welcher schon zuvor reich war. Was wirst du tun, wenn du einmal zur Einsicht gekommen bist? — Du wirst anfangen dein Gewissen durch Trugschlüsse zum Stillschweigen zu bringen und ins Lager der Unterdrücker übertreten. Falls du aber ein edles Herz im Leibe hast, wirst du sagen: Nein, jetzt ist der Augenblick nicht, Entdeckungen zu machen! Wenn hingegen das Privateigentum abgeschafft ist, dann wird jeder neue Fortschritt zugunsten der Menschheit gemacht werden.“

Was soll ich sagen zu einem Lehrer — nicht zu einem solchen, welcher seinen Beruf als langweiligen Erwerb betrachtet, sondern zu einem, welcher in den kleinen Köpfen der Jugend Menschlichkeit und ideale Gedanken zu erwecken sucht, wie er sie selbst in seiner Jugend hegte?

Oft sehe ich dich traurig, und ich weiss, was dir die Brauen verzieht. Dein geliebtester Schüler, welcher allerdings nicht weit im Latein ist, welcher aber dafür ein sehr gutes Herz besitzt, erzählte früher mit so vieler Lebhaftigkeit Tells Sage! Seine Augen glänzten, und es schien, als wollte er auf der Stelle alle Tyrannen erstechen. Einmal aber ist er zu Hause tüchtig von Vater und Mutter gescholten worden, weil er sich gegen den Pfarrer oder den Feldhüter rücksichtslos benommen. Eine Stunde lang haben sie ihm Unterwerfung vorgepredigt, dermassen, dass er den Schiller beiseite legte, um „Die Kunst, durch die Welt zu kommen“, zu lesen.

Und dann erzählte man dir, dass deine besten Schüler alle Taugenichtse geworden sind; der eine träumt von den Epauletten, der andere zieht den mageren Lohn der Arbeiter, und du denkst jetzt nach über den traurigen Widerspruch, welcher zwischen Leben und Ideal herrscht. Du wirst noch deine Lieblings-Schriftsteller beiseite legen und am Ende sagen: Gewiss war Tell ein ehrlicher Vater, imgrunde genommen aber etwas närrisch; sicher ist die Dichtkunst eine ausgezeichnete Erholung am Herde, besonders wenn man den ganzen Tag die Regeldetrie gelehrt hat, aber eigentlich schweben die Herren Dichter immer in den Wolken und ihre

Verse haben nichts mit dem Leben oder dem künftigen Besuch des Herrn Inspektors zu tun . . .

Oder deine Jugendträume werden die feste Ueberzeugung des reifen Mannes werden. Du wirst einen ausgedehnten und menschenfreundlichen Unterricht für alle, innerhalb und ausserhalb der Schule einführen wollen, und da du siehst, dass dieses bei den heutigen Verhältnissen unmöglich ist, so greifst du die Basis selbst, die bürgerliche Gesellschaft an. Dann aber jagt man dich zum Teufel. Du wirst die Schule verlassen, unter uns treten und den älteren, aber weniger gelehrten Männern erzählen, was für Reize das Wissen besitzt, was die Menschheit sein soll, und was sie sein kann. Du wirst mit den Sozialisten an der vollständigen Umwälzung des Bestehenden im Sinne der Gleichheit, der Solidarität und Freiheit arbeiten.

Und du, junger Künstler, Bildhauer, Maler, Dichter, Musiker, bemerkst du nicht, dass das heilige Feuer, welches irgend einen deiner Vorgänger begeistert hatte, dir heute fehlt? Merkst du nicht, dass die Mittelmässigkeit in der Kunst jetzt vorherrschend ist?

Und könnte es anders sein? Eine Freude, die alte Welt wieder gefunden zu haben, oder in den Quellen der Natur sich wieder neu belebt zu haben, wie zur Zeit der Renaissance, existiert nicht mehr für die heutige Kunst. Der revolutionäre Gedanke hat sie bis jetzt kalt gelassen und beim Mangel an sonstigen Gedanken glaubt sie in dem Realismus einen Ersatz gefunden zu haben, wenn sie sich bemüht, den Tautropfen auf einem Pflanzenblatt in Farben zu photographieren, wenn sie die Muskel einer Kuh darstellt oder in Prosa und in Versen den Kot einer Gasse oder das Boudoir einer galanten Frau schildert.

Aber wenn die Sachen so stehen, was ist denn zu tun? Falls das heilige Feuer, welches du zu besitzen behauptest, nichts weiter ist, als ein „rauchiges Oellämpchen“, dann wirst du fortfahren wie bisher, und deine Kunst wird bald Verzierungen für den Salon eines Krämers liefern, oder du schreibst Operntexte oder du wirst Feuilletonlieferant für Herrn von Girardin — die meisten von euch fahren schon mit offenen Segeln diese steile Bahn herunter.

Wenn dein Herz aber wirklich mit dem der Menschheit zusammenschlingt, wenn du als wahrer Dichter den Sinn hast, das Leben zu verstehen, dann wirst du angesichts eines Schmerzensmeeres, dessen Flut vor dir steigt, angesichts dieser vor Hunger sterbenden Völker, dieser, in den Minen aufgehäuften Kadaver und dieser wunden Körper, welche hügelhoch am Fusse der Barrikaden liegen, dieser Verbanntenzüge, welche in Sibiriens Schnee und am Strande der tropischen Inseln ver-

graben werden, angesichts des beginnenden höchsten Kampfes, des Schmerzensschreies der Besiegten und des Triumphes der Sieger, des Heroismus, welcher mit der Feigheit kämpft, der edlen Begeisterung, die mit der niedrigen Bosheit ringt, — nicht mehr neutral bleiben können. Du wirst dich auf die Seite der Unterdrückten stellen, weil du weisst, dass das Schöne und Erhabene sich auf seiten derjenigen befindet, welche für die Menschheit, für die Gleichheit kämpfen.

Zum Teufel! sagst du, wenn die abstrakte Wissenschaft ein Luxus und Praxis der Medizin ein falscher Schein ist; wenn das Gesetz eine Ungerechtigkeit und die technische Entdeckung ein Unterdrückungsmittel ist; wenn die Schule, die für die Weisheit des Lebens kämpft, besiegt wird, wenn die Kunst ohne revolutionäre Gedanken nur entarten kann —, was bleibt mir dann zu tun übrig? . . .

Eine höchst anziehende Arbeit, eine Arbeit, in welcher die Taten vollkommen dem Bewusstsein entspringen; eine Arbeit, welche geeignet ist, die edelsten und tatkräftigsten Charaktere hinzureissen.

Entweder handelt man sich selbst gegenüber unwahr und sagt: Mag die Menschheit zugrunde gehen, wenn nur ich geniesse. Oder man wird Sozialist und erstrebt die Umwälzung der Gesellschaft.

Wenn wir einmal diesen Schluss erreicht haben, so stehen wir ganz natürlich vor der Frage: „Was tun?“ Die Antwort ist leicht.

Tritt nur aus deinem Zirkel heraus, wo es Sitte ist, das Volk als einen Bestienhaufen zu betrachten; komme zu diesem Volk und die Antwort wird sich finden.

Du wirst sehen, dass überall, in Frankreich, wie in Deutschland, in Italien, wie in den Vereinigten Staaten, überall, wo Privilegierte und Unterdrückte gibt, eine ungeheuere Tätigkeit vom Volke entfaltet wird, das bestehende Unrecht niederzuwerfen und den Grundstein zu einer Gesellschaft zu legen, welche auf Gerechtigkeit und Gleichheit beruht. Es genügt dem heutigen Volke nicht mehr, seine Klagen in einem herzerreissenden Liede, wie es der slavische Bauer singt, Ausdruck zu geben; es arbeitet gegen alle Hindernisse an seiner Befreiung.

Seine Gedanken üben sich fortwährend, zu erraten, was zu tun, damit das Leben, anstatt ein Fluch für drei Viertel der Menschheit, ein Glück für Alle sei. Es befasst sich mit den schwersten Fragen der Soziologie und bemüht sich, sie aufzulösen. Es sucht sich zu organisieren. Es schafft sich eine Presse und rüstet in jeder denkbaren Weise zum Kampfe.

Welch eine Reihe fortwährender Anstrengungen! Welch ein unaufhörlicher Kampf! Welch eine Aufopferung, bald um

die leeren Stellen zu füllen, welche durch den Abgang — infolge der Ermüdung, der Korruption oder Verfolgung — entstehen, bald um die durch Erschiessungen gelichteten Reihen wieder auszufüllen, bald um die durch sonstige Verfolgungen plötzlich unterbrochene Agitation wieder aufzunehmen!

Die Zeitungen werden durch Männer, welche der Gesellschaft Unterrichtsbrocken stehlen mussten, indem sie Schlaf und Nahrung entbehrten, hergestellt; die Agitation wird durch Pfennige, welche dem allernotwendigsten, oft dem trockenen Brote entzogen werden, unterstützt, und dies alles unter der fortwährenden Befürchtung, die Familie dem schrecklichsten Elende preisgegeben zu sehen, sobald der Meister bemerkt, dass „sein“ Arbeiter, „sein“ Sklave, Sozialismus treibt!

Das alles wirst du wahrnehmen, wenn du unter das Volk gehst.

Wie oft hat sich in diesem endlosen Kampfe unter der Last der Hindernisse der Arbeiter vergeblich gefragt: „Wo sind denn diese jungen Leute, welche wir ernährten und kleideten, während sie studierten? Für welche wir mit leeren Magen und gekrümmten Rücken diese Häuser, diese Akademien, diese Museen bauten? Für welche wir diese schönen Bücher, die wir nicht einmal lesen können, gedruckt haben? Wo sind sie, diese Professoren, welche Humanität zu besitzen behaupten, und denen doch die Menschheit nicht einmal soviel gilt, wie eine seltene Art von Raupen? Wo sind diese Männer, welche über Freiheit sprechen und die unsrige täglich mit Füßen treten, niemals aber verteidigen? Diese Schriftsteller, diese Dichter, diese Maler; wo ist diese ganze Heuchlergesellschaft, welche mit tränenden Augen vom Volke spricht, aber sich nie bei uns eingefunden hat, um uns zu helfen?“

Die Bienen befinden sich in ihrer feigen Gleichgültigkeit wohl, die Anderen, welche die grösste Zahl bilden, verachten „die Kanaille“ und sind bereit, wenn das Volk ihre Privilegien anzutasten wagt, sich darauf los zu stürzen.

Wohl kommt von Zeit zu Zeit ein junger Mann, welcher von Barrikaden und Trommeln träumt, und welcher Aufsehen erregende Auftritte sucht, der aber die Sache des Volkes verlässt, sobald er bemerkt, dass der Weg der Barrikaden lang, die Arbeit mühsam ist, und dass die Lorbeerkränze, die er auf dieser Bahn zu erorbern glaubte, mit Stacheln vermischt sind. Meistens sind es ungesättigte Ehrgeizige, die, nachdem sie in ihrem ersten akademischen Versuche unglücklich waren, die Stimmen des Volkes für sich zu gewinnen suchten, welche aber später die ersten sein werden, dagegen zu donnern, sobald es die Grundsätze, welche sie selber gepredigt haben, anwenden will, ja die vielleicht sogar die Kanonen gegen es richten

lassen, wenn es sich zu rühren wagt, bevor sie, die „Führer“ das Zeichen gegeben haben.

Füge die dumme Beschimpfung, die eitle Verachtung, die feige Verleumdung seitens der grössten Anzahl der Studierenden und Studierten hinzu, und du wirst alles haben, was das Volk jetzt von der Bürgerjugend als Beihilfe in seiner sozialen Umwälzungsarbeit empfängt.

Wenn du dieses weisst, kannst du da noch fragen: „Was tun?“ Wenn Alles noch zu tun ist! Wenn ein ganzes Heer von jungen Leuten genug Gelegenheit finden würde, die ganze Kraft ihrer Intelligenz, ihrer Talente anzuwenden, um dem Volk in der ungeheuren Aufgabe, welche es unternommen hat, zu helfen!

Wenn ihr von den Grundsätzen des Sozialismus durchdrungen seid, wenn ihr die ganze Grösse der heranwachsenden Umwälzung begriffen habt, so müsst ihr auch einsehen können, dass die ganze Wissenschaft von neuem aufzubauen ist, um sie mit den neuen Grundsätzen in Uebereinstimmung zu bringen.

Bemerkt ihr nicht, dass es sich darum handelt, auf diesem Gebiete eine Revolution zu bewerkstelligen, deren Wichtigkeit diejenige, welche betr. der Wissenschaft im achtzehnten Jahrhundert stattgefunden hat, weit übertreffen muss? Begreift ihr nicht, dass die Geschichte, welche heute eine Fabel ist, die über die Grösse der Könige, der Parlamente usw. berichtet, ganz umzuschmelzen ist? Versteht ihr nicht, dass die Sozialökonomie, welche heute die kapitalistische Ausnützung beschönigt, ganz zu ändern ist? Dass die Anthropologie, die Soziologie, die Moral vollständig umzuarbeiten sind, und dass selbst die Naturwissenschaften, von einem neuen Gesichtspunkte betrachtet, einer gründlichen Umwälzung unterworfen werden müssen?

Nun, wendet euer Wissen im Dienste einer guten Sache an! Kommt aber hauptsächlich, um uns durch eure Logik, die hundertjährigen Vorurteile bekämpfen zu helfen, und die Grundlagen einer besseren Gesellschafts-Organisation auszuarbeiten! Zeigt uns durch das gute Beispiel, wie man sein Leben für den Sieg der Wahrheit opfert!

Du, Arzt, dessen Erfahrung dir den Sozialismus begreiflich machte, höre nicht auf, heute, jeden Tag, bei jeder Gelegenheit zu wiederholen, dass die Menschheit zur Entartung schreitet, wenn sie in den gegenwärtigen Lebens- und Arbeitszuständen bleibt; dass deine Arzeneien gegen die Krankheiten erfolglos bleiben werden, solange neunundneunzig Hunderstel der Menschheit in Zuständen leben, welche allen wissenschaftlichen Erfahrungen zuwider sind; dass es die Ursachen der Krankheiten sind, welche beseitigt werden sollen, und was

dazu erforderlich ist, um diese Ursachen zu vernichten. Zerlege doch diese in Fäulnis geratene Gesellschaft per Seziersmesser mit sicherer Hand, und sage uns, was eine rationelle Lebensweise sein sollte und könnte. Erkläre, ob man vor der Beseitigung eines brandigen Gliedes zurückschaudert, wenn dasselbe den ganzen Körper anstecken könnte.

Du, der du für die Anwendung der Wissenschaften auf dem Gebiete der Technik gearbeitet hast, sage uns doch, was das Resultat Deiner Entdeckungen war! Zeige, was die Industrie unter besseren Zuständen sein, was der Mensch erzeugen könnte, wenn er rationell arbeitete. Gib doch dem Volke die Hilfe deines Wissens und deines Organisations-talentes, anstatt sie im Dienste der Ausbeuter zu verschwenden.

Ihr Dichter, Maler, Bildhauer, Musiker, wenn ihr eure wahre Aufgabe und die Interessen der Kunst selbst begriffen habt, kommt und stellt eure Feder, euren Pinsel, euren Grabstichel in die Dienste der Umwälzung. Erzählet uns in eurem erhabenen Stil oder in euren ergreifenden Bildern von den heroischen Kämpfen der Völker gegen ihre Unterdrücker; entflammt die jungen Herzen mit dem revolutionären Hauch, welcher unsere Ahnen begeisterte; sagt dem Weibe, was die Tätigkeit des Mannes Schönes an sich hat, wenn er sein Leben der grossen Sache der sozialen Befreiung widmet. Zeigt dem Volke, was das heutige Leben hässliches in sich begreift, und lasset es mit dem Finger die Ursachen dieser Hässlichkeit berühren; saget uns, was ein rationelles Leben gewesen wäre, wenn es sich nicht in jedem Augenblick gegen die Albernheiten und die Schmach der sozialen Ordnung aufgelehnt hätte.

Werdet ihr etwas Schöneres im Leben finden können, als den Kampf um die Wahrheit, die Gerechtigkeit und die Gleichheit mitten im Volke?

Und nun zu dir, junger Proletarier! Erinnerst du dich noch, wo du eines Wintertages aus dem Hause gingst, um in der dunklen Gasse zu spielen? Die Kälte biss Dir in die Schultern durch deine dünnen Kleider und der Kot erfüllte deine zerrissenen Schuhe. Wenn du diese reichgekleideten Kinder von Weitem vorübergehen sahst, so wusstest du schon damals, dass sie dir sowohl, als deinen Kameraden, weder an Intelligenz, noch an Energie gleich waren. Später aber, während du dich in einer schmutzigen Werkstatt von fünf oder sechs Uhr morgens an hast einschliessen müssen, zwölf Stunden lang bei einer lärmenden Maschine stehen musstest, um, selbst Maschine, täglich und jahrelang ihr unbarmherziges Gedröhne anzuhören — so gingen die andern in die Gymnasien, in die schönen Schulen und Universitäten, um den Unterricht zu geniessen. Und diese nämlichen Kinder, weniger klug

gelehrter aber als du, werden jetzt deine Meister und werden alle Freuden des Lebens, alle Wohltaten der Zivilisation geniessen, während du —? Was wartet deiner?

Du kehrst in eine finstere und feuchte Wohnung zurück, wo fünf, sechs menschliche Wesen in einem Raume von einigen Quadratmetern sich regen; wo deine Mutter, lebensmüde, mehr durch Sorgen, als durch die Jahre gealtert, als Nahrung etwas Brot, Kartoffeln und eine schwärzliche Flüssigkeit, ironisch Kaffee genannt, dir vorsetzt; wo du, als einzige Zerstreuung, immer dieselbe Frage aufwirfst, wie du morgen den Bäcker und übermorgen den Hausbesitzer bezahlen wirst?

Nun! wirst du denn dasselbe elende Leben, welches deine Eltern dreissig, vierzig Jahre lang geführt haben, auch führen müssen? Das ganze Leben arbeiten, um Einigen alle Genüsse des Wohlstandes, des Wissens, der Kunst zu verschaffen, und für dich selbst die fortwährende Sorge um das Stück Brod zu behalten? Für immer allem, was das Leben so schön macht, zu entsagen, um einer Handvoll Nichtarbeiter alle Vorteile zu verschaffen? Sich bei der Arbeit schwächen, um, wenn die Arbeitslosigkeit kommen wird, Elend zu ernten? Ist es das, was du im Leben begehrt?

Vielleicht wirst du dich fügen. Da du aus der fatalen Situation keinen Ausweg siehst, so ist es möglich, dass du dir sagst: „Ganze Generationen haben sich demselben Schicksale unterworfen, und ich, der ich daran nichts ändern kann, muss mich dem auch unterwerfen! Folglich lass uns arbeiten und versuchen zu leben, wie es am besten geht.

Gut! das Leben selbst wird dich aufklären!

Eines Tages wird die Krise kommen, eine von diesen Krisen, welche nicht mehr vorübergehend sind wie ehemals, sondern eine von jenen, welche ein ganzes Gewerbe vernichten, welche Tausende von Arbeitern dem Elende preisgeben und Familien dezimieren. Wie die andern wirst du gegen dieses Missgeschick kämpfen. Bald aber wirst du bemerken, dass dein Weib, dein Kind, dein Freund nach und nach den Entbehrungen unterliegen, merklich schwächer werden, und endlich, aus Mangel an Nahrung, an Pflege, ans Bett gefesselt bleiben, während das Leben sein fröhliches Treiben in den sonnenbeschienenen Strassen der grossen Stadt an den Sterbenden vorüber rauscht. Dann wirst du begreifen, was diese Gesellschaft Empörendes an sich hat; dann wirst du die ganze Tiefe dieser Ungerechtigkeit, welche Tausende von menschlichen Wesen der Habsucht einer Handvoll Nichtsteuer aussetzt, durchschauen; du wirst begreifen, dass die Anarchisten Recht haben, wenn sie sagen, dass die heutige Gesellschaft von Grund aus umgestaltet werden muss.

Eines andern Tages, wenn dein Arbeitgeber durch eine neue Verminderung des Lohnes dir noch etliche Pfennige zu entziehen sucht, um sein Kapital zu vergrössern, wirst du dagegen protestieren; er aber wird dir mit Hochmut antworten: „Geht Gras fressen, wenn ihr für diesen Preis nicht arbeiten wollt!“ Du wirst dann einsehen, dass dein Meister nicht nur als ein Schaf dich zu scheren sucht, sondern auch, dass er dich als ein Glied einer untergeordneten Rasse betrachtet, dass er, nicht zufrieden, dich in seinen Klauen zu halten, sich noch bestrebt, aus dir einen Sklaven in jeder Hinsicht zu machen. Dann wirst du dich entweder unterwerfen, wirst dem Gefühl der menschlichen Würde entsagen und dich allen Demütigungen unterziehen; oder das Blut wird dir zu Kopfe steigen; du wirst den Abgrund, in welchen du gleitest, verabscheuen, wirst dich sträuben und, aus der Werkstatt herausgeworfen, wirst du einsehen, dass die Anarchisten Recht haben, wenn sie sagen: „Empöre dich! Empöre dich gegen die ökonomische Sklaverei, denn diese ist die Ursache aller Sklavereien!“ Dann wirst du in den Reihen der Anarchisten Platz nehmen und mit ihnen an der Umwälzung aller ökonomischen, politischen und sozialen Sklaverei arbeiten.

Eines Tages wirst du die Geschichte des jungen Mädchens, dessen treuherzigen Blick, leichten Gang und lebhaftes Wort du einmal so gern hattest, erfahren. Nachdem sie Jahre lang gegen das Blend gekämpft, hatte sie ihr Dorf verlassen, um in die grosse Stadt zu kommen. Sie wusste, dass dort der Kampf ums Dasein hart sein würde, hoffte aber wenigstens, ihr Brod ehrlich verdienen zu können. Du weisst nun, was aus ihr geworden ist. Eines Bourgeois' Sohn machte ihr den Hof und, durch seine schönen Worte überredet, gab sie sich ihm mit der Leidenschaft der Jugend hin; ein Jahr darauf fand sie sich verlassen mit einem Kinde auf den Armen. Immer mutig, hat sie nie zu kämpfen aufgehört; bei diesem ungleichen Kampfe gegen Hunger und Kälte unterlag sie aber und starb in irgend einem Spital

Was wirst du dann tun? Entweder wirst du jede unangenehme Erinnerung zu beseitigen suchen — durch einige dumme Redensarten wie etwa folgende: „Sie ist weder die Erste, noch die Letzte,“ und eines abends wird man dich in einem Kaffeehaus in Gesellschaft anderer Schafsköpfe das Andenken der jungen Frau durch schmutzige Worte besudeln hören. Oder diese Erinnerung wird dich rühren; du wirst dann versuchen, den feigen Verführer zu treffen, um ihm sein Verbrechen ins Gesicht zu schleudern. Du wirst über die Ursachen dieser Taten, welche sich jeden Tag erneuern, nachdenken, und wirst begreifen, dass sie nicht aufhören werden,

so lange die Gesellschaft in zwei Lager geteilt ist: die Blinden auf einer, und auf der andern Seite die Müssiggänger. Du wirst begreifen, dass es die höchste Zeit ist, diesen Abgrund zu füllen, und schnell wirst du in die Reihen der Anarchisten eilen.

Und ihr, Arbeiterfrauen, wird diese Geschichte euch kühl lassen? Werdet ihr nie, indem ihr das blonde Köpfchen dieses Kindes, welches sich an euch anschmiegt, streichelt, über das Schicksal, welches das Kind erwartet, wenn der heutige soziale Zustand nicht anders wird, nachdenken? Wollt ihr, dass eure Söhne gleichfalls vegetieren, wie ihr Vater vegetiert hat, ohne andere Sorge, als diejenige für das tägliche Brot, ohne andere Freuden, als diejenigen der Kneipen? Wollt ihr, dass euer Mann, euer Sohn fortwährend dem Erstbesten, welcher von seinem Vater ein Kapital geerbt hat, preisgegeben seien? Wollt ihr, dass sie immer die Sklaven des Ausbeuters, das Kanonenfutter für Mächtige, der Mist bleiben, welcher die Felder der Reichen düngt?

Nein, tausendmal nein! Ich weiss wohl, dass euer Blut wallt, wenn ihr hört, dass eure Männer, nachdem sie wegen schlechter Behandlung und Bezahlung die Arbeit eingestellt, am Ende die unverschämten Bedingungen des dicken Bourgeois doch wieder angenommen haben. Ich weiss, dass ihr jene spanischen Frauen, welche bei einem Volksaufbruch in den ersten Reihen ihre Körper den Bajonetten der Soldaten boten, bewundert. Ich weiss, dass ihr mit Achtung den Namen jener Frau nennt, welche eine Kugel in die Brust eines Generals jagte, als derselbe eines Tages einen inhaftierten Sozialisten beschimpfte. Und ich weiss auch, dass euer Herz höher schlug, als ihr laset, wie die Pariser Weiber sich unter einem Kugelregen versammelten, um ihre Männer zum Heroismus aufzumuntern.

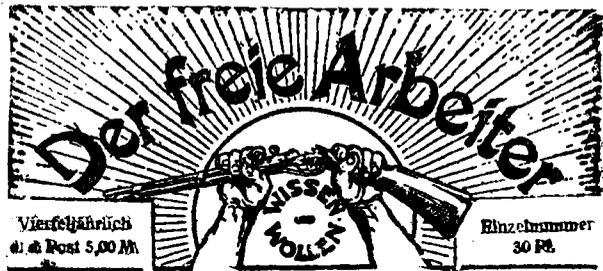
Nun wohl, ihr jungen Leute, Männer und Frauen, Bauern, Arbeiter, und Angestellte ihr werdet eure Pflichten und Rechte begreifen und zu uns kommen. Ihr werdet mit euren Brüdern für die Umwälzung arbeiten, die Umwälzung, welche jede Sklaverei abschafft, alle Ketten zerbricht, mit den alten Sagen aufräumt und in der menschlichen Gesellschaft die wahre Gleichheit und Freiheit herbeiführen wird; die Arbeit durch Alle und für Alle — vollen Genuss, das rationelle, humane und glückliche Leben!

Man sage uns nicht, dass wir, eine Handvoll Menschen, zu schwach seien, das grosse Ziel, welches wir im Auge haben, zu erreichen.

Zählen wir uns und sehen wir zu, wie viel wir sind, die wir durch Ungerechtigkeit leiden. Bauern, welche für andere arbeiten, und welche den Hafer essen, um das Korn dem

Herrn zu lassen, ihr seid Millionen Männer; ihr seid so zahlreich, dass ihr allein schon die Masse des Volkes bildet; Arbeiter, welche Sammet und Seide weben, um sich mit Lumpen zu kleiden, ihr seid nicht minder zahlreich; und wenn das Pfeifen der Fabriken euch nur einen Augenblick der Ruhe gönnt, so überschwemmt ihr die Strassen und Plätze wie ein wogendes Meer. — — — — —

Wir, die Armen und Elenden, bilden einen Ozean, welcher Alles verschlingen kann, was dem Glücke der Menschheit hinderlich ist. Wenn wir wollen, so können wir Freiheit und Gerechtigkeit einführen. Peter Kropotkin.



:: Anarchistische Wochenschrift ::

1.1 Was ist Kapitalismus?

Die gegenwärtigen Gesellschaften sind von einer Vielzahl von Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnissen durchzogen, die sich in unterschiedlichen Formen zeigen. Wir finden asymmetrische Geschlechterverhältnisse, rassistische Diskriminierungen, enorme Besitzunterschiede mit entsprechenden Unterschieden im gesellschaftlichen Einfluss, antisemitische Stereotypen, Diskriminierung bestimmter sexueller Orientierungen. Über den Zusammenhang dieser Herrschaftsverhältnisse und insbesondere über die Frage, ob eines davon fundamentaler sei als die anderen, wurde schon viel debattiert. Wenn im folgenden ökonomisch begründete Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse im Vordergrund stehen, dann nicht deshalb, weil es die einzig relevanten Herrschaftsverhältnisse wären. Allerdings kann man nicht gleichzeitig von allem reden. In Marx' Kritik der politischen Ökonomie geht es in erster Linie um die ökonomischen Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft, sie stehen in dieser Einführung daher im Mittelpunkt. Doch sollte man sich nicht der Illusion hingeben, dass mit der Analyse der Grundlagen der *kapitalistischen Produktionsweise* bereits alles Entscheidende über *kapitalistische Gesellschaften* gesagt wäre.

Ob wir in einer "Klassengesellschaft" leben, scheint vor allem in Deutschland umstritten zu sein. Hier ist bereits die Verwendung des Begriffs "Klasse" verpönt. Während Englands erzreaktionäre Premierministerin Margret Thatcher keine Probleme hatte von der "working class" zu reden, kommt dieses Wort in Deutschland bereits Sozialdemokraten nur schwer über die Lippen. Hierzulande gibt es nur Arbeitnehmer, Unternehmer, Beamte und vor allem den "Mittelstand". Dabei ist die Rede von Klassen keineswegs an sich schon besonders kritisch. Das gilt nicht nur für Vorstellungen von "sozialer Gerechtigkeit", die einen Ausgleich zwischen den Klassen suchen, sondern auch für so manche angeblich "linken" Vorstellungen von bürgerlicher Politik als einer Art Verschwörung der "herrschenden" Klasse gegen den Rest der Gesellschaft.

Dass eine "herrschende Klasse" einer "beherrschten" und "ausgebeuteten" Klasse gegenübersteht, mag vielleicht für einen konservativen Sozialkundeführer, der nur "Bürger" kennt, eine Überraschung sein, viel ausgesagt ist damit jedoch noch nicht. Alle uns bekannten Gesellschaften sind "Klassengesellschaften". "Ausbeutung" bedeutet zunächst einmal nur, dass die beherrschte Klasse nicht nur ihren eigenen Lebensunterhalt produziert, sondern auch den der herrschenden Klasse. Historisch sahen diese Klassen ganz unterschiedlich aus (Sklaven und Sklavinnen standen im antiken Griechenland den Sklavenbesitzern gegenüber, leibeigene Bauern im Mittelalter den Grundherren, und im Kapitalismus stehen sich Bourgeoisie [Besitzbürgertum] und Proletariat [lohnabhängige Arbeiter und Arbeiterinnen] gegenüber). Entscheidend ist *wie* Klassenherrschaft und Ausbeutung in einer Gesellschaft funktionieren. Und hier unterscheidet sich der Kapitalismus in zweierlei Hinsicht ganz grundlegend von vorkapitalistischen Gesellschaften:

1) In vorkapitalistischen Gesellschaften beruhte die Ausbeutung auf einem *persönlichen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnis*: der Sklave war Eigentum seines Herrn, der leibeigene Bauer war an den jeweiligen Grundherren gebunden. Der "Herr" hatte unmittelbar Gewalt über den "Knecht". Gestützt auf diese Gewalt eignete sich der "Herr" einen Teil des Produktes an, welches der "Knecht" herstellte. Unter kapitalistischen Verhältnissen gehen die Lohnarbeiter einen Arbeitsvertrag mit den Kapitalisten ein. Die

Lohnarbeiter sind *formell frei* (es gibt keine äußere Gewalt, die sie zum Vertragsabschluß zwingt, eingegangene Verträge können gekündigt werden) und den Kapitalisten *formell gleich* gestellt (es gibt zwar die faktischen Vorteile eines großen Besitzes, es gibt aber keine "angeborenen" rechtlichen Privilegien wie in einer Adelsgesellschaft). Ein *persönliches* Gewaltverhältnis existiert nicht (zumindest in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht als Regel). Für viele Gesellschaftstheoretiker erschien deshalb die bürgerliche Gesellschaft mit ihren freien und gleichen Bürgern als Gegenteil der mittelalterlichen Feudalgesellschaft mit ihren Standesprivilegien und persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen. Und viele Ökonomen bestreiten, dass es so etwas wie Ausbeutung im Kapitalismus (sie reden zumindest in Deutschland lieber von "Marktwirtschaft") überhaupt gibt. Hier wirken, so wird behauptet, verschiedene "Produktionsfaktoren" (Arbeit, Kapital und Boden) zusammen und erhalten dann entsprechende Anteile am Ertrag (Lohn, Profit und Grundrente). Wie sich Herrschaft und Ausbeutung im Kapitalismus aber gerade *vermittels* der formellen Freiheit und Gleichheit der "Tauschpartner" realisiert, wird später noch diskutiert werden.

2) In vorkapitalistischen Gesellschaften dient die Ausbeutung der beherrschten Klasse in erster Linie dem Konsum der herrschenden Klasse: deren Mitglieder führen ein luxuriöses Leben, benutzen den angeeigneten Reichtum zur eigenen oder öffentlichen Erbauung (Theateraufführungen im antiken Griechenland, Spiele im alten Rom) oder auch um Kriege zu führen. Die Produktion dient *unmittelbar* der *Bedarfsdeckung*: der Deckung des (notwendigerweise) einfachen Bedarfs der beherrschten Klasse und des umfangreichen Luxus- und Kriegsbedarfs der herrschenden Klasse. Nur in Ausnahmefällen wird der von der herrschenden Klasse angeeignete Reichtum dazu verwendet, die Basis der Ausbeutung zu vergrößern (indem z.B. auf Konsum verzichtet wird und stattdessen noch mehr Sklaven gekauft werden, so dass diese einen noch größeren Reichtum produzieren können). Unter kapitalistischen Verhältnissen ist dies aber der typische Fall. Der Gewinn eines kapitalistischen Unternehmens dient *nicht* in erster Linie dazu, dem Kapitalisten ein angenehmes Leben zu ermöglichen, der Gewinn soll vielmehr erneut investiert werden, damit in Zukunft noch mehr Gewinn gemacht wird. Nicht Bedarfsdeckung, sondern *Kapitalverwertung* ist der *unmittelbare* Zweck der Produktion, Bedarfsdeckung und damit auch das angenehme Leben des Kapitalisten ist nur ein Nebenprodukt dieses Prozesses, aber nicht sein Zweck: sind die Gewinne groß genug, dann genügt bereits ein kleiner Teil davon, um das luxuriöse Leben des Kapitalisten zu finanzieren, der größte Teil kann für die "Akkumulation" (die Vergrößerung des Kapitals) benutzt werden.

Dass der Gewinn nicht in erster Linie dem Konsum des Kapitalisten dient, sondern der beständigen Kapitalverwertung, d.h. der rastlosen Bewegung des immer noch mehr Gewinnens, hört sich vielleicht absurd an. Doch geht es hier nicht um eine individuelle Verrücktheit. Die einzelnen Kapitalisten werden zu dieser Bewegung des rastlosen Gewinnens (beständige Akkumulation, Ausweitung der Produktion, Einführung neuer Techniken etc.) durch die Konkurrenz der anderen Kapitalisten *gezwungen*: wird nicht akkumuliert, wird nicht der Produktionsapparat ständig modernisiert, droht das eigene Unternehmen von Konkurrenten, die billiger produzieren oder bessere Produkte herstellen, überrollt zu werden. Will sich ein einzelner Kapitalist der ständigen Akkumulation und Innovation entziehen, droht ihm der Bankrott. Er ist deshalb

gezwungen mitzumachen, ob er will oder nicht. "Maßloses Gewinnstreben" ist im Kapitalismus kein moralischer Mangel der Einzelnen, sondern notwendig, um als Kapitalist zu überleben. Wie in den nächsten Abschnitten noch deutlicher werden wird, beruht der Kapitalismus auf einem *systemischen* Herrschaftsverhältnis, das Zwänge produziert, denen sowohl die Arbeiter und Arbeiterinnen als auch die Kapitalisten unterworfen sind. Daher greift auch eine Kritik zu kurz, die auf das "maßlose Gewinnstreben" einzelner Kapitalisten, nicht aber auf das kapitalistische System als Ganzes abzielt.

Unter *Kapital* verstehen wir (vorläufig, später wird es präziser) eine bestimmte Wertsumme, deren Zweck es ist, sich zu "verwerten", d.h. Gewinn abzuwerfen. Dabei kann dieser Gewinn auf unterschiedliche Weise erzielt werden. Beim *zinstragenden Kapital* wird Geld gegen Zins verliehen. Der Zins bildet hier den Gewinn. Beim *Handelskapital* werden Produkte an einem Ort billig gekauft und an einem anderen Ort (oder zu einer anderen Zeit) teurer verkauft. Die Differenz zwischen Einkaufspreis und Verkaufspreis bildet (abzüglich anfallender Unkosten) den Gewinn. Beim *industriellen Kapital* wird schließlich der Produktionsprozess selbst kapitalistisch organisiert: Kapital wird zum Kauf von Produktionsmitteln (Maschinen, Rohstoffen) und der Beschäftigung von Arbeitskräften vorgeschossen, so dass ein Produktionsprozess unter der Leitung des Kapitalisten (oder seiner Beauftragten) zustande kommt. Die hergestellten Produkte werden verkauft. Liegt ihr Erlös über den für Produktionsmittel und Löhne aufgewendeten Kosten, dann hat sich das ursprünglich vorgeschossene Kapital nicht nur reproduziert, sondern auch noch einen Gewinn abgeworfen.

Kapital in der eben skizzierten Bedeutung (vor allem als zinstragendes und als Handelskapital, weniger als industrielles Kapital) hat es in praktisch allen Gesellschaften gegeben, die Tausch und Geld kannten, allerdings spielte es meistens nur eine untergeordnete Rolle, während die Produktion für den Bedarf dominierte. Von *Kapitalismus* kann man erst sprechen, wenn der Handel und vor allem die Produktion überwiegend kapitalistisch (also gewinn- und nicht mehr bedarfsorientiert) betrieben werden. Kapitalismus *in diesem Sinne* ist eine vorwiegend neuzeitlich-europäische Erscheinung.

Die Wurzeln dieser neuzeitlichen kapitalistischen Entwicklung reichen in Europa bis ins Hochmittelalter zurück. Zunächst wurde der Fernhandel auf kapitalistischer Basis organisiert, wobei die mittelalterlichen "Kreuzzüge" - groß angelegte Raubkriege - eine wichtige Rolle für die Ausweitung des Handels spielten. Allmählich begannen dann die Kaufleute, die zunächst nur vorgefundene Produkte gekauft und an einem anderen Ort wieder verkauft hatten, die Produktion zu kontrollieren: sie gaben bestimmte Produkte in Auftrag, schossen die Kosten für das Rohmaterial vor und diktierten den Preis, zu dem sie das fertige Produkt abnahmen.

Den richtigen Aufschwung erfuhr die Entwicklung europäischer Kultur und europäischen Kapitals dann im 16. und 17. Jahrhundert. Was in Schulbüchern gerne als "Zeitalter der Entdeckungen" bezeichnet wird, fasste Marx folgendermaßen zusammen:

"Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingeborenen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Gehege zur

Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. (...) Der außerhalb Europa direkt durch Plünderung, Versklavung und Raubmord erbeutete Schatz floss ins Mutterland zurück und verwandelte sich hier in Kapital." (MEW 23, S.779, 781)

Innerhalb Europas ergriff die kapitalistische Produktion immer weitere Bereiche, es entstanden Manufakturen und Fabriken, und neben den kaufmännischen Kapitalisten etablierten sich schließlich industrielle Kapitalisten, die in immer größeren Produktionsanlagen immer mehr Arbeitskräfte als Lohnarbeiter beschäftigten. Im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert entwickelte sich dieser Industriekapitalismus zunächst in England, im 19. Jahrhundert zogen dann Frankreich, Deutschland und die USA nach. Im 20. Jahrhundert kam es zur Durchkapitalisierung fast der gesamten Welt, aber auch zum Versuch einiger Länder wie Russland oder China sich dieser Entwicklung durch den Aufbau eines "sozialistischen Systems" (vgl. dazu unten Kapitel 12) zu entziehen. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Orientierung Chinas auf marktwirtschaftlich-kapitalistische Strukturen kennt der Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts zumindest geographisch keine Grenzen mehr. Zwar ist noch längst nicht die gesamte Welt durchkapitalisiert (wie ein Blick auf große Teile Afrikas zeigt), aber nicht weil der Kapitalismus auf Widerstand stoßen würde, sondern weil die Verwertungsbedingungen unterschiedlich günstig sind und Kapital immer nach den besten Gewinnmöglichkeiten sucht und die weniger günstigen erst einmal links liegen lässt (vgl. zur Einführung in die Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus Conert 1998).

1.2 Die Entstehung der Arbeiterbewegung

Voraussetzung für die Entwicklung des *Industriekapitalismus* war nicht nur die Entstehung von entsprechend großen Vermögen, sondern die "Freisetzung" von Arbeitskräften: Menschen, die einerseits nicht mehr den feudalen Abhängigkeitsverhältnissen unterlagen, sondern formal frei waren und damit überhaupt erst die Möglichkeit hatten, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, die andererseits aber auch "frei" von jeder Einkommensquelle waren, die vor allem kein Land besaßen, von dessen Bewirtschaftung sie hätten leben können, so dass sie ihre Arbeitskraft *verkaufen mussten*, um zu überleben.

Verarmte oder von ihrem Land vertriebene Kleinbauern (die Grundherren verwandelten häufig Ackerland in Weideland, weil das für sie einträglicher war), sowie ruinierte Handwerker und Tagelöhner bildeten den Kern dieses "Proletariats", das häufig unter Einsatz brutalster staatlicher Gewalt (Verfolgung von "Vagabunden" und "Bettlern", Einrichtung von "Arbeitshäusern") zur permanenten Lohnarbeit gezwungen wurde. Die Entstehung des neuzeitlichen Kapitalismus war kein friedlicher, sondern ein zutiefst gewaltsamer Prozess, über den Marx im "Kapital" schrieb:

"Wenn das Geld nach Augier [französischer Journalist, M.H.], 'mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt', so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend." (MEW 23, S. 788)

Unter ungeheuren menschlichen Opfern entwickelte sich in Europa (am frühesten in England) zu Beginn des 19. Jahrhunderts der industrielle Kapitalismus: Arbeitszeiten von bis zu 15, 16

Stunden täglich und Kinderarbeit, zu der bereits Sechs- oder Siebenjährige gezwungen wurden, waren genauso verbreitet wie extrem gesundheitsgefährdende und unfallträchtige Arbeitsbedingungen. Und für all das gab es Löhne, die kaum zum Überleben reichten.

Gegen diese Verhältnisse regte sich von unterschiedlichen Seiten Widerstand. Arbeiter und Arbeiterinnen versuchten höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Die Mittel dazu waren ganz verschieden, sie reichten von Bittschriften über Streiks bis zu militanten Auseinandersetzungen. Streiks wurden häufig gewaltsam durch Einsatz von Polizei und Militär niedergeschlagen, die ersten Gewerkschaften und Arbeitervereine wurden als "aufrührerische" Vereinigungen verfolgt, ihre Wortführer oft verurteilt. Das ganze 19. Jahrhundert über wurden Kämpfe um die Anerkennung von Gewerkschaften und Streiks als legitimes Mittel der Auseinandersetzung geführt.

Mit der Zeit kritisierten auch aufgeklärte Bürger und selbst einzelne Kapitalisten die elenden Bedingungen, unter denen ein großer Teil des im Laufe der Industrialisierung beständig wachsenden Proletariats vegetierte.

Und schließlich musste auch der Staat feststellen, dass die jungen Männer, die bereits als Kinder in den Fabriken überlangen Arbeitszeiten ausgesetzt waren, kaum noch zum Kriegsdienst taugten. Teils unter dem Druck der stärker werdenden Arbeiterklasse, teils aus Einsicht, dass Kapital und Staat als Arbeitskräfte und Soldaten halbwegs gesunde Menschen benötigen, begann im 19. Jahrhundert die "Fabrikgesetzgebung": In einer ganzen Reihe von Gesetzen (wieder zuerst in England) wurde ein minimaler Gesundheitsschutz für die Beschäftigten vorgeschrieben sowie das Mindestalter für Kinderarbeit herauf- und deren maximale tägliche Arbeitszeit herabgesetzt. Schließlich wurde auch die Arbeitszeit für Erwachsene begrenzt. In den meisten Branchen wurde ein Normalarbeitstag von zwölf, später zehn Stunden eingeführt.

Während des 19. Jahrhunderts wurde die Arbeiterbewegung immer stärker, es entstanden Gewerkschaften, Arbeitervereine und schließlich auch Arbeiterparteien. Mit der Ausdehnung des Wahlrechts, das zunächst den Besitzenden (genauer: den besitzenden Männern) vorbehalten war, wurden auch die Parlamentsfraktionen dieser Parteien immer größer. Stets umstritten war das Ziel des Kampfes der Arbeiterbewegung: Sollte es nur um einen reformierten Kapitalismus oder um dessen Abschaffung gehen? Ebenfalls umstritten war, ob Staat und Regierung Gegner sind, die genauso wie das Kapital bekämpft werden müssen, oder ob es sich um mögliche Bündnispartner handelte, die man lediglich von der richtigen Sache überzeugen musste.

Seit den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts entstanden eine Fülle von Kapitalismusanalysen, utopischen Sozialismuskonzepten, Reformvorschlägen und strategischen Entwürfen, wie die jeweiligen Ziele am besten zu erreichen seien. In diesen Auseinandersetzungen gewannen Marx und Engels seit der Mitte des Jahrhunderts zunehmend an Einfluss. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, beide waren schon gestorben, dominierte dann der "Marxismus" innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung. Allerdings ließ sich schon damals fragen, wie viel dieser "Marxismus" mit der Marxschen Theorie noch zu tun hatte

1.3 Marx und der "Marxismus"

Karl Marx (1818-1883) wurde in Trier geboren. Er stammte aus einer gebildeten kleinbürgerlichen Familie, sein Vater war Rechtsanwalt. In Bonn und Berlin studierte Marx pro forma Jura, setzte

sich aber vor allem mit der immer noch dominierenden Philosophie Hegels (1770-1831) und der Junghegelianer (einer radikalen Gruppe von Hegelschülern) auseinander.

1842/43 war Marx Redakteur der "Rheinischen Zeitung", die als Organ der liberalen rheinländischen Bourgeoisie oppositionell gegenüber der autoritären preußischen Monarchie (die damals auch das Rheinland beherrschte) eingestellt war. In seinen Artikeln kritisierte Marx die preußische Politik, wobei ihm als Maßstab der Kritik die Hegelsche Auffassung vom "Wesen" des Staates diene, nämlich Verwirklichung einer über den Klasseninteressen stehenden "vernünftigen Freiheit" zu sein. Bei seiner publizistischen Tätigkeit kam Marx zunehmend mit ökonomischen Fragen in Berührung, was ihm die Hegelsche Staatsphilosophie dann immer zweifelhafter erscheinen ließ.

Unter dem Einfluss der radikalen Hegel-Kritik Ludwig Feuerbachs (1804-1872) versuchte Marx nun statt von den Hegelschen Abstraktionen vom "wirklichen Menschen" auszugehen. Dabei entstanden 1844 die zu seinen Lebzeiten nie veröffentlichten "Ökonomisch-philosophischen Manuskripte". Hier entwickelte er seine im 20. Jahrhundert außerordentlich bekannt gewordene "Entfremdungstheorie". Marx versuchte aufzuzeigen, dass die wirklichen Menschen unter kapitalistischen Verhältnissen von ihrem "Gattungswesen" – also von dem, was sie vom Tier unterscheidet, dass sie nämlich in ihrer Arbeit ihre Fähigkeiten und Kräfte entwickeln – "entfremdet" seien: Als Lohnarbeiter verfügen sie weder über die Produkte ihrer Arbeit, noch kontrollierten sie ihren Arbeitsprozess, beides unterliegt vielmehr der Herrschaft des Kapitalisten. *Kommunismus*, die Beseitigung des Kapitalismus, wird von Marx daher als Aufhebung der Entfremdung, als Wiederaneignung des menschlichen Gattungswesens durch die wirklichen Menschen aufgefasst.

Bereits während seiner Arbeit für die "Rheinische Zeitung" hatte Marx Friedrich Engels (1820-1895) kennen gelernt, einen Fabrikantensohn aus Barmen (heute ein Teil von Wuppertal). Von seinen Eltern wurde Engels 1842 zur Vollendung seiner kaufmännischen Ausbildung nach England geschickt und sah dort das Elend des englischen Industrieproletariats. Seit Ende 1844 standen Marx und Engels in engem freundschaftlichen Kontakt, der bis an ihr Lebensende nicht abreißen sollte.

1845 verfassten sie gemeinsam die "Deutsche Ideologie", eine (zu ihren Lebzeiten nicht veröffentlichte) Schrift, die nicht nur mit der "radikalen" junghegelianischen Philosophie, sondern, wie Marx später schrieb, auch "mit unserem ehemaligen philosophischen Gewissen" (MEW 13, S. 10) abrechnen sollte. Kritisiert wurde hier, ebenso wie in den kurz zuvor von Marx niedergeschriebenen "Thesen zu Feuerbach", insbesondere die philosophische Auffassung eines "menschlichen Wesens" und der "Entfremdung". Stattdessen sollen die wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen Menschen leben und arbeiten, untersucht werden. In der Folge taucht der Begriff eines menschlichen (Gattungs-)Wesens bei Marx überhaupt nicht mehr auf, und von Entfremdung ist nur noch ganz selten und unbestimmt die Rede. In der Diskussion über Marx ist allerdings heftig umstritten, ob er die Entfremdungstheorie tatsächlich aufgegeben hat oder bloß nicht mehr in den Vordergrund stellte. Beim Streit, ob es einen konzeptionellen Bruch zwischen den Schriften des "jungen" und denen des "alten" Marx gibt, geht es vor allem um diese Frage.

Weithin bekannt wurden Marx und Engels durch das 1848, kurz vor Ausbruch der 1848er Revolution, erschienene "Manifest der kommunistischen Partei", einer Programmschrift, die sie im Auftrag des "Bundes der Kommunisten" verfassten, einer kleinen revolutionären Gruppe, die

nur kurz existierte. Im "Kommunistischen Manifest" skizzieren sie sehr knapp und in einer überaus prägnanten Sprache den Aufstieg des Kapitalismus, den immer schärfer hervortretenden Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat und die Unausweichlichkeit einer proletarischen Revolution. Diese Revolution sollte zu einer kommunistischen, auf der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln beruhenden Gesellschaft führen.

Nach der Niederschlagung der Revolution von 1848 musste Marx aus Deutschland fliehen. Er übersiedelte nach London, damals das kapitalistische Zentrum schlechthin und damit der beste Ort, um die Entwicklung des Kapitalismus zu studieren. Darüber hinaus konnte er in London auch auf die riesige Bibliothek des British Museum zurückgreifen.

Das "Kommunistische Manifest" war eher einer genialen Intuition als tief greifender wissenschaftlicher Kenntnis entsprungen (einige Aussagen, wie etwa die behauptete Tendenz einer absoluten Verelendung der Arbeiter, wurden später revidiert). Zwar hatte sich Marx schon in den 1840er Jahren mit ökonomischer Literatur beschäftigt, eine umfassende und vertiefte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der politischen Ökonomie begann aber erst in London. Sie führte ihn Ende der 1850er Jahre zum Projekt einer auf mehrere Bücher angelegten "Kritik der politischen Ökonomie", für das ab 1857 eine Reihe von recht umfangreichen Manuskripten entstanden, die aber nicht vollendet und von Marx nicht veröffentlicht wurden (unter anderem die "Einleitung" von 1857, die "Grundrisse" von 1857/58 und die "Theorie über den Mehrwert" von 1861-1863).

Bis zu seinem Lebensende arbeitete Marx an diesem Projekt, konnte aber nur wenig veröffentlichen: 1859 erschien als Auftakt "Zur Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Heft", eine kleine Schrift über Ware und Geld, die aber nicht fortgesetzt wurde. Stattdessen kam 1867 der erste Band des "Kapital" heraus, 1872 erschien die überarbeitete zweite Auflage des ersten Bandes. Erst nach Marx Tod wurden 1885 und 1894 die Bände zwei und drei von Friedrich Engels herausgegeben.

Marx beschränkte sich nicht auf die wissenschaftliche Arbeit. 1864 war er maßgeblich an der in London erfolgten Gründung der "Internationalen Arbeiter-Assoziation" beteiligt, er formulierte sowohl deren "Inauguraladresse", die die programmatischen Ideen enthielt, als auch die Statuten. Als Mitglied des Generalrats der Internationale übte er auch in den folgenden Jahren maßgeblichen Einfluss auf deren Politik aus. Nicht zuletzt durch ihre verschiedenen nationalen Sektionen wurde in vielen europäischen Ländern die Gründung von sozialdemokratischen Arbeiterparteien unterstützt. In den 1870er Jahren löste sich die Internationale auf, teils aufgrund interner Streitigkeiten, teils weil sie als zentralistische Organisation neben den einzelnen Parteien überflüssig geworden war.

Für die sozialdemokratischen Parteien bildeten Marx und Engels eine Art "think tank": Sie standen in Briefwechsel mit vielen Parteiführern und schrieben Artikel für die sozialdemokratische Presse. Zu den unterschiedlichsten politischen und wissenschaftlichen Fragen wurde um ihre Stellungnahme gebeten. Am größten war ihr Einfluss in der 1869 gegründeten deutschen sozialdemokratischen Partei, die sich besonders schnell entwickelte und gegenüber den anderen Parteien bald eine Vorbildfunktion einnahm.

Für die Sozialdemokratie verfasste Engels eine Reihe von popularisierenden Schriften, insbesondere den so genannten "Anti-Dühring". Der "Anti-Dühring" und vor allem die in viele

Sprachen übersetzte Kurzfassung "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" gehörten vor dem Ersten Weltkrieg in der Arbeiterbewegung zu den am meisten gelesenen Schriften. Das "Kapital" wurde dagegen nur von einer kleinen Minderheit zur Kenntnis genommen. Im "Anti-Dühring" setzte sich Engels kritisch mit den Auffassungen Eugen Dührings, eines Berliner Privatdozenten, auseinander. Dieser beanspruchte, ein neues, umfassendes System der Philosophie, der politischen Ökonomie und des Sozialismus geschaffen zu haben und fand damit in der deutschen Sozialdemokratie zunehmend Anhänger.

Der Erfolg Dührings beruhte auf dem in der Arbeiterbewegung stärker werdenden Bedürfnis nach "Weltanschauung", nach einer Orientierung bietenden umfassenden Welterklärung, die auf alle Fragen eine Antwort liefert. Nachdem die schlimmsten Auswüchse des Frühkapitalismus beseitigt waren und das alltägliche Überleben der Lohnabhängigen einigermaßen gesichert war, entwickelte sich eine spezifisch sozialdemokratische Arbeiterkultur: In den Arbeitervierteln entstanden Arbeitersportvereine, Arbeitergesangsvereine und Arbeiterbildungsvereine. Von der gehobenen bürgerlichen Gesellschaft und der bürgerlichen Kultur weitgehend ausgeschlossen entwickelte sich in der Arbeiterklasse eine parallele Alltags- und Bildungskultur, die sich zwar von ihrem bürgerlichen Gegenüber bewusst absetzen wollte, es aber oft unbewusst kopierte; so wurde am Ende des 19. Jahrhunderts August Bebel, der langjährige SPD-Vorsitzende, ähnlich huldvoll verehrt wie Kaiser Wilhelm II. vom Kleinbürgertum. In diesem Klima entstand das Bedürfnis nach einer umfassenden geistigen Orientierung, die den vorherrschenden bürgerlichen Werten und Weltbildern, in denen die Arbeiterklasse nicht oder nur ganz untergeordnet vorkam, entgegengesetzt werden konnte.

Indem nun Engels Dühring nicht nur kritisierte, sondern ihm auf verschiedenen Gebieten auch die "richtigen" Positionen eines "wissenschaftlichen Sozialismus" entgegensetzen wollte, legte er die Grundlagen für einen weltanschaulichen "Marxismus", der von der sozialdemokratischen Propaganda dankbar aufgenommen und immer weiter verflacht wurde. Seinen wichtigsten Repräsentanten fand dieser "Marxismus" in Karl Kautsky (1854-1938), der nach dem Tod von Engels bis zum Ersten Weltkrieg als der führende marxistische Theoretiker galt. Was Ende des 19. Jahrhunderts in der Sozialdemokratie als "Marxismus" dominierte, bestand aus einer Sammlung von ziemlich schematischen Auffassungen: Ein äußerst simpel gestrickter Materialismus, bürgerliches Fortschrittsdenken, ein paar stark vereinfachte Elemente der Hegelschen Philosophie und Versatzstücke Marxscher Begrifflichkeiten wurden zu einfachen Formeln und Welterklärungen kombiniert. Besonders hervorstechende Merkmale dieses Populärmarxismus waren ein oft kruder *Ökonomismus* (d.h. Ideologie und Politik werden auf unmittelbare und bewusste Übersetzung ökonomischer Interessen reduziert) sowie ein ausgeprägter historischer *Determinismus*, der das Ende des Kapitalismus und die proletarische Revolution als naturnotwendig eintretende Ereignisse betrachtet. In der Arbeiterbewegung verbreitet war nicht die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie, sondern dieser "Weltanschauungsmarxismus", der vor allem identitätsstiftend wirkte: Er zeigte, wo man als Arbeiter und Sozialist hingehörte, und er erklärte alle Probleme auf denkbar einfache Weise.

Eine Fortsetzung und noch weitere Verflachung dieses weltanschaulichen Marxismus erfolgte dann im Rahmen des "Marxismus-Leninismus". Lenin (1870-1924), zu Beginn des 20. Jahrhunderts der einflussreichste Vertreter der russischen Sozialdemokratie, war in seinem Denken ganz in dem gerade skizzierten Weltanschauungsmarxismus verwurzelt. Das überhöhte Selbstverständnis dieses "Marxismus" spricht Lenin ganz offen aus: "Die Lehre von

Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung." (Lenin 1913, S. 3f.).

Politisch unterstützte Lenin vor 1914 stets das sozialdemokratische Zentrum um Karl Kautsky gegen den von Rosa Luxemburg (1871-1919) repräsentierten linken Flügel. Der Bruch erfolgte erst zu Beginn des Ersten Weltkrieges, als die SPD den von der Regierung geforderten Kriegskrediten zustimmte. Von da an nahm die Spaltung der Arbeiterbewegung ihren Lauf: Einem sozialdemokratischen Flügel, der sich in den nächsten Jahrzehnten sowohl praktisch als auch theoretisch immer weiter von der Marxschen Theorie und dem Ziel einer Überwindung des Kapitalismus entfernte, stand ein kommunistischer Flügel gegenüber, der zwar eine marxistische Phraseologie und eine revolutionäre Rhetorik pflegte, aber vor allem die innen- wie außenpolitischen Wendungen der Sowjetunion (wie etwa später den Hitler-Stalin-Pakt) rechtfertigte.

Nach seinem Tod wurde Lenin vom kommunistischen Flügel der Arbeiterbewegung schnell in einen marxistischen Säulenheiligen verwandelt. Seine meist aus aktuellem Anlass entstandenen polemischen Kampfschriften wurden als höchster Ausdruck "marxistischer Wissenschaft" geadelt und mit dem bereits vorhandenen "Marxismus" zu einem dogmatischen System von Philosophie ("Dialektischer Materialismus"), Geschichte ("Historischer Materialismus") und politischer Ökonomie vereint, dem "Marxismus-Leninismus". Auch diese Variante des Weltanschauungsmarxismus diente vor allem der Identitätsbildung und in der Sowjetunion insbesondere dazu, die Herrschaft der Partei zu legitimieren und jede öffentliche Diskussion zu ersticken.

Die heute allgemein verbreiteten Vorstellungen, worum es bei Marx und in der Marxschen Theorie geht – egal ob diese nun positiv oder negativ bewertet wird – beruhen ganz wesentlich auf diesem Weltanschauungsmarxismus. Auch viele Leser und Leserinnen dieser Einführung dürften manche, ihnen ganz selbstverständlich erscheinende Aussage über die Marxsche Theorie aus diesem Weltanschauungsmarxismus schöpfen. Für den Großteil dessen, was im 20. Jahrhundert als "Marxismus" oder "Marxismus-Leninismus" firmierte, gilt aber wohl dasselbe, was Marx seinem Schwiegersohn Paul Lafargue äußerte, als dieser ihm vom französischen "Marxismus" berichtete:

"Wenn das Marxismus ist, dann bin ich kein Marxist." (MEW 35, S. 388)

Allerdings blieb es nicht bei diesem Weltanschauungsmarxismus. Vor dem Hintergrund der Spaltung der Arbeiterbewegung in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Flügel sowie der Enttäuschung der revolutionären Hoffnungen nach dem Ersten Weltkrieg entwickelten sich in den 20er und 30er Jahren unterschiedliche (und unterschiedlich weit gehende) Varianten einer "marxistischen" Kritik am Weltanschauungsmarxismus. Diese neuen Strömungen, die u.a. mit den Namen Karl Korsch, Georg Lukács, Antonio Gramsci (dessen Gefängnishefte aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg publiziert wurden) und der von Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Herbert Marcuse begründeten "Frankfurter Schule" verbunden sind, werden im Rückblick häufig unter dem Label "Westlicher Marxismus" zusammengefasst (vgl. dazu den Band von Diethard Behrens in dieser Reihe [theorie.org]).

Lange Zeit wurden von diesem westlichen Marxismus aber nur die philosophischen und geschichtstheoretischen Grundlagen des traditionellen Marxismus, der "dialektische" und der "historische Materialismus", kritisiert. Dass im Weltanschauungsmarxismus die Kritik der politischen Ökonomie zu einer "marxistischen politischen Ökonomie" zusammengeschrumpft und die umfassende Bedeutung von "Kritik" verloren gegangen war, geriet so richtig erst in den 1960er und 1970er Jahren in den Blick. Im Gefolge der Studentenbewegung und der Proteste gegen den US-amerikanischen Krieg in Vietnam gab es seit den 1960er Jahren weltweit einen Aufschwung linker Bewegungen jenseits der sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteien der Arbeiterbewegung und erneute Diskussionen über die Marxsche Theorie. Jetzt setzte auch eine tief greifende Diskussion der Marxschen Ökonomiekritik ein. Dabei waren u.a. die Schriften von Louis Althusser und seiner Mitarbeiter (Althusser 1965; Althusser/Balibar 1965) sehr einflussreich. Darüber hinaus beschränkte sich die Diskussion jetzt nicht mehr nur auf das "Kapital", es wurden auch weitere ökonomiekritische Schriften wie die "Grundrisse" mit einbezogen, letztere wurden vor allem durch das Buch von Rosdolsky (1968) populär. Für die (west-)deutsche Diskussion über Aufbau und Theiestruktur der Marxschen Ökonomiekritik spielten insbesondere die Aufsätze von Backhaus (gesammelt in Backhaus 1997) sowie das Buch von Reichelt (1970) eine zentrale Rolle; sie gaben wichtige Anstöße für die neue Lektüre der ökonomiekritischen Marxschen Schriften, von der oben im Vorwort die Rede war. Im inhaltlichen Kontext dieser "neuen Marx-Lektüre" steht auch die vorliegende Einführung. [Fußnote 2: Die Bezeichnung "neue Marx-Lektüre" benutzte zuerst Hans-Georg Backhaus im Vorwort zu seinen Gesammelten Aufsätzen (Backhaus 1997). Einen konzentrierten Überblick über die einzelnen Stufen dieser neuen Marx-Lektüre gibt Elbe (2003). Neue Beiträge dazu sind u.a. Brentel (1989), Behrens (1993a, 1993b), Heinrich (1999), Backhaus (2000), Rakowitz (2000), Milios/Dimoulis/Economakis (2002), Reichelt (2002). Auch Postone (2003) gehört in diesen Zusammenhang.] Die hier nur angedeuteten Differenzen zwischen der "Kritik der politischen Ökonomie" und einer "marxistischen politischen Ökonomie" werden im Folgenden deutlicher hervortreten.

Widerspruch 1: Gebrauchswert und Tauschwert

Nichts könnte einfacher sein. Ich gehe in einen Supermarkt und tausche das Geld, das ich in der Tasche habe, gegen ein paar Lebensmittel ein. Das Geld kann ich nicht essen, wohl aber die Lebensmittel. Die Nahrung ist in einer Weise nützlich, die auf das Geld nicht zutrifft. Und während sie kurz darauf verbraucht und aufgegessen ist, sind die Banknoten und Münzen weiterhin in Umlauf. Ein Teil des Geldes, das der Supermarkt einnimmt, wird als Lohn an eine Kassiererin ausgezahlt, die das Geld in einen anderen Laden trägt. Teils gehen die Einnahmen als Profite an die Eigentümer, teils an die Zwischenhändler und schließlich an die unmittelbaren Produzenten der Nahrungsmittel, die das Geld ebenfalls ausgeben. So kreist es immer weiter und weiter. In einer kapitalistischen Gesellschaft finden tagtäglich Millionen von Transaktionen dieser Art statt. Waren wie Lebensmittel, Kleidung und Handys werden hergestellt und verbraucht, während das Geld unaufhörlich seinen Besitzer wechselt. Dieses Wechselspiel prägt den Alltag eines Großteils der Weltbevölkerung.

Alle Waren, die wir in einer kapitalistischen Gesellschaft kaufen, haben einen Gebrauchs- und einen Tauschwert. Der Unterschied zwischen den beiden Wertformen ist bedeutsam. In dem Maße, in dem sie sich als unverträglich erweisen, bilden sie einen Widerspruch, der gelegentlich eine Krise hervorrufen kann. Die Gebrauchswerte sind (selbst für ein und dieselbe Ware) qualitativ verschieden, während der Tauschwert (unter normalen Bedingungen) ununterscheidbar ist (ein Dollar ist ein Dollar ist ein Dollar, und selbst wenn er ein Euro ist, besitzt er einen bekannten Wechselkurs zum Dollar).

Betrachten wir beispielsweise den Gebrauchswert und den Tauschwert eines Hauses. Als Gebrauchswert bietet das Haus ein Dach über dem Kopf; es ist ein Ort, wo Menschen eine Familie gründen und affektive Beziehungen eingehen können; wo die alltägliche und biologische Reproduktion stattfindet (wo wir kochen, miteinander schlafen, streiten und Kinder großziehen); wo wir in einer prekären Welt Privatheit und Sicherheit finden. Es kann verschiedene Funktionen haben: Es zeigt den Status oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe an, steht für Wohlstand und Macht, ist ein Stück konservierte Geschichte, hat architektonische Bedeutung und wird aufgrund seiner Eleganz und Schönheit vielleicht sogar von Touristen bewundert (wie das von Frank Lloyd Wright erbaute Haus Falling Water). Es kann die Werkstatt eines ehrgeizigen Erfinders sein (wie das berühmte Gebäude, das zum Epizentrum von Silicon Valley wurde), man kann einen Ausbeutungsbetrieb im Keller verstecken oder ihn als Zufluchtsort für verfolgte Immigranten herrichten. Wir könnten diese Liste endlos fortsetzen, die potentiellen Verwendungszwecke für ein Haus sind scheinbar unendlich und höchst subjektiv.

Aber was ist mit dem Tauschwert? In weiten Teilen der zeitgenössischen Welt sind wir gezwungen, ein Haus zu kaufen, zu pachten oder zu mieten, um es nutzen zu können. Wir müssen Geld dafür aufwenden. Die Frage lautet: Wie viel Tauschwert ist erforderlich, um die erwünschten Nutzungsmöglichkeiten zu erhalten, und inwiefern beeinträchtigt der Preis unsere Fähigkeit, ein Haus wirklich so zu nutzen, wie wir es möchten? Das hört sich nach einer einfachen Frage an, tatsächlich aber ist die Antwort ziemlich kompliziert.

Für die frühen amerikanischen Siedler kostete ein Haus nicht viel: Das Land gab es umsonst, sie nutzten ihre eigene Arbeitskraft (oder die ihrer Nachbarn: Du hilfst mir heute bei meinem Dach,

und ich helfe dir nächste Woche bei deinem Fundament) und bezogen einen Großteil der Rohstoffe wie Holz und Steine von der Natur, die sie umgab. Wirklich teuer waren nur die Werkzeuge wie Äxte, Sägen, Nägel, Hämmer, Messer, das Geschirr für die Pferde und dergleichen. In einigen Teilen der Welt, etwa in den sogenannten Slums vieler Großstädte in Entwicklungsländern, funktioniert es noch heute so. Auf diese Weise entstehen die Favelas in Brasilien. Seit den Siebzigerjahren fördert sogar die Weltbank diesen Selbsthilfe-Wohnungsbau, der damit offiziell als angemessen für Bevölkerungsteile mit niedrigem Einkommen gilt. Die dabei anfallenden Tauschwerte sind relativ gering.

Häuser können aber auch »im Auftrag« gebaut werden. Jemand hat Land und bezahlt Architekten, Bauunternehmer und Handwerker, damit sie ein Haus nach einem bestimmten Plan fertigstellen. Der Tauschwert wird bestimmt durch die Kosten des Rohmaterials, die Arbeitslöhne und die Kosten für die Dienstleistungen, die erforderlich sind, um das Haus zu errichten. Er spielt keine beherrschende Rolle, aber er kann die Möglichkeiten zur Herstellung der Gebrauchswerte beschränken (wenn nicht genügend Geld für den Bau einer Garage vorhanden ist oder ein ganzer Flügel des aristokratischen Herrenhauses fortgelassen wird, weil die Mittel erschöpft sind). Viele Eigentümer erhöhen auch den Gebrauchswert eines Hauses, indem sie einen Anbau errichten oder eine Terrasse anlegen.

Oft wird Wohnraum jedoch spekulativ geschaffen als eine Ware, die auf dem Markt an jeden verkauft wird, der sie sich leisten kann. Eine solche Bereitstellung von Wohnraum hat eine lange Geschichte in kapitalistischen Gesellschaften. Die berühmten georgianischen Häuserzeilen von Bath, Bristol, London und anderen Städten Ende des 18. Jahrhunderts sind so entstanden, aber auch die Wohnblocks in New York, die Reihenhäuser für die Arbeiterklasse in Industriestädten wie Philadelphia, Lille und Leeds und die Reihenhaussiedlungen der typischen amerikanischen Vorstädte. Der Tauschwert ist durch die Grundkosten der Hausproduktion festgelegt (Arbeit und Rohmaterial), aber in diesem Fall kommen noch zwei andere Kostenfaktoren hinzu: erstens die Gewinnspanne des Investors, der das notwendige Anfangskapital aufbringt und die Zinsen für möglicherweise erforderliche Kredite bezahlt, und zweitens die Kosten für den Erwerb oder die Pacht des Baugrunds. Der Tauschwert wird bestimmt durch die tatsächlichen Herstellungskosten plus Gewinn, plus Zinsen auf Kredite und Grundstückspreis. Das Ziel des Investors ist die Erzeugung von Tauschwert, nicht Gebrauchswert. Die Schaffung von Gebrauchswerten für andere ist ein Mittel zu diesem Zweck. Der spekulative Charakter des Vorgangs zeigt jedoch, dass allein der potentielle Tauschwert entscheidend ist. Die Erbauer des Wohngebäudes könnten durchaus ein Verlustgeschäft machen, auch wenn sie alles in ihrer Macht Stehende tun dürften, um genau das zu verhindern. Doch ein Risiko bleibt immer. Der Tauschwert wird zur treibenden Kraft der Wohnraumbeschaffung.

Aus der Einsicht, dass am Bedarf vorbei produziert wurde, entstand eine Vielzahl sozialer Wohnungsbauprojekte, teils von großen Arbeitgebern wie Cadbury, die Interesse an handzahmen und stets verfügbaren Arbeitern hatten, teils von Utopisten (wie Robert Owen, den Fourieristen und George Peabody) und teils von staatlichen Stellen. Diese Programme – ob nun öffentlich, philanthropisch oder paternalistisch – sollten den Bedürfnissen der ärmeren Klassen Rechnung tragen. Wenn wir davon ausgehen, dass jeder Mensch ein Recht auf »eine geeignete Wohnung und ein angemessenes Lebensumfeld« hat (wie es in der Einleitung zum US Housing Act von 1949 heißt), dann wird damit der Gebrauchswert in den Mittelpunkt der

Kämpfe um Wohnraumbereitstellung gerückt. In der sozialdemokratischen Ära hat dieser politische Standpunkt die Wohnungsbaupolitik in Europa, aber auch in den Vereinigten Staaten und in einigen Entwicklungsländern nachhaltig beeinflusst. Im Laufe der Jahre ließ das staatliche Engagement in der Wohnraumfrage jedoch nach. Der Tauschwert gewann wieder die Oberhand, schon weil die fiskalischen Möglichkeiten des Staates durch den subventionierten Wohnungsbau oft genug auf eine harte Probe gestellt wurden.

Man hat diese Spannung zwischen Gebrauchswert und Tauschwert beim Wohnungsbau auf sehr unterschiedliche Weise bewältigt. Aber es gab auch Phasen, in denen das System zusammenbrach und Krisen hervorrief, wie auf den Immobilienmärkten der USA, Irlands und Spaniens in den Jahren 2007 bis 2009. Diese Krise war nicht die erste ihrer Art. Vorausgegangen waren ihr die Savings-and-Loan-Krise der amerikanischen Sparkassen ab 1986, der Zusammenbruch des skandinavischen Immobilienmarktes 1992 und das Ende des japanischen Wirtschaftsbooms der Achtzigerjahre mit dem spektakulären Kollaps des Grundstücksmarktes im Jahr 1990.⁶

Auch die Privatwirtschaft tut sich mit dem Wohnraum schwer. Zunächst einmal ist das Haus eine teure Anschaffung, die nicht sofort verbraucht wird, sondern deren Konsum sich über viele Jahre erstreckt. Unter Umständen haben Privatleute nicht genügend Geld zur Verfügung, um das Haus sofort zu kaufen. Wenn ich es nicht bar erwerben kann, habe ich im Prinzip zwei Möglichkeiten. Entweder kann ich es von jemandem mieten oder pachten, der von den Mieteinkünften lebt. Oder ich kann mir Geld beschaffen, indem ich es mir bei Freunden und Verwandten leihe oder eine Hypothek bei einem Finanzinstitut aufnehme. Im Falle einer Hypothek muss ich während der Laufzeit der Hypothek den vollständigen Tauschwert des Hauses plus die monatlichen Zinsen bezahlen. Endgültig geht das Haus erst nach, sagen wir, dreißig Jahren in meinen Besitz über. Infolgedessen wird es zu einer Sparanlage, zu einem Vermögen, dessen Wert (oder zumindest den Teil des Wertes, den ich durch meine monatlichen Zahlungen erworben habe) ich mir jederzeit auszahlen lassen kann. Ein Teil dieses Vermögenswertes wird durch Instandhaltungskosten (beispielsweise Malerarbeiten oder Reparaturen) aufgezehrt. Aber trotzdem kann ich hoffen, im Laufe der Zeit den Nettowert, über den ich verfüge, durch Abzahlung meiner Hypothek zu erhöhen.

Die Hypothekenfinanzierung eines Hauskaufs ist jedoch eine sehr eigenartige Transaktion. Der Gesamtbetrag, der in dreißig Jahren für eine Hypothek über 100 000 Euro anfällt, beträgt ungefähr 195 000 Euro, daher bezahlt der Hypothekenehmer einen Aufpreis von 95 000 Euro, um einem Vermögenswert von 100 000 Euro zu erwerben. Die Transaktion ergibt eigentlich keinen Sinn. Warum sollte ich so etwas tun? Die Antwort lautet natürlich, dass ich den Gebrauchswert des Hauses brauche, weil ich irgendwo wohnen muss, und dass ich 95 000 Euro bezahle, damit ich darin leben kann, bis es mir ganz gehört. Ich könnte auch einem Vermieter dreißig Jahre lang 95 000 Euro Miete bezahlen, nur erhalte ich durch einen Hypothekenkauf am Ende den Tauschwert des ganzen Hauses. Das Haus wird für mich praktisch eine Art Sparanlage, ein Aufbewahrungsort für den Tauschwert.

Allerdings ist der Tauschwert des Hauses keine feststehende Größe. Im Laufe der Zeit schwankt er infolge einer Vielzahl gesellschaftlicher Bedingungen und Kräfte. Zunächst einmal ist er nicht unabhängig von den Tauschwerten der Häuser in seiner Umgebung. Wenn alle Häuser in

meiner Nachbarschaft verfallen oder »die falschen Leute« zuziehen, dann wird der Wert meines Hauses sehr wahrscheinlich fallen, obwohl ich es hervorragend in Schuss halte. Umgekehrt erhöhen »Verbesserungen« in meinem Wohnviertel (beispielsweise Luxussanierungen) wahrscheinlich den Wert meines Hauses, obwohl ich selbst nichts investiert habe. Der Immobilienmarkt wird durch »externe Effekte« beeinflusst, wie die Wirtschaftswissenschaftler sagen. Häufig versuchen Hausbesitzer diese Externalitäten durch individuelle oder kollektive Maßnahmen zu beeinflussen. Versuchen Sie einmal, ein Resozialisierungszentrum für entlassene Strafgefangene in einer »achtbaren« Wohngegend zu bauen, und warten Sie ab, was passiert! Mit großer Wahrscheinlichkeit bekommen Sie es in schönster »Nicht vor unserer Haustür«-Manier mit einer Nachbarschaftsorganisation zu tun, die ihre Aufgabe vorwiegend darin sieht, die Immobilienwerte ihres Wohnviertels zu erhalten oder zu verbessern. Die Menschen sind bestrebt, den Wert ihrer Ersparnisse zu bewahren – was ihnen allerdings nicht immer gelingt. Wenn der Staat oder Investoren Häuser in einer Wohngegend aufkaufen, um sie später zu sanieren, und sie erst einmal verfallen lassen, vernichten sie auch den Marktwert der Häuser in der Umgebung.

Wenn ich mein Haus renoviere, werde ich vornehmlich in solche Änderungen investieren, die zur Steigerung des Tauscherts beitragen. Zu diesem Thema gibt es eine Vielzahl von »Ratgebern« für Hausbesitzer (der Einbau einer modernen Küche bedeutet eine Wertsteigerung, während die Installation von Spiegeln an allen Zimmerdecken oder eine Voliere im Garten keinen finanziellen Vorteil bringt).

Hausbesitz hat für immer größere Bevölkerungsgruppen in vielen Teilen der Welt an Bedeutung gewonnen. Die Erhaltung und Steigerung von Immobilienwerten ist zu einem wichtigen politischen Thema geworden, weil der Tauschwert eines Hauses heute für Konsumenten genauso wichtig ist wie für Investoren.

Aber in den letzten etwa dreißig Jahren sind Wohnimmobilien auch zu Spekulationsobjekten geworden. Ich kaufe ein Haus für 300 000 Euro, und drei Jahre später wird sein Wert auf 400 000 geschätzt. Den zusätzlichen Wert kann ich nutzen, indem ich eine Refinanzierung im Volumen von 400 000 Euro vornehme und die verbleibenden 100 000 Euro nach Belieben verwende. Die stete Steigerung des Tauscherts bei Wohnimmobilien kann eine Spekulationswelle auslösen. Das Haus wird zu einer Art Goldesel, einem privaten Geldautomaten, der die Gesamtnachfrage ankurbelt – unter anderem auch die nach Wohnimmobilien. In *The Big Short* erklärt Michael Lewis, was im Vorfeld des Crashes von 2008 passierte. Die Tagesmutter der Kinder eines seiner Hauptinformanten besaß zusammen mit ihrer Schwester schließlich sechs Häuser im New Yorker Bezirk Queens. »Es war ganz einfach, nachdem sie das erste Haus gekauft hatten und es im Wert gestiegen war, kamen die Kreditgeber auf sie zu und schlugen eine Umschuldung vor, bei der sie 250 000 Dollar herausziehen konnten. Damit kaufte sie das zweite Haus.« Dann stieg auch der Preis dieses Objekts, und sie wiederholten das Experiment. »Am Ende gehörten ihnen fünf solche Häuser, der Markt brach ein, und sie konnten für keines die Raten bezahlen.«⁷

Immobilienpekulationen waren weit verbreitet, dabei haben sie immer etwas von einem »Ponzi-Trick«. Man kauft sich mit geborgtem Geld ein Haus, und die Preise steigen. Die steigenden Immobilienpreise verlocken immer mehr Menschen zum Kauf von Häusern. Sie

leihen noch mehr Geld (was leicht ist, wenn die Banken gerade liquide sind), um es in das vielversprechende Geschäft zu investieren. Die Immobilienpreise klettern weiter, weshalb immer mehr Menschen und Institutionen in das Spiel einsteigen. Das Ergebnis ist eine »Immobilienblase«, die schließlich platzt. Wie und warum sich solche Blasen bei Vermögenswerten wie Immobilien bilden, wie groß oder klein sie sind und was geschieht, wenn sie platzen, hängt von der Gesamtkonstellation ab. Im Augenblick müssen wir einfach aufgrund der historischen Evidenz (allein in den USA ist der Immobilienmarkt in den Jahren 1928, 1973, 1987 und 2008 zusammengebrochen) annehmen, dass solche Hypes und Blasen zwangsläufig zum Kapitalismus gehören. Und in dem Maße, wie sich China dem Kapitalismus verschrieb, wurde es auch anfälliger für Spekulationsbooms und -blasen auf seinem Immobilienmarkt. Wir werden auf die Frage nach dem Warum zurückkommen.

Beim jüngsten Immobiliencrash in den Vereinigten Staaten verloren rund vier Millionen Menschen ihre Häuser durch Zwangsvollstreckung. Ihr Streben nach Tauschwert hat sie letztlich um den Gebrauchswert der Immobilie gebracht. Unzählige Menschen haben bei der Hypothekenfinanzierung noch immer keinen festen Boden unter den Füßen – was daran liegt, dass jemand, der sein Haus auf dem Höhepunkt des Booms gekauft hat, der Bank mehr Geld schuldet, als das Haus auf dem Markt wert ist. Eigentümer können von ihrer Eigentümerschaft nicht einfach zurücktreten. Auf der Höhe des Booms waren die Hauspreise so hoch geklettert, dass viele Menschen für ihr Haus hohe Schulden aufnahmen, die sich letztlich als nicht rückzahlbar erwiesen. Nach dem Crash überstiegen die Belastungen ihre finanziellen Möglichkeiten, und sie verloren das Haus.

Auf den Mietmärkten sind ähnliche Probleme aufgetreten. In New York, wo ungefähr 60 Prozent der Bevölkerung Mieter sind, wurden auf dem Höhepunkt des Booms viele große Wohnkomplexe von privaten Aktienfonds aufgekauft, weil man hoffte, durch Mieterhöhungen einen Reibach machen zu können. Absichtlich ließen die Fonds die aktuellen Gebrauchswerte verfallen, um die geplanten Reinvestitionen zu rechtfertigen, machten dann aber selbst bankrott. Daraufhin blieben die Mieter mit geminderten Gebrauchswerten und höheren Mieten in zwangsversteigerten Immobilien zurück, in denen die Eigentümerverpflichtungen häufig ungeklärt waren (wen ruft man in einem zwangsversteigerten Wohnkomplex an, wenn die Heizung nicht funktioniert?). Fast 10 Prozent des vorhandenen Mietwohnraums haben unter Problemen dieser Art gelitten. Das rücksichtslose Streben nach Maximierung der Tauschwerte hat große Teile der Bevölkerung um den Gebrauchswert des Wohnraums gebracht. Zu allem Überfluss hat der Kollaps des Immobilienmarktes eine globale Krise ausgelöst, von der sich die Welt nur unter großen Schwierigkeiten erholt.

Halten wir fest, dass im Kapitalismus die Wohnungsfrage nicht mehr von den Gebrauchswerten, sondern von den Tauschwerten bestimmt wird. In einer seltsamen Verkehrung der Verhältnisse wurde der Gebrauchswert von Wohnraum zunächst zu einer Sparanlage und dann zu einem Spekulationsobjekt für Konsumenten, Produzenten, Finanziere und viele andere Akteure (Immobilienmakler, Kreditberater, Rechtsanwälte, Versicherungsmakler usw.), die von dem Boom auf dem Immobilienmarkt profitieren wollten. Die Bereitstellung von angemessenen Gebrauchswerten für die Masse der Bevölkerung ist demgegenüber ins Hintertreffen geraten – was für zahllose Menschen katastrophale Folgen hatte.

Zur gleichen Zeit, als sich der Tauschwert in den Vordergrund drängte, veränderte sich auch die öffentliche Meinung und Politik in Hinblick auf die Rolle des Staates bei der Bereitstellung grundlegender Infrastruktur. Seit den Siebzigerjahren ist ein »neoliberaler Konsens« entstanden (oder verordnet worden), in dessen Namen sich der Staat aus mehr und mehr ehemaligen Verantwortungsbereichen zurückzieht – Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Bildung, Verkehr, Energieversorgung –, um diese Bereiche für den freien Markt zu öffnen. Warum es zu dieser Entwicklung kam, interessiert uns hier nicht. An dieser Stelle möchte ich nur zeigen, dass sich die staatliche Beteiligung an der Bereitstellung von Wohnraum während der letzten vierzig Jahre in weiten (wenn auch nicht in allen) Teilen der kapitalistischen Welt grundlegend gewandelt hat.

Natürlich habe ich den Fall des Gebrauchswerts und Tauschwerts von Wohnraum gewählt, weil er sehr deutlich zeigt, wie sich der einfache Unterschied zwischen Gebrauchs- und Tauschwert erst zu einem Gegensatz und dann zu einem absoluten Widerspruch entwickeln kann, der nicht nur auf dem Immobilienmarkt, sondern im gesamten Finanz- und Wirtschaftssystem eine Krise hervorruft. Vermutlich musste es nicht so kommen (oder doch? – das ist eine entscheidende Frage, die wir letztlich beantworten müssen). Unbezweifelbar ist aber, dass sie sich etwa ab 2000 in den USA, Irland, Spanien, teilweise auch in Großbritannien sowie verschiedenen anderen Teilen der Welt allmählich zu der makroökonomischen Krise von 2008 entwickelt hat (einer Krise, die noch nicht gelöst ist). Ebenso unstrittig ist, dass es eine Krise des Tauschwerts ist, die dazu führt, dass einer immer größeren Zahl von Menschen der angemessene Lebensstandard vorenthalten wird.

Das Gleiche geschah mit dem Gesundheitswesen und dem Bildungssystem (insbesondere den Hochschulen), als die Tauschwertorientierung den Gebrauchswert der Institutionen immer stärker überlagerte. Überall – egal, ob in Schulen oder Medien – erzählt man uns die gleiche Geschichte: Die kostengünstigste, beste und effizienteste Methode zur Bereitstellung von Gebrauchswerten bestehe darin, der Profitgier des Unternehmers freien Lauf zu lassen. Aus diesem Grund sind inzwischen viele Gebrauchswerte, die zuvor vom Staat kostenfrei zur Verfügung gestellt wurden, privatisiert und kommodifiziert worden: In großen Teilen der Welt und unter Zuspruch von Organisationen wie der Weltbank wurde dieser Weg beim Wohnungsbau, im Bildungssystem und Gesundheitswesen oder bei anderen Versorgungseinrichtungen beschritten. Aber das System bewährt sich nur für Unternehmer, die im Großen und Ganzen kräftige Gewinne einfahren, und für die Wohlhabenden, während es fast alle anderen gründlich bestraft. Die Alternative zu einem kommodifizierten System, das den Reichen dient, wäre ein System, in dessen Mittelpunkt die Produktion und demokratische Bereitstellung von Gebrauchswerten ohne Marktvermittlung stehen.

Wir wollen uns diesen Widerspruch auf einer abstrakteren theoretischen Ebene vergegenwärtigen. Der Austausch von Gebrauchswerten zwischen Individuen, Organisationen (wie zum Beispiel Unternehmen und Konzernen) und gesellschaftlichen Gruppen ist in jeder komplexen Gesellschaftsordnung mit hochentwickelter Arbeitsteilung und weitgespannten Handelsnetzen von größter Bedeutung. Unter solchen Bedingungen ist der direkte Tauschhandel wegen des Problems der »doppelten Koinzidenz der Bedürfnisse« nur von begrenztem Nutzen. Wenn Sie eine Ware besitzen, die ich haben möchte, muss ich über eine Ware verfügen, die Sie wollen, damit ein einfaches Tauschgeschäft zustande kommt. Zwar

lassen sich Tauschketten bilden, aber die sind umständlich und letztendlich ebenfalls begrenzt. Daher erweist sich ein unabhängiges Maß für den Wert aller Waren auf dem Markt – eine einzige Wertmetrik – nicht nur als vorteilhaft, sondern auch als unabdingbar. Ich kann meine Ware für irgendein allgemeines Wertäquivalent verkaufen und dieses nutzen, um mir zu kaufen, was immer ich brauche. Das allgemeine Äquivalent ist natürlich das Geld. Damit kommen wir zum zweiten Widerspruch des Kapitals. Was ist Geld?

Widerspruch 2: Der gesellschaftliche Wert der Arbeit und seine Repräsentation durch Geld

Der Tauschwert braucht ein Maß, das uns sagt, »wie viel« Waren im Verhältnis zueinander wert sind. Dieses Maß heißt Geld. Was ist also dieses »Geld«, das wir im Alltag so unbedenklich verwenden? Wir machen uns Sorgen, wenn wir nicht genug davon haben, ersinnen Mittel und Wege (manchmal fragwürdige oder ungesetzliche), um mehr davon zu bekommen, und lassen uns durch unseren Geldbesitz definieren. Manchmal hat es den Anschein, als sei Geld die höchste Gottheit der Warenwelt, als müssten wir uns ihr alle beugen und ihr am Altar ihrer Macht huldigen.

Die grundlegenden Funktionen von Geld in einer kapitalistischen Wirtschaft sind weitgehend bekannt. Geld ist ein Mittel oder Medium der Zirkulation (das den Tausch in einer Weise erleichtert, die das Problem der »Nicht-Koinzidenz der Bedürfnisse« löst, welches den Naturaltausch so begrenzt). Es liefert eine einzige Skala für den Wert von Waren auf dem Markt, und es dient dazu, Wert aufzubewahren. Doch wofür steht das Geld, wieso ist es so wichtig und warum scheint der Wunsch nach mehr Geld das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben zu regieren?

In erster Linie ist Geld ein Mittel, durch das ich Anspruch auf die gesellschaftliche Arbeit anderer erheben kann: das heißt einen Anspruch auf die Arbeit, die für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen aufgewendet wird. Dies muss nicht sofort geschehen (weil Geld auch als Wertspeicher dient), aber ganz ohne geht es auch nicht, weil das Geld sonst seine Bestimmung und Funktion nicht erfüllt.

In einer komplexen, arbeitsteiligen Gesellschaft hängen wir in hohem Maß von der Arbeit anderer ab, um die Gebrauchswerte zu erhalten, die wir zum Leben benötigen. Die Verfügbarkeit dieser Gebrauchswerte nehmen wir als selbstverständlich hin. Wir betätigen einen Schalter, und Strom fließt, der Gasherd springt an, wenn wir auf einen Knopf drücken, die Fenster lassen sich öffnen und schließen, unsere Schuhe und Hemden passen uns, jeden Morgen trinken wir Kaffee und Tee, essen Brot und fahren mit dem Bus oder Auto ins Büro, wo Computer, Bleistifte und Kugelschreiber, Notizpapier und Bücher auf uns warten; Ärzte, Chiropraktiker und Friseure, Lehrer, Forscher, Rechtsanwälte und Bürokraten produzieren jede Menge Wissen, das für Geld zu haben ist. All diese Dinge und Dienstleistungen absorbieren direkt oder indirekt menschliche Arbeit – in jedem Nagel, der irgendwo in einem Haus verbaut ist, steckt menschliche Arbeit. Und die meisten von uns tragen dazu bei, andere Menschen mit Gütern und Dienstleistungen zu versorgen.

Der gesellschaftliche Wert all dessen wird vom Geld repräsentiert. »Wert« ist eine gesellschaftliche Beziehung zwischen der arbeitenden Tätigkeit von Millionen Menschen in aller Welt. Als gesellschaftliche Beziehung ist der Wert selbst immateriell und unsichtbar (wie die Beziehung zwischen mir, dem Autor, und Ihnen, dem Leser dieses Textes). Doch wie moralische und ethische Werte auch hat dieser immaterielle Wert objektive Konsequenzen für die gesellschaftliche Praxis. Im Fall der gesellschaftlichen Arbeit bringt der »Wert« zum Ausdruck, warum Schuhe mehr kosten als Hemden, Häuser mehr als Autos und Wein teurer ist als Wasser. Diese Wertunterschiede zwischen Waren haben nichts mit ihren Gebrauchswerten zu tun (abgesehen von der simplen Tatsache, dass sie für irgendjemanden irgendwo von Nutzen sein müssen) und alles mit der gesellschaftlichen Arbeit, die in ihre Produktion eingeht.

Da der Wert immateriell und unsichtbar ist, bedarf er einer materiellen Repräsentation. Diese materielle Repräsentation ist das Geld. Geld ist sowohl konkrete Erscheinungsform wie auch Symbol und Repräsentation der Immaterialität des gesellschaftlichen Wertes. Aber wie bei allen Repräsentationen (Landkarten zum Beispiel) gibt es eine Lücke zwischen dem Zeichensystem und der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die es repräsentiert. In einer Hinsicht gelingt es der Repräsentation recht gut, den relativen Wert der gesellschaftlichen Arbeit wiederzugeben, doch in einer anderen verfehlt sie ihn oder verfälscht ihn sogar (so wie Landkarten einige Merkmale der uns umgebenden Welt genau darstellen, andere aber nicht). Diese Lücke zwischen dem Geld und dem Wert, den es repräsentiert, ist der zweite Grundwiderspruch des Kapitals.

Geld ist, so können wir zunächst festhalten, untrennbar mit der wertkonstituierenden gesellschaftlichen Arbeit verbunden, ohne mit ihr identisch zu sein. In gewissem Sinn verbirgt Geld den immateriellen Wert der Arbeit hinter seiner materiellen Form, und allzu leicht verwechseln wir das eine mit dem anderen. In dem Maße, wie die Repräsentation die Wirklichkeit verfälscht (was bis zu einem gewissen Grad immer der Fall ist), lassen wir uns in unseren Überzeugungen und Handlungen von etwas Falschem bestimmen. So wie wir in den Waren die gesellschaftliche Arbeit nicht mehr erkennen, verstellt uns auch das Geld den Blick auf die gesellschaftliche Arbeit, die es repräsentiert. Zu betonen ist aber die Untrennbarkeit des Wertes von seiner Repräsentation. Sie ergibt sich aus der einfachen Tatsache, dass ohne das Geld und die Warentransaktionen, die es ermöglicht, auch kein Wert (als immaterielle gesellschaftliche Beziehung) existieren könnte. Mit anderen Worten, der Wert könnte sich ohne die Hilfe der materiellen Repräsentation (Geld) und die soziale Praxis des Austauschs gar nicht bilden. Die Beziehung zwischen Geld und Wert ist nicht kausal, sondern dialektisch und koevolutionär – sie entstehen zusammen.

Aber die Beziehung kann auch irreführend sein, weil die »Lücke« zwischen dem gesellschaftlichen Wert und seiner Repräsentation je nach der Form, die das Geld annimmt, voller potentieller Widersprüche steckt. Warengelder (wie Gold und Silber) haben die Form von konkreten Gütern mit eindeutigen physischen Eigenschaften. Dagegen sind Münzen, Papier- und Fiatgeld sowie das wesentlich jüngere elektronische Geld lediglich Symbole. »Buchungsgeld« erspart einem Unternehmen tatsächliche Geldzahlungen zum Zeitpunkt von Käufen oder Verkäufen zugunsten der Zahlung des Nettosaldo am Ende eines bestimmten Zeitraums. Bei Firmen, die viel kaufen und verkaufen, heben sich die Transaktionen möglicherweise gegenseitig auf, bis am Ende nur noch ein geringes Nettosaldo übrig bleibt. Banken beispielsweise verrechnen am Ende des Tages oder der Clearingperiode ihre Schecks

untereinander (heute wird das elektronisch abgewickelt, früher geschah es von Hand in sogenannten Clearinghäusern – fünf Mal am Tag in New York –, wobei jede Bank die Schecks mit Boten an die Banken schickte, auf die der Scheck gezogen war). Die Nettotransfers der Banken können gegen null gehen, obwohl eine enorme Zahl von Transaktionen stattgefunden hat, weil die Schecks von den Banken gegeneinander aufgerechnet werden. Durch das Buchungsgeld wird die Menge des erforderlichen »realen« Geldes erheblich reduziert. Diese Art von Geld liegt einer Vielzahl von Kreditinstrumenten und Darlehen zugrunde, die der Ankurbelung von Produktion und Konsum dienen (auf dem Häusermarkt nehmen Bauunternehmer beispielsweise Kredite auf, um Immobilien zu errichten, die dann von Verbrauchern mit Hilfe von Hypotheken erworben werden). Die Kredite selbst wiederum bilden eine eigene, hochkomplizierte Welt (weshalb einige Theoretiker darin eine eigenständige Geldform sehen).

Aus all dem erwächst eine besondere und scheinbar tautologische Verwendung des Geldes. Geld, das vermeintlich nur als Maßeinheit für einen Wert dient, wird selbst zu einer Art von Ware – zu Geldkapital. Sein Gebrauchswert liegt darin, dass es zur Produktion von weiterem Wert (Profit oder Mehrwert) verwendet werden kann. Sein Tauschwert ist die Zinszahlung, die dem Wertmaßstab einen Wert zuweist (eine äußerst tautologische Aussage!). Das ist der Grund, warum Geld als Maßeinheit so ungewöhnlich und sonderbar ist. Während andere Maßeinheiten, wie Zentimeter und Kilogramm, selbst nicht gekauft oder verkauft werden können (ich kann nur zehn Kilo Kartoffeln kaufen, aber nicht zehn Kilo), kann das Geld selbst als Geldkapital gekauft und verkauft werden – etwa indem ich für die Möglichkeit bezahle, 100 Dollar für einen gewissen Zeitraum zu verwenden).

Die einfachste Methode, um einen Wert materiell zu repräsentieren, besteht darin, eine Ware als Wertmaßstab für alle anderen auszuwählen. Aus vielerlei Gründen haben sich die Edelmetalle Gold und Silber historisch als besonders geeignet erwiesen. Die Gründe dafür sind wichtig. Erstens sind diese Metalle relativ selten, aber trotzdem in ausreichenden Mengen vorhanden. Ich kann nicht in meinen Garten gehen und etwas Gold oder Silber ausgraben, wenn ich es brauche. Die Gesamtmenge der Edelmetalle ist recht stabil, daher behalten sie im Laufe der Zeit ihren relativen Wert gegenüber allen anderen Waren (obwohl Produktionsspitzen wie der kalifornische Goldrausch einige Probleme schufen). Der größte Teil der weltweiten Goldvorkommen ist bereits abgebaut und überirdisch vorhanden. Zweitens oxidieren und verderben diese Metalle nicht (wie es der Fall wäre, wenn wir Himbeeren oder Kartoffeln zu unserem Geld machten). Mit anderen Worten, sie bewahren ihre physikalischen Eigenschaften über den gesamten Zeitraum einer Markttransaktion, und, noch wichtiger, sie sind relativ sichere langfristige Wertspeicher. Drittens sind die physikalischen Eigenschaften dieser Metalle bekannt und genau zu analysieren, so dass sie leicht geeicht werden können – anders als beispielsweise der Wodka, der nach dem Zusammenbruch des Geldsystems im Russland der Neunzigerjahre als Ersatzwährung diente.⁸ Die physikalischen und materiellen Eigenschaften des Naturstoffs geben dem immateriellen Wert der gesellschaftlichen Arbeit eine bestimmte Form.

Aber Warengelder sind im Alltag schwierig zu handhaben, besonders wenn es um den Austausch von Waren geringen Wertes geht. Daher erwiesen sich Münzen, Gutscheine, Banknoten und schließlich elektronisches Geld auf den Marktplätzen der Welt als sehr viel

praktischer. Stellen Sie sich vor, wie es wäre, wenn Sie auf der Straße eine Tasse Kaffee mit dem exakten Gewicht in Gold oder Silber bezahlen müssten! Während die Warengelder also einst eine solide materielle Basis für die Repräsentation der gesellschaftlichen Arbeit geliefert haben dürften, wurden sie rasch durch weit flexiblere und praktischere Geldformen ersetzt (zwar versprechen die britischen Banknoten noch immer »to pay the bearer«, also den Inhaber auszuzahlen, sind aber schon lange nicht mehr frei in Gold oder Silber konvertierbar). Das führte zu einer weiteren Merkwürdigkeit. Das Geld, das der Immaterialität der gesellschaftlichen Arbeit eine physikalische Form verlieh, wurde seinerseits durch Symbole, durch Repräsentationen und letztlich durch Zahlen auf digitalisierten Konten ersetzt.

Wenn Warengelder durch Zahlen repräsentiert werden, bekommen wir es aber mit einem schwerwiegenden und potentiell irreführenden Paradox zu tun. Während Gold und Silber relativ selten und konstant in ihrem Bestand sind, ermöglicht die Repräsentation von Geld in Form von Zahlen eine willkürliche Erweiterung der Geldmenge. Genau das geschieht, wenn die US-Notenbank durch Strategien wie die quantitative Lockerung Billionen Dollar aus dem Hut zieht. Eine Obergrenze scheint es dabei nicht zu geben. Als man in den Siebzigerjahren die Währungen von den Edelmetallen endgültig abkoppelte, befanden wir uns hinsichtlich der Geldschöpfung und -akkumulation unvermittelt in einer Welt der unbegrenzten Möglichkeiten. Außerdem wird durch den Zuwachs an Buchungs- und, noch wichtiger, Kreditgeldern die Geldschöpfung in erheblichem Maße in die Hände von Privatpersonen und Banken gelegt. Die staatlichen Regulierungen und Eingriffe stellen dagegen häufig nur verzweifelte Versuche dar, das aus dem Ruder gelaufene Geldsystem wieder in den Griff zu bekommen. Bestürzende und legendäre Inflationsepisoden wie die in der Weimarer Republik haben gezeigt, wie entscheidend das Vertrauen, das dem Papiergeld entgegengebracht wird, von dem ausgebenden Staat abhängt. Wir werden darauf zurückkommen, wenn wir uns mit dem dritten Grundwiderspruch beschäftigen.

Zum Teil entstehen alle diese Merkwürdigkeiten, weil die drei Grundfunktionen des Geldes nur unter ganz verschiedenen Voraussetzungen effektiv erfüllt werden. Warengeld eignet sich für die Wertaufbewahrung, aber nicht für die Warenzirkulation im Markt. Münzen und Papiergeld leisten hervorragende Dienste als Zahlungsmedien, sind aber weniger sicher als langfristige Wertaufbewahrungsmittel. Staatlich ausgegebene Fiatwährungen sind der Willkür der ausgebenden Stellen unterworfen, so können Schulden beispielsweise einfach dadurch beseitigt werden, dass frisches Geld gedruckt wird. Diese verschiedenen Funktionen sind nicht ohne weiteres miteinander vereinbar. Sie sind aber auch nicht unabhängig voneinander. Wenn Geld nicht wertbeständig wäre, wäre es als Zirkulationsmedium nicht zu gebrauchen. Ist Geld andererseits nur ein Zirkulationsmittel, dann kann man ebenso gut Kunstgeld nehmen wie harte Silbermünzen. Daher müssen Gold und Silber, die sich hervorragend als Wertmaßstäbe und Wertaufbewahrungsmittel eignen, ihrerseits in Form von Noten- und Papierbeziehungsweise Kreditgeld repräsentiert werden, wenn die Warenzirkulation nicht ins Stocken geraten soll. So erhalten wir am Ende Repräsentationen von Repräsentationen der gesellschaftlichen Arbeit als Basis der Geldform! Wir haben es sozusagen mit einem doppelten Fetisch zu tun (einem doppelten Satz von Masken, hinter dem der gesellschaftliche Charakter der menschlichen Arbeit verborgen ist).

Mit Hilfe von Geld können Waren auf dem Markt mit einem Preis versehen werden, der je nach den Bedingungen von Angebot und Nachfrage realisiert werden kann oder auch nicht. Doch diese Preisauszeichnung zieht eine Reihe von weiteren Widersprüchen nach sich. Der Preis, der tatsächlich bei einem einzelnen Verkauf erzielt wird, richtet sich nach Angebot und Nachfrage zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort. Es gibt keine unmittelbare Entsprechung zwischen diesem Preis und dem Wert als solchem. Nur in kompetitiven und perfekt funktionierenden Märkten können wir davon ausgehen, dass die Marktpreise um einen Durchschnitt herum konvergieren, der den tatsächlichen Wert einer Sache widerspiegelt. Nun bietet der Marktprozess aber viele Gelegenheiten und Versuchungen, diese Konvergenz zu stören. Jeden Kapitalisten verlangt es danach, seine Waren zu Monopolpreisen zu verkaufen und Konkurrenz zu vermeiden. Daher die Markenpolitik und die Logo-überfrachteten Verkaufspraktiken, die es etwa Nike ermöglichen, für ein Paar Sneakers einen Monopolpreis zu verlangen, der den Wert des Produkts deutlich übersteigt. Diese Divergenz zwischen Preisen und Werten wirft ein Problem auf. Zwangsläufig reagieren Kapitalisten nur auf Preise und nicht auf Werte, schon weil sie keine Möglichkeit haben, den Wert einer Sache unmittelbar zu bestimmen. In dem Maße, wie die Preise aber von den Werten abweichen, richten Kapitalisten ihr Handeln auf falsche Signale aus.

Außerdem hindert mich nichts daran, alles Mögliche mit einem Preisschild auszustatten, egal, ob es sich um ein Produkt gesellschaftlicher Arbeit handelt oder nicht. Ich kann einen Preis für ein Stück Land festlegen und eine Pacht für seine Nutzung verlangen. Oder ich kann, wie die Lobbyisten in der K Street in Washington, völlig legal Einfluss im Kongress kaufen. Manchmal widersprechen Marktpreise auch den moralischen Werten einer Gesellschaft. Ich kann ein Vermögen machen mit Frauen-, Drogen- und illegalem Waffenhandel (drei der einträglichsten Geschäftsfelder des zeitgenössischen Kapitalismus). Schlimmer noch (wenn das möglich ist!), ich kann mit Hilfe von Geld noch mehr Geld machen, als handle es sich um Kapital, selbst wenn es das nicht ist. Die monetären Signale verabschieden sich vollkommen von der Logik der gesellschaftlichen Arbeit. Ich kann riesige fiktive Kapitalbestände schaffen – die ich für Zwecke ausleihe, die keinerlei Werte schaffen, finanziell aber äußerst einträglich sind. Kriege wurden immer schon mit Hilfe von fiktivem Kapital finanziert – Menschen leihen dem Staat Geld und erhalten Zinsen aus den Steuereinnahmen des Staates, obwohl mit Hilfe der Leihgabe Werte zerstört und nicht geschaffen werden.

Ein ähnliches Paradox: Geld, das eigentlich den gesellschaftlichen Wert schöpferischer Arbeit repräsentieren soll, wird immer häufiger zu fiktivem Kapital, das nur dazu dient, die Taschen der Finanzakteure und Aktionäre zu füllen, indem sie ein Vermögen mit allen möglichen unproduktiven Aktivitäten machen. Wenn Sie mir nicht glauben, brauchen Sie nur einen Blick auf die jüngste Immobilienkrise zu werfen, dann sehen Sie, was ich meine. Die Spekulation mit Immobilien ist keine produktive Tätigkeit, und doch flossen bis 2007/08 gewaltige Mengen fiktiven Kapitals in den Immobilienmarkt, weil die Ertragsrate hoch war. Die zunehmend einfach zu beschaffenden Kredite ließen die Immobilienpreise ansteigen, erzeugten hohe Renditen und ermöglichten es den Maklern, exorbitante Provisionen und Courtagen einzustreichen. Die Bündelung von Hypotheken (eine fiktive Kapitalform) zu Collateralized Debt Obligations (CDOs – eine noch fiktivere Kapitalform) schuf ein Schuldinstrument, das weltweit vermarktet werden konnte. Diese Instrumente fiktiven Kapitals, von denen sich viele als wertlos erwiesen, wurden

von den Ratingagenturen für sicher erklärt und arglosen Anlegern in aller Welt aufgeschwatzt – völlig entfesseltes fiktives Kapital. Den Preis für diese Exzesse zahlen wir noch immer.

Durch die Geldform werden also viele Widersprüche hervorgerufen. Wie gezeigt, führen Repräsentationen zu Verfälschungen. Im Fall von Gold und Silber als Repräsentationen des gesellschaftlichen Wertes machen wir die besonderen Produktionsbedingungen dieser Edelmetalle zu einem allgemeinen Maßstab des Wertes, der in allen Waren enthalten – »festgeronnen« – ist. Tatsächlich nehmen wir einen bestimmten Gebrauchswert (den des Goldes) und lassen ihn den allgemeinen Tauschwert repräsentieren. Damit aber repräsentieren wir einen ursprünglich gesellschaftlichen Wert (die Arbeit) dergestalt, dass er sich von Privatpersonen angeeignet werden kann. Dieser letzte Widerspruch hat tiefreichende und teilweise verheerende Konsequenzen.

Der Umstand, dass Geld Menschen die Möglichkeit gibt, sich gesellschaftliche Macht anzueignen und ausschließlich für private Zwecke zu nutzen, rückt das Geld in den Mittelpunkt einer Vielzahl schädlicher Verhaltensweisen – das Verlangen und die Gier nach Geldmacht werden zu einem zentralen Merkmal des kapitalistischen Gemeinwesens, um das alle möglichen fetischistischen Verhaltensweisen und Überzeugungen kreisen. Das Begehren nach Geld als einer Form gesellschaftlicher Macht wird zum Selbstzweck, der das reine Marktgeschehen überlagert – was die vermeintliche Rationalität kapitalistischer Märkte zum Scheitern verurteilt.

Über die Frage, ob Gier eine angeborene menschliche Eigenschaft ist oder nicht, lässt sich trefflich streiten (Marx glaubte es beispielsweise nicht). Fest steht jedenfalls, dass der Aufstieg der Geldform und die Möglichkeit, sich das Geld privat anzueignen, einen Raum für die üppige Entfaltung lauter menschlicher Eigenschaften schufen, die alles andere als ehrenwert und anständig sind. Akkumulationen von Reichtum und Macht wurden nicht nur geduldet, sondern auch begrüßt und bewundert. In seinem Essay »Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder« schrieb der britische Nationalökonom John Maynard Keynes 1930:

Wenn die Akkumulation des Reichtums nicht mehr von hoher gesellschaftlicher Bedeutung ist, werden sich große Veränderungen in den Moralvorstellungen ergeben. Wir sollten imstande sein, uns von vielen der pseudomoralischen Grundsätze zu befreien, die uns seit zweihundert Jahren peinigen und durch die wir einige der unangenehmsten menschlichen Eigenschaften zu höchsten Tugenden gesteigert haben. Wir sollten wagen, den Geldtrieb nach seinem wahren Wert einzuschätzen. Die Liebe zum Geld als ein Wert in sich – was zu unterscheiden ist von der Liebe zum Geld als einem Mittel für die Freuden und die wirklichen Dinge des Lebens – wird als das erkannt werden, was sie ist, ein ziemlich widerliches, krankhaftes Leiden, eine jener halb-kriminellen, halb-pathologischen Neigungen, die man mit Schaudern den Spezialisten für Geisteskrankheiten überlässt. Wir werden dann endlich die Freiheit haben, uns aller Arten von gesellschaftlichen Gewohnheiten und wirtschaftlichen Machenschaften zu entledigen, die die Verteilung des Reichtums und der wirtschaftlichen Belohnungen und Strafen betreffen und die wir jetzt unter allen Umständen, so widerlich und ungerecht sie auch sein mögen, mit allen Mitteln aufrechterhalten, weil sie ungeheuer nützlich für die Förderung der Kapitalakkumulation sind.⁹

Wie müsste die Reaktion also aussehen? In dem Maße, wie die Zirkulation des Spekulationskapitals immer wieder zu unvermeidlichen Börsencrashes führt, die von der kapitalistischen Gesellschaft (und tragischerweise vor allem von den ärmeren Bevölkerungsgruppen) einen hohen Tribut fordern, rücken die Spekulationsexzesse und die weitgehend fiktiven Geldformen, die ihretwegen entwickelt wurden, zwangsläufig in den Mittelpunkt des politischen Kampfes. Diese Spekulationsformen haben uns vor Augen geführt, wie ungeheuerlich sich die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit zugespitzt hat. Heutzutage kontrolliert eine neue Oligarchie – die infamen 1 Prozent (die in Wahrheit die noch infameren 0,1 Prozent sind) – den allergrößten Teil des Geldes und der Macht.

Was bedeutet das alles nun für den politischen Kampf? Geld ist, man kann es nicht oft genug wiederholen, ebenso untrennbar mit dem Gebrauchswert verknüpft wie mit dem Tauschwert. Die Bande zwischen den dreien sind eng und stark. Wenn der Tauschwert seine Funktion als Richtschnur für die Produktion und Verteilung der Gebrauchswerte in der Gesellschaft einbüßt, wird auch die Gier nach Geld (als ideale Quelle sozialer Macht) verschwinden. Während das utopische Ziel einer Gesellschaftsordnung ohne Tauschwert und infolgedessen ohne Geld erst noch formuliert werden muss, könnte es sinnvoll sein, als Zwischenschritt eine Quasi-Geldform zu etablieren, die den Tausch erleichtert, aber die private Akkumulation von Reichtum und gesellschaftlicher Macht verhindert. Im Prinzip ist das möglich. So zitiert Keynes in seinem einflussreichen Werk Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes »den seltsamen, zu Unrecht übersehenen Propheten Silvio Gesell«,¹⁰ der schon vor langer Zeit die Einführung von Quasi-Geld vorschlug, das oxidiert, wenn es nicht verwendet wird. Nach Gesells Ansicht muss die fundamentale Asymmetrie von verderblichen Waren (Gebrauchswerten) und Geldform (Tauschwert), die solchen Verfallsprozessen nicht unterworfen ist, beseitigt werden. »Geld, das wie eine Zeitung veraltet, wie Kartoffeln fault, wie Eisen rostet, wie Äther sich verflüchtigt, kann allein sich als Tauschmittel von Kartoffeln, Zeitungen, Eisen und Äther bewähren«, schrieb Gesell.¹¹ Bei elektronischem Geld lässt sich das heute in einer Weise bewerkstelligen, die früher nicht möglich war. Mühelos ließe sich ein Oxidationsplan in ein Konto programmieren, der dafür sorgen würde, dass ungenutztes Geld (wie ungenutzte Flugmeilen) nach einiger Zeit verfällt. Die enge Verbindung zwischen Geld als Zirkulationsmittel, Geld als Wertmaßstab und Geld als Wertspeicher (und daher als primäres Mittel zur Akkumulation von privatem Reichtum und privater Macht) würde so aufgelöst.

Natürlich würden derlei Maßnahmen weitreichende Anpassungen anderer Aspekte der Wirtschaft erforderlich machen. Würde Geld oxidieren, wäre es unmöglich, es für künftige Ausgaben zurückzulegen. Beispielsweise würden die Pensionsfonds verschwinden – was weniger schlimm wäre, als es scheinen mag. Denn auch so laufen diese Fonds Gefahr, wertlos zu werden (infolge von Unterdeckung, Missmanagement, Börsenkrähen oder Inflation). Geldwertorientierte Pensionsfonds sind ungewiss und unsicher, wie viele Ruheständler heute feststellen müssen. Dagegen begründet die Sozialversicherung einen Rentenanspruch, der im Prinzip nicht von der privaten Zukunftssicherung durch Sparen abhängt. Die Arbeiter von heute sorgen für die Arbeiter von gestern. Es ist weit besser, künftige Renten auf diese Weise zu organisieren als durch individuelle Sparpläne und die Hoffnung, die Investitionen würden sich eines Tages auszahlen. Ein garantiertes Mindesteinkommen (oder ein garantierter Zugriff auf

einen kollektiv verwalteten Vorrat an Gebrauchswerten) für alle würde die Notwendigkeit einer Geldform erübrigen, die zur privaten Vorsorge taugt.

Noch bedeutsamer ist die fortwährende Schaffung von Gebrauchswerten durch gesellschaftliche Arbeit und die Beseitigung des Tauscherts als primäres Mittel, die Produktion zu organisieren. Marx selbst glaubte nicht, dass Reformen innerhalb des Geldsystems allein genügen würden, um die Macht des Kapitals zu zerschlagen, und er glaubte, dass es illusorisch sei zu meinen, man könne die Welt durch das Herumbasteln an den Geldformen grundlegend verändern. Ich denke, damit hat er recht. Seine Analyse zeigt aber auch, dass die Entwicklung einer Alternative zum Kapital eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung dafür ist, die Macht des Geldes über unser gesellschaftliches Leben und über, wie Keynes schreibt, unsere geistige und moralische Weltsicht zu brechen. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie eine Alternative zum Kapitalismus aussehen könnte, müssen wir eine funktionstüchtige, geldlose Wirtschaft entwerfen. Angesichts der Möglichkeiten, die elektronisches Geld oder auch Geldsubstitute eröffnen, ist der Gedanke gar nicht so utopisch. Die Entwicklung von Cyberwährungen wie Bitcoin lässt darauf schließen, dass das Kapital bereits selbst im Begriff ist, mit neuen Geldformen zu experimentieren. Daher empfiehlt es sich für die Linke, ihre politischen Überlegungen und Vorhaben an dieser höchsten und letzten Zielsetzung auszurichten.

Eine alternative Geldpolitik erscheint besonders dringlich, wenn wir ein unmittelbares und sehr gefährliches Problem betrachten. Das heutige Geld hat den Status eines doppelten Fetischs angenommen – einer abstrakten Repräsentation (reine, auf einem Computer gespeicherte Zahlen) einer konkreten Repräsentation (wie Gold und Silber) der Immaterialität gesellschaftlicher Arbeit. Wenn Geld die Form reiner Zahlen annimmt, dann ist seine Menge potentiell unbegrenzt. Damit wird der Illusion Vorschub geleistet, das grenzen- und endlose Wachstum des Kapitals in seiner Geldform sei nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert. Dagegen zeigt schon eine flüchtige Untersuchung der Bedingungen, unter denen gesellschaftliche Arbeit und Wertvermehrung stattfinden, dass ein zeitlich unbegrenztes exponentielles Wachstum unmöglich ist.

Als die Geldmenge noch begrenzt war, weil sie von der materiellen Verfügbarkeit des physischen Warengeldes abhing, war die Geldschöpfung materiellen Einschränkungen unterworfen. Nachdem man jedoch die globale Geldmenge Anfang der Siebzigerjahre von den Edelmetallen abkoppelte, entstand ein ganz neuer Widerspruch. Geld konnte von jedem, der das Recht dazu hatte, endlos vermehrt werden. Die Geldmenge wurde gänzlich in die Hände fehlbarer menschlicher Institutionen wie den Notenbanken gelegt – was die Gefahr einer beschleunigten Inflation hervorrief. Daher ist es kein Zufall, dass sich die Notenbanker vor allem auf die Inflationsbekämpfung konzentrierten und ihre Verantwortung für den Arbeitsmarkt vernachlässigten. Die Europäische Zentralbank wurde mit dem ausschließlichen Auftrag gegründet, die Inflation zu kontrollieren, und die katastrophalen Folgen der massiven Schuldenkrise 2012, die mehrere europäische Länder heimsuchte, sind ein weiteres Indiz für die Unfähigkeit der kapitalistischen Institutionen, die widersprüchliche Logik der Geldform zu verstehen. Daher ist es keine Überraschung, dass die Krise von 2007/08 in erster Linie eine Finanzkrise war.

Fussnoten:

[6](#) Zu einem kurzen Überblick vgl. David Harvey, *Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution*, Berlin, Suhrkamp, 2013.

[7](#) Michael Lewis, *The Big Short. Wie eine Handvoll Trader die Welt verzockte*, Frankfurt a. M., Campus, 2010, S. 124.

[8](#) Diese faszinierenden Ereignisse werden geschildert in: Paul Seabright (Hg.), *The Vanishing Rouble: Barter Networks and Non-Monetary Transactions in Post-Soviet Societies*, London, Cambridge University Press, 2000.

[9](#) Zitiert in: Norbert Reuter, *Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief*, 2., vollst. überarb. und aktualis. Aufl., Marburg, Metropolis, 2007, S. 143 f.

[10](#) John Maynard Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin, Duncker & Humblot, 1955, S. 298.

[11](#) Silvio Gesell, *Die natürliche Wirtschaftsordnung*, Nürnberg, Zitzmann, 7. Aufl., 1949; hg. v. Karl Walker; HTML v. Wolfgang Röhrig, Juli 1997; PDF v. Florian Seiffert, August 2003, S. 182, userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/gesell/nwo/nwo.pdf.

4. Kapital, Mehrwert und Ausbeutung

4.1 Marktwirtschaft und Kapital: Der "Übergang vom Geld zum Kapital"

In den ersten drei Kapiteln des "Kapital" behandelt Marx Ware und Geld, vom Kapital ist explizit noch nicht die Rede. Dies führte bei einigen Autoren zu der Auffassung, in diesen ersten drei Kapiteln werde auf hohem Abstraktionsniveau eine vorkapitalistische "einfache Warenproduktion" dargestellt, eine Produktionsweise, in der zwar Waren- und Geldbeziehungen dominieren, die aber noch kein oder nur sehr unentwickeltes Kapital kennt. Unterstellt wird dabei, dass die Waren entsprechend ihren (Arbeits-)Werten ausgetauscht werden, da die Produzenten ihren eigenen und den Arbeitsaufwand der anderen genau kennen würden. Der prominenteste Vertreter dieser Auffassung war Friedrich Engels, der sie in seinem Nachtrag zum dritten Band des "Kapital" – einige Jahre nach Marx Tod – formulierte und damit viele Marxisten beeinflusste. [Fußnote 22: Diese Auffassung gehört zum Standardrepertoire des traditionellen Marxismus. Sie wurde z.B. von Ernest Mandel zusammen mit einer historisierenden Lesart des Marxschen Kapital (vgl. oben Teil 2.1) in vielen einführenden Texten verbreitet (siehe z.B. Mandel 1968, 1998).] Diese Vorstellung ist aber in mehrfacher Hinsicht problematisch:

Als *historische* Aussage: Zwar wurde schon vor Tausenden von Jahren getauscht, und gemünztes Geld existiert mindestens schon seit 500 v.Chr., doch waren Waren- und Geldbeziehungen in vorkapitalistischen Zeiten immer in andere Produktionsverhältnisse "eingebettet", sie waren nie umfassend, und die Ökonomie wurde nicht von ihnen dominiert. Dies ist erst mit Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise der Fall.

Als *theoretisches* Konzept: Marx versucht gerade zu zeigen, dass die Determination des Tausches durch die Werte nicht auf einer bewussten Abschätzung der aufgewendeten Arbeitsquanten beruht, dass die Tauschenden nicht wissen, was sie tun, sich der gesellschaftliche Zusammenhang vielmehr "hinter ihrem Rücken" durchsetzt (vgl. dazu Kapitel 3.8 d und e).

Als *Interpretation* der ersten drei "Kapital"-Kapitel: es wird verkannt, was Marx dort darstellt: die "einfache Zirkulation". Darunter versteht er die Zirkulation von Ware und Geld als die ganze Ökonomie dominierende Verkehrsform – aber in sozusagen eingeschränkter Betrachtung: Von der Existenz des Kapitals wird abstrahiert. Es werden nicht vorkapitalistische Verhältnisse analysiert, die irgendwann in der Vergangenheit existierten, sondern kapitalistische, gegenwärtige Verhältnisse (darauf macht, wie oben betont wurde, bereits der erste Satz des "Kapital" aufmerksam), aber unter Absehung vom Kapital. Dass vom Kapital abgesehen wird, ist keine willkürliche Laune des Theoretikers, auch nicht eine didaktische Entscheidung. In dieser Abstraktion drückt sich selbst noch ein bestimmter Zug der Wirklichkeit aus: Die einfache Zirkulation erscheint "als das unmittelbar Vorhandene an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft" (Grundrisse, MEW 42, S. 180), die eigentliche Ökonomie scheint nur aus Kauf- und Verkaufsfakten zu bestehen.

Auf den ersten Blick scheint die Ökonomie in drei große, getrennte Bereiche zu zerfallen:

- die *Produktionssphäre*: mit den jeweiligen technischen Möglichkeiten werden Güter hergestellt und Dienstleistungen erbracht;

- die *Zirkulationssphäre*: die Güter und Dienstleistungen werden getauscht und zwar im Wesentlichen nicht direkt miteinander, sondern gegen Geld;
- die *Konsumtionssphäre*: die Güter und Dienstleistungen werden verbraucht, entweder von den einzelnen Individuen als Lebensmittel zu ihrer unmittelbaren Lebenserhaltung (wie z.B. Nahrungsmittel, Kleidung etc.) oder aber innerhalb von Produktionsprozessen als Produktionsmittel (wie z.B. Maschinen und Rohstoffe), um weitere Produkte herzustellen.

Dabei entsteht jedoch der Eindruck, als habe es die Konsumtionssphäre einzig mit Bedürfnissen der Konsumenten zu tun und die Produktionssphäre mit rein technischen Bedingungen, so dass als eigentlich ökonomische Sphäre nur noch die Zirkulation übrig bleibt.

Die Reduktion der Ökonomie auf Zirkulation hat erhebliche Konsequenzen. Die Zirkulation hat nur mit Kauf und Verkauf zu tun, mit Vorgängen also, bei denen sich – zumindest im Prinzip – freie und gleiche Personen gegenüber stehen und bei denen, sofern die getauschten Waren gleichen Wert haben, auch niemand übervorteilt, beraubt oder ausgebeutet wird. Sind die Personen doch nicht ganz so gleich, weil z.B. die eine Person sehr viel und die andere sehr wenig oder überhaupt nichts besitzt, dann mag das zwar ein bedauerlicher Umstand sein, es spricht aber nicht gegen "die Marktwirtschaft". Besitzunterschiede haben in den vielen liberalen Theorien, die das Loblied auf die Marktwirtschaft singen, keine eigentlich theoretische Relevanz. Sie erscheinen für den Vorgang von Kauf und Verkauf und damit auch für die Marktwirtschaft insgesamt als etwas ähnlich Äußerliches wie z.B. die körperlichen Gebrechen der Tauschenden. Der "Markt" erscheint unter diesem Blickwinkel als eine neutrale Instanz zur Verteilung von Gütern und zur Befriedigung von Bedürfnissen, als eine effiziente (und völlig unbürokratische) Institution zur Übermittlung von Informationen darüber, was, wo und in welcher Menge benötigt wird. Funktioniert diese Institution "Markt" einmal nicht so gut, so kann dies in der skizzierten Perspektive nur an ungünstigen Randbedingungen oder äußeren Störungen liegen, die dann vom Staat beseitigt werden müssen. Eine solche Markteuphorie springt einem nicht nur aus (fast) jedem Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre an und wird nicht nur an volkswirtschaftlichen Fakultäten und in den Wirtschaftsteilen der großen Zeitungen als unumstößliche Wahrheit behauptet. Nach 1989 wurde sie in unterschiedlichen Varianten

auch von vielen ehemals Linken übernommen. Dabei wurden Markt und Kapital manchmal geradezu als gegensätzliche Kräfte einander gegenübergestellt und daraus entsprechende politische Konsequenzen gezogen: Sei es in Gestalt der Forderung, die Macht großer Unternehmen einzuschränken, um den segensreichen Wirkungen "des Marktes" zum Durchbruch zu verhelfen; oder gar in Gestalt eines "Marktsozialismus", in dem kapitalistische Unternehmen durch Genossenschaften der Arbeiter ersetzt werden, die dann "auf dem Markt" munter miteinander konkurrieren.

Ob also Markt und Kapital lediglich in einem äußerlichen, lockeren Verhältnis stehen, oder ob es einen inneren, notwendigen Zusammenhang zwischen beiden gibt, ist demnach keine bloß akademische Frage, vielmehr hat die Antwort unmittelbar politische Konsequenzen.

Wenn die in den ersten drei Kapiteln des "Kapital" dargestellte Zirkulation von Ware und Geld nichts Selbstständiges, vom Kapital Unabhängiges ist (wie dies die Marxsche Rede von der

einfachen Zirkulation als "Oberfläche" ausdrückt), dann muss sich diese Unselbstständigkeit auch schon innerhalb dieses Gegenstandes bemerkbar machen. Ganz ähnlich wie beim Verhältnis von Ware und Geld muss sich dann ein innerer, notwendiger Zusammenhang zwischen Geld und Kapital aufzeigen lassen.

Rekapitulieren wir kurz drei wesentliche Schritte im Gang der Darstellung von Ware und Geld:

1. Zunächst wurde die Ware analysiert. Sie stellt sich als etwas Doppeltes dar: Gebrauchswert und Wert. Ihre Wertgegenständlichkeit erwies sich aber als etwas Besonderes: als eine rein gesellschaftliche Eigenschaft, die nicht der einzelnen Ware zukommt, sondern nur den ausgetauschten Waren als *gemeinsame* Eigenschaft (daher der "gespenstige" Charakter des Werts).
2. Damit sich das Wertgespenst tatsächlich fassen lässt, benötigt es einen *selbstständigen* Ausdruck, eine gegenständliche Gestalt. Die erhält es im Geld. Geld ist also nicht etwas bloß Zusätzliches zur Warenwelt oder lediglich ein bloßes Hilfsmittel; Geld ist notwendig, um den Wertcharakter der Waren auszudrücken, um die Waren umfassend als Werte aufeinander zu beziehen (daher die Charakterisierung der Marxschen Werttheorie als "monetäre Werttheorie"). Dies bedeutet auch: Warenproduktion und Geld sind unzertrennlich, man kann nicht, wie einige Sozialisten meinten, das Geld abschaffen, aber die private Produktion beibehalten.
3. Geld ist zwar selbstständige Gestalt des Werts, als Maß der Werte und als Zirkulationsmittel ist von dieser Selbstständigkeit jedoch nicht viel zu bemerken; Geld dient hier nur als Hilfsmittel. Erst als Einheit von Wertmaß und Zirkulationsmittel ("Geld als Geld") wird Geld wirklich zur selbstständigen Wertgestalt; es ist nicht nur Mittler, der beständig verschwindet (wie beim Zirkulationsmittel) oder gar nicht real anwesend sein muss (wie beim Wertmaß), sondern wird jetzt selbst zum Zweck: Nicht einfach *Wert*, sondern die *selbstständige* und *dauerhafte* Wertgestalt, Geld, soll festgehalten und vermehrt werden.

Allerdings zeigt gerade die Schatzbildung, wie begrenzt die Selbstständigkeit und Unvergänglichkeit des Wertes ist: Wird das Geld als Schatz der Zirkulation entzogen, so wird es letztlich zu einem nutzlosen Gegenstand. Wird es aber in die Zirkulation geworfen, d.h. werden Waren damit gekauft, dann geht die selbstständige Wertgestalt verloren.

Innerhalb der einfachen Zirkulation ist Geld zwar selbstständige und dauerhafte Gestalt des Werts; diese Selbstständigkeit und Dauerhaftigkeit ist aber nirgends zu fassen, innerhalb der einfachen Zirkulation kann sie gar nicht wirklich existieren. Wenn es also einerseits richtig ist, dass innerhalb der einfachen Zirkulation der Wert der Waren die Existenz eines selbstständigen Wertausdrucks (Geld) notwendig macht, dass aber andererseits diese Selbstständigkeit des Werts innerhalb der einfachen Zirkulation gar nicht existieren kann, dann folgt daraus, dass die einfache Zirkulation nichts Selbstständiges sein kann, sondern Moment und Resultat eines "tiefer liegenden" Prozesses sein muss – nämlich des kapitalistischen Verwertungsprozesses, wie gleich gezeigt wird.

Soll Geld tatsächlich selbstständiger und dauerhafter Ausdruck des Werts sein, dann darf es nicht getrennt von der Zirkulation existieren, sondern muss in sie eingehen – aber ohne dass dabei der Wert seine Selbstständigkeit und Dauerhaftigkeit verliert, wie dies bei einem einfachen Kaufakt $G-W$ mit anschließender Konsumtion der Ware W der Fall wäre. Selbstständigkeit und Dauerhaftigkeit des Werts ist nur gewährleistet, wenn das Geld die Bewegung $G-W-G$ vollzieht. Allerdings bringt diese Bewegung – eine Ware für eine bestimmte Geldsumme kaufen, um sie anschließend wieder für dieselbe Geldsumme zu verkaufen – keinen Vorteil. Einen Vorteil liefert erst die Bewegung $G-W-G'$, wobei G' größer als G ist. In dieser Bewegung (Marx bezeichnet sie als "allgemeine Formel des Kapitals") behält der Wert nicht nur seine selbstständige Gestalt, er vermehrt sich und wird damit auch wirklich zum Zweck des ganzen Prozesses. Erst im Kapital findet somit die selbstständige Gestalt des Werts ihren adäquaten und angemessenen Ausdruck, oder anders formuliert: die dauerhafte und die ganze Ökonomie umfassende Existenz des Werts ist nur möglich, wenn der Wert die Kapitalbewegung $G-W-G'$ ausführt. Mit der Bewegung $G-W-G'$ verlassen wir aber die einfache Zirkulation; Inhalt und Voraussetzungen dieser Bewegung sind jetzt zu untersuchen.

[Fußnote 23: Der gerade skizzierte Zusammenhang von "einfacher Zirkulation" und Kapital wird von Marx lediglich in den Vorarbeiten zum "Kapital" (in den "Grundrissen", MEW 42, S. 160f. und im "Urtext von ‚Zur Kritik der politischen Ökonomie‘", MEGA II.2, S. 63 ff.) nicht aber im "Kapital" selbst dargestellt. Dort beginnt er im vierten Kapitel sofort mit der Analyse der Formel $G-W-G'$. Mit dieser Auslassung hat Marx den oben erwähnten Interpretationen, die Marktwirtschaft und Kapital als etwas Getrenntes gegenüberstellen, selbst Vorschub geleistet.]

4.2 Die "okkulte Qualität" des Werts: $G-W-G'$

Betrachten wir zunächst noch einmal die Kette $W-G-W$, die uns in Teil 2.2 bei der Diskussion der Geldfunktion beschäftigt hat. Der Warenproduzent hat eine Ware W mit einem bestimmten Gebrauchswert produziert, er verkauft diese Ware und kauft mit dem erhaltenen Geld eine andere Ware mit einem anderen Gebrauchswert. Das Geld ist definitiv *verausgabt*, der Zweck des Prozesses ist der Konsum dieser zweiten Ware. Im Bedürfnis des Produzenten findet der ganze Prozess sein Maß, und mit der Befriedigung dieses Bedürfnisses ist der Prozess beendet.

Betrachten wir nun stattdessen die Kette $G-W-G$. Sie setzt sich aus denselben Elementen $G-W$ und $W-G$ zusammen wie $W-G-W$, nur ist die Reihenfolge anders: Jetzt wird gekauft, um anschließend wieder zu verkaufen. Geld ist der Anfangs- und Endpunkt des Prozesses. Eine Geldsumme ist von einer anderen nicht qualitativ, sondern allenfalls quantitativ unterschieden. Die obige Zirkulationsfigur bringt nur einen Vorteil, wenn die Geldsumme am Ende größer ist als am Anfang, wenn es sich um eine Kette $G-W-G'$ handelt, wobei G' größer als G ist. Zweck des Prozesses ist jetzt die quantitative Vermehrung der ursprünglichen Geldsumme. Das Geld wird nicht verausgabt (wie bei $W-G-W$), sondern *vorgeschossen*; es wird nur ausgegeben, damit anschließend mehr eingenommen wird.

Eine Wertsumme, die diese Bewegung vollzieht, ist *Kapital*. Eine bloße Wertsumme für sich genommen, sei es nun in Gestalt von Geld oder in Gestalt von Waren, ist noch nicht Kapital. Auch ein einzelner Austauschprozess macht aus einer Wertsumme noch nicht Kapital. Erst die Verkettung von Austauschprozessen mit dem Zweck, die ursprüngliche Wertsumme zu

vermehrten, liefert uns die typische *Kapitalbewegung*: Kapital ist nicht einfach Wert sondern *sich verwertender Wert*, d.h. eine Wertsumme, die die Bewegung G-W-G' vollzieht. Den bei der Kapitalbewegung erzielten Wertzuwachs, die Differenz zwischen G' und G, bezeichnet Marx als *Mehrwert*, in der klassischen politischen Ökonomie und in der modernen Volkswirtschaftslehre findet sich dieser Begriff nicht. Mehrwert ist nicht einfach ein anderer Name für Profit oder Gewinn; wir werden später sehen, dass es sich tatsächlich um etwas Unterschiedliches handelt. Allerdings müssen wir uns im Moment noch nicht mit diesen Unterschieden befassen (zur genauen Bedeutung von Profit vgl. Kapitel 7, zur Bedeutung von Unternehmergewinn Kapitel 8).

Die Kapitalbewegung hat als einzigen Zweck die Vermehrung des vorgeschossenen Werts. Die rein quantitative Vermehrung findet aber weder ein Maß (warum soll eine Vermehrung um 10 % nicht ausreichend, eine um 20 % dagegen ausreichend sein?) noch ein Ende (warum soll nach einer einmaligen oder auch nach einer zehnmaligen Bewegung Schluss sein?). Im Unterschied zur einfachen Warenzirkulation W-G-W, die auf einen außerhalb der Zirkulation liegenden Zweck zielt (Aneignung von Gebrauchswerten zur Bedürfnisbefriedigung) und die ihr Maß am Bedürfnis und ihr Ende an der Befriedigung findet, ist die Kapitalbewegung ein *Selbstzweck*, sie ist *maßlos* und *endlos*.

Betrachtet man die Warenproduktion unter Abstraktion vom Kapital, so kann man auf den Gedanken kommen, dass der Zweck von Warenproduktion und Tausch die allgemeine Bedürfnisbefriedigung sei: Jeder befriedigt seine eigenen Bedürfnisse, indem er zunächst eine Ware produziert, die die Bedürfnisse der anderen erfüllt, diese Ware sodann gegen Geld austauscht, um dann mit diesem Geld Waren zu erwerben, welche die eigenen Bedürfnisse befriedigen. Oder kurz gefasst: Alle befriedigen die eigenen Bedürfnisse, indem sie die Bedürfnisse der anderen befriedigen. In dieser Weise fasst die bürgerliche Ökonomie (sowohl die klassische politische Ökonomie als auch die moderne neoklassische Theorie) die Warenproduktion auf.

Eine *kapitalistische Warenproduktion* (und die Verallgemeinerung der Warenproduktion erfolgt historisch erst unter kapitalistischen Bedingungen) ist aber nicht auf Bedürfnisbefriedigung ausgerichtet, sondern auf die Verwertung des Werts. Bedürfnisbefriedigung erfolgt nur als Nebenprodukt, sofern sie sich mit der Kapitalverwertung deckt. *Zweck* kapitalistischer Produktion ist der Mehrwert und nicht die Befriedigung von Bedürfnissen.

Bisher war nur von *Kapital*, aber noch nicht von *Kapitalisten* die Rede. Kapitalist ist nicht bereits jemand, der über eine große Wertsumme verfügt, Kapitalist ist er nur, insofern er diese Wertsumme auch tatsächlich als Kapital verwendet, d.h. die *selbstzweckhafte Bewegung* des Kapitals zu seinem eigenen, subjektiven Zweck macht:

"(...) nur soweit wachsende Aneignung des abstrakten Reichtums das allein treibende Motiv seiner Operation, funktioniert er als Kapitalist oder personifiziertes, mit Willen und Bewusstsein begabtes Kapital. *Der Gebrauchswert ist also nie als unmittelbarer Zweck des Kapitalisten zu behandeln. Auch nicht der einzelne Gewinn, sondern nur die rastlose Bewegung des Gewinnens.*" (MEW 23, S. 167 f., Hervorhebung M.H.)

Eine Person ist nur dann "Kapitalist", wenn sie "personifiziertes Kapital" ist, d.h. in ihrem Handeln der Logik des Kapitals (maßlose und endlose Verwertung) folgt. Dieser Kapitalist ist dann "Personifikation einer ökonomischen Kategorie" bzw. "ökonomische Charaktermaske" (MEW 23, S. 100).

Hier gilt Ähnliches wie das, was wir schon für die Handlungen der Warenbesitzer feststellen konnten (vgl. Kapitel 3.2 und 3.6): Eine Person verhält sich als Warenbesitzer oder Kapitalist, insofern sie einer bestimmten Handlungsrationalität folgt. Diese Handlungsrationalität ergibt sich aus den vorausgesetzten Formbestimmungen des ökonomischen Prozesses (den Formbestimmungen der Ware bzw. des Kapitals). Indem die Personen dieser Handlungsrationalität folgen, reproduzieren sie zugleich die vorausgesetzten Formbestimmungen. In der Darstellung müssen zunächst die Formbestimmungen analysiert sein, bevor man auf das Verhalten der Personen eingehen kann.

Zwar mag ein konkreter Geldbesitzer noch andere Zwecke verfolgen als nur die Kapitalverwertung, dann aber agiert er nicht mehr ausschließlich als "Kapitalist". Dass der einzelne Kapitalist beständig versucht, seinen Gewinn zu vergrößern, liegt nicht in irgendwelchen psychischen Eigenschaften begründet, wie etwa "Gier", es handelt sich vielmehr um ein durch den Konkurrenzkampf der Kapitalisten *erzwungenes* Verhalten. Der einzelne Kapitalist, sofern er Kapitalist bleiben will, benötigt den wachsenden Gewinn nicht etwa für einen wachsenden persönlichen Konsum, der bei großen Kapitalien nur einen winzigen Bruchteil des Gewinns ausmacht, sondern vor allem, um seine Produktionsanlagen zu modernisieren bzw. neue Produkte zu produzieren, wenn es nach den alten keine Nachfrage mehr gibt. Verzichtet er auf Modernisierung oder Veränderung, wird er bald vor dem Bankrott stehen. In Kapitel 5.2 werden wir auf diese *Zwangsgesetze der Konkurrenz* zurückkommen.

Im Laufe der Zeit änderte sich einiges an der äußeren Erscheinungsform des Kapitalisten. Der "freie Unternehmer" des 19. Jahrhunderts, der "sein" Unternehmen leitete und nicht selten eine Familiendynastie begründete, wurde im 20. Jahrhundert zumindest in den Großunternehmen weitgehend durch den "Manager" ersetzt, der oft nur ein kleineres Aktienpaket des von ihm geführten Unternehmens besitzt. *Kapitalist* im Marxschen Sinne, also Personifikation des Kapitals sind sie jedoch beide: Sie verwenden eine Wertsomme als Kapital.

Wenn der Kapitalist nur die Logik des Kapitals ausführt, dann ist auch nicht er, sondern das Kapital, der sich verwertende Wert, "Subjekt". Marx spricht in diesem Zusammenhang vom Kapital als "automatischem Subjekt" (MEW 23, S. 169), was das Widersinnige deutlich macht: Einerseits ist das Kapital ein Automat, etwas Lebloses, andererseits als "Subjekt" das Bestimmende des ganzen Prozesses.

Als das "übergreifende Subjekt" (ebd.) des Verwertungsprozesses bedarf der Wert einer selbstständigen Form und diese Form findet er im Geld. Geld ist daher der Ausgangs- und Schlusspunkt des Verwertungsprozesses.

Geld war bereits innerhalb der einfachen Zirkulation die selbstständige wenn auch unzureichende Form des Werts. Als Kapital (um es nochmals zu betonen: Kapital ist weder Geld noch Ware für sich genommen, sondern die maß- und endlose Bewegung des Gewinnens G-W-

G') besitzt der Wert nicht nur eine *selbstständige* Form, er ist jetzt *prozessierender* Wert, "sich selbst bewegende Substanz" (ebd.), ein höchst merkwürdiges Subjekt mit ganz außerordentlichen Fähigkeiten:

"In der Tat aber wird der Wert hier das Subjekt eines Prozesses, worin er unter dem beständigen Wechsel der Formen von Geld und Ware seine Größe selbst verändert (...). Er hat die *okkulte Qualität* erhalten, Wert zu setzen, weil er Wert ist." (MEW 23, S. 169; Hervorhebung M.H.)

Es *scheint*, als ob es der Wert selbst sei, der sich vermehrt (so manche Bank wirbt mit dem Spruch "Lassen Sie Ihr Geld arbeiten", der genau diesen Schein bezeichnet). Worauf diese "okkulte Qualität" beruht, ist nun zu untersuchen.

4.3 Klassenverhältnisse: "Doppelt freie" Arbeiter

Bis jetzt haben wir nur formal bestimmt, was Kapital ist: eine Wertsumme, die sich verwertet, die die Bewegung G-W-G' vollzieht. Es bleibt aber die Frage, wie diese Bewegung überhaupt *möglich* ist, oder anders ausgedrückt: *Wo kommt der Mehrwert eigentlich her?*

Innerhalb der Zirkulation wäre eine Verwertung nur dann möglich, wenn die Ware W unter ihrem Wert gekauft oder über ihrem Wert verkauft würde. In diesem Fall kann sich die vorgeschossene Wertsumme zwar vermehren, dem Gewinn des einen Kapitalisten steht aber auf der anderen Seite ein gleich großer Verlust eines anderen gegenüber. Gesamtgesellschaftlich hat sich die Wertsumme nicht verändert, sie wurde nur anders verteilt, ganz ebenso, als hätte ein schlichter Raub stattgefunden.

Der kapitalistische Gewinn wäre damit aus einer *Verletzung* der Gesetze der Warenproduktion erklärt. Unterstellen wir die normalen Bedingungen von Warenproduktion und -zirkulation, dann gehört dazu der "Äquivalententausch": Die ausgetauschten Waren sind von gleicher Wertgröße, bzw. der gezahlte Preis ist adäquater Ausdruck der Wertgröße der Ware und drückt nicht ein zufälliges Mehr oder Minder aus; die Waren werden "zu ihren Werten getauscht". Ist der Mehrwert ein normales Phänomen kapitalistischer Warenproduktion und nicht bloß eine Ausnahme, dann muss seine Existenz unter der Voraussetzung des "Äquivalententausches" erklärt werden und genau diesem Problem stellt sich Marx.

Zusammengefasst lautet seine Überlegung: Unterstellt man Äquivalententausch, dann kann der Mehrwert nicht in der Zirkulation gebildet werden, also weder beim ersten Zirkulationsakt G-W noch beim zweiten W-G'. Es muss also zwischen den beiden Zirkulationsakten mit der Ware W eine Veränderung vorgehen. Außerhalb der Zirkulation wird aber lediglich der Gebrauchswert der gekauften Ware konsumiert. Der Geldbesitzer muss demnach auf dem Markt eine Ware vorfinden, *deren Gebrauchswert die Eigenschaft besitzt, Quelle von Wert zu sein*, so dass der Verbrauch dieser Ware Wert schafft, und zwar mehr Wert als sie selbst kostet.

Diese besondere Ware gibt es. Es ist die Ware *Arbeitskraft*. Mit Arbeitskraft ist die *Fähigkeit* des Menschen gemeint, Arbeit zu verrichten, und unter den Bedingungen von Warenproduktion

kann die Verausgabung von Arbeit zur Quelle von Wert werden. Verkaufe ich meine Arbeitskraft, dann überlasse ich diese Fähigkeit für einen bestimmten Zeitraum einem anderen. Beim Verkauf der Arbeitskraft wird nicht der ganze Mensch verkauft (ich werde nicht zum Sklaven), es wird aber auch nicht die Arbeit verkauft, Arbeit ist ja erst die *Anwendung* der Arbeitskraft. Dass nur die *Fähigkeit zum Arbeiten* und nicht die Arbeit gekauft wurde, zeigt sich u.a. dann, wenn vorübergehend Rohstoffe fehlen und der Geldbesitzer die gekaufte Fähigkeit nicht ausnutzen kann.

Dass der Geldbesitzer die Arbeitskraft *als eine Ware* auf dem Markt vorfindet, ist nicht selbstverständlich. Zwei Bedingungen müssen dazu erfüllt sein. Erstens muss es Menschen geben, die sich als *freie Eigentümer* zu ihrer Arbeitskraft verhalten können, die also in der Lage sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Ein Sklave oder ein leibeigener Bauer ist dazu nicht in der Lage, denn die Verkäufer der Arbeitskraft müssen *rechtlich freie Personen* sein.

Verfügen diese Personen aber über Produktionsmittel und können selbst Waren herstellen und verkaufen oder sich von ihren Produkten ernähren, dann werden sie ihre Arbeitskraft wahrscheinlich nicht verkaufen. Nur wenn sie, und das ist die zweite Bedingung, keine Produktionsmittel besitzen, also nicht nur rechtlich frei, sondern auch noch *frei von sachlichem Eigentum* sind, sind sie *gezwungen* ihre Arbeitskraft zu verkaufen; dann verhalten sie sich also tatsächlich zu ihrer Arbeitskraft wie zu einer Ware. Die Existenz dieser in doppeltem Sinne "freien" Arbeiter und Arbeiterinnen ist die unabdingbare soziale Voraussetzung kapitalistischer Produktion.

Der kapitalistischen Produktionsweise liegt also ein ganz bestimmtes *Klassenverhältnis* zugrunde: Es muss einerseits eine *Klasse von Eigentümern* (Geld- und Produktionsmittelbesitzern) geben und auf der anderen Seite eine *Klasse von weitgehend eigentumslosen, aber rechtlich freien Arbeitern und Arbeiterinnen*. Dieses Klassenverhältnis ist meistens gemeint, wenn Marx nicht vom Kapital, sondern vom *Kapitalverhältnis* spricht.

Wenn bei Marx von "Klassen" die Rede ist, dann bezieht sich dies auf die soziale Stellung innerhalb des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, in unserem Fall auf Eigentümer von Produktionsmitteln bzw. auf Menschen, die von diesem Eigentum ausgeschlossen sind. Bei den durch ihre soziale Stellung bestimmten Klassen wird aber nicht unterstellt, dass die einzelnen Mitglieder einer Klasse automatisch auch ein gemeinsames "Klassenbewusstsein" hätten oder gar ein gemeinsames "Klassenhandeln" an den Tag legen würden. "Klasse" ist auf dieser Stufe der Darstellung zunächst eine rein *strukturelle* Kategorie; ob Klasse noch mehr bedeutet, muss im jeweiligen konkreten Kontext untersucht werden. Wenn die moderne Soziologie – gegen Marx – das Ende der Klassengesellschaft bereits im Kapitalismus zu erkennen meint, dann wird als Beleg meist das – aufgrund der Aufstiegschancen oder der "Individualisierung" der Gesellschaft – fehlende Klassenbewusstsein angeführt [Fußnote 24: z.B. Ulrich Beck in seinem Buch "Risikogesellschaft"], also ein Kriterium, das Marx bei dem strukturellen Klassenbegriff, der im "Kapital" dominiert, überhaupt nicht anlegt. Allerdings hat der traditionelle, weltanschauliche Marxismus häufig kurzschlüssig von einer strukturell gleichen sozialen Lage auf ein gleiches Bewusstsein und auch ein tendenziell gleiches Handeln geschlossen. Damit wurde dann auch "Klassenherrschaft" statt als *strukturelles* Verhältnis als ein *Willensverhältnis* von sozialen Klassen aufgefasst, indem die eine Klasse der anderen ihren Willen aufzwingt.

Dass es dieses Klassenverhältnis – Eigentümer von Geld und Produktionsmitteln auf der einen Seite, eigentumslose, aber rechtlich freie Arbeiter und Arbeiterinnen auf der anderen Seite – überhaupt gibt, ist keineswegs "natürlich", sondern Resultat einer bestimmten *historischen Entwicklung*. Diese historische Entwicklung gehört zur *Vorgeschichte* des Kapitalismus. Um die grundlegenden Strukturen des Kapitalismus weiter zu analysieren, genügt es, das Resultat dieser Vorgeschichte voranzusetzen. Daher wird der historische Entstehungsprozess der im Doppelsinne "freien" Arbeiter auch erst am Ende des ersten "Kapital"-Bandes unter dem Titel "Die so genannte ursprüngliche Akkumulation" skizziert: Am Beispiel Englands zeigt Marx, dass es sich dabei um einen äußerst gewaltsamen und blutigen Prozess gehandelt hat, der keineswegs "über den Markt", sondern unter tätiger Mithilfe des Staates erfolgte (angedeutet wurde dieser Prozess bereits in Kapitel 1.1 und 1.2). Allerdings ist die "ursprüngliche Akkumulation" kein einmaliger Prozess: Im Zuge der weltweiten Ausbreitung des Kapitalismus kommt es immer wieder zu vergleichbaren Entwicklungen.

4.4 Der Wert der Ware Arbeitskraft, Mehrwert und Ausbeutung

Um die Entstehung des Mehrwerts – trotz Äquivalententausch – zu verstehen, müssen wir uns genauer mit der Ware Arbeitskraft beschäftigen. Wie jede Ware hat sie Gebrauchswert und Wert. Der *Gebrauchswert* der Arbeitskraft besteht in ihrer Anwendung, also der Arbeit selbst. Die Verausgabung der Arbeit schafft neuen Wert, der vor dem Tausch nur geschätzt werden kann. In welchem Ausmaß die Arbeit wertbildend war, ergibt sich aufgrund der im Tausch stattfindenden Reduktionen (vgl. oben Kapitel 3.3).

Den *Wert* der Arbeitskraft sieht Marx analog zum Wert jeder anderen Ware "bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit". Zur Erhaltung bedarf jedes Individuum einer Reihe von Lebensmitteln, im weitesten Sinne, also nicht nur Nahrung, sondern auch Kleidung, Unterkunft etc., so dass Marx folgert: "Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder *der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel.*" (MEW 23, S. 184; Hervorhebung M.H.)

Da die Fortexistenz des Kapitalverhältnisses verlangt, dass die Arbeitskraft kontinuierlich auf dem Markt angeboten wird, muss der Wert der Arbeitskraft auch die Kosten abdecken, die für die Reproduktion einer ganzen Arbeiterfamilie entstehen, einschließlich der Bildungskosten für die nachwachsende Generation.

Dominiert in der Gesellschaft die traditionelle Kleinfamilie, bei der sich der Mann als Lohnarbeiter verdingt und die Frau die Reproduktionsarbeit übernimmt, muss der Wert der (männlichen) Arbeitskraft die Reproduktionskosten abdecken. Ist es dagegen üblich geworden, dass zwei Personen erwerbstätig sind, beeinflusst dies auch den Wert der Arbeitskraft: Einerseits erhöhen sich die Reproduktionskosten, da ein Teil der Reproduktionsarbeit nicht mehr im Haushalt stattfindet und stattdessen entsprechende Produkte und Dienstleistungen gekauft oder vom Staat bereit gestellt werden, was dann über höhere Steuern finanziert werden muss. Andererseits müssen die Reproduktionskosten der Familie nicht mehr nur durch den Wert *einer* Arbeitskraft, sondern durch die Summe des Wertes *beider* Arbeitskräfte

abgedeckt werden, so dass der Wert der einzelnen Arbeitskraft – trotz gestiegener Reproduktionskosten – eher sinken wird.

Wie bei jeder Ware (vgl. oben Kapitel 3.7) können auch bei der Ware Arbeitskraft *Preisveränderungen* nicht nur Ausdruck von Wertveränderung sein, sondern auch die momentan günstige oder ungünstige Situation des Verkaufs dieser Ware widerspiegeln (also eine momentane Knappheit oder einen momentanen Überfluss an Arbeitskräften). Wirkliche *Wertveränderungen* der Arbeitskraft können aus zwei Quellen resultieren: aus einer Veränderung des Werts der zur Reproduktion notwendigen Lebensmittel oder aus einer Veränderung des *Umfangs* der Menge an Lebensmitteln, die für die Reproduktion als notwendig gelten. Dieser Umfang der "notwendigen Lebensmittel" ist in den einzelnen Ländern und Epochen unterschiedlich, er hängt von dem ab, was in einem Land zu den normalen Lebensbedingungen gerechnet wird, sowie dem, was die Arbeiter und Arbeiterinnen als Ansprüche geltend machen. Da die Kapitalisten diese Ansprüche nicht unbedingt freiwillig befriedigen, ist es der *Klassenkampf* zwischen Arbeitern und Kapitalisten, der den Wert der Arbeitskraft mitbestimmt, indem bestimmte Ansprüche durchgesetzt werden – oder eben auch nicht. In diesem Zusammenhang spricht Marx von einem "historischen und moralischem Element", das anders als bei allen anderen Waren, in die Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft eingeht (MEW 23, S. 185).

[Fußnote 24: Marx spricht im "Kapital" meist nur vom Wert "der" Arbeitskraft, so als ob jede Arbeitskraft denselben Wert hätte. Dies geschieht deshalb, weil es zunächst auf die Analyse grundlegender Strukturen ankommt – wie ist Mehrwert trotz Äquivalententausch möglich – und dafür spielen Unterschiede im Wert der Arbeitskraft keine Rolle. Solche Unterschiede sieht Marx vor allem in unterschiedlichen Kosten der Qualifikation begründet, wobei die Arbeitsverausgabung der qualifizierteren Arbeitskraft dann auch in höherem Maße wertbildend ist (vgl. MEW 23, S. 211 ff.). Allerdings lässt sich aus dem von Marx betonten "historischen und moralischen Element" des Werts der Arbeitskraft auch folgern, dass dieser Wert nicht nur in verschiedenen Ländern, sondern auch im selben Land für unterschiedliche Teile der Arbeiterklasse (aufgrund unterschiedlicher Organisation, Kampfstärke, Tradition etc.) unterschiedlich bestimmt wird und dass auch asymmetrische Geschlechterverhältnisse und rassistische Diskriminierung zu Unterschieden im Wert der Arbeitskraft führen, da bestimmte Ansprüche nicht durchgesetzt werden können.]

Allerdings gibt es noch einen weiteren Unterschied zwischen der Ware Arbeitskraft und den übrigen Waren, auf den Marx jedoch nicht weiter eingeht. In den Wert einer normalen Ware geht einerseits der Wert der zu ihrer Produktion verbrauchten Produktionsmittel ein, andererseits der neue Wert, der durch die Arbeit zugesetzt wird, die aus diesen Produktionsmitteln das fertige Produkt herstellt. Bei der Ware Arbeitskraft ist dies aber nicht der Fall: Ihr Wert wird einzig durch den Wert der Lebensmittel bestimmt, die auf dem Markt gekauft werden müssen. Die im Haushalt, vor allem von Frauen geleistete Reproduktionsarbeit (Hausarbeit, Kindererziehung etc.) geht in den Wert der Arbeitskraft nicht ein. Feministische Autorinnen haben Marx daher vorgeworfen, dass die Kritik der politischen Ökonomie hier einen "blinden Fleck" habe (so etwa der programmatische Aufsatz von Claudia von Werlhof 1978). Allerdings ist nicht die Marxsche Bestimmung des Werts der Ware Arbeitskraft falsch – er gibt wieder, wie diese Bestimmung im Kapitalismus aussieht –, falsch ist, dass er nicht die

Besonderheit dieser Wertbestimmung hervorhebt, sondern ihre Übereinstimmung mit derjenigen aller anderen Waren nachzuweisen versucht.

Innerhalb des Kapitalismus ist die besondere Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft *notwendig*. Würden die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht nur den Wert der Lebensmittel erhalten, die sie am Markt kaufen müssen, dann wären sie längerfristig nicht mehr eigentumslos und könnten sich vom Zwang zum Verkauf ihrer Arbeitskraft zumindest teilweise frei machen. Die Beschränkung des Werts der Arbeitskraft auf die Kosten der Reproduktion ist eine funktionale Notwendigkeit des Kapitalismus. Dass eine solche Beschränkung immer erreicht wird, ist aber keineswegs von vornherein ausgemacht. Man könnte sich durchaus vorstellen, dass eine gut organisierte Arbeiterklasse durch Arbeitskämpfe entsprechend hohe Löhne durchsetzt. Wie sich diese Beschränkung des Werts der Arbeitskraft im Verlaufe des kapitalistischen Akkumulationsprozesses jedoch "von selbst" durchsetzt, werden wir im Kapitel 5.6 sehen.

Die Differenz zwischen dem (Tages)Wert der Arbeitskraft (also der Wertsumme, welche die Arbeitskraft durchschnittlich zur täglichen Reproduktion benötigt) und dem Wert den der einzelne Arbeiter an einem Tag unter normalen Umständen neu produzieren kann, macht genau den Mehrwert aus, von dem oben bei der Formel $G-W-G'$ die Rede war. Dass der tägliche Wert der Arbeitskraft (der Wert, den sie für ihre Reproduktion *benötigt*) geringer ist als der Wert, der durch ihren Gebrauch (d.h. durch Verausgabung der Arbeitskraft) pro Tag geschaffen werden kann, ist die Grundlage für die "okkulte Qualität" des Werts, neuen Wert zu schaffen.

Der (tägliche) Wert der Arbeitskraft macht also nur einen Teil des durch den (täglichen) Gebrauch der Arbeitskraft neu geschaffenen Werts aus. Wird nun durch Verausgabung der Arbeitskraft an einem z.B. achtstündigen Arbeitstag ein bestimmter Wert geschaffen, [Fußnote 25: Wie im vorangegangenen Kapitel diskutiert wurde, stellt sich erst im Tausch heraus, wie groß die an einem Arbeitstag geschaffene Wertsumme tatsächlich ist. Ist die Ware aber überhaupt verkaufbar, dann wurde eine bestimmte, große oder kleine, Wertsumme geschaffen. Auf diese Wertsumme beziehen sich die folgenden Ausführungen. Wenn jetzt und in den folgenden Abschnitten davon die Rede ist, dass ein Arbeiter soundso viel Stunden arbeitet und dabei soundso großen Wert schafft, handelt es sich nicht um einen Rückfall in eine substanzialistische, prämonetäre Werttheorie, sondern lediglich um eine vereinfachte Redeweise.] dann lässt sich dieser neu geschaffene Wert formal in den Wert der Arbeitskraft und den Mehrwert aufteilen. Beträgt der tägliche Wert der Arbeitskraft z.B. $3/8$ des Wertes, der an einem achtstündigen Arbeitstag geschaffen wird, dann kann man formal davon sprechen, dass in drei Stunden der Wert der Arbeitskraft und in fünf Stunden der Mehrwert produziert wurde. Diese drei Stunden bezeichnet Marx daher auch als "notwendige" Arbeitszeit (Arbeitszeit, die notwendig ist, um den Wert der Arbeitskraft zu reproduzieren), die restlichen fünf Stunden als "Mehrarbeitszeit" (Arbeitszeit, die die einzelnen Arbeiter über ihre eigenen Reproduktionsnotwendigkeiten hinaus verrichten). Da die Arbeiter und Arbeiterinnen in unserem Beispiel den in drei Stunden geschaffenen Wert als Bezahlung erhalten, nennt Marx die notwendige Arbeitszeit auch "bezahlte Arbeit", die Mehrarbeitszeit, deren Wertprodukt der Kapitalist als Mehrwert erhält, "unbezahlte Arbeit".

Dass der einzelne Arbeiter für seine Arbeitskraft vom Kapitalisten weniger an Wert erhält, als er durch seine Arbeit produziert, bezeichnet Marx als "Ausbeutung" – ein Begriff, der in verschiedener Hinsicht missverständlich ist.

Mit Ausbeutung soll nicht auf besonders niedrige Löhne oder besonders schlechte Arbeitsverhältnisse hingewiesen werde. Ausbeutung bezeichnet einzig und allein den Sachverhalt, dass die Produzenten lediglich einen Teil des von ihnen neu produzierten Wertes erhalten – unabhängig davon, ob die Löhne hoch oder niedrig, die Arbeitsverhältnisse gut oder schlecht sind.

Ausbeutung ist aber auch – entgegen einer verbreiteten Vorstellung und trotz entsprechender Äußerungen vieler "Marxisten" – nicht als *moralische* Kategorie gemeint. Es geht nicht darum, dass den Arbeitern etwas weggenommen wird, was ihnen "eigentlich" gehört, so dass diese Wegnahme etwas moralisch Verwerfliches wäre. Auch die Rede von "bezahlter" und "unbezahlter" Arbeit zielt nicht darauf ab, dass doch eigentlich die "ganze" Arbeit bezahlt werden sollte. [Fußnote 26: Eine entsprechende Forderung nach dem "vollen Arbeitsertrag" wurde z.B. von Ferdinand Lassalle (1825-1864) und seinen Anhängern erhoben und von Marx scharf kritisiert.] Ganz im Gegenteil: Marx betont, dass – entsprechend den Gesetzen des Warentausches – der Verkäufer der Ware Arbeitskraft genau den Wert seiner Ware erhält. Dass der Käufer aus dem Gebrauchswert dieser Ware dann einen besonderen Vorteil schlägt, geht deren Verkäufer nichts mehr an. Marx zieht den Vergleich zu einem Ölhändler: Dieser erhält den Wert des Öls bezahlt, aber nicht zusätzlich noch etwas für den Gebrauchswert des Öls (MEW 23, S. 206). "Ausbeutung" und die Existenz "unbezahlter Arbeit" entspringen nicht aus einer *Verletzung* der Gesetze des Warentausches, sondern aus ihrer *Befolgung*. Will man Ausbeutung abschaffen, dann geht dies nicht durch eine Reformierung der Austauschverhältnisse innerhalb des Kapitalismus, sondern nur durch die Abschaffung des Kapitalismus.

4.5 Wert der Arbeit – ein "imaginärer Ausdruck"

Die Verwertung des Werts beruht auf der Aneignung "unbezahlter Arbeitszeit": Der Kapitalist zahlt nicht das von den Arbeitern geschaffene Wertprodukt, sondern er zahlt den Wert der Arbeitskraft. Im Alltagsbewusstsein gilt jedoch der Lohn als Bezahlung der geleisteten Arbeit; Ausbeutung als Normalzustand kapitalistischer Produktion ist hier nicht sichtbar. Ausbeutung scheint nur stattzufinden, wenn der Lohn "zu niedrig" ist. Es scheint als drücke der Arbeitslohn nicht den *Wert der Arbeitskraft*, sondern den *Wert der Arbeit* aus.

Den Terminus "Wert der Arbeit" bezeichnet Marx als "imaginären" und "irrationalen" Ausdruck (MEW 23, S. 559, 561). Arbeit – genau gesprochen: abstrakte Arbeit – ist Substanz und immanentes Maß des Werts. Arbeit *schafft* Wert, hat aber selbst keinen. Spricht man vom "Wert der Arbeit" und fragt, wie groß denn der Wert eines Arbeitstages von acht Stunden ist, dann müsste man antworten: Der achtstündige Arbeitstag hat einen Wert von acht Stunden Arbeit, eine Phrase, die Marx zu recht als "abgeschmackt" bezeichnet (MEW 23, S. 557).

Allerdings ist die Phrase "Wert der Arbeit" nicht einfach nur ein absurder Ausdruck. Von "imaginären Ausdrücken" wie "Wert der Arbeit" oder "Wert des Bodens" hält Marx fest, sie

"entspringen jedoch aus den Produktionsverhältnissen selbst. Sie sind Kategorien für Erscheinungsformen wesentlicher Verhältnisse" (MEW 23, S. 559).

Das *wesentliche* Verhältnis ist der Wert der Ware Arbeitskraft, es *erscheint* aber im Lohn als Wert der Arbeit. Solche Erscheinungsformen "reproduzieren sich unmittelbar spontan, als gang und gäbe Denkformen" das wesentliche Verhältnis dagegen "muss durch die Wissenschaft erst entdeckt werden" (MEW 23, S. 564).

"Wert der Arbeit" ist eine verkehrte Anschauung, die nicht etwa durch bewusste Manipulation hervorgerufen wird, sondern die aus den Verhältnissen selbst erwächst. Es handelt sich um eine der "objektiven Gedankenformen" (vgl. oben Kapitel 3.8, Teil f), die das Denken der in diesen Verhältnissen befangenen Menschen strukturiert. Vom Standpunkt des Arbeiters aus ist es ein achtstündiger Arbeitstag, der abgeleistet werden muss, um eine bestimmte Lohnsumme zu erhalten. Der Lohn erscheint als Bezahlung dieser Arbeit, ein Schein, der durch die üblichen Formen des Lohns, den "Zeitlohn" (Bezahlung nach Arbeitsstunden) und den "Stücklohn" (Bezahlung nach gelieferten Stücken) noch verstärkt wird. Das eine Mal scheint die in einer Zeiteinheit geleistete Arbeit, das andere Mal die zur Produktion eines Stücks geleistete Arbeit bezahlt zu werden.

Auch der Kapitalist unterliegt diesem Schein. Es handelt sich um eine "spontan" entstehende Verkehrung, der alle Beteiligten (sowie die meisten Ökonomen) unterliegen. Indem der Lohn als Bezahlung des "Werts der Arbeit" aufgefasst wird, erscheint alle Arbeit als bezahlte Arbeit. Mehrarbeit, unbezahlte Arbeit scheint es dann nicht zu geben. Diese Verkehrung hat weit reichende Konsequenzen:

"Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie." (MEW 23, S. 562)

Die Lohnform bildet die Grundlage für alle weiteren "Mystifikationen" des Kapitalverhältnisses, die schließlich in der "trinitarischen Formel" münden (vgl. unten Kapitel 10). Bereits hier ist aber schon festzuhalten: Ebenso wie das spontane Bewusstsein *aller* Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft dem Waren- und Geldfetisch unterliegt (vgl. Kapitel 3.8), sind Arbeiter *und* Kapitalisten gleichermaßen der Mystifikation der Lohnform unterworfen. [Fußnote 27: Von *Fetisch* spricht Marx nur in Bezug auf Ware, Geld und Kapital (vgl. zum Kapitalfetisch Kapitel 5.3): Ein bestimmtes soziales Verhältnis erscheint als dingliche Eigenschaft. Von *Mystifikation* spricht er, wenn ein bestimmter Sachverhalt notwendigerweise verkehrt erscheint: Im Lohn erscheint die Bezahlung des Werts der Arbeitskraft als Bezahlung des Werts der Arbeit.] Die von der kapitalistischen Produktionsweise hervorgebrachten Verkehrungen machen weder vor der herrschenden Klasse halt (ihre Einsicht in die Verhältnisse ist daher auch eine beschränkte), noch hat die beherrschte und ausgebeutete Klasse eine privilegierte Position, um diese Verkehrungen zu durchschauen – der vom traditionellen Marxismus häufig gerühmte "Standpunkt der Arbeiterklasse" hilft hier nicht weiter.

5. Der kapitalistische Produktionsprozess

5.1 Konstantes und variables Kapital, Mehrwertrate, Arbeitstag

Im dritten Kapitel wurde der Doppelcharakter Waren produzierender Arbeit dargestellt: einerseits konkrete, Gebrauchswerte produzierende Arbeit, andererseits abstrakte, wertbildende Arbeit. Einen ähnlichen Doppelcharakter besitzt auch der *kapitalistische Produktionsprozess*. Er ist eine Einheit aus *Arbeitsprozess* (der einen bestimmten Gebrauchswert hervorbringt) und *Verwertungsprozess* (der Produktion von Mehrwert).

Unabhängig von jeder gesellschaftlichen Formbestimmung lassen sich als einfache Momente des Arbeitsprozesses die zweckmäßige Tätigkeit (die Arbeit), der Arbeitsgegenstand (der von der Arbeit verändert wird) und die Arbeitsmittel (mit denen diese Veränderung möglich wird) unterscheiden. Der Arbeitsprozess ist ein Prozess zwischen Menschen und Natur. Dabei wirkt der Mensch einerseits auf die Natur ein und verändert zugleich sich selbst, entwickelt seine eigenen Fähigkeiten. Den Arbeitsprozess gibt es allerdings nie rein als solchen, er findet immer als ein gesellschaftlich formbestimmter Prozess statt: als auf Sklavenarbeit beruhender Produktionsprozess, als Produktionsprozess leibeigener Bauern, als Produktionsprozess selbstständiger Handwerker oder als Produktionsprozess kapitalistischer Lohnarbeiter.

[Fußnote 28: In der "Einleitung" von 1857 weist Marx darauf hin, dass der scheinbar einfache Begriff Arbeit, der einen in jeder Gesellschaft anzutreffenden Sachverhalt auszudrücken scheint, erst in der kapitalistischen Ökonomie möglich und "praktisch wahr" wird: Erst dort haben sich die einzelnen Tätigkeiten von den Personen, von ihren sozialen Kontexten etc. gelöst; erst jetzt ist keine einzelne Tätigkeit mehr beherrschend, sondern jede Tätigkeit für das Kapital zum Mittel der Verwertung und für die Lohnarbeiter zum Mittel für ihren Lebensunterhalt geworden; erst jetzt lässt sich ganz allgemein von "Arbeit" sprechen (vgl. MEW 42, S. 38 f.).]

Innerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses zeigt der Arbeitsprozess zwei Besonderheiten: Erstens verläuft er unter der Kontrolle des Kapitalisten und zweitens ist sein Produkt Eigentum des Kapitalisten und nicht des unmittelbaren Produzenten. Der Kapitalist hat die Arbeitskraft und die Produktionsmittel (Arbeitsgegenstände und Arbeitsmittel) gekauft. Der Arbeitsprozess wird damit zu einem Prozess zwischen Dingen, die dem Kapitalisten gehören. Daher gehört ihm auch das Produkt des Prozesses. Dieses Produkt ist ein Gebrauchswert. Im kapitalistischen Produktionsprozess wurde dieser Gebrauchswert aber nur produziert, insofern er Wert und Mehrwert darstellt.

Dieser kapitalistisch bestimmte Produktionsprozess ist nun genauer zu untersuchen. Zunächst müssen aber einige Grundbegriffe eingeführt werden, die nicht nur in diesem, sondern auch in den weiteren Kapiteln von zentraler Bedeutung sind.

Der Ausdruck $G-W-G'$ wurde oben als "allgemeine Formel des Kapitals" bezeichnet, sie soll nun etwas genauer betrachtet werden. Verwertung ist nur möglich, weil eine bestimmte Ware gekauft und verbraucht wird, nämlich die Arbeitskraft. Um jedoch diese Ware zu "verbrauchen", also die Arbeit in einem Produktionsprozess anzuwenden, sind Produktionsmittel (Rohstoffe, Maschinen etc.) notwendig. Als Resultat des Produktionsprozesses erhält man eine neue

Warenmenge, deren Wert über dem des vorgeschossenen Kapitals liegt und die für G' verkauft wird.

Bezogen auf den Wert der neu produzierten Waren spielen Produktionsmittel und Arbeitskraft ganz unterschiedliche Rollen. Der Wert der bei der Produktion einer Ware verbrauchten Produktionsmittel geht in den Wert der neu produzierten Waren ein. Werden Produktionsmittel im Produktionsprozess vollständig verbraucht (wie z.B. Rohstoffe, Energie etc.), dann überträgt sich der Wert dieser verbrauchten Produktionsmittel vollständig auf die neu produzierte Warenmenge. Werden dagegen Produktionsmittel wie z.B. Werkzeuge oder Maschinen nicht vollständig verbraucht, dann überträgt sich nur ein Teil ihres Wertes. Hat z.B. eine bestimmte Maschine eine Lebensdauer von zehn Jahren, dann überträgt sich auf die in einem Jahr produzierte Warenmenge lediglich ein Zehntel ihres Wertes. [Fußnote 29: Dabei hängt die "Lebensdauer" einer Maschine nur zum Teil von ihrem physischen Verschleiß ab. Kommen bald neue und verbesserte Maschinen auf den Markt, dann ist ihre ökonomische Lebensdauer erheblich kürzer als ihre physische. So werden Computer in der Regel nicht deshalb ausgemustert, weil sie nicht mehr funktionieren, sondern weil viel bessere Geräte angeboten werden.] Der in Produktionsmitteln ausgelegte Bestandteil des Kapitals wird seinen Wert während des Produktionsprozesses unter normalen Umständen nicht verändern, sondern auf den Wert der produzierten Waren übertragen. Marx nennt diesen Kapitalbestandteil daher *konstantes Kapital*, abgekürzt: *c*.

Anders verhält es sich mit der Arbeitskraft. Der Wert der Arbeitskraft geht in den produzierten Waren überhaupt nicht ein. Was in den Warenwert eingeht, ist derjenige Wert, der durch den "Verbrauch" der Arbeitskraft, d.h. durch die Verausgabung von Arbeit, *neu entsteht*. Die unterschiedliche Rolle, die Produktionsmittel und Arbeitskraft bei der Wertbildung spielen, kann man an Folgendem sehen: Ändert sich der Wert der verbrauchten Produktionsmittel, dann ändert sich entsprechend der Wert des Produkts. Ändert sich der Wert der Arbeitskraft, dann hat dies auf den Wert des Produkts keinen Einfluss. Wie viel Wert ein Arbeiter dem Produkt zusetzt, hängt nicht vom Wert der Arbeitskraft ab, sondern davon, inwieweit die verausgabte Arbeit als wertbildende, abstrakte Arbeit gilt.

Die Differenz zwischen dem neu zugesetzten Wert und dem Wert der Arbeitskraft ist gerade der *Mehrwert m*. Oder anders ausgedrückt: Der neu zugesetzte Wert ist gleich der Summe aus dem Wert der Arbeitskraft und dem Mehrwert. Denjenigen Bestandteil des Kapitals, der zur Bezahlung der Löhne verwendet wird, nennt Marx *variables Kapital*, abgekürzt: *v*. Dieser Kapitalteil ändert seinen Wert während des Produktionsprozesses; die Arbeiter und Arbeiterinnen werden mit *v* bezahlt, produzieren aber neuen Wert in Höhe von $v + m$.

[Fußnote 30: Oben wurde betont, dass der Wert der Arbeitskraft nicht auf das Produkt übertragen wird, sondern dass durch Verausgabung von Arbeit neuer Wert geschaffen wird. Dieser neue Wert wird rechnerisch mit Hilfe von *v* und *m* ausgedrückt.]

Der Wert der in einer bestimmten Periode (ein Tag oder auch ein Jahr) produzierten Warenmenge lässt sich also schreiben als:

$$c + v + m$$

wobei *c* den Wert des verbrauchten konstanten Kapitals bezeichnet, also den Wert der verbrauchten Rohstoffe und den anteiligen Wert der Werkzeuge und Maschinen, soweit sie verbraucht wurden.

Die Verwertung des Kapitals resultiert nur aus seinem variablen Bestandteil. Messen lässt sich der Grad der Verwertung daher, indem man den Mehrwert auf das variable Kapital bezieht: die Größe m/v bezeichnet Marx als *Mehrwerttrate*. Sie ist zugleich ein Maß für die Ausbeutung der Arbeitskraft. Die Mehrwerttrate wird üblicherweise in Prozent angegeben: Ist z.B. $m = 40$ und $v = 40$, dann spricht man nicht von einer Mehrwerttrate von 1 sondern von einer Mehrwerttrate von 100 %, ist $m = 20$ und $v = 40$ dann beträgt die Mehrwerttrate 50 % etc.

Die Mehrwerttrate ist eine analytische Kategorie, die sich der wissenschaftlichen Durchdringung des Verwertungsprozesses verdankt; sie setzt voraus, dass wir wissen, wie die Verwertung zustande kommt. Für das praktische Bewusstsein der Kapitalisten ist sie jedoch irrelevant: Diese rechnen, dass ein Kapitalvorschuss in Höhe von $c + v$ notwendig ist, um einen *Profit* in Höhe von m zu erzielen, unabhängig davon, wie dieser Profit zustande kommt (bzw. der Profit wird als "Frucht des Kapitals" gesehen). Ihr Verwertungsmaß ist die *Proftrate* $m/(c + v)$. Profit und Proftrate, die im kapitalistischen Alltag eine entscheidende Rolle spielen, werden von Marx aber erst im dritten Band des "Kapital" behandelt (vgl. unten Kapitel 7), unter anderem deshalb sollte man unbedingt alle drei Bände des "Kapital" zur Kenntnis nehmen.

Die Länge des *Arbeitstages* ergibt sich aus der Summe von notwendiger Arbeitszeit (in ihr wird der Wert der Arbeitskraft v produziert) und Mehrarbeitszeit (in ihr wird der Wert des Mehrwerts m produziert). Ist der Wert der Arbeitskraft in einer bestimmten Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt gegeben, dann ist auch der Umfang der notwendigen Arbeitszeit gegeben – aber noch nicht der Umfang der Mehrarbeitszeit.

In jeder auf Klassenherrschaft beruhenden Gesellschaft lassen sich "notwendige Arbeitszeit" (in ihr werden jene Produkte produziert, die die ausgebeutete Klasse zu ihrer Reproduktion bedarf) und "Mehrarbeitszeit" (in ihr wird das Mehrprodukt produziert, d.h. der Teil des Gesamtproduktes, den sich die herrschende Klasse aneignet) unterscheiden. Allerdings macht Marx auf einen entscheidenden Unterschied zwischen vorkapitalistischen und kapitalistischen Gesellschaften aufmerksam:

"Indes ist klar, dass, wenn in einer ökonomischen Gesellschaftsformation nicht der Tauschwert, sondern der Gebrauchswert des Produkts vorwiegt, die Mehrarbeit durch einen engeren oder weiteren Kreis von Bedürfnissen [der herrschenden Klasse, M.H.] beschränkt ist, aber kein schrankenloses Bedürfnis nach Mehrarbeit aus dem Charakter der Produktion selbst entspringt." (MEW 23, S. 250)

Aus jenem die kapitalistische Produktionsweise charakterisierenden "schrankenlosen Bedürfnis nach Mehrarbeit" macht Marx aber nun keineswegs einen moralischen Vorwurf an die einzelnen Kapitalisten. Zwar impliziert dieses Bedürfnis nach Mehrarbeit – eben weil es keine Schranke kennt –, dass das Kapital "rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters" (MEW 23, S. 285) ist, mithin auch die Zerstörung der Arbeitskraft in Kauf nimmt, doch ist dies kein individuelles moralisches Versagen des einzelnen Kapitalisten, sondern die Konsequenz aus der Logik kapitalistischer Warenproduktion.

Hat der Kapitalist die Arbeitskraft zu ihrem Tageswert gekauft, dann hat er das Recht, die Arbeitskraft einen Tag lang anzuwenden. Die Länge des Arbeitstages ist jedoch unbestimmt:

Ein Arbeitstag muss zwar kürzer sein als 24 Stunden, damit den Arbeitenden Zeit für physische und psychische Regeneration bleibt, doch um wie viel kürzer, ist nicht klar. Wenn der Kapitalist nun versucht, den Arbeitstag zu verlängern, dann versucht er lediglich wie jeder Käufer den Gebrauchswert der gekauften Ware maximal auszunutzen – ganz so, wie man aus der Zahnpasta-Tube auch noch das letzte bisschen Zahnpasta herauszudrücken versucht. Dass der einzelne Kapitalist von seinem Recht als Käufer auf maximale Ausnutzung des Gebrauchswertes der gekauften Ware auch ausgiebig Gebrauch macht, dafür sorgt die Konkurrenz der übrigen Kapitalisten.

Ebenfalls ganz innerhalb der Logik von Kauf und Verkauf verhalten sich die Arbeitenden, wenn sie versuchen, den Arbeitstag zu verkürzen. Sie müssen am nächsten Tag ihre Arbeitskraft wieder in normaler Verfassung zu Verfügung haben, um sie erneut verkaufen zu können. Ist der heutige Arbeitstag aber zu lang, dann ist dies nicht der Fall.

Sowohl der Kapitalist bei seinem Versuch, den Arbeitstag zu verlängern, als auch die Arbeiter bei ihrem Versuch, den Arbeitstag zu verkürzen, können sich somit gleichermaßen auf die Gesetze des Warentausches berufen; eine Grenze des Arbeitstages kann aus diesen Gesetzen nicht abgeleitet werden. Und das bedeutet:

„Es findet hier also Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch die Gesetze des Warentausches besiegt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstages als Kampf um die Schranken des Arbeitstages dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse.“ (MEW 23, S. 249)

Wo immer die Arbeitenden nicht in der Lage sind, dem Kapital ausreichend Widerstand entgegenzusetzen, und es genug Nachschub für die zerstörten Arbeitskräfte gibt, dehnt das Kapital die Arbeitszeit über alle physischen Grenzen hinweg aus. Der Kampf um den Normalarbeitstag, den Marx im "Kapital" ausführlich beschreibt, führte im 19. Jahrhundert zunächst in England, dann auch in anderen Ländern zu einer gesetzlichen Begrenzung der täglichen Arbeitszeit. Auf die besondere Rolle des Staates in diesem Prozess werden wir in Kapitel 11 noch zu sprechen kommen.

5.2 Absoluter und relativer Mehrwert, Zwangsgesetze der Konkurrenz

Kapital – der sich verwertende Wert – kennt keine innere Grenze der Verwertung, daher ist für das Kapital letzten Endes kein einmal erreichter Verwertungsgrad ausreichend. Geht man von der Mehrwertrate m/v als Maß der Verwertung aus, dann ergeben sich zwei grundsätzliche Möglichkeiten, die Kapitalverwertung zu steigern, die Marx als Produktion des absoluten bzw. relativen Mehrwerts bezeichnet.

Bei gegebenem Wert der Arbeitskraft steigt m/v wenn m vergrößert wird. Die von einer einzelnen Arbeitskraft produzierte Mehrwertmasse kann durch Verlängerung der Mehrarbeitszeit gesteigert werden, und die Mehrarbeitszeit lässt sich verlängern, indem der

Arbeitstag verlängert wird. Vergrößerung von Mehrwert und Mehrwertrate durch Verlängerung des Arbeitstages bezeichnet Marx als die Produktion des *absoluten Mehrwerts*.

Mit der Fixierung eines (gesetzlichen) Normalarbeitstages stößt die Produktion absoluten Mehrwerts noch nicht an ihre Grenze. Eine Verlängerung des Arbeitstages findet nicht nur statt, wenn die Zahl der täglichen Arbeitsstunden vergrößert wird, sondern auch dann, wenn diese Stunden besser ausgenutzt werden: durch Verkürzung von Pausenzeiten oder dadurch, dass bestimmte Arbeitsvorbereitungen nicht mehr zur Arbeitszeit gezählt werden etc. Darüber hinaus hat eine Erhöhung der Intensität der Arbeit (d.h. eine Beschleunigung des Arbeitsablaufs) dieselbe Wirkung wie eine Verlängerung der Arbeitszeit. Der intensivere Arbeitstag liefert ein größeres Wertprodukt als der normale Arbeitstag, ganz so, als sei der Arbeitstag verlängert worden. Auseinandersetzungen um die Ausnutzung der Arbeitszeit und die Intensivierung der Arbeit gehören auch heute zum betrieblichen Alltag.

Die Mehrarbeitszeit lässt sich aber auch ohne Veränderung der Länge des Arbeitstages oder der Ausnutzung der Arbeitszeit steigern: dann nämlich, wenn die notwendige Arbeitszeit verkürzt wird, d.h. wenn der Wert der Arbeitskraft abnimmt. Waren bei einem achtstündigen Arbeitstag bisher vier Stunden erforderlich, um den täglichen Wert der Arbeitskraft zu produzieren, dann bleiben vier Stunden Mehrarbeit. Genügen nun drei Stunden zur Produktion des Werts der Arbeitskraft, dann bleiben fünf Stunden Mehrarbeitszeit. Die Vergrößerung von Mehrwert und Mehrwertrate durch eine Abnahme der notwendigen Arbeitszeit bezeichnet Marx als Produktion des *relativen Mehrwerts*.

Die notwendige Arbeitszeit muss hinreichen, um den Wert der Lebensmittel zu produzieren, die die Arbeitskraft zu ihrer Reproduktion benötigt. Soll der Wert der Arbeitskraft vollständig bezahlt werden (und dies muss unterstellt werden, sollen "normale" kapitalistische Verhältnisse betrachtet werden), dann ist eine Verringerung der notwendigen Arbeitszeit nur möglich, wenn sich entweder der als notwendig geltende Umfang der Lebensmittel vermindert (d.h. der "normale" Lebensstandard der Arbeiterklasse gesenkt wird, was aber schwierig durchzusetzen ist und nicht kontinuierlich, sondern allenfalls punktuell erfolgen kann) oder – und dies ist der typische Fall, um den es hier geht – wenn sich der Wert dieser Lebensmittel verringert.

Letzteres ist der Fall, wenn entweder die Produktivkraft der Arbeit in denjenigen Branchen steigt, die Lebensmittel (immer im weitesten Sinne verstanden, also nicht nur Nahrungsmittel) herstellen, oder wenn die Produktivkraft in solchen Branchen steigt, die Rohstoffe oder Maschinen für die Lebensmittelbranche liefern: Mit den billigeren Produktionsmitteln sinkt dann auch der Wert der mit ihrer Hilfe produzierten Lebensmittel. Die Produktion des relativen Mehrwerts läuft darauf hinaus, durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit den Wert der Lebensmittel zu vermindern und damit den Wert der Arbeitskraft zu senken.

Verlängerung der Arbeitszeit und Steigerung der Produktivkraft sind somit die beiden grundlegenden Möglichkeiten, den Verwertungsgrad des Kapitals zu erhöhen. Realisiert werden können diese beiden Möglichkeiten aber nur durch die *Handlungen* der einzelnen Kapitalisten.

Dass die Kapitalisten ein Interesse an der Verlängerung der Arbeitszeit haben, ist unmittelbar plausibel: Bei gegebenem Wert der Arbeitskraft erhöht jede Stunde des verlängerten Arbeitstages unmittelbar den Mehrwert, den der einzelne Kapitalist erhält.

Anders verhält es sich jedoch mit der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit. Steigert z.B. ein Produzent von Tischen die Produktivkraft, dann verbilligen sich Tische. Aber nur in dem Ausmaß, in dem Tische in den Wert der Arbeitskraft eingehen, verbilligt sich auch die Arbeitskraft. Der Effekt ist minimal und meistens auch noch zeitlich verzögert. Als *individuelles Motiv* zur Steigerung der Produktivkraft reicht dieser kleine und unsichere Vorteil kaum aus.

Was die einzelnen Kapitalisten zur Produktivkraftsteigerung motiviert, ist denn auch etwas ganz anderes. Inwieweit die individuell verausgabte Arbeitszeit als wertbildend zählt, hängt (unter anderem) davon ab, ob für die Produktion eines Gutes die "gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit" (also die Arbeitszeit, die bei einem bestimmten gesellschaftlich üblichen Stand von Produktivität und Intensität der Arbeit notwendig ist, vgl. oben Kapitel 3.1) aufgewendet wurde oder nicht. Beträgt die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zur Herstellung eines bestimmten Typs von Tischen z.B. zehn Stunden und gelingt es nun einem Produzenten, diesen Tisch in acht Stunden herzustellen, dann hat er in acht Stunden dasselbe Wertprodukt geschaffen, wie die anderen Produzenten in zehn Stunden, d.h. er kann das Produkt achtstündiger Arbeit wie ein Produkt zehnstündiger Arbeit verkaufen.

Genau dies ist der Fall, wenn ein Kapitalist als erster die Produktivkraft der Arbeit in einem bestimmten Produktionsprozess erhöht. Nehmen wir an, bei der Produktion eines bestimmten Gutes, etwa eines bestimmten Computers, werde konstantes Kapital c im Wert von 200 verbraucht. Außerdem werde ein Arbeitstag von acht Stunden unmittelbarer Arbeit benötigt, um den Computer aus den Vorprodukten herzustellen. Der Tageswert der Arbeitskraft sei 80, die Mehrwertrate betrage 100 %, so dass der von einer Arbeitskraft produzierte tägliche Mehrwert ebenfalls 80 betrage. Der Wert des Produkts ist dann

$$c + v + m = 200 + 80 + 80 = 360$$

Nun nehmen wir an, es möge diesem Kapitalisten (zunächst als einzigem) gelingen, die für die Montage des Computers benötigte unmittelbare Arbeitszeit von acht auf vier Stunden zu reduzieren. Der Wert des Computers richtet sich nach den gesellschaftlichen Durchschnittsverhältnissen und bleibt zunächst noch bei 360. Unser pfiffiger Kapitalist muss nun aber nicht mehr variables Kapital von 80, sondern lediglich von 40 verausgaben. Er hat also nur Kosten von

$$c + v = 200 + 40 = 240$$

Verkauft er das Produkt für 360, dann bleibt ihm ein Mehrwert von 120. Außer dem gesellschaftlich üblichen Mehrwert von 80 je Computer erzielt unser Kapitalist also einen Extramehrwert von 40 und eine Mehrwertrate von 300 % statt 100 %. Dieser *Extramehrwert* bzw. *Extraprofit* (vgl. die Bemerkung zum Profit in Kapitel 5.1) – und nicht die künftige Verbilligung der Arbeitskraft – ist für den Kapitalisten die Motivation zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit.

Der Extramehrwert bleibt dem Kapitalisten so lange erhalten, wie sich die neue Produktionsmethode noch nicht verallgemeinert hat. Hat sie sich aber durchgesetzt, dann bedeutet das, dass die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zur Produktion eines Computers gesunken ist. Wäre zwischenzeitlich alles andere gleich geblieben (der Wert der Arbeitskraft, der Wert der Elemente des konstanten Kapitals etc.), dann wäre der neue Wert:

$$c + v + m = 200 + 40 + 40 = 280$$

und der Extramehrwert für unseren Kapitalisten wäre verschwunden, seine Mehrwertrate würde wieder 100 % betragen.

Aber bleiben wir zunächst bei dem Kapitalisten, der die Produktivkraftsteigerung als erster einführt. Er benötigt nicht mehr dieselbe Menge an unmittelbarer Arbeitszeit, um dieselbe Produktenmenge zu produzieren. Er kann dann entweder dieselbe Menge wie früher aber mit weniger Arbeitskräften produzieren, oder mit derselben Menge an Arbeitszeit und Arbeitskräften eine größere Produktenmenge. Die erste Möglichkeit ist für den Kapitalisten meistens gar nicht realistisch, denn häufig ist die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit nur möglich, wenn zugleich der Produktionsumfang erhöht wird (wir werden im nächsten Unterabschnitt auf diesen Zusammenhang zurückkommen). Wir können davon ausgehen, dass die Produktivkraftsteigerung in der Regel mit einer Vergrößerung der Zahl der Produkte einhergeht. Das einfachste Mittel, um die größere Produktmenge abzusetzen, besteht in einer Preissenkung: Das einzelne Produkt wird unter seinem bisherigen Wert verkauft. Auch wenn unser erfinderischer Kapitalist unter dem bisherigen Wert verkauft, braucht er nicht gänzlich auf den Extramehrwert zu verzichten. Verkauft er im obigen Beispiel den Computer (bei eigenen Kosten von 240) statt für 360 nur für 350, dann erzielt er einen Gesamtmehrwert von 110, was verglichen mit dem üblichen Mehrwert von 80 immer noch ein Extramehrwert von 30 bedeutet. Der größere Absatz unseres Kapitalisten bedeutet aber – wenn sich in der Ökonomie sonst nichts ändert, was eine größere Gesamtnachfrage hervorruft – dass die anderen Kapitalisten, die dasselbe Produkt anbieten, weniger absetzen können und im Extremfall bankrott gehen. Wollen sie ihre Marktanteile verteidigen, müssen sie ebenfalls zu einem niedrigeren Preis verkaufen. Bei unveränderter Produktionsweise würde dies zu einer Verminderung ihres Mehrwerts führen. Den anderen Kapitalisten bleibt also nichts anders übrig, als ebenfalls die Produktivkraft der Arbeit zu erhöhen und Kosten zu senken, um in der Preiskonkurrenz mithalten zu können.

Die Konkurrenz zwingt somit die Kapitalisten dazu, die Produktivkraftsteigerung, mit der einer anfängt, mitzumachen, selbst wenn sie individuell gar nicht an einer immer höheren Kapitalverwertung interessiert sein sollten. Die *immanenten Gesetze des Kapitals*, wie die Tendenz zur Verlängerung des Arbeitstages und zur Produktivkraftentwicklung, sind unabhängig vom Wollen der einzelnen Kapitalisten. Sie setzen sich ihnen gegenüber als *Zwangsgesetze der Konkurrenz* durch. Da jeder Kapitalist diesen Zwang kennt, wartet er normalerweise nicht, bis er ihm von den Konkurrenten auferlegt wird, sondern versucht eher der erste zu sein, der die Produktivkraft steigert, so dass er wenigstens noch etwas vom Extramehrwert hat, anstatt immer nur Verluste zu begrenzen. Im Resultat setzt jeder Kapitalist alle anderen Kapitalisten genauso unter Druck, wie er von ihnen unter Druck gesetzt wird. Und alle tun sie dies, in dem sie einem blinden "Sachzwang" folgen. Auch wenn ein Kapitalist als

Person noch so genügsam sein mag – sofern er Kapitalist bleiben will, kann er sich der Jagd nach einem immer größeren Gewinn nicht entziehen.

5.3 Die Methoden zur Produktion des relativen Mehrwerts: Kooperation, Teilung der Arbeit, Maschinerie

Die kapitalistische Produktion beginnt, wo eine größere Zahl von Arbeitern unter dem Kommando eines Kapitalisten zur Produktion derselben Warensorte zusammenwirken. Ein Geldbesitzer, dem es gerade mal gelingt, ein oder zwei Arbeiter zu beschäftigen, der aber, um den eigenen Lebensunterhalt sicherzustellen, selbst noch im Produktionsprozess mitarbeiten muss, ist noch kein Kapitalist im strengen Sinne, sondern ein "kleiner Meister". Kapitalist ist er erst, wenn er als personifiziertes Kapital wirken kann, d.h. seine ganze Zeit der Organisation und Kontrolle des kapitalistischen Produktionsprozesses und dem Verkauf der Produkte widmen kann.

Die *Kooperation* vieler Arbeiter bringt auch ohne Änderungen der technischen Produktionsbedingungen aus zwei Gründen eine Verbilligung der Produkte hervor. Zum einen werden viele Produktionsmittel gemeinsam vernutzt, so dass sie einen geringeren Wertbestandteil an das Produkt abgeben (100 Arbeiter mögen das 10fache produzieren wie 10 Arbeiter, sie benötigen aber z.B. nicht das 10fache an Baulichkeiten etc.). Zum anderen kann aus dem Zusammenwirken vieler Arbeitskräfte eine neue Kraft entstehen: So kann ein großer Baumstamm von einem einzelnen Arbeiter nicht bewegt werden, egal wie viel Zeit ihm zur Verfügung steht, vier Arbeiter können ihn dagegen sofort bewegen. Zehn Personen können Lasten in einer Kette erheblich schneller transportieren, als wenn jeder einzeln den Weg zurücklegt, etc.

Eine weitere Steigerung der Produktivkraft der Arbeit wird durch *Teilung der Arbeit* erreicht. Ein komplexer Arbeitsprozess wird in eine Vielzahl von einfachen Teilfunktionen zerlegt. Diese können einzeln meistens schneller ausgeführt werden als im Rahmen des Gesamtprozesses. Durch entsprechende Übung und Erfahrung sowie unterstützt durch spezielle, für diese Teilfunktionen angepasste Werkzeuge kann der einzelne, auf eine Teilfunktion spezialisierte Arbeiter dann noch schneller werden. Die Kehrseite ist, dass der einzelne Arbeiter zu einem weitgehend unselbstständigen Teilarbeiter wird und dass die einseitige Belastung zu physischen und nervlichen Beeinträchtigungen führen kann. Einen Betrieb, dessen Produktionsprozess auf einer weitgehenden Teilung der Arbeit beruht, der aber keine oder nur wenige Maschinen benutzt, bezeichnet man als *Manufaktur*.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde die Teilung der Arbeit im *Taylorismus* (benannt nach dem Ingenieur F. W. Taylor) auf die Spitze getrieben: Taylor zerlegte die Bewegungen im Arbeitsprozess in kleinste Elemente, um der einzelnen Arbeitskraft dann nur noch ganz wenige Bewegungen zuzuweisen. Zeitverschwendung und versteckte Pausen sollten dadurch minimiert werden. Vor allem in der Fließbandproduktion wurden solche Konzepte angewendet. Allerdings brachte diese extreme Arbeitsteilung für die Kapitalverwertung nicht nur Vorteile mit sich. Vor allem bei komplexen Produkten, bei denen es auf hohe Qualität ankommt, erwies sich eine zu starke Teilung der Arbeit eher als hinderlich, da zu viel Ausschuss produziert wurde. In der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsprozesse kam es im 20. Jahrhundert daher abwechselnd zur Ausbreitung und zur Einschränkung des Taylorismus.

Die entscheidende Steigerung der Produktivkraft der Arbeit wird durch die Verwendung von *Maschinen* erreicht. Eine Maschine ist nicht einfach ein großes Werkzeug. Wesentlich ist, dass das Werkzeug nicht mehr Werkzeug in der Hand eines einzelnen Menschen ist, sondern dass es Werkzeug eines Mechanismus ist. Die Zahl der Werkzeuge, die von einer Maschine gleichzeitig betätigt werden kann, ist von menschlichen Schranken befreit. Eine weitere Steigerung der Produktivkraft wird erreicht, wenn die einzelnen Maschinen zu einem *Maschinensystem* kombiniert werden, das der Arbeitsgegenstand zu durchlaufen hat. Ein auf Maschinenproduktion beruhender Betrieb heißt *Fabrik*.

Für den Menschen bleibt in der Fabrik neben einzelnen Tätigkeiten, die noch nicht mechanisiert sind, vor allem die Aufgabe, die Maschinen zu überwachen, sie zu reparieren, zu warten und die von ihnen verursachten Fehler zu beheben. Mit dem Einsatz von Computern ändert sich dies nicht grundsätzlich. Zwar werden eine Vielzahl von Überwachungs- und Steuerungsaufgaben maschinell ausgeführt, allerdings müssen auch die steuernden Computer überwacht und ihre Programmierung wechselnden Anforderungen angepasst werden.

Die Arbeitsteilung in einer *Manufaktur* geht vom handwerksmäßigen Geschick der Arbeitskräfte aus. Auf dieses subjektive Geschick, auch wenn es auf ein "Detailgeschick" reduziert wird, bleibt das Kapital angewiesen. In der auf Maschinenproduktion beruhenden *Fabrik* ändert sich dies grundsätzlich:

"Dies subjektive Prinzip der Teilung fällt weg für die maschinenartige Produktion. Der Gesamtprozess wird hier objektiv, an und für sich betrachtet, in seine konstituierenden Phasen analysiert, und das Problem, jeden Teilprozess auszuführen und die verschiedenen Teilprozesse zu verbinden, durch Anwendung der Mechanik, Chemie usw. gelöst." (MEW 23, S. 401)

Damit kann sich das Kapital bei maschineller Produktion weitgehend vom besonderen Geschick der einzelnen Arbeitskräfte lösen. Diese sind jetzt nicht mehr nur auf die Funktion eines Teilarbeiters reduziert, sondern – bei einem entwickelten, gut funktionierenden Maschinensystem – auf bloße Anhängsel dieses Systems. Die Herrschaft des Kapitals über die Arbeiter und Arbeiterinnen materialisiert sich jetzt sozusagen im Maschinensystem:

"Aller kapitalistischen Produktion, soweit sie nicht nur Arbeitsprozess, sondern zugleich Verwertungsprozess des Kapitals, ist es gemeinsam, dass nicht der Arbeiter die Arbeitsbedingung, sondern umgekehrt die Arbeitsbedingung den Arbeiter anwendet, aber erst mit der Maschinerie erhält diese Verkehrung technisch handgreifliche Wirklichkeit. Durch seine Verwandlung in einen Automaten tritt das Arbeitsmittel während des Arbeitsprozesses selbst dem Arbeiter als Kapital gegenüber, als tote Arbeit, welche die lebendige Arbeitskraft beherrscht und aussaugt." (MEW 23, S. 446)

Kooperation, Teilung der Arbeit und der Einsatz von Maschinerie bewirken eine Erhöhung der Produktivkraft der Arbeit: Mit demselben Arbeitsaufwand kann eine größere Zahl von Produkten hergestellt werden, der Wert des einzelnen Produktes sinkt. Die erhöhte *Produktivkraft der Arbeit* erscheint unter kapitalistischen Produktionsbedingungen aber als *Produktivkraft des Kapitals*. Dies ist bereits bei der einfachen Kooperation der Fall: Da die

vereinzelt Arbeitskräfte über die zusätzliche Produktivkraft, die aus ihrem Zusammenwirken entsteht, als vereinzelte nicht verfügen, sie aber erst unter dem Kommando des Kapitals kooperieren, scheint diese zusätzliche Produktivkraft eine Produktivkraft zu sein, die dem Kapital angehört. Noch stärker wird dieser Eindruck in der Manufaktur und Fabrik. Die einzelne Arbeitskraft wird auf eine Teilfunktion reduziert, die außerhalb von Manufaktur und Fabrik meistens völlig nutzlos ist. Dass die Arbeiter und Arbeiterinnen mit ihren Fähigkeiten überhaupt etwas anfangen können, scheint ein vom Kapital hervorgebrachtes Resultat zu sein. Als *Kapitalfetisch* können wir die Erscheinung des Kapitals als einer mit eigener Produktivkraft versehenen Macht bezeichnen. Wie der Warenfetisch ist auch der Kapitalfetisch nicht einfach nur ein falsches Bewusstsein oder bloßer Irrtum. Er hat vielmehr eine materielle Grundlage in der kapitalistischen Organisation des Produktionsprozesses:

„Die geistigen Potenzen der Produktion erweitern ihren Maßstab auf der einen Seite, weil sie auf vielen Seiten verschwinden. Was die Teilarbeiter verlieren, konzentriert sich ihnen gegenüber im Kapital. Es ist ein Produkt der manufakturmäßigen Teilung der Arbeit, ihnen die geistigen Potenzen des materiellen Produktionsprozesses als fremdes Eigentum und sie beherrschende Macht gegenüberzustellen. Dieser Scheidungsprozess beginnt in der einfachen Kooperation, wo der Kapitalist den einzelnen Arbeitern gegenüber die Einheit und den Willen des gesellschaftlichen Arbeitskörpers vertritt. Er entwickelt sich in der Manufaktur, die den Arbeiter zum Teilarbeiter verstümmelt. Er vollendet sich in der großen Industrie, welche die Wissenschaft als selbstständige Produktionspotenz von der Arbeit trennt und in den Dienst des Kapitals presst.“
(MEW 23, S. 382).

[Fußnote 31: Die zunehmende Bedeutung von Wissen und Wissenschaft für die kapitalistische Produktion ist keineswegs ein neues Phänomen, wie es die heute modische Rede eines Übergangs von der „Industriegesellschaft zur Wissenschaftsgesellschaft“ suggeriert. Und erst recht nicht wird dadurch – wie zuweilen behauptet – die kapitalistische Formbestimmung der Produktion in Frage gestellt.]

In einer Hinsicht unterscheidet sich Produktivkraftsteigerung mittels Einsatz von Maschinerie grundlegend von der Produktivkraftsteigerung mittels Kooperation oder Teilung der Arbeit. Der Einsatz von Maschinen kostet den Kapitalisten etwas, und da sich die Maschine im Produktionsprozess verbraucht, überträgt sie ihren Wert auf das Produkt. D.h. statt das Produkt zu verbilligen, führt der Einsatz von Maschinerie zunächst zu einer Verteuerung des Produkts. Insgesamt kommt es nur zu einer Verbilligung des Produkts, wenn die Verteuerung aufgrund der Wertabgabe der Maschine überkompensiert wird durch die in der Produktion eingesparte unmittelbare Arbeitszeit.

Nehmen wir an, bei der Produktion eines bestimmten Produktes werden Rohstoffe im Wert von 50 verbraucht sowie 8 Arbeitsstunden, die unter normalen Bedingungen einen Wert von 80 produzieren sollen. Dann gilt für den Wert des Produkts:

$$50 \text{ (Rohstoffe)} + 80 \text{ (Arbeitszeit)} = 130$$

Nun nehmen wir an, das Produkt werde mit Hilfe einer Maschine produziert. Die Maschine habe einen Wert von 20.000 und diene zur Produktion von 1000 Stück, bevor sie verbraucht ist. Auf das einzelne Stück überträgt sich dann ein Wert von 20. Das einzelne, maschinell hergestellte

Produkt verteuert sich zunächst um diese 20. Werden nun 3 Stunden Arbeit eingespart, so dass statt 8 nur 5 Stunden benötigt werden, dann ergibt sich für den Wert des maschinell hergestellten Produktes:

$$50 \text{ (Rohstoffe)} + 20 \text{ (Maschine)} + 50 \text{ (Arbeitszeit)} = 120$$

Das Produkt hat sich insgesamt um zehn Werteinheiten verbilligt, die 20 Einheiten Wertabgabe der Maschine wurden durch die Einsparung von drei Arbeitsstunden überkompensiert. Wäre nur eine Arbeitsstunde eingespart worden, dann wäre der Wert des Maschinenproduktes gestiegen, die Maschine hätte nicht zur Steigerung der Produktivkraft und zur Verbilligung des Produktes beigetragen.

Für die kapitalistische Anwendung der Maschine reicht es aber nicht aus, dass der Einsatz der Maschine das Produkt überhaupt verbilligt. Der Kapitalist interessiert sich nicht für den *Wert* eines Produktes, sondern für den *Mehrwert* (bzw. für den Profit, vgl. die Bemerkung in Kapitel 5.1). Wie im letzten Abschnitt dargelegt, führt er eine Produktivkraftsteigerung ein, damit seine individuellen Kosten geringer werden als der gesellschaftliche Durchschnitt, so dass er nicht nur den normalen Mehrwert (Profit), sondern einen Extramehrwert (Extraprofit) erhält. Nehmen wir nun im oben angeführten Beispiel an, dass die Mehrwertrate 100 % betrage. Der Arbeiter, der acht Stunden arbeitet und dabei einen Wert von 80 schafft, erhält dann als Lohn 40. Die übrigen 40 sind der Mehrwert unseres Kapitalisten je Produkt. Vor Einführung der Maschine hat unser Kapitalist also Kosten von

$$50 \text{ (Rohstoffe)} + 40 \text{ (Löhne für 8 Stunden)} = 90.$$

Nach Einführung der Maschine hätte er Kosten von

$$50 \text{ (Rohstoffe)} + 20 \text{ (Maschine)} + 25 \text{ (Löhne für 5 Stunden)} = 95.$$

Obwohl diese Maschine den *Gesamtaufwand* an Arbeit für das betreffende Produkt senkt, würde sie nicht eingeführt, da sie nicht auch die *Kosten des Kapitalisten* vermindert. Diese Kosten werden erst dann vermindert, wenn an den Löhnen (je Produkt) mehr eingespart wird, als die Maschine an Wert an das einzelne Produkt abgibt. Beträgt in unserem Beispiel die Wertabgabe der Maschine 20, dann müssen mehr als vier Stunden Arbeit eingespart werden, damit sich der Maschineneinsatz für den Kapitalisten lohnt. Oder anders ausgedrückt: Das *zusätzliche konstante Kapital c*, das bei der Maschinenproduktion für das einzelne Produkt aufgewendet wird, muss geringer sein als das durch Verminderung der Arbeitszeit eingesparte *variable Kapital v*. Der Kapitalist wird also nicht beliebig viel zusätzliches konstantes Kapital je Stück aufwenden, sondern maximal so viel, wie er an variablem Kapital pro Stück einspart.

Ob eine bestimmte Maschine (die einen bestimmten Wert an das einzelne Produkt abgibt) eingeführt wird oder nicht, hängt also davon ab, wie viel variables Kapital durch sie eingespart werden kann. Das eingesparte variable Kapital hängt aber nicht allein von den eingesparten Arbeitsstunden, sondern auch von der Höhe der Löhne ab. In unserem obigen Beispiel erhielten die Arbeiterinnen und Arbeiter für einen achtstündigen Arbeitstag einen Lohn von 40, das macht fünf je Arbeitsstunde. Drei eingesparte Arbeitsstunden ergeben dann eine Ersparnis an variablem Kapital von 15, so dass die Einführung der Maschine für den Kapitalisten nicht vorteilhaft war. Wären die Löhne aber höher gewesen z.B. acht je Arbeitsstunde, dann wären

die drei eingesparten Arbeitsstunden mit 24 entlohnt worden. Bei diesem Lohnniveau hätte das eingesparte variable Kapital das zusätzliche konstante Kapital (20 in unserem Beispiel) überkompensiert, die Kosten unseres Kapitalisten hätten abgenommen. Dieselbe Maschine, die bei niedrigen Löhnen für den Kapitalisten keine Kostenersparnis bringt und daher nicht eingesetzt wird, bringt diese Kostenersparnis aber vielleicht bei einem höheren Lohnniveau und wird dann auch eingesetzt.

5.4 Das destruktive Potential kapitalistischer Produktivkraftentwicklung

Der kooperative Arbeitsprozess bedarf der Koordination. Im kapitalistischen Produktionsprozess übernimmt diese Funktion der Kapitalist. Die Leitung durch den Kapitalisten erfüllt aber nicht nur technisch-organisatorische Funktionen, sie ist zugleich Organisation der Ausbeutung und daher durch den Gegensatz zwischen dem Ausbeuter und den Ausgebeuteten bedingt, woraus Marx folgert, die kapitalistische Leitung sei "der Form nach despotisch" (MEW 23, S. 351). Bei einer großen Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen bedürfte es – ähnlich wie beim Militär – industrieller Ober- und Unteroffiziere, die im Namen des Kapitals kommandieren.

Die Form des betrieblichen Herrschaftszusammenhangs hat im 20. Jahrhundert teilweise einschneidende Veränderungen erfahren. Einschränkungen erfuhr die kapitalistische Despotie einerseits durch gesetzliche Regelungen, andererseits durch gewerkschaftliche Verhandlungsprozesse. Vor allem im letzten Jahrzehnt gab es in einer Reihe von Branchen sogar die Tendenz, von der Kapitaleseite aus die Autonomie der Beschäftigten über den Arbeitsprozess zu stärken. Allerdings wurde durch alle diese Veränderungen der Zweck der kapitalistischen Produktion, die Verwertung des Kapitals, die Produktion von Mehrwert, nicht in Frage gestellt. Es ging einzig und allein um unterschiedliche Weisen, diesen Zweck durchzusetzen. Und dabei erwies es sich gerade bei qualifizierten Tätigkeiten häufig als günstiger, die Beschäftigten durch einen höheren Grad an Autonomie dazu zu motivieren, ihre Erfahrungen und Leistungspotenziale freiwillig einzubringen, statt sie durch ständigen Druck und Kontrolle dazu zu zwingen. Die Konsequenzen dieser Autonomie sind für die Beschäftigten aber meistens ähnlich zerstörerisch wie die alten despotischen Formen, nur dass diese Zerstörung nun selbstorganisiert vonstatten geht (vgl. zu neueren betrieblichen Tendenzen Wolf 1999, Gleißmann/Peters 2001).

Die für die Arbeitskraft zerstörerischen Tendenzen kapitalistischer Produktivkraftsteigerung zeigen sich unmittelbar in der Tendenz zur Ausdehnung und neuerdings zur "Flexibilisierung" der Arbeitszeit. Produktivkraftsteigerung bedeutet zwar, dass dieselbe Menge an Produkten in kürzerer Zeit hergestellt werden kann, unter kapitalistischen Bedingungen führt Produktivkraftsteigerung aber nicht zu einer Verkürzung der Arbeitszeit. Insbesondere wenn die Produktivkraftsteigerung durch den Einsatz von Maschinen erreicht wurde, ist das Ergebnis eher eine Verlängerung der Arbeitszeit sowie Schicht- und Nachtarbeit, um möglichst lange Maschinenlaufzeiten zu erreichen. Dafür gibt es mehrere Gründe.

So lange die Maschine noch nicht zum gesellschaftlichen Standard geworden ist, erzielt der mit ihr produzierende Kapitalist einen Extramehrwert. Je mehr Produkte er in dieser Ausnahmesituation produziert und verkauft, desto größer ist dieser Extramehrwert. Gehört der Einsatz der Maschine später zu den durchschnittlichen Produktionsbedingungen, sind lange Maschinenlaufzeiten immer noch von Vorteil. Wie lange die Maschine gewinnbringend angewendet werden kann, hängt nicht nur von ihrem physischen Verschleiß ab, sondern auch davon, ob eine neue, bessere Maschine auf dem Markt ist. Je schneller eine Maschine ihren Wert auf die mit ihrer Hilfe produzierten Produkte überträgt, desto geringer ist das Risiko, dass sie durch eine neue, bessere Maschine ersetzt werden muss, bevor sie ihren gesamten Wert übertragen hat. Stößt die Verlängerung der Arbeitszeit aufgrund gesetzlicher oder tariflicher

Beschränkungen an Grenzen, dann versucht der Kapitalist in der Regel eine Intensivierung der Arbeit durchzusetzen, etwa durch ein höheres Tempo der Maschinen.

Indem der Produktionsprozess von den Schranken der einzelnen Arbeitskraft gelöst und als objektiver Vorgang zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gemacht wird, behandelt die moderne kapitalistische Industrie "die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv. Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war" (MEW 23, S. 511). Die technischen Grundlagen der Produktion werden immer wieder umgewälzt, die Produktivkraft der Arbeit immer weiter gesteigert. Das einzige Motiv dabei ist, den Gewinn zu steigern. Im Verlauf dieses Prozesses kommt es zu riesigen Investitionen, um neue Maschinen anzuschaffen oder ganze Produktionsanlagen zu erstellen. Sofern diese Investitionen der Verbilligung des Produktes dienen, gelten sie als notwendig. Investitionen, um die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten angenehmer zu gestalten oder auch nur Gesundheits- und Unfallgefahren zu mindern, stellen dagegen Abzüge vom Gewinn dar und werden vermieden. Auch heute lässt sich noch in vielen Bereichen feststellen:

"Die Ökonomisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel, erst im Fabrikssystem treibhausmäßig gereift, wird in der Hand des Kapitals zugleich zum systematischen Raub an den Lebensbedingungen des Arbeiters während der Arbeit, an Raum, Luft, Licht und an persönlichen Schutzmitteln wider lebensgefährliche oder gesundheitswidrige Umstände des Produktionsprozesses." (MEW 23, S. 449 f.)

Immer wieder bedarf es des gesetzlichen Zwangs oder der entschiedenen Gegenwehr der Beschäftigten, um selbst einfachste Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen, so dass die folgende Bemerkung von Marx nach wie vor aktuell ist:

"Was könnte die kapitalistische Produktionsweise besser charakterisieren als die Notwendigkeit, ihr durch Zwangsgesetz von Staats wegen die einfachsten Reinlichkeits- und Gesundheitsvorrichtungen aufzuherrschen?" (MEW 23, S. 505)

Der einzige Zweck kapitalistischer Produktion ist die beständige Produktion von Mehrwert. Die Konkurrenz zwingt den einzelnen Kapitalisten dazu, bei Strafe des Untergangs als Kapitalist, die Jagd nach einem immer größeren Mehrwert zum Zweck seines Handelns zu machen. Genau wie die Arbeitskraft ist auch die *Natur* bloßes Mittel zum Erreichen dieses Ziels. Von seiner inneren Logik her steht das Kapital der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen (durch Abwässer und Abgase, durch Zerstörung und Vergiftung ganzer Regionen) genauso gleichgültig gegenüber wie der Zerstörung der einzelnen Arbeitskraft. So wird heute weltweit eine industrielle Produktionsweise aufrechterhalten und ausgedehnt, die auf der Verbrennung fossiler Energieträger beruht, obgleich sowohl lokale als auch globale ökologische Verwüstungen aufgrund des Klimawandels absehbar sind (vgl. dazu Altvater 1992).

Dieses destruktive Potenzial kapitalistischer Produktivkraftentwicklung kann nur "von außen" durch den Widerstand der Arbeiter und Arbeiterinnen oder durch die Macht des Staates eingeschränkt werden. Fehlen solche Schranken oder werden sie schwächer, dann kommt dieses destruktive Potenzial sofort wieder gestärkt zur Geltung. Es ist der kapitalistischen Produktionsweise immanent. Nach wie vor gilt:

"Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter." (MEW 23, S. 529 f.)

Angesichts des Ausmaßes der Umweltzerstörungen und Gesundheitsgefährdungen, die von der industriellen Produktionsweise ausgehen, wurde im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts heftig darüber gestritten, ob diese Zerstörungen bereits in den stofflichen Bedingungen der *industriellen* Produktion angelegt sind, oder ob es erst die *kapitalistischen* Bedingungen sind, die diese Zerstörungen hervorrufen.

Eine explizite Diskussion dieser Problematik finden wir bei Marx nicht. Allerdings hat er betont, dass man unterscheiden müsse "zwischen der größeren Produktivität, die der Entwicklung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, und der größeren Produktivität, die seiner kapitalistischen Ausbeutung geschuldet ist" (MEW 23, S. 445). Deshalb wurde ihm oft unterstellt, dass er den industriellen Produktionsprozess "an sich" positiv sehe und nur dessen kapitalistische Hülle kritisiere. Dies war auch die Position des Marxismus-Leninismus. Dementsprechend wurden in der Sowjetunion kapitalistische Produktionsmethoden zum Teil völlig unkritisch nachgeahmt (vgl. zur Kritik einer solchen Marx-Interpretation Jacobs 1997).

Heute ist es jedenfalls deutlicher als zu Marx Zeiten, dass nicht jeder industrielle Produktionsprozess einfach nur von seiner kapitalistischen Anwendung abgekoppelt werden muss, um plötzlich nur noch segensreiche Wirkungen zu entfalten. Einige Entwicklungslinien der Industrialisierung sind nicht nur aufgrund ihrer kapitalistischen Anwendung zerstörerisch: Würde Atomenergie in einer sozialistischen Gesellschaft zur Anwendung kommen, dann wären auch dort die Risiken enorm, und genauso würde auch der breite Einsatz fossiler Brennstoffe zum Klimawandel führen. Das destruktive Potenzial des Kapitals macht sich nicht nur in der Art der *Anwendung* einer Technologie geltend, sondern bereits in der *Wahl* bestimmter technisch-industrieller *Entwicklungswege*.

5.5 Formelle und reelle Subsumtion, Fordismus, produktive und unproduktive Arbeit

Wird ein Arbeitsprozess, so wie er existiert, dem Kapital untergeordnet, spricht Marx von *formeller Subsumtion der Arbeit unter das Kapital*. Der einzige Unterschied zum vorkapitalistischen Zustand besteht darin, dass der Arbeiter oder die Arbeiterin statt für sich selbst nun für einen Kapitalisten arbeitet. Das kapitalistische Zwangsverhältnis äußert sich lediglich darin, dass der Arbeiter länger arbeitet, als zu seiner Selbsterhaltung notwendig ist, und dass sich der Kapitalist das dabei entstehende Mehrprodukt aneignet. Auf der Grundlage der formellen Subsumtion ist lediglich die Produktion des absoluten Mehrwerts möglich.

Wird der Arbeitsprozess umgestaltet, um die Produktivkraft zu steigern, spricht Marx von *reeller Subsumtion der Arbeit unter das Kapital*. Der Arbeitsprozess unter dem Kommando des Kapitals unterscheidet sich jetzt nicht nur formell, sondern reell, d.h. von der ganzen Organisation und Struktur her vom vorkapitalistischen Arbeitsprozess: Die kapitalistische Produktionsweise schafft die ihr entsprechende materielle Gestalt der Produktion. Die reelle Subsumtion ist erst möglich auf der Grundlage der formellen. Mit der reellen Subsumtion der

Arbeit unter das Kapital wird die Produktion des relativen Mehrwerts möglich.

Bisher haben wir bei der Betrachtung des relativen Mehrwerts angenommen, dass der mengenmäßige Umfang der Lebensmittel, die zur Reproduktion der Arbeitskraft (bzw. der Arbeiterfamilie) notwendig sind, unverändert bleibt, dass sich der Lebensstandard der Arbeiterklasse also nicht verändert. Dies ist jedoch nicht zwangsläufig der Fall.

Gehen wir von einem achtstündigen Arbeitstag und einer Mehrwertrate von 100 Prozent aus. Dann zerfällt der Arbeitstag in vier Stunden notwendige Arbeitszeit, um den Wert der Arbeitskraft zu reproduzieren, und vier Stunden Mehrarbeitszeit, in welcher der Mehrwert produziert wird. Nehmen wir weiter an, der Geldausdruck des in acht Stunden geschaffenen Wertes sei unter normalen Bedingungen 160 Euro. Dann beträgt der Tageswert der Arbeitskraft 80 Euro, der täglich produzierte Mehrwert ebenfalls 80 Euro.

Nun möge sich die Produktivkraft der Arbeit in allen Branchen verdoppeln. [Fußnote 32: Diese enorme Zunahme wird nur unterstellt, um die folgenden Rechnungen zu vereinfachen. Vergleicht man Epochen, die einige Jahrzehnte auseinander liegen, dann ist es aber durchaus möglich, dass sich die Produktivkraft verdoppelt hat.] Dann können alle Güter in der Hälfte der bisherigen Arbeitszeit hergestellt werden, ihr Wert halbiert sich. Der Tageswert der Arbeitskraft wird dann statt in vier bereits in zwei Stunden produziert, er fällt von 80 auf 40 Euro. Für die Mehrarbeit bleiben dann noch zwei weitere Stunden, ihr Umfang erhöht sich von vier auf sechs Stunden, der Mehrwert steigt von 80 auf 120 Euro. Zwar hat sich der Wert der Arbeitskraft von 80 auf 40 Euro halbiert, für 40 Euro können jetzt aber genauso viele Lebensmittel gekauft werden wie früher für 80 Euro, der Lebensstandard der Arbeiterfamilie ist also gleich geblieben.

Nehmen wir nun weiter an, dass es den Arbeitern und Arbeiterinnen, z.B. aufgrund von Arbeitskämpfen oder Arbeitskräfteknappheit, gelingt, als Lohn nicht nur den in zwei Stunden geschaffenen Wert zu erhalten, sondern den in drei Stunden geschaffenen, statt 40 also 60 Euro. In diesem Fall wäre der Wert der Arbeitskraft immer noch gefallen (von 80 auf 60 Euro), die Mehrarbeit wäre immer noch um eine Stunde gestiegen (von vier auf fünf Stunden, der Mehrwert wäre jetzt 100 Euro), allerdings wäre jetzt auch der Lebensstandard der Arbeiterfamilie gestiegen. Denn der Wert der Lebensmittel hat sich aufgrund der Verdoppelung der Produktivkraft halbiert, der Arbeiterhaushalt hat aber nicht nur die Hälfte, sondern drei Viertel des früheren Lohnes zur Verfügung. Wenn sich unser Arbeiterhaushalt heute für 40 Euro genauso viele Lebensmittel kaufen kann wie früher für 80 Euro, er heute aber 60 Euro zur Verfügung hat, dann kann er den Umfang der Lebensmittel um 50 % steigern. Oder in heute gebräuchlichen Begriffen ausgedrückt: Die *Nominallöhne* (d.h. die in Geld ausgedrückten Löhne) sind um 25 % gefallen (von 80 auf 60 Euro), die *Reallöhne* (d.h. die Löhne ausgedrückt in Kaufkraft) sind um 50 % gestiegen (es können 50 % mehr Güter gekauft werden).

Die Steigerung der Produktivkraft hat bewirkt, dass eine *Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiterklasse* mit einer *Erhöhung des von den Kapitalisten angeeigneten Mehrwerts* einhergeht. Verringerung des Werts der Arbeitskraft bei gleichzeitiger Vergrößerung des von der einzelnen Arbeitskraft produzierten Mehrwerts bedeutet, dass sich die Mehrwertrate m/v

und damit auch die Ausbeutung der Arbeitskraft vergrößert hat. *Erhöhte Ausbeutung* (d.h. ein größerer Teil des Arbeitstages dient der Mehrarbeit) und *Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiterklasse* schließen sich also keineswegs aus.

Schließlich kann es in unserem Beispiel auch noch zu einer Verkürzung der Arbeitszeit kommen. Nehmen wir an, die tägliche Arbeitszeit werde von 8 Stunden auf 7,5 Stunden verringert. Wenn die Arbeitskraft nach wie vor 60 Euro (den in drei Stunden geschaffenen Wert) erhält, bleiben als Mehrarbeitszeit noch 4,5 Stunden (eine halbe Stunde mehr als vor der Produktivkraftsteigerung), der Mehrwert wäre 90 Euro (10 Euro mehr als vor der Produktivkraftsteigerung).

[Fußnote 33: Bei Arbeitszeitverkürzungen kommt es regelmäßig zu einer Intensivierung der Arbeit (in derselben Zeit wird ein größeres Wertprodukt produziert), was einer weiteren Erhöhung des Mehrwerts zugute käme. In unserer Beispielrechnung bleibt dies aber unberücksichtigt.]

Das zuletzt skizzierte Beispiel entspricht – nicht von den genauen quantitativen Relationen, aber von seiner Tendenz her – der Entwicklung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. Dass die Arbeiterklasse in diesen Ländern heute einen höheren Lebensstandard und kürzere Arbeitszeiten hat als vor 50 oder 100 Jahren, heißt keineswegs – wie immer wieder behauptet wird –, dass die Ausbeutung abgenommen habe oder gar verschwunden sei. Bereits im letzten Kapitel wurde betont, dass mit Ausbeutung nicht ein besonders schlechter und erbärmlicher Zustand gemeint ist, sondern der Sachverhalt, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen einen größeren Wert schaffen, als sie in Gestalt des Lohnes erhalten. Gemessen wird der Grad der Ausbeutung nicht mit dem Lebensstandard, sondern mit der Mehrwertrate. Und da ist es durchaus möglich, dass Erhöhung des Lebensstandards und Verkürzung der Arbeitszeiten mit einer Steigerung von Mehrwert und Mehrwertrate einhergehen.

Die gerade skizzierte, von der Produktion des relativen Mehrwerts ausgehende Dynamik (beschleunigte technische Entwicklung, steigender Lebensstandard der Arbeiterklasse bei gleichzeitig steigenden Gewinnen) hat allerdings eine bislang noch nicht angesprochene Voraussetzung: Die Mehrzahl der Lebensmittel, die in den Konsum der Arbeiterhaushalte eingehen, muss kapitalistisch produziert sein. Solange Arbeiterhaushalte einen großen Teil ihrer Lebensmittel selbst herstellen oder von Kleinbauern und kleinen Handwerkern beziehen, führt die Produktivkraftsteigerung in kapitalistischen Betrieben zwar zu einem kurzfristigen Extramehrwert, aber nur zu einer geringen Senkung des Werts der Arbeitskraft. Erst im Laufe des 20. Jahrhunderts kam es soweit, dass der Großteil der von einem Arbeiterhaushalt verbrauchten Güter tatsächlich kapitalistisch produziert wurde. Dabei spielte der so genannte Fordismus eine entscheidende Rolle: Henry Ford war es in seinen Automobilwerken seit 1914/15 gelungen, gestützt auf die tayloristische Zerlegung des Arbeitsprozesses, das Model T als standardisiertes Massenprodukt am Fließband zu produzieren und ganz erheblich zu verbilligen, so dass dieses Auto für breite Bevölkerungsschichten zu einem Konsumgut werden konnte. Gleichzeitig erhöhte Ford die Löhne weit über den damaligen Durchschnitt, um die Fluktuation der Arbeitskräfte zu vermindern. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich der Fordismus in den USA und Westeuropa auf breiter Ebene durch: Einerseits wurden durch

Taylorismus und Fließbandproduktion Massenkonsumgüter wie Autos, Kühlschränke, Waschmaschinen, Fernsehgeräte etc. immer weiter verbilligt, andererseits die Reallöhne erhöht. Da der Wert der Arbeitskraft trotz steigender Reallöhne sank, konnten die Gewinne dennoch wachsen. Standardisierte Massenproduktion, eine Ausweitung der Massenkonsumtion und steigende Gewinne gingen für knapp zwei Jahrzehnte Hand in Hand und waren eine wichtige, wenn auch nicht die einzige Grundlage des "Wirtschaftswunders" der Nachkriegszeit.

Der Zweck des Arbeitsprozesses, unabhängig von seiner ökonomischen Formbestimmung betrachtet, besteht in der Produktion eines bestimmten Gebrauchswerts. Vom Standpunkt des Arbeitsprozesses aus ist die Arbeit, die diesen Gebrauchswert schafft (oder daran beteiligt ist) produktive Arbeit. Der Zweck des kapitalistischen Produktionsprozesses besteht in der Produktion von Mehrwert. Vom Standpunkt des kapitalistischen Produktionsprozesses aus ist nur Arbeit, die Mehrwert produziert, *produktive Arbeit*. Wenn im Folgenden von produktiver Arbeit die Rede ist, dann ist, wenn nichts anderes gesagt wird, immer diese im kapitalistischen Sinne produktive Arbeit gemeint.

Ob es sich bei einer bestimmten Art der Arbeitsverausgabung um produktive Arbeit im kapitalistischen Sinne handelt oder nicht, hängt *nicht* vom konkreten Charakter dieser Arbeit, sondern von den ökonomischen Umständen ab, unter denen sie verausgabt wird. Backe ich eine Pizza, die ich selbst esse oder meinen Freunden vorsetze, dann habe ich zwar einen Gebrauchswert geschaffen, aber keine Ware (die Pizza wird nicht verkauft), daher habe ich auch keinen Wert oder Mehrwert produziert; meine Arbeit war im kapitalistischen Sinne unproduktiv. Verkaufe ich die Pizza dagegen bei einem Straßenfest, dann habe ich Ware und Wert produziert, aber keinen Mehrwert; meine Arbeit war also immer noch unproduktiv. Werde ich nun als Koch in einem kapitalistisch betriebenen Restaurant eingestellt und backe dort eine Pizza, die von zahlenden Gästen aufgegessen wird, dann habe ich nicht nur Wert, sondern auch Mehrwert produziert, insofern war meine Arbeit "produktiv".

Ob meine Arbeit produktiv ist, hängt nicht vom Charakter des produzierten Gebrauchswerts ab, sondern davon, ob ich Ware produziere, die zugleich Mehrwert enthält. Bereits in Kapitel 3.1 wurde darauf hingewiesen, dass nicht nur materielle Produkte, sondern auch Dienstleistungen, sofern sie verkauft werden, Waren sind. In einem kapitalistisch betriebenen Theater sind die Schauspieler daher genauso "produktive Arbeiter", wie die Stahlwerker, die in einem kapitalistischen Stahlwerk arbeiten. Für den Warencharakter einer Sache spielt es auch keine Rolle, ob sie "wirklich" nützlich und für die Reproduktion der Gesellschaft notwendig ist: Eine Luxusjacht, ein Werbefilm oder ein Panzer sind, wenn sie Käufer finden, Waren. Und wenn sie unter kapitalistischen Bedingungen produziert wurden, ist die bei ihrer Produktion verausgabte Arbeit "produktive Arbeit".

Um in kapitalistischem Sinne produktive Arbeit zu verrichten, muss ich Lohnarbeiter sein. Allerdings gilt nicht das umgekehrte. Nicht jeder Lohnarbeiter ist automatisch "produktiver Arbeiter". Bleiben wir bei dem Pizzabeispiel von oben: Bin ich Koch in einem kapitalistisch betriebenen Restaurant, so ist meine Arbeit produktiv. Nun nehmen wir an, der Restaurantbesitzer leistet sich einen privaten Koch und ich wechsele vom Restaurant in den Haushalt des Restaurantbesitzers. Dann bin ich nach wie vor Lohnarbeiter, allerdings produziere ich jetzt keine Waren mehr, sondern nur noch Gebrauchswerte: Die Pizza, die ich in

der häuslichen Küche des Restaurantbesitzers zubereite, wird nicht verkauft, sondern von ihm und seinen Freunden verzehrt. Ich habe weder Wert noch Mehrwert produziert und bin daher ein "unproduktiver" Lohnarbeiter.

Hier kann man den Sinn der Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit sehr gut deutlich machen: Werde ich als Koch in einem Restaurant beschäftigt, dann muss der Restaurantbesitzer für meinen Lohn und die von mir verarbeiteten Lebensmittel ebenso Geld aufwenden, als wenn ich als privater Koch arbeiten würde. Das Geld, das er für den Restaurantbetrieb aufwendet, wird aber nur *vorgeschossen*, es kommt, wenn das Restaurant gut läuft, um den Mehrwert vermehrt zu dem Restaurantbesitzer zurück. Das Geld, das er für mich als privaten Koch bezahlt, wird *verausgabt*, der Restaurantbesitzer erhält zwar einen Gebrauchswert zurück, aber kein Geld. Um Geld für einen privaten Koch verausgaben zu können, benötigt der Restaurantbesitzer den Mehrwert, den der Koch im Restaurant produziert. Die Menge der unproduktiven Arbeit, die sich der Restaurantbesitzer leisten kann, wird begrenzt durch die Menge an Mehrwert, welche die produktiven Arbeiter im Restaurant produzieren.

5.6 Akkumulation, industrielle Reservearmee, Verelendung

Wenn nach dem Ende des kapitalistischen Produktionsprozesses das Produkt erfolgreich verkauft wurde, erhält der Kapitalist nicht nur das ursprünglich vorgeschossene Kapital zurück, sondern zusätzlich noch einen Mehrwert. Dieser Mehrwert ist der Zweck der kapitalistischen Produktion. Er soll allerdings nicht dem Konsum des Kapitalisten dienen – dann wäre der Zweck der Produktion nur die Masse von Gebrauchswerten, die sich mit dem Mehrwert kaufen lässt – sondern der weiteren Kapitalverwertung: Die Kapitalbewegung ist *Selbstzweck* (vgl. oben Kapitel 4.2). Am Ende des Verwertungsprozesses $G-W-G'$ wird erneut Geld als Kapital vorgeschossen, und zwar nicht nur die ursprüngliche Wertsumme G , sondern eine um den Mehrwert (abzüglich der Konsumausgaben des Kapitalisten) *vergrößerte* Wertsumme, die unter sonst gleich bleibenden Umständen dann einen vergrößerten Mehrwert liefern sollte. Die Verwandlung des Mehrwerts in Kapital heißt *Akkumulation*.

Der einzelne Kapitalist wird durch die Konkurrenz zur Akkumulation gezwungen. Er muss sich an dem Wettlauf um eine beständige Steigerung der Produktivkraft beteiligen, damit er in der Preiskonkurrenz mithalten kann. Die Steigerung der Produktivkraft über den Einsatz neuer Maschinen ist im Allgemeinen teuer. Häufig genügt es nicht, dieselbe Wertsumme nur in andere Maschinen zu investieren; oft ist eine höhere Wertsumme notwendig, so dass dem einzelnen Kapitalisten die Akkumulation aufgezwungen wird.

Der Umfang der Akkumulation kann beim einzelnen Kapital ganz unterschiedlich ausfallen. Bei großen Investitionen, wenn ganze Produktionsanlagen erneuert werden müssen, reicht der zuvor produzierte Mehrwert eventuell nicht aus. In diesem Fall kann der Umfang der Akkumulation durch einen Kredit gesteigert werden. Andererseits kann es Fälle geben, in denen nicht der ganze Mehrwert zur Akkumulation benötigt wird, dann kann der restliche Mehrwert als zinstragendes Kapital bei Banken oder auf dem Finanzmarkt angelegt werden. In beiden Fällen wird der Zinssatz zu einer entscheidenden Größe. Die Untersuchung von zinstragendem Kapital, Kredit etc. setzt allerdings noch einige Zwischenschritte voraus und erfolgt bei Marx erst im dritten Band des "Kapital" (vgl. Kapitel 8). Seine Darstellung des

Akkumulationsprozesses im ersten Band (an ihr orientiert sich auch dieser Abschnitt) ist daher noch längst nicht vollständig – was wiederum auf die Notwendigkeit verweist, sich bei der Lektüre des "Kapital" nicht auf den ersten Band zu beschränken.

Zu Beginn dieses Kapitels wurde die Unterscheidung zwischen *konstantem Kapital c* (derjenige Teil des Kapitals, der für Maschinen, Rohstoffe etc. vorgeschossen wird) und *variablem Kapital v* (Vorschüsse für Löhne) eingeführt. Das Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital c/v bezeichnet Marx als *Wertzusammensetzung* des Kapitals. Das Verhältnis der Masse von Produktionsmitteln zur Masse an Arbeit nennt Marx *technische Zusammensetzung* des Kapitals. Insofern die Wertzusammensetzung des Kapitals durch die technische Zusammensetzung bestimmt wird, bezeichnet Marx sie als *organische Zusammensetzung* des Kapitals (vgl. MEW 23, S. 640). Die organische Zusammensetzung berücksichtigt also nur solche Veränderungen der Wertzusammensetzung, die sich aufgrund von veränderten technischen Bedingungen ergeben (etwa weil eine neue, teurere Maschine eingesetzt wird), nicht aber solche, die allein aus Veränderungen des Werts der eingesetzten Produktionsmittel folgen. Wird z.B. Kohle teurer, dann erhöht sich in einem Stahlwerk das konstante Kapital c und damit wächst auch c/v , ohne dass sich an den Produktionsbedingungen etwas geändert hätte. In diesem Fall wäre die Wertzusammensetzung gestiegen, nicht aber die organische Zusammensetzung. Wenn im Folgenden von der Kapitalzusammensetzung die Rede ist, dann ist stets die Wertzusammensetzung und nicht die organische Zusammensetzung gemeint.

[Fußnote 34: Mit der organischen Zusammensetzung bekommt man insbesondere dann Probleme, wenn man über die durchschnittliche Zusammensetzung des *Gesamtkapitals* einer Gesellschaft spricht, denn technische Veränderungen in einer Branche ändern den Wert ihres Produktes und führen damit zu Änderungen der Wertzusammensetzung in allen anderen Branchen, die dieses Produkt verwenden. D.h. Änderungen der organischen Zusammensetzung lassen sich von Änderungen der Wertzusammensetzung nicht mehr scharf abgrenzen (vgl. dazu Heinrich 1999, S. 315 ff.).]

Akkumuliert das Kapital unter gleich bleibenden Bedingungen, also insbesondere bei konstanter Wertzusammensetzung, konstantem Wert der Arbeitskraft und konstanter Länge des Arbeitstages, dann wächst die Nachfrage an Arbeitskräften genauso stark wie das Kapital. Wird z.B. so viel Mehrwert in Kapital verwandelt, dass die als Kapital vorgeschossene Wertsumme um 20 % steigt, dann werden auch 20 % mehr Arbeitskräfte benötigt. Die erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften verbessert zunächst die Bedingungen, unter denen die Arbeitskraft verkauft wird, so dass der aktuelle Preis der Arbeitskraft über ihren Wert steigen kann. Damit wird aber der Mehrwert vermindert, was die weitere Akkumulation verlangsamt, den Anstieg der Nachfrage nach Arbeitskräften und damit auch weitere Lohnsteigerungen bremst.

Erhöht sich der Lohn, dann hat dies auch Konsequenzen für den Einsatz von arbeitssparender Maschinerie. Wie in Kapitel 5.3 erläutert wurde, wird ein Kapitalist nur dann eine Maschine einsetzen, wenn die Verteuerung der Produktivkosten (aufgrund der Wertabgabe der Maschine an das Produkt) geringer ist als die Einsparung an variablem Kapital. Wie viel variables Kapital ein Kapitalist aber einspart, wenn er die Arbeitszeit um ein bestimmtes Quantum vermindert,

hängt von der Höhe des Lohns ab. Daher kommen bei hohen Löhnen Maschinen zum Einsatz, die dem Kapitalisten bei niedrigen Löhnen noch keinen Kostenvorteil gebracht hätten. Steigende Löhne führen daher zu einem beschleunigten Einsatz arbeitssparender Maschinen. Der typische Akkumulationsprozess erfolgt nicht unter gleich bleibenden Bedingungen, sondern bei steigender Wertzusammensetzung des Kapitals: Auch bei einem fortgesetzten Akkumulationsprozess kann somit die Nachfrage nach Arbeitskräften und damit auch der Lohn beschränkt werden. Wir sehen hier, was schon in Kapitel 4.4 erwähnt wurde, dass der kapitalistische Akkumulationsprozess selbst dafür sorgt, dass der Lohn im Durchschnitt auf den Wert der Arbeitskraft beschränkt bleibt und dass dieser Wert, obgleich historisch veränderlich, nie so hoch steigen kann, dass er die Verwertung des Kapitals ernsthaft beeinträchtigt.

Die Menge von Arbeitern und Arbeiterinnen, die bereit (bzw. gezwungen) sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, aber keinen Käufer finden, bezeichnet Marx als *industrielle Reservearmee*. Die Größe dieser industriellen Reservearmee hängt von zwei gegenläufigen Effekten ab. Einerseits findet Akkumulation von Kapital und damit eine Ausweitung der Produktion statt, was – bei unveränderter Wertzusammensetzung – mehr Arbeitskräfte erfordert (Beschäftigungseffekt der Akkumulation). Andererseits führt die Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, die sich in einer steigenden Wertzusammensetzung ausdrückt, dazu, dass bei unveränderter Produktionsmenge weniger Arbeitskräfte benötigt werden (Freisetzungseffekt der Produktivkraftsteigerung). Ob die Nachfrage an Arbeitskräften steigt oder fällt, hängt davon ab, welcher dieser beiden Effekte überwiegt.

Angenommen, die Produktivkraft der Arbeit verdoppelt sich, dann ist zur Herstellung einer bestimmten Produktmenge nur noch die Hälfte der Arbeitskräfte nötig. Wenn nun so viel Mehrwert in neues Kapital verwandelt wird, dass sich die Produktion ebenfalls verdoppelt kann, bleibt die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte gleich. Wird weniger Kapital akkumuliert, dann steigt zwar immer noch die produzierte Menge, allerdings wird die größere Menge von einer kleineren Anzahl von Arbeitskräften produziert.

Marx ging nun davon aus, dass das Kapital tendenziell eine immer größer werdende "industrielle Reservearmee" hervorbringt. Bei einer ungefähr gleich bleibenden Zahl von Arbeitskräften ist dies nur möglich, wenn der "Freisetzungseffekt" der Produktivkraftsteigerung den "Beschäftigungseffekt" der Akkumulation überwiegt. Betrachtet man ein einzelnes Kapital, so kann man im Allgemeinen nicht voraussagen, welcher Effekt stärker ist. Marx argumentierte allerdings, dass es für die einzelnen Kapitale zwei Möglichkeiten des Wachstums gibt. Zum einen aufgrund der Verwandlung von Mehrwert in Kapital, dieser Art des Wachstums bezeichnete er als *Konzentration des Kapitals*; zum anderen aufgrund des Zusammenschlusses verschiedener Einzelkapitale (sei es in einem "friedlichen" Fusionsprozess oder als "feindliche" Übernahme), was er *Zentralisation des Kapitals* nannte. [Fußnote 35: Die Marxsche Terminologie weicht hier von der heute gebräuchlichen ab: unter "Konzentration" wird heute genau der Vorgang bezeichnet, den Marx unter "Zentralisation" fasst, die Verminderung der Zahl der Einzelkapitale.] Bei der Zentralisation wächst das einzelne Kapital ganz erheblich, was sich dann meistens auch in einer beschleunigten technischen Umwälzung ausdrückt (das vergrößerte Kapital verfügt über mehr Investitionsmöglichkeiten, es kann Maschinen anschaffen, für welche die Mittel des kleineren Kapitals nicht ausgereicht hätten, etc.), ohne

dass aber das Gesamtkapital gewachsen wäre. Insofern kommt es aufgrund der Zentralisation immer wieder zu Produktivkraftsteigerungen mit bedeutenden Freisetzungseffekten, ohne dass ihnen Beschäftigungseffekte aufgrund einer Akkumulation gegenüberstehen. Diese Überlegung ist zwar sehr plausibel; ob es aber in der *gesamten* Ökonomie zu Beschäftigungs- oder Freisetzungseffekten kommt, hängt davon ab, wie häufig solche Zentralisationsprozesse sind und in welchem Verhältnis die von ihnen ausgehenden Freisetzungseffekte zu den Beschäftigungseffekten der übrigen Kapitale stehen.

Die von Marx angenommene *tendenziell wachsende* industrielle Reservearmee lässt sich zwar nicht streng begründen. Allerdings ist zumindest klar, dass die industrielle Reservearmee im Kapitalismus auf Dauer nicht verschwinden kann. Ein Kapitalismus mit Vollbeschäftigung ist immer eine Ausnahme: Vollbeschäftigung ermöglicht es den Arbeitern und Arbeiterinnen, höhere Löhne durchzusetzen, was dazu führt, dass sich der Akkumulationsprozess verlangsamt und/oder dass verstärkt arbeitssparende Maschinerie eingesetzt wird, so dass erneut eine industrielle Reservearmee entsteht.

Für die einzelnen Kapitalisten bietet die Existenz dieser Reservearmee einen doppelten Vorteil. Zum einen drücken die "unbeschäftigten" Arbeitskräfte auf den Lohn der "Beschäftigten", zum anderen stellen sie wirklich eine "Reserve" für sprunghafte Ausdehnungen der Akkumulation dar: Eine schnelle Ausweitung der Produktion, z.B. aufgrund von neuen Absatzmöglichkeiten im Ausland, ist bei Vollbeschäftigung nicht möglich. Von daher liegen Appelle an Unternehmer, doch auch etwas zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen, immer schon daneben. Falsch liegt auch die Kritik am Kapitalismus, die ihm zum Vorwurf macht, Arbeitslosigkeit zu produzieren [Fußnote 36: Einen solchen Vorwurf erhebt auch Robert Kurz, der in seinem "Schwarzbuch Kapitalismus" angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Massenelend zu dem Schluss kommt, "dass das globale kapitalistische System (...) vollkommen versagt hat" (Kurz 1999, S. 699). Versagen kann man aber nur bei der Erreichung von Zielen, die man tatsächlich hat.]: Der einzige Zweck des Kapitals ist Verwertung, aber keineswegs die Herstellung von Vollbeschäftigung oder gar ein gutes Leben für die Mehrheit der Bevölkerung.

Im Anschluss an die Untersuchung der industriellen Reservearmee finden sich im 23. Kapitel des ersten "Kapital"-Bandes verschiedene Äußerungen, die als "Verelendungstheorie" interpretiert wurden. Vor allem in den 1920er Jahren wurde diese Verelendungstheorie auch als Revolutionstheorie verstanden: Im Kapitalismus verelendeten die Massen, so dass sie zwangsläufig einsehen würden, dass ihnen nichts anderes als die revolutionäre Abschaffung des Kapitalismus übrig bleibe. Allerdings zeigte nicht nur der deutsche Faschismus, dass sich die am meisten "verelendeten" Teile der Bevölkerung keineswegs automatisch nach links entwickeln; sie können sich ebenso gut rechten, nationalistischen und faschistischen Bewegungen zuwenden.

Zu Zeiten des "Wirtschaftswunders" in den 60er und frühen 70er Jahren, wurde von den Anhängern des Kapitalismus gerne darauf verwiesen, dass die "Marxsche Verelendungstheorie" durch Vollbeschäftigung und den ständig steigenden Lebensstandard der Arbeiter und Arbeiterinnen offensichtlich widerlegt sei, was dann auch zu einem grundsätzlichen Argument gegen die Marxsche Ökonomiekritik ausgedehnt wurde: Die falsche

Voraussage der Entwicklung des Kapitalismus mache deutlich, dass die Marxsche Analyse völlig verkehrt sei.

Marxisten wollten dieses Urteil nicht akzeptieren und machten eine (bei Marx noch nicht vorhandene) Unterscheidung zwischen "absoluter Verelendung" – der Lebensstandard der Arbeiterklasse sinkt absolut – und "relativer Verelendung": Der Lebensstandard mag zwar steigen, aber der Anteil der Arbeiterklasse am Reichtum der Gesellschaft nimmt relativ zu den Kapitalisten ab.

Dem Inhalt nach hatte Marx eine absolute Verelendungstheorie 1848 im "Kommunistischen Manifest" vertreten (vgl. MEW 4, S. 473). Im ersten Band des "Kapital", der neunzehn Jahre später erschien, ist davon allerdings nicht mehr die Rede. Dort machte er deutlich, dass gerade die Produktion des relativen Mehrwerts (die, wenn man will, als "relative Verelendung" aufgefasst werden kann), eine Steigerung des Lebensstandards der Arbeiterklasse bei gleichzeitiger Vergrößerung des Mehrwerts zulässt (vgl. oben Kapitel 5.5).

Allerdings ging es Marx an der viel diskutierten Stelle im 23. Kapitel des ersten Bandes gar nicht in erster Linie um eine bestimmte Einkommensverteilung. Dort schreibt Marx mit Verweis auf seine vorangegangene Analyse der Produktion des relativen Mehrwerts:

"innerhalb des kapitalistischen Systems vollziehen sich alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit auf Kosten des individuellen Arbeiters; alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen um in Beherrschungs- und Exploitationsmittel des Produzenten, verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vernichten mit der Qual seiner Arbeit ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses im selben Maße, worin letzterem die Wissenschaft als selbstständige Potenz einverleibt wird; sie verunstalten die Bedingungen, innerhalb deren er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit, schleudern sein Weib und Kind unter das Juggernaut-Rad des Kapitals [bezieht sich auf einen indischen Kult, bei dem sich die Gläubigen an hohen Feiertagen unter den Wagen mit dem Bildnis des Gottes warfen, M.H.]. Aber alle Methoden zur Produktion des Mehrwerts sind zugleich Methoden der Akkumulation, und jede Ausdehnung der Akkumulation wird umgekehrt Mittel zur Entwicklung jener Methoden. Es folgt daher, dass im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muss." (MEW 23, S. 674 f.)

Dass es Marx nicht in erster Linie um die Entwicklung der Einkommen oder des Lebensstandards geht, macht der letzte Satz des Zitats deutlich, die "Verschlechterung" der Lage der Arbeitenden bezieht sich auf die Gesamtheit ihrer Lebens- und Arbeitsumstände, was auch die folgende Äußerung deutlich macht:

"Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol." (MEW 23, S. 675)

Die Marxsche Kritik am Kapitalismus reduziert sich gerade *nicht* auf die Verteilung der Einkommen oder der Vermögen. Diese Verteilung kann innerhalb des Kapitalismus bis zu einem gewissen Grad verändert werden und es liegt durchaus im Interesse des Kapitals, das die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht in völliger Armut versinken, denn darunter leidet auch die Qualität ihrer Arbeitskraft. Auch Arbeitslose, die Mitglieder der "industrielle Reservearmee", sollen nicht einfach nur dahinvegetieren, denn dann ist ihre Arbeitskraft, die das Kapital bei einem erneuten Akkumulationsschub benötigt, nicht mehr einsetzbar (vgl. dazu unten Kapitel 11 f.).

Was Marx kritisiert, ist nicht eine bestimmte Verteilung von Gütern oder Einkommen, sondern es sind die in einem umfassenden Sinn "elenden" Arbeits- und Lebensbedingungen, die er mit Begriffen wie "Arbeitsqual", "Unwissenheit", "Brutalisierung" etc. charakterisiert. Dass diese Lebensbedingungen keineswegs Kinderkrankheiten des Kapitalismus sind, dass sie vielmehr, bei allem Wechsel in ihrer konkreten Gestalt, "elend" bleiben, das versucht Marx bei seiner Analyse des kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsprozesses nachzuweisen. Da dieser Prozess als einzigen Zweck die Verwertung und eine ständig verbesserte Verwertung kennt und da ihm Mensch und Natur lediglich Mittel für die Verwertung sind, besitzt dieser Prozess gegenüber Mensch und Natur eine immanente Destruktivität, die diese elenden Lebensbedingungen in immer neuen Formen und auch bei steigendem Lebensstandard immer wieder erneut produziert.

Marx macht aus diesem Ergebnis seiner Analyse keinen moralischen Vorwurf an die einzelnen Kapitalisten, sondern zieht die einfache Folgerung: Ist man tatsächlich daran interessiert, diese elenden Lebensbedingungen zu ändern, dann bleibt nichts anderes als die *Abschaffung des Kapitalismus*. Die Marxsche *Kritik* besteht nicht in einer moralischen Vorhaltung, sondern im Nachweis, wie Kapitalismus tatsächlich funktioniert.

Im Konkreten wird die Entwicklung der Löhne und der Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen in sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfen der Lohnabhängigen mit den Kapitalisten und allgemein den »Arbeitgebern« entschieden. Es ist eine Frage des Klassenkampfes.

»Die Frage löst sich auf in die Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden.« (Karl Marx: Lohn, Preis und Profit, MEW 16, S. 148)

Gründe für schlechte Lohnentwicklung und für immer mehr Niedriglohn

- anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit
- mehr Leiharbeit, mehr Minijobs, mehr Befristung, mehr prekär Selbständige (Ich-AGs usw.)
- Hartz IV: kürzere Gewährung von Arbeitslosengeld I, verstärkter Druck, Wegfall von Zumutbarkeitsschutz und Aufstockerei von Jobs unter Armutsgrenze
- abnehmende Tarifbindung und gewerkschaftliche Schwäche in vielen Branchen, Öffnungsklauseln
- Privatisierung, Deregulierung, Flexibilisierung
- Finanzielle Austrocknung des Sozialstaats
- kein gesetzlicher Mindestlohn

3.5 Kapitalistische Klassenverhältnisse und Gesellschaft

Aber wie kommen wiederum diese Kräfteverhältnisse zustande und wovon hängen sie ab? In welchem Verhältnis stehen ökonomische Bedingungen einerseits, soziale und politische Kämpfe andererseits zueinander? Sind nicht alle Verteilungsfragen letztlich Machtfragen? Aber wer hat wie viel Macht und wovon hängt das ab?

Wir haben uns bisher mit einigen Grundlagen der kapitalistischen Ökonomie beschäftigt. Jetzt müssen wir den Kapitalismus als Gesellschaft insgesamt betrachten, wobei Marx diesen Begriff kaum verwendet, er spricht von den bürgerlichen »Gesellschaften, in denen kapitalistische Produktionsweise herrscht«. (Karl Marx: Das Kapital I, MEW 23, S. 49)

Bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft

Gesellschaftliche Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise sind einerseits kapitalistische Eigentumsverhältnisse, also die Konzentration des Eigentums an den meisten Produktionsmitteln bei einem kleinem Teil der Gesellschaft, andererseits die schon angesprochene »doppelte Freiheit« der Lohnabhängigen. Diese sind einerseits persönlich rechtlich unabhängig, an-

Abbildung 9: Reiche Selbständige, arme Arbeitslose

2012 hatten	Im Schnitt Nettovermögen	Kein Vermögen oder Schulden	Bevölke- rungsanteil
Selbständige			
ohne Mitarbeiter	172.000 €	19,1%	3,6%
mit 1 bis 9 Mitarbeitern	329.000 €	6,5%	1,8%
mit 10 oder mehr Mitarbeitern	952.000 €	3,0%	0,3%
Beamte im			
einfachen oder mittleren Dienst	80.000 €	11,0%	1,2%
gehobenen oder höheren Dienst	114.000 €	9,7%	2,4%
Arbeiter / Angestellte			
mit einfacher Tätigkeit	45.000 €	27,6%	10,6%
mit qualifizierter Tätigkeit	83.000 €	15,3%	23,6%
mit umfassenden Führungs- aufgaben	209.000 €	13,8%	0,7%
Arbeitslose	18.000 €	65,5%	5,0%
Rentner oder Pensionäre	112.000 €	21,9%	27,2%

Unternehmer mit mehr als zehn Beschäftigten verfügen als Kapitalisten zumeist über Millionenvermögen, während die Lohnabhängigen in der Regel nur bescheidene oder keine Vermögen haben.

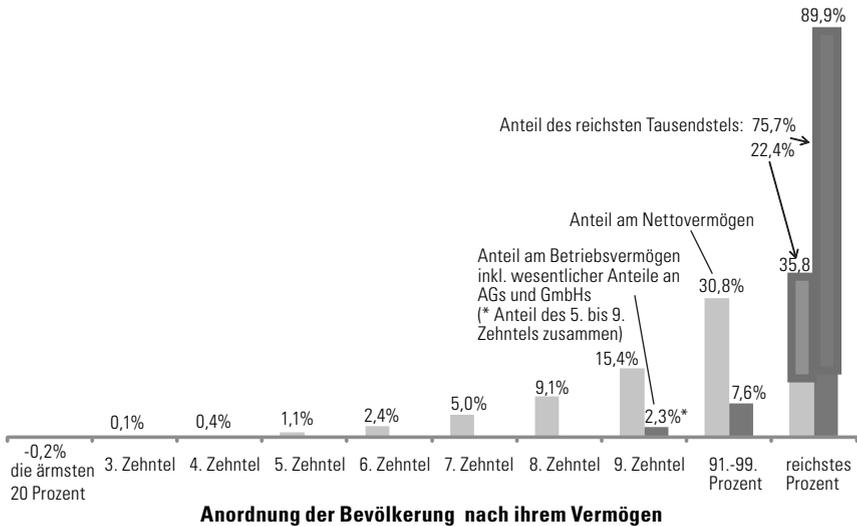
Personen ab 17 Jahren; Quelle: Grabka, Westermeier 2014 | Hans-Böckler-Stiftung 2014

dererseits frei von eigenen Produktionsmitteln und daher ökonomisch und sozial abhängig und gezwungen, als einzige Möglichkeit zum Erwerb ihres Lebensunterhalts ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

Die Lohnarbeitenden produzieren unter dem Kommando der Produktionsmitteleigentümer oder ihrer Funktionäre Mehrwert, der von den Eigentümern des Kapitals angeeignet und zur ständigen Vergrößerung ihres Kapitals eingesetzt wird. Die Lohnabhängigen dagegen brauchen ihr Einkommen zum Lebensunterhalt und haben wenig Möglichkeiten, größere Vermögen zu bilden (siehe Abbildung 9). Dadurch wird die Ungleichheit der Verteilung der Einkommen, Vermögen, Lebenschancen und Macht beständig reproduziert und tendenziell verschärft.

Dies zeigt sich an der Vermögensverteilung in kapitalistischen Ländern, die noch weitaus ungleicher ist als die Einkommensverteilung. So kommt für Deutschland eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die auch die in den offiziellen Statistiken massiv untererfassten Vermögen der Reichen und Superreichen mit Schätzungen einzubeziehen versucht, zu folgenden Ergebnissen (siehe Abbildung 10): Das reichste Prozent der erwachsenen Bevölkerung, das sind in etwa die Vermögensmilliönäre (ganz überwiegend Männer), besitzt weit über ein Drittel des gesam-

Abbildung 10: Das reichste Prozent besitzt 90% des Betriebsvermögens
Verteilung des Nettovermögens und des Betriebsvermögens der Bevölkerung in Deutschland



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2011, eigene Berechnung

Das Betriebsvermögen ist in Deutschland hauptsächlich auf die das reichste Prozent und insbesondere auf das reichste Tausendstel der Bevölkerung konzentriert. Das sind im Kern die Kapitalisten hierzulande.

ten Nettovermögens und 90% des Betriebsvermögens. Das reichste Promille, sozusagen die oberen Zigttausend, besitzt fast ein Viertel des Nettovermögens und drei Viertel des Betriebsvermögens.⁶

Als Kapitalismus sind Gesellschaften zu bezeichnen, die wesentlich auf kapitalistischer Produktionsweise und Eigentumsverhältnissen beruhen und diese beständig reproduzieren. Das trifft auf fast alle modernen Gesellschaften zu.

Die Herrschaft des Kapitals bezieht sich nicht nur auf die innerbetrieblichen Beziehungen. Mit dem Eigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln ist ihr Verfügungsrecht über diese Produktionsmittel verbunden. Sie entscheiden, ob Betriebe aufgebaut und vergrößert oder auch ob sie geschlossen werden oder Personal abgebaut wird. Sie verfügen über die Verwendung des Profits und über die Investitionen. Damit bestimmen die Kapitalisten zu-

⁶ Eine Reihe von Links zu Materialien zur Vermögensverteilung in Deutschland findet sich beim Bündnis Umfairteilen: <http://umfairteilen.de/start/info/>

gleich über die Masse der Arbeitsplätze und damit Erwerbsmöglichkeiten der Lohnabhängigen und ihrer Familien. Die Gesamtwirtschaft und ihre Entwicklung werden von den kapitalistischen Unternehmen dominiert, regional haben oft sogar einzelne Großkonzerne eine bestimmende Rolle. Mit dieser ökonomischen Macht ist entsprechende politische Macht verbunden, und diese wird auch eingesetzt. Staatshandeln und die Politik werden entscheidend von den Interessen des Kapitals bestimmt. Mehr dazu später.

Das Kapital ist nicht nur ökonomisch, sondern auch gesellschaftlich die herrschende Macht. Andererseits wäre es falsch, die gesamte Gesellschaft als durch und durch kapitalistisch beherrscht und kontrolliert zu betrachten.

Gesellschaften entwickeln sich historisch. Frühere soziale und ökonomische Strukturen und Kulturen bestehen oder wirken in unterschiedlicher Weise fort. Wir haben das bei den Geschlechterverhältnissen gesehen, es betrifft etwa auch religiöse Traditionen und Organisationen. Insgesamt sind Gesellschaften nicht einseitig nur durch ihre ökonomischen Strukturen determiniert, wie in Kapitel 1.2 bereits diskutiert.

Aber auch ökonomisch tritt in realen Gesellschaften immer eine Kombination verschiedener Produktionsweisen auf. Es gibt weiterhin Produktion für den Eigenbedarf im privaten Haushalt. Auch nichtkapitalistische Warenproduktion durch kleine selbständige Unternehmen ohne oder mit nur wenigen Beschäftigten gibt es weiter in der Landwirtschaft und im Handwerk oder sie entstehen neu in modernen Dienstleistungsbereichen. Die Einkommen der Selbständigen beruhen dort überwiegend auf ihrer eigenen Arbeit und können daher nicht als kapitalistisch betrachtet werden. Von den Solo-Selbständigen verdient die Mehrheit weniger als durchschnittliche abhängig Beschäftigte. Zudem gibt es öffentliche Dienste, Genossenschaften und gemeinwirtschaftliche Betriebe sowie ehrenamtliche Arbeit insbesondere in Vereinen und Verbänden. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und ihre Dynamik wird aber eindeutig von der kapitalistischen Produktionsweise bestimmt.

Klassenverhältnisse und Lohnarbeit

Vor allem aber ist die kapitalistische Gesellschaft zutiefst von Klassenspaltungen und unterschiedlichen, in Kernfragen gegensätzlichen Interessen verschiedener sozialer Klassen und Gruppen geprägt. Auch innerhalb der einzelnen Klassen – des Kapitals wie der Lohnabhängigen- oder ArbeiterInnenklasse – gibt es Konkurrenz und Interessensdifferenzen, die zur Herausbildung diverser Fraktionen führen. Dabei spielen unterschiedliche Wirtschaftsbe-
reiche, Betriebsformen, aber auch politische und religiöse und von der nationalen oder regionalen Herkunft bestimmte Traditionen und Kulturen eine erhebliche Rolle. All dies hat Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaften

und bestimmt ihre konkrete Gestalt und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse mit.

Die ArbeiterInnenklasse wird zwar von Marx einerseits als »Zubehör des Kapitals« (Karl Marx: Das Kapital I, MEW 23, S. 598) bezeichnet, andererseits beschreibt er ausführlich die Auseinandersetzungen zwischen Kapitalisten und Arbeitern etwa um die Beschränkung des Arbeitstags. Die Durchsetzung der gesetzlichen Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf zehn Stunden in England bezeichnet er gar als Sieg der »politischen Ökonomie der Arbeiterklasse«, nämlich der »Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht«, gegenüber »der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr, welche die politische Ökonomie der Mittelklasse bildet« (Karl Marx, Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, MEW 16, S. 118).

Kapitalistenklasse einerseits, LohnarbeiterInnenklasse andererseits – das ist die hauptsächliche sozial-ökonomische Klassenspaltung der kapitalistischen Gesellschaft. Dazwischen gibt es selbständige und lohnabhängige Mittelschichten, darunter eine Unterklasse von dauerhaft Ausgegrenzten. Aber auch die Hauptklassen sind ausdifferenziert und fraktioniert.

Die kapitalistische Klasse reicht von Unternehmern mit einigen Beschäftigten bis zu Superreichen, denen große Konzerne oder große Anteile daran gehören. Dazwischen bestehen erhebliche Unterschiede in sozialer Lage und Macht. Auch Vorstandsmitglieder und führende Manager großer Unternehmen, deren sehr hohe Einkommen nur formell als Lohn, vom sozialen Inhalt her aber als ihnen übertragene Anteile am Mehrwert zu betrachten sind, gehören zur kapitalistischen Klasse.

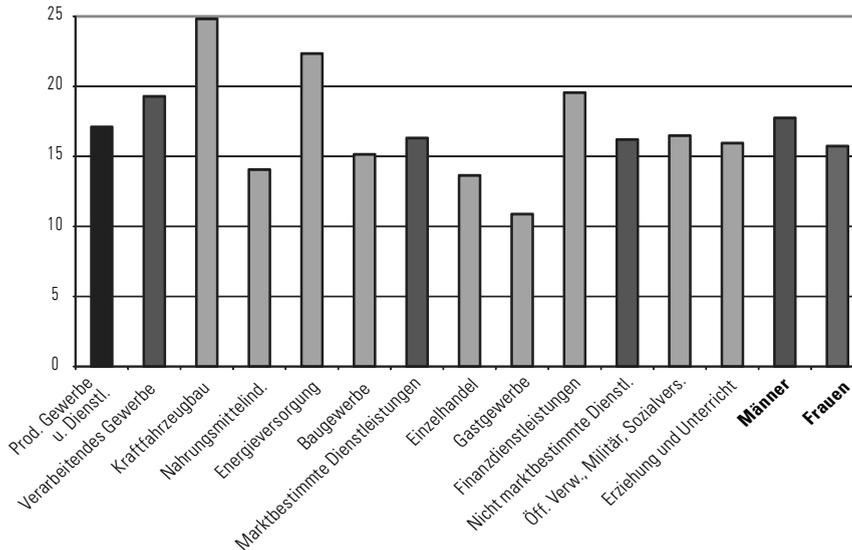
Aber auch die ArbeiterInnenklasse ist in vielfältiger Hinsicht ausdifferenziert und von Spaltungslinien durchzogen: Handarbeit oder Kopfarbeit, Arbeit in Landwirtschaft, Industrie oder einem der Dienstleistungsbereiche, im privaten oder im öffentlichen Sektor, ArbeiterInnen oder Angestellte oder Beamte oder Scheinselbständige oder Erwerbslose, Geschlecht, Herkunft und Migrationshintergrund, regionale, politische und religiöse Traditionen und Bindungen, Betriebsgröße, Branche, Kern- oder Randbelegschaft, im Normalarbeitsverhältnis oder Teilzeit oder befristet beschäftigt, Qualifikation, Einkommen und Arbeitsbedingungen, gewerkschaftlicher Organisationsgrad, Tarifbindung, Mitbestimmungsstrukturen – in all diesen Aspekten unterscheiden sich die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen und die Einstellungen der Lohnabhängigen teils erheblich.⁷

Selbst zwischen Beschäftigten auf ähnlichem Qualifikationsniveau bestehen zwischen den Branchen große Verdienstunterschiede. Fachkräfte bekommen von unter 12 Euro je Stunde im Gastgewerbe bis zu 25 Euro im Kraft-

⁷ Daten und Grafiken zur Entwicklung der Verteilungsverhältnisse in Deutschland finden sich im WSI-Verteilungsmonitor: www.boeckler.de/wsi_47204.htm

Abbildung 11: Bruttostundenlöhne von Fachkräften

Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen, Vollzeitbeschäftigte ohne Sonderzahlungen, 4.Q. 2013, Angaben in Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitnehmerverdienste, eigene Berechnung

fahrzeugbau. Frauen bekommen im Durchschnitt 13% weniger als Männer, in typischen oder ehemaligen Frauenbranchen wird deutlich schlechter bezahlt (siehe Abbildung 11). Für alle bleibt aber, dass sie auf Beschäftigung in Lohnarbeit angewiesen sind, um ein im Rahmen der Gesellschaft, in der sie leben, halbwegs normales oder auch komfortables Leben führen zu können.

Lohnarbeit ist immer fremdbestimmte Arbeit, sie findet unter dem Kommando bzw. auf Anordnung und zum Nutzen der »Arbeitgeber« statt, selbst wenn die Beschäftigten große Freiräume in der Gestaltung ihrer Arbeit haben sollten. Lohnarbeit für das Kapital ist immer ausgebeutete Arbeit, nicht nur wenn die Bedingungen besonders schlecht oder die Löhne besonders niedrig sind. Sie ist in diesem Sinne immer »entfremdete« Arbeit. Allerdings verwendete Marx in seinen späteren ökonomischen Schriften den schillernden und vielfältig (un)bestimmten Begriff der »Entfremdung« fast überhaupt nicht mehr.

Organisierte gesellschaftliche Arbeit ist auch unter nichtkapitalistischen Bedingungen notwendig. Die Bedürfnisse der Gesellschaft müssen befriedigt werden, das ergibt sich nicht von alleine, indem jede/r das arbeitet, wozu er/sie am meisten Lust oder innere Motivation hat. Zum anderen wäre es auch falsch, Lohnarbeit und allgemeiner Erwerbsarbeit einseitig als Belastung, Plage und Zwang zu betrachten und die positive, Befriedigung, soziale Aner-

kennung und Selbstbestätigung, Identität und sozialen Zusammenhang stiftende Seite auszublenden, die sie selbst unter kapitalistischen Bedingungen hat.

Lohnarbeit hat einen Doppelcharakter dergestalt, dass sie einerseits fremdbestimmt und »entfremdet« ist, andererseits Verwirklichung, Anerkennung, Einkommen und gesellschaftliche Teilhabe bringt. Eine möglichst »gute« Erwerbsarbeit ist daher das zentrale sozialökonomische Interesse der Lohnabhängigen.

Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Klassenkampf

Was sind nun gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und wovon hängen sie ab?

Das Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital ist an verschiedene objektive und subjektive Bedingungen gebunden. Die Klassen und Gruppen mobilisieren und setzen ihre ökonomischen, sozialen, politischen, kulturellen und ideologischen Ressourcen und Machtpotenziale ein, um ihre Interessen und Ziele durchzusetzen.

Die Entwicklung der Kräfteverhältnisse spielt sich auf der Grundlage von historisch entwickelten Ausgangsbedingungen und Strukturen ab, die durch die laufenden Kämpfe verändert werden und dann die Bedingungen künftiger Kämpfe bilden. Dieses komplexe Feld von Bedingungen und Kräften markiert die Möglichkeiten und Spielräume der unterschiedlichen sozialen und politischen Gruppen. Diese Bedingungen und Kräfteverhältnisse müssen analysiert, eingeschätzt und auf dieser Grundlage Ziele und Vorgehensweisen bestimmt werden, um möglichst wirksam kämpfen zu können. Die beste Forderung und Argumentation ist dabei nicht unbedingt die am weitesten gehende oder radikalste, sondern diejenige, die die meisten Menschen anspricht, überzeugt und mobilisiert.

Bei zugespitzten gewerkschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen, etwa Streiks oder dem Sturz einer Regierung, sollte man eine realistische Einschätzung und Vorstellung entwickeln, was dabei herauskommen könnte und auch wie man selbst nötigenfalls zumindest einigermaßen heil wieder herauskommen kann.

Von zentraler Bedeutung ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften. Ein Überangebot an Arbeitskräften, also hohe Erwerbslosigkeit oder starkes Wachstum der Arbeit suchenden Bevölkerung, wirkt durch die damit verbundene verschärfte Konkurrenz und Angst um den Arbeitsplatz disziplinierend auf die abhängig Beschäftigten und schwächt ihre Position in den Auseinandersetzungen mit dem Kapital.

»Im großen und ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohns ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der in-

dustriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus entsprechen.« (Karl Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 666)

Von großer Bedeutung ist auch, wie groß der Zwang für die Lohnabhängigen ist, sich schlechten Jobs zu unterwerfen, also ob sie andere Erwerbsmöglichkeiten haben oder hinreichende Arbeitslosenunterstützung erhalten. Der Arbeitsmarkt kann nicht als ein Markt wie jeder andere betrachtet werden, er führt nur bei kollektiver tarifvertraglicher und gesetzlicher Regulierung zu für die Mehrzahl der Lohnabhängigen erträglichen Ergebnissen. Politische Regulierungen der Arbeitsverhältnisse und des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung haben großen Einfluss auch auf die Kräfteverhältnisse und die Struktur der lohnabhängigen Klasse. Die subjektiven Bedingungen der Kräfteverhältnisse werden vor allem von der Organisiertheit, den Erfahrungen und dem Bewusstsein der Lohnabhängigen bestimmt.

Aus der gemeinsamen Klassenlage der LohnarbeiterInnen ergeben sich gemeinsame Klasseninteressen in der Auseinandersetzung mit dem Kapital oder allgemeiner den »Arbeitgebern«, die sie vor allem im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisation artikulieren.

Mit ihrer Organisation in Gewerkschaften beschränken die Lohnabhängigen ihre Konkurrenz untereinander und versetzen sich in die Lage, gemeinsam erfolgreiche Arbeitskämpfe für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen. Die Gewerkschaften haben darüber hinaus grundlegende Bedeutung für die ArbeiterInnenbewegung und für die Klassenformierung, also die Entwicklung und Verbindung der Lohnabhängigen zu einer auch politisch wirksamen Klasse. Interessen, Bewusstsein und Orientierungen der Lohnabhängigen sind von Widersprüchen gekennzeichnet. Alle Fetischisierungen und Mystifikationen der kapitalistischen Verhältnisse wirken auch auf die Lohnabhängigen. Klassenbewusstsein und Gemeinsamkeit der Klasse sind nicht naturwüchsig gegeben, sondern müssen immer wieder neu durch Kommunikation, Organisation und gemeinsames Handeln in Konflikten hergestellt und bestätigt werden.

Von zentraler Bedeutung ist dabei die Auseinandersetzung um die Artikulation von gemeinsamen Interessen der Beschäftigten mit dem Kapital. Das ist keine rein ideologische Frage, sondern neben dem Konflikt mit den »Arbeitgebern« haben die Beschäftigten real auch ein Interesse an einer positiven Entwicklung des Betriebs oder Unternehmens, in dem sie arbeiten, als Bedingung für sichere Arbeitsplätze und steigende Löhne. Das ist die Basis für einen Betriebskorporatismus, der die überbetriebliche Konkurrenz der Beschäftigten untereinander verfestigt und zu einer Unterordnung unter Kapitalinteressen führt. Das gleiche Problem des Korporatismus gibt es auf der Ebene der Branchen und gesamtwirtschaftlich, wenn der nationale Standort gegen die internationale Konkurrenz gestärkt werden soll. Es ist eine ständige Auseinandersetzung auch in den Gewerkschaften, demgegenüber die

Abbildung 12: Kapitalistische Produktions- und Klassenverhältnisse

Klassen sind »große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion,

nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln [Eigentum und Verfügung]

nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit

und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen.«
(W.I. Lenin, LW 29, S. 410)

Stellung in den Produktionsverhältnissen**LohnarbeiterInnen**

- persönlich frei
- kein Eigentum (frei von) an Produktionsmitteln (deshalb: »doppelt frei«)
- kein Eigentum an den Produkten
- abhängig beschäftigt, arbeiten unter Regie bzw. Direktionsrechts der Kap.
- LohnempfängerInnen
- niedrige und mittlere Einkommen
- kein oder nur kleines Vermögen

Kapitalisten

- persönlich frei
- Eigentum an Produktionsmitteln
- Eigentum an den Produkten
- selbst., Kommando- bzw. Direktionsrecht in Produktion
- Mehrwert/Profiteaneignung
- hohe und sehr hohe Einkommen
- (sehr) großes Vermögen

Interessen bezügl. Produktionsprozess bzw. Arbeitsverhältnissen

- hoher Lohn
- wenig arbeiten (kurz, wenig intensiv)
- sozial geregelte Arbeitszeiten
- gesunde Arbeitsbedingungen
- soziale Sicherheit bei Krise, Unfall, Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit
- umfassende Qualifikation und Bildung
- Mit- und Selbstbestimmung
- soziale Kontakte, Kommunikation
- soziale Infrastruktur (Kinderbetreuung, Freizeiteinrichtungen, Sportstätten, Kantine)

- niedriger Lohn
- viel arbeiten
- flexible Arbeitszeiten
- kostengünstige Prod.bed.
- produktive Beschäftigte bei geringen Sozialkosten
- produktionsnotw. Qualifizierung

allgemeinen Interessen der gesamten Klasse in den Vordergrund zu stellen und zu vertreten.

Die Auseinandersetzungen gehen über den Kampf in einzelnen Betrieben und Branchen hinaus. Die Lohnabhängigen bringen mittels der Gewerkschaften und politischer Organisationen und Mobilisierung gemeinsame Interessen auch gegenüber dem Staat zur Geltung. Die dazu erforderliche politische Formierung ist die schwierigste Aufgabe. Denn weit mehr noch als die gewerkschaftliche wird die gesellschaftspolitische Artikulation und Vertretung gemeinsamer Interessen von vielfältigen Unterschieden der beruflichen

und sozialen Lage, Qualifikation, kulturellen, religiösen und politischen Traditionen, Erfahrungen und Praxen, ethnischen Differenzen und Migrationshintergründen usw. behindert und gestört. Die meisten Untersuchungen über die sozialen Milieus und Schichtungen beziehen sich faktisch auf Differenzierungen innerhalb der lohnabhängigen Klasse im weiteren Sinne.⁸

Zudem werden die bürgerliche Öffentlichkeit und Medienlandschaft sowie der gesamte politische Raum und damit die Handlungsbedingungen der Parteien sehr stark von kapitalistischen Interessen, Kräften und dem entsprechenden ideologischen Positionen geprägt (siehe Abbildung 12). Mehr dazu in den Kapiteln 5.3 und 5.4 über den Staat und über den Neoliberalismus.

Die Auseinandersetzung der Lohnabhängigen mit dem Kapital ist letztlich ein politischer und gesamtgesellschaftlicher und auch ideologischer Klassenkampf, in dem alltäglich um Positionen und die Veränderung von Kräfteverhältnissen gerungen wird, auch wenn die Beteiligten sich das nicht bewusst machen.

⁸ Einen Einstieg bietet: https://de.wikipedia.org/wiki/Soziale_Klasse, eine Zusammenstellung von Marx-Zitaten zur Klassenanalyse: www.marx-forum.de/marx-lexikon/lexikon_k/klassenanalyse.html

lich Sachkapital, vorliegen. Es gibt außerdem erhebliche Probleme mit der Bewertung dieses Anlagevermögens, die in der VGR auf besondere Weise erfolgt und in mehreren Varianten ausgewiesen wird, was zu erheblich unterschiedlichen Ergebnissen führt. Üblicherweise wird das Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen verwendet.

Die Profitrate der Unternehmen beträgt in Deutschland je nach Berechnungsweise und ökonomischer Situation meist zwischen zehn und fünfzehn Prozent. Die Eigenkapitalrendite liegt oft auch über zwanzig Prozent.

4.4 Der tendenzielle Fall der Profitrate

Wir haben gesehen, dass die kapitalistische Produktionsweise zu einer fortschreitenden Steigerung der Arbeitsproduktivität führt. Gleichzeitig versucht das Kapital, die Ausbeutung der Arbeitskräfte zu erhöhen und sich einen immer größeren Teil des neu geschaffenen Werts als Mehrwert bzw. Profit anzueignen. Danach wäre zu erwarten, dass auch die Profitrate tendenziell immer weiter steigt. Tatsächlich ist die Profitrate seit Beginn der kapitalistischen Entwicklung aber erheblich gesunken. Marx hat sogar ein »Gesetz des tendenziellen Falls der Durchschnittsprofitrate« formuliert. Wie passt das zusammen und wie kam Marx zu dieser Aussage?

Steigende organische Zusammensetzung des Kapitals und Profitatenfall

Die Steigerung der Produktivität durch fortschrittlichere Produktionsmethoden erfordert wachsende Aufwendungen insbesondere für einen immer weiter entwickelten Anlagenbestand. Der Umfang und der Wert der Produktionsmittel im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten steigt. Dies nennt Marx wachsende technische Zusammensetzung des Kapitals, ihr entspricht in der Statistik eine wachsende Kapitalintensität (Anlagevermögen dividiert durch die Zahl der Beschäftigten). Marx analysiert, dass dadurch auch das Wertverhältnis des eingesetzten konstanten gegenüber dem variablen Kapital, C/V steigt. Er nennt »die Wertzusammensetzung des Kapitals, insofern sie durch seine technische Zusammensetzung bestimmt wird und deren Änderungen widerspiegelt: die organische Zusammensetzung des Kapitals.« (Karl Marx: Das Kapital I, MEW 23, S. 640)

Das Wachstum der organischen Zusammensetzung im Verlauf der kapitalistischen Akkumulation hat nun ungewollte Folgen. Wie bereits in Kapitel 3 dargestellt, führt der Einsatz der aufwendigeren Anlagen bei den Pionieren der neuen Technik zunächst zu Extraprofiten: Sie können die mit neuer Technik billiger hergestellten Waren zum Marktpreis verkaufen, der noch durch die höheren Produktionskosten mit alter Technik bestimmt wird. Die Kon-

kurrenz führt jedoch dazu, dass sich die neuen Produktionsmethoden allmählich in der gesamten Branche durchsetzen und die Waren dadurch relativ verbilligen.

Die Jagd nach Extraprofit ist zentraler Antrieb der fortwährenden Rationalisierung und Produktivkraftentwicklung, die die kapitalistische Produktionsweise auszeichnen. Doch wenn die Konkurrenz aufholt, verschwinden die Extraprofite, die Profitrate bewegt sich in Richtung Durchschnittsprofitrate.

Doch wie verändert sich diese? Dazu ein Zahlenbeispiel. Angenommen, zunächst wird gesellschaftlich in folgenden Proportionen produziert (zur Vereinfachung wird auch hier angenommen, dass die Umschlagsdauer sowohl des konstanten wie des variablen Kapitals ein Jahr beträgt):

$W = 100 c + 100 v + 100 m = 300$; Mehrwertrate $m' = 100 m / 100 v = 100\%$, Profitrate $p' = 100 m / (100 c + 100 v) = 50\%$.

Ein Kapitalist, der zunächst unter durchschnittlichen Bedingungen produzierte, rationalisiert seine Produktion. Er kann dann dieselbe Warenmenge mit weniger Arbeitskosten und daher trotz höherer Kosten für konstantes Kapital zu niedrigeren Gesamtkosten erzeugen. Da er die Waren weiter zum alten Preis verkaufen kann, erzielt er einen Extraprofit:

– vorher: $W = 10 c + 10 v + 10 m = 30$; $p' = 10 m / (10 c + 10 v) = 50\%$

– nachher: $W = 12 c + 6 v + 12 m = 30$; $p' = 12 m / (12 c + 6 v) = 66,7\%$.

Die gleiche Warenmenge wird nun mit um 20% erhöhtem Kapitaleinsatz und um 40% verminderter Beschäftigtenzahl produziert, die Arbeitsproduktivität ist um 67% gestiegen. Das bedeutet zunächst geringere Gesamtkosten und damit einen höheren Profit. Gesetzt, die neuen technischen Bedingungen mit ihrer stark erhöhten organischen Zusammensetzung des Kapitals verallgemeinern sich in der gesamten Wirtschaft und der ArbeiterInnenklasse gelingt es, ihren Anteil an der Neuwertschöpfung zu halten. Die Mehrwertrate m' bleibt dann bei 100% (wodurch auch die organische Zusammensetzung im Endeffekt weniger gestiegen ist als bei den Pionieren). Dann ergibt sich gesamtwirtschaftlich eine gesunkene Profitrate durch den erhöhten Aufwand an konstantem Kapital:

$W = 120 c + 90 v + 90 m = 300$; $p' = 90/210 = 42,9\%$.

Diese Zahlen würden bei gleicher Produktionsmenge und gleichem Preisniveau bedeuten, dass die Beschäftigung als Ergebnis der Rationalisierung um 40% gesunken und der Lohn der verbliebenen Beschäftigten um 50% gestiegen ist. Um die Beschäftigung zu halten, müsste die Produktion im Beispiel um 67% wachsen, dann wäre $W = 200 c + 150 v + 150 m = 500$.

Das mit dem technischen Fortschritt zunehmende ökonomische Gewicht des konstanten Kapitals, insbesondere des fixen Kapitals, also des Anlagenbestands, bewirkt eine langfristige Tendenz zum Fall der Profitrate.

Wenn es der ArbeiterInnenklasse gelingt, ihren Anteil am produzierten Neuwert zu halten, also die Mehrwertrate gleich bleibt, läuft eine steigende organische Zusammensetzung des Kapitals auf eine sinkende Profitrate hinaus. Die Steigerung des Profits einzelner Kapitale durch arbeitssparenden technischen Fortschritt führt somit letztlich auf gesellschaftlicher Ebene zu einem tendenziellen Sinken der durchschnittlichen Profitrate. Dieses »Gesetz des tendenziellen Falls der Durchschnittsprofitrate« hat große Bedeutung für den kapitalistischen Akkumulationsprozess, weil es direktes Resultat seiner eigenen Gesetzmäßigkeiten ist.

»Die progressive Tendenz der allgemeinen Profitrate zum Sinken ist also nur ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlicher Ausdruck für die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit.« (Karl Marx: Das Kapital III, MEW 25, S. 223)

Gegentendenzen zum Fall der Profitrate

Der Profitratenfall hat allerdings nur den Charakter einer Tendenz, dem durch eine Reihe von Faktoren entgegengewirkt wird. Die wichtigsten Gegenteilstendenzen sind:

- Die Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals bremst das Ansteigen der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Aufgrund der steigenden Produktivität der Arbeit drückt sich die gleiche Warenmenge in einem sinkenden Wert (das bedeutet wohlgerne nicht unbedingt sinkenden Preis) aus. Auch der Wert vieler Anlagen und Vorleistungen sinkt auf diese Weise. Die Wertzusammensetzung des Kapitals steigt dadurch wesentlich langsamer als der Umfang der eingesetzten Produktionsmittel je Beschäftigten.

Bei besonders kapitalsparenden Innovationen kann die Zusammensetzung des Kapitals sogar eine Zeitlang sinken. Dies ist die wichtigste und immanente Gegenteilstendenz. Ein statistischer Indikator ist die Entwicklung der »Kapitalproduktivität«en, das ist das Bruttoinlandsprodukt oder die Bruttowertschöpfung eines Sektors geteilt durch den Wert des Bruttoanlagevermögens.

- Die Erhöhung des Ausbeutungsgrads der Arbeit, also der Mehrwertrate, wirkt direkt positiv auf die Profitrate. Statistischer Indikator ist die Senkung der Lohnquote. Die Steigerung der Produktivität im Zuge der kapitalistischen Akkumulation erleichtert dies. Einerseits kann die Mehrwertrate dann steigen, auch wenn die Reallöhne der Beschäftigten konstant bleiben oder sogar steigen – nur eben langsamer als die Produktivität. Zum zweiten führt die Steigerung der Produktivität zu einer Freisetzung von Arbeitskräften und möglicherweise vermehrter Erwerbslosigkeit, und dies übt Druck auf die Löhne aus. Andererseits hat die Steigerung der Mehrwertrate auch Grenzen. Ein starker Anstieg führt zu verstärkten sozialen Konflikten und auch zu ökonomischen Krisenerscheinungen, weil mit den

Löhnen zugleich eine zentrale Quelle der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beschränkt wird.

- Der auswärtige Handel und Direktinvestitionen in Produktionsanlagen oder Beteiligungen im Ausland können in mehrfacher Weise zur Erhöhung der Profitraten der Unternehmen beitragen. Sie ermöglichen die billigere Beschaffung von Vorleistungsgütern und heutzutage mit den weltweiten elektronischen Informations- und Kommunikationstechniken auch Dienstleistungen und sie ermöglichen ggf. die Erzielung überdurchschnittlicher Profite im Exportgeschäft. Auch gesamtwirtschaftlich erhöhen Exportüberschüsse die Profitquoten am Volkseinkommen und die durchschnittlichen Profitraten der Industrie.

Hinzu kommen überproportionale Profite, die transnationale Konzerne mit ihren Tochterunternehmen und anderen Direktinvestitionen in anderen Ländern, insbesondere in stark wachsenden aufstrebenden Ländern wie etwa China, erzielen und die dem Mutterkonzern zufließen. Beides, Exportüberschüsse und Gewinntransfer, hat besonders für die deutsche Industrie traditionell und verstärkt seit der Europäischen Währungsunion eine wesentliche Bedeutung. Allerdings werden in den Ländern mit den spiegelbildlichen Außenhandelsdefiziten und da, wo die Profite von ausländischen Konzernen herausgezogen werden, die Einkommen und Profite entsprechend gesenkt.

- Durch Aktiengesellschaften, die den Aktionären nur eine unter der allgemeinen Profitrate liegende Dividende zahlen, wird die Wirkung einer sinkenden Profitrate für die Unternehmen gemildert. Die gleiche Wirkung, allerdings mit höherem Risiko, hat die Kreditfinanzierung von Investitionen.
- Außerdem werden heutzutage Infrastrukturen und industrielle Unternehmen, die mit einem besonders hohen Kapitalvorschuss verbunden sind, oft vom Staat oder mit Hilfe von staatlichen Subventionen finanziert, sodass diese Aufwendungen nicht auf die allgemeine Profitrate drücken. Für die einzelnen Kapitale ist zudem die Profitrate nach Steuern entscheidend, sodass die Unternehmen ständig versuchen, unter Ausnutzung aller möglichen Tricks ihre Steuerzahlungen zu minimieren. Die kapitalistische Klasse macht ständig politischen Druck, die Unternehmens- und Kapitalbesteuerung zu verringern.

Entgegenwirkende Entwicklungen können dazu führen, dass der tendenzielle Fall der Profitrate über längere Zeiträume aufgehalten oder sogar umgekehrt wird. Die reale Entwicklung der Profitrate ist daher unbestimmt und nur empirisch zu ermitteln.

Reale Profitratenentwicklung und Schranken der kapitalistischen Produktion

Es ist auch unter MarxistInnen durchaus umstritten, welche Relevanz und Gültigkeit das »Gesetz« des tendenziellen Falls der Profitrate hat. Manche sehen es als Ursache für immer mehr sich vertiefende Krisen, andere halten es für überbewertet oder falsch. Klar ist, dass es sich um eine längerfristig seine Wirkung entfaltende Tendenz handelt. Der Konjunkturzyklus und die kurzfristigen Veränderungen der Profitrate sind durch periodische Schwankungen der Investitionen, der Kapazitätsauslastung, der Preise und der Löhne bestimmt (siehe Kapitel 4.5).

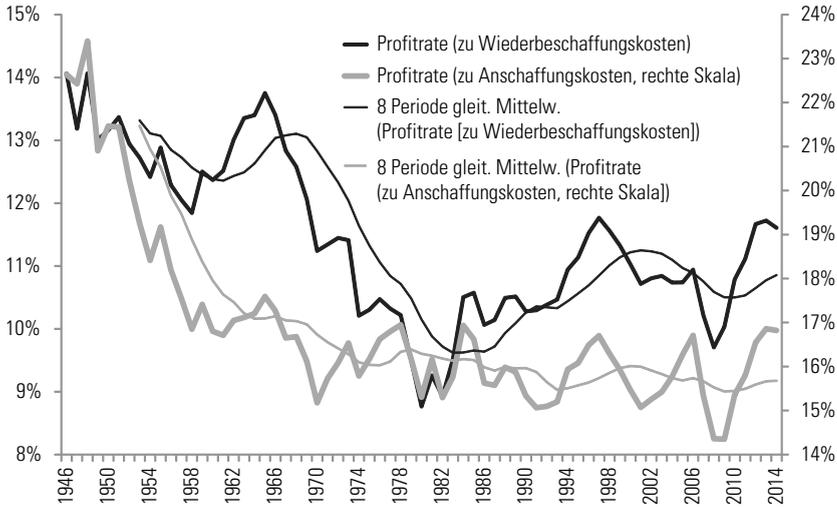
Ob und in welchem Umfang die Tendenz zum Profitratenfall sich in einem konkreten historischen Zeitraum durchsetzt, hängt von der realen technischen und wertmäßigen Entwicklung und den Kräfteverhältnissen zwischen Lohnarbeit und Kapital ab und kann nur empirisch beantwortet werden.⁴

Unter »normalen« Akkumulationsbedingungen, also ohne große Entwertungen fixen Kapitals durch Krisen oder technische Umwälzungen und ohne große Verschiebungen der Kräfteverhältnisse, wird die Profitrate eine Tendenz zum Sinken aufweisen. Dies kann vom Kapital durchaus längere Zeit »ausgehalten« werden, weil die sinkende Rate verbunden sein kann mit wachsender Masse des Profits und beschleunigter Akkumulation des Kapitals (siehe Abbildung 18).

In der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland (siehe Abbildung 19) und der meisten anderen kapitalistischen Länder ist das bis Mitte der 1970er Jahre so gewesen. Die weltweite Krise Mitte der 1970er Jahre hat einen Bruch in der Entwicklung eingeleitet, der eng verbunden ist mit der Durchsetzung des Neoliberalismus und einer fortschreitenden Schwächung der Gewerkschaften vor dem Hintergrund steigender und anhaltender Massenerwerbslosigkeit. Zugleich entwickelten sich kapitalsparende neue Techniken und beschleunigten neue Organisationsformen der Produktion den Umschlag des Kapitals.

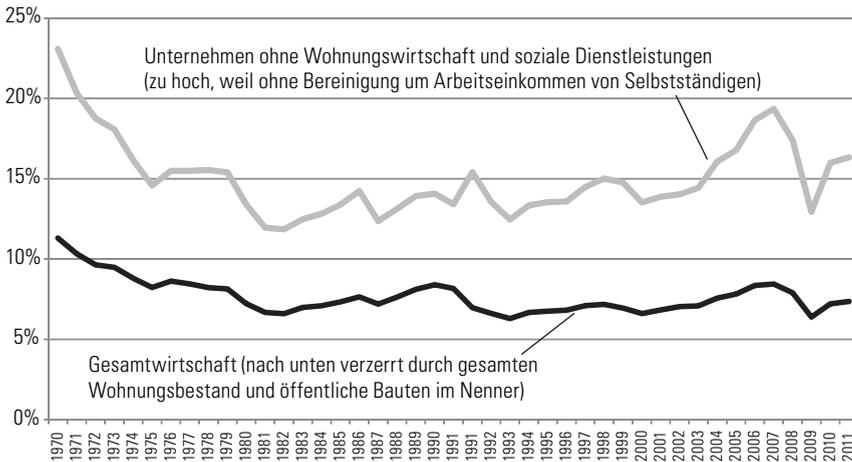
⁴ Dazu gibt es eine breite englischsprachige internationale theoretische und empirische Diskussion. Man kann sie gut nachvollziehen, wenn man in der Literaturlistenbank zur Politischen Ökonomie www.pol-oek.de/start.fau?prj=PolOekLit mit dem Deskriptor down »Profitrate/Durchschnittsprofitrate/Tendenzieller Fall der Profitrate« sucht. Aktuelle Diskussionsbeiträge finden sich in Michael Roberts Blog und den dort verlinkten Blogs: <http://thenextrecession.wordpress.com/> Den aktuellsten historischen Gesamtüberblick liefert Esteban Ezequiel Maito: The historical transience of capital: the downward trend in the rate of profit since XIX century, wobei die Angaben für historische Profitraten schwache Datengrundlagen haben und für das 19. Jahrhundert wohl deutlich überschätzt sind: http://mpra.ub.uni-muenchen.de/55894/1/MPRA_paper_55894.pdf

Abbildung 18: Profitraten in den USA 1946-2014



Quelle: US Bureau of Economic Analysis, Berechnungen: Michael Roberts, 2015. <https://thenextrecession.wordpress.com>

Abbildung 19: Profitraten (hier: Sachkapitalrenditen) in Deutschland
 Nettobetriebsüberschuss dividiert durch Nettoanlagevermögen
 zu Wiederbeschaffungspreisen



In der Bundesrepublik Deutschland sank die Profitrate bis zur Krise Mitte der 1970er Jahre deutlich und stabilisierte sich dann. Seit den 1980er Jahren ist eine Stabilisierung und ein leichter Anstieg zu erkennen.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2013, bis 1990 Westdeutschland, eigene Berechnungen Ralf Krämer

Seit den 1980er Jahren ist der Fall der Profitrate durch Verlangsamung des Anstiegs der organischen Zusammensetzung und Steigerung der Ausbeutungsrate bzw. Senkung der Lohnquote aufgehalten worden.

Spätestens seit Mitte der 1990er und vor allem in den 2000er Jahren ist die Profitrate bis 2007, vor Beginn der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, wieder gestiegen, weil durch neue Informations- und Kommunikationstechniken die Kapitalzusammensetzung gesenkt und zugleich die Mehrwertrate weiter erhöht wurde. Allerdings führte das keineswegs zu einer Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums. Durch die Umverteilung zu Lasten der Löhne und Sozialeinkommen und den so verschärften Nachfragemangel wurde das Wachstum geschwächt.

Die Schranken der kapitalistischen Entwicklung liegen darin, dass der gesellschaftliche Reichtum nur dann und insoweit entwickelt wird, wie damit privater Profit zu erzielen ist.

Marx analysiert ausführlich die »Entfaltung der inneren Widersprüche des Gesetzes«. Er kommt zu folgendem Schluss:

»Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind. (...) Das Mittel – unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Kapitals.« (Karl Marx: Das Kapital III, MEW 25, S. 260)

Die Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation führen allerdings nicht etwa zum Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern zu Krisenprozessen, in denen die Bedingungen und Widersprüche der kapitalistischen Produktion auf neuem Niveau reproduziert werden.⁵

4.5 Überproduktion und Krisen

Dass die kapitalistische Produktionsweise immer wieder von Krisen erschüttert wird, ist offensichtlich. Eine sehr heftige Krise von weltweitem Ausmaß haben wir zuletzt 2008/2009 ausgehend vom Platzen der US-Immobilienblase erlebt. Weite Teile Europas stecken immer noch tief in der darauf fol-

⁵ Einen Überblick über linke Theorien und die reale Entwicklung gibt Jürgen Leibinger: Die Akkumulation des Kapitals: Vor dem finalen Crash? www.rosalux.de/file-admin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Die_Akkumulation.pdf

gende Krise des Euro-Raums. Die Frage lautet: Was sind die Ursachen dieser Krisen? Die Antworten darauf sind umstritten.

Neoliberale und das Saysche Theorem

Neoliberale und andere Freunde des Kapitalismus gehen davon aus, dass die Konkurrenz automatisch zu einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf allen Märkten führt: auf den Warenmärkten, den »Arbeitsmärkten«, den Geld- und Kapitalmärkten, den Devisenmärkten. Es könne vorübergehende Schwankungen geben, aber eigentlich keine allgemeinen Krisen.

Gesamtwirtschaftliche Krisen können aus neoliberaler Sicht nur dadurch entstehen, dass Marktprozesse gestört werden. Vor allem zwei potenzielle Störer und Krisenverursacher gibt es in dieser Sicht: den Staat und die Gewerkschaften.

Sie behindern den Wettbewerb und die Freiheit der Marktsubjekte, indem sie alles Mögliche regulieren und damit den vermeintlich optimalen Einsatz der Ressourcen, marktgerechte Verteilung und Löhne und die allgemeine Harmonie und Stabilität der Marktordnung verhindern.

Die Neoliberalen und VertreterInnen »angebotsorientierter Wirtschaftspolitik« berufen sich mit ihren Auffassungen auf die »neoklassische Ökonomie«, die sich heute in verschiedenen Ausprägungen zeigt. Schon Marx kritisierte ihre frühen Formen als »Vulgärökonomie«, die ohne Interesse an tiefergehender gesellschaftskritischer Analyse der Rechtfertigung der kapitalistischen Ordnung diene. »Angebotsorientiert« bedeutet, dass das Augenmerk auf die Angebotsbedingungen, marxistisch gesprochen auf die Produktionsbedingungen des Profits, gerichtet wird. Sie sollen verbessert und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gesteigert werden. Konkret heißt das Senkung der Lohn- und anderer Kosten und Abbau von Regulierungen, um die Profite zu steigern. Nachfragemangel als allgemeine Krisenursache wird geleugnet. Eine zentrale Rolle spielt dabei das »Saysche Theorem« (nach dem französischen Ökonomen Jean Baptiste Say Anfang des 19. Jahrhunderts). Dieser Lehrsatz behauptet, dass jedes volkswirtschaftliche Angebot seine eigene Nachfrage selbst schafft, da mit der Herstellung von Gütern gleichzeitig das Geld verdient wird, um diese Güter zu kaufen. Dies wurde schon von Marx kritisiert als »kindisches Geschwätz eines Say« (Theorien über den Mehrwert II, MEW 26.2, S. 503). Später hat John Maynard Keynes sich ausführlich der Kritik dieser Auffassung gewidmet.

»Ein Maß dafür, wie schwierig es für Keynes war, sich selbst vom Say'schen Gesetz zu lösen, ist, dass bis zum heutigen Tage einige Leute bestreiten, was Keynes erkannte – dass das ›Gesetz‹ im besten Fall eine nutzlose Tautologie ist, wenn die Einzelnen die Wahl haben, lieber Geld anzuhäufen statt reale Güter und Dienstleistungen zu erwerben.« (Paul Krugman: Einleitung zu J.M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes)

Immanente Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise

In kapitalistischen Krisen finden produzierte Waren keine KäuferInnen oder nur zu Preisen, die nicht mehr die erwarteten Profite oder gar Verluste realisieren. Die Produktion wird daher vermindert, Produktionskapazitäten liegen ungenutzt brach oder werden sogar vernichtet und dauerhaft außer Funktion gesetzt. Es handelt sich um allgemeine, gesamtwirtschaftliche Krisen, sie betreffen nicht nur bestimmte eingegrenzte Wirtschaftsbereiche. Dies führt dann zu den typisch kapitalistischen Krisenerscheinungen von massenhaften Pleiten, Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit usw.

In anderen Produktionsweisen auftretende Krisen drücken sich zumeist im Mangel an bestimmten notwendigen Produkten aus. Kapitalistische Krisen sind dagegen gesamtwirtschaftliche Überproduktionskrisen.

»Das Wort Überproduktion führt an sich in die Irre. Solange die dringenden Bedürfnisse eines großen Teils der Gesellschaft nicht befriedigt sind oder nur seine unmittelbarsten Bedürfnisse, kann natürlich von einer Überproduktion von Produkten – in dem Sinn, dass die Masse der Produkte überflüssig wäre im Verhältnis zu den Bedürfnissen für sie – absolut nicht die Rede sein. Es muss umgekehrt gesagt werden, dass auf Grundlage der kapitalistischen Produktion in diesem Sinn beständig unterproduziert wird. Die Schranke der Produktion ist der Profit der Kapitalisten...« (Karl Marx: Theorien über den Mehrwert II, MEW 26.2, S. 528)

Die allgemeine Möglichkeit kapitalistischer Überproduktionskrisen resultiert aus dem Auseinanderfallen von Verkauf und Kauf in einer Geldwirtschaft. Wer Geld hat, ist keineswegs gezwungen, es sofort zum Kauf von Waren zu verwenden.

Wer Geld hat, kann es auch horten mit dem Ergebnis, dass die kaufbereite Nachfrage geringer ist als das Angebot. Wenn er es auf die Bank bringt, ist keineswegs gewährleistet, dass sich Kreditnehmer finden, die es nachfragewirksam verwenden.

Kredit macht es einerseits möglich, die Nachfrage über den gegebenen Umfang der Einkommen hinaus zu steigern und so Wachstumsprozesse in Gang zu setzen. Andererseits kann er Krisenprozesse enorm verschärfen. Ein Abbau der Kreditvergabe und der Verschuldung vermindert die effektive Nachfrage und bremst Wachstum aus.

Wenn viele Kredite krisenbedingt nicht mehr bedient werden, geraten auch die Kreditgeber in die Klemme und können wieder andere mit sich reißen. Es entsteht allgemeine Unsicherheit und die Bereitschaft, Kredite zu vergeben und aufzunehmen, sinkt rapide. Das kann den Nachfragemangel und die Krise enorm verschärfen. Das gilt erst recht, wenn auch Finanzspekulation auf Kredit betrieben und damit das Risiko von allgemeinen Finanz- und Banken Krisen massiv erhöht wird.

Im Kapitalismus sind Krisen nicht nur möglich, sondern treten notwendig und regelmäßig immer wieder auf. Die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Akkumulation selbst erzeugen immer wieder einen Widerspruch zwischen Produktion und Nachfrage.

Der Widerspruch besteht zwischen den Bedingungen möglichst kostengünstiger Produktion des Profits einerseits und den Bedingungen der Realisierung dieses Profits durch Verkauf der produzierten Waren andererseits. Die Produktionsmöglichkeiten wachsen schneller als die Nachfrage, weil die Methoden zur Steigerung der Produktion von Mehrwert durch Senkung der Lohnkosten zugleich das zu Konsumzwecken verwendbare Einkommen der Bevölkerung beschränken. Die konkreten Anlässe und Ausgangspunkte des Ausbruchs von Krisen können dabei sehr unterschiedlich sein.

Konjunktur und Krisenzyklus

Prägend für den Konjunkturzyklus sind die Investitionen der Unternehmen insbesondere in neue Maschinen und andere Ausrüstungen (cf), die im typischen kapitalistischen Konjunktur- und Krisenzyklus die stärksten Schwankungen aufweisen.

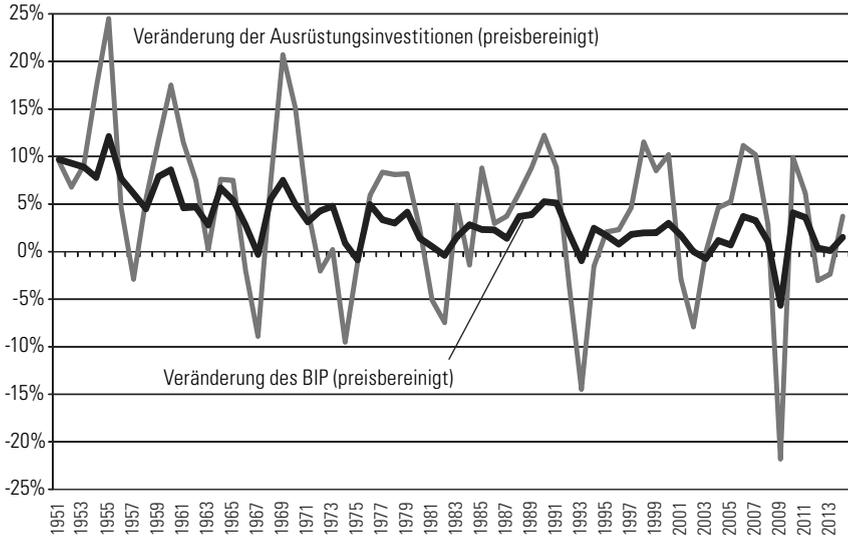
Der Kern der kapitalistischen Krisenhaftigkeit liegt im privatwirtschaftlichen Sektor, insbesondere in der industriellen Warenproduktion. Die Schwankungen der Konjunktur verlaufen dabei im Kern zyklisch, also in verschiedenen sich periodisch wiederholenden Phasen.

Im Aufschwung steigen mit der Produktion auch die Beschäftigung und die Nachfrage. Trotz steigender Löhne bleibt die Entwicklung der Massenkauferkraft hinter dem Aufbau neuer Produktionskapazitäten zurück. Dies kann zunächst dadurch mehr als kompensiert werden, dass die Kapitalisten ihre Akkumulation beschleunigen und verstärkt in neue Anlagen investieren und so die Nachfrage nach Investitionsgütern entsprechend steigern. Dies wird »selbsttragender Aufschwung« genannt, die Akkumulation schafft selbst ihre Nachfrage. Letztlich aber erfordert die rasche Akkumulation doch eine in gewisser Proportionalität sich entwickelnde Nachfrage nach Konsumgütern. Nach einiger Zeit werden die angeschafften neuen Anlagen kapazitätswirksam und der Bedarf an weiteren Investitionen lässt nach. Dann treffen ein gewachsenes Produktionspotenzial und eine gestiegene Produktion auf eine relativ dahinter zurückgebliebene Gesamtnachfrage. In der Folge treten Absatzschwierigkeiten auf, wachsen die Lagerbestände (unfreiwillige »Vorratsinvestitionen«), geraten die Preise unter Druck und beginnen die Profite zu sinken.

Die Krise beginnt und wie im Aufschwung setzen auch hier selbstverstärkende Effekte ein. Die Kapitalisten reagieren mit Produktionseinschränkungen und geringerer Nachfrage nach Produktionsmitteln. Die Investitionen wer-

Abbildung 20: Konjunkturzyklen in Deutschland

Reales Wirtschaftswachstum und Ausrüstungsinvestitionen



Die Konjunkturentwicklung ist von der weit überproportionalen zyklischen Schwankung der Investitionen der Unternehmen in neue Ausrüstungen geprägt.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Januar 2015, bis 1991 BRD

den erheblich reduziert, was die einsetzende Krise wiederum verschärft. Arbeitskräfte werden in die Erwerbslosigkeit entlassen, Betriebe werden dichtgemacht. Dadurch sinkende Massenkaukraft verstärkt die Krise. Die Phase des konjunkturellen Abschwungs, einen Rückgang der Wirtschaftsleistung über mindestens zwei Quartale, nennt man auch Rezession, eine lang anhaltende Krisen- und Stagnationsphase Depression (siehe Abbildung 20). Wichtig ist dabei, dass nicht etwa zu stark gestiegene Löhne und deshalb gesunkene Gewinne der Grund der Investitionsschwäche und der Krise sind («profit squeeze»). Sondern zyklische Überakkumulation bzw. relativ zurückbleibende Nachfrage führen in die Krise, die dann Gewinne und Investitionen einbrechen lässt. Es ist zu viel Kapital produziert und angelegt worden, als sich unter den gegebenen Bedingungen hinreichend profitabel verwerten kann.

Die Überproduktion von Waren ist Folge der Überproduktion von Kapital, also der Überakkumulation von Kapital. Der Profit ist jetzt gleichzeitig zu niedrig, um eine weiter beschleunigte Akkumulation anzureizen, und zu hoch, um eine kontinuierliche Realisierung der Warenwerte durch entsprechende Massenkaukraft zu ermöglichen.

»Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, also ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.« (Karl Marx: Das Kapital III, MEW 25, S. 501)

Der dadurch bestimmte Zyklus hatte zu Marx' Zeiten eine Dauer von gut zehn Jahren, heute beträgt er meist acht bis zehn Jahre. Die letzten Krisen waren in Deutschland 1966/67, 1974/75 als weltweite Krise nach der so genannten Ersten Ölkrise, 1981/82, 1992/93 verspätet wegen des Vereinigungsbooms, 2001/02 nach dem Platzen der New Economy-Blase, 2008/09 nach dem Platzen der US-Immobilienblase und davon ausgehender weltweiter Finanzkrise. Dabei verläuft der Investitionszyklus nicht gleichförmig und häufig lässt sich noch eine kleinere Zwischenkrise ausmachen, die auf Schwankungen der Vorratsbildung oder anderen Einflüssen beruht.

Reinigungsfunktion der Krisen und strukturelle Überakkumulation

Der Kapitalismus zerbricht nicht an seinen Wirtschaftskrisen. Durch die mit der Krise verbundenen Prozesse von Kapitalentwertung und Umverteilung werden die aufgebauten Missverhältnisse zwischen Produktion bzw. Produktionskapazitäten und Markt bzw. Nachfrage und zwischen den verschiedenen Zweigen der Produktion in gewissem Maße und für eine begrenzte Zeit bereinigt.

Die Krisen haben eine »Reinigungsfunktion« in der kapitalistischen Produktionsweise, indem sie Überakkumulation durch Vernichtung und Entwertung von Kapital bereinigen.

Die Konsumnachfrage der Bevölkerung sinkt nur in beschränktem Maße und stabilisiert letztlich die Wirtschaft. Das gilt insbesondere, wenn soziale Sicherungssysteme, vor allem die Arbeitslosenversicherung und Mindestsicherungsleistungen, als »automatische Stabilisatoren« wirken und die Einkommen und kauffähige Nachfrage der Lohnabhängigen stützen. Lagerbestände und überschüssige Kapazitäten werden im Verlauf der Krise abgebaut, bisherige Anbieter scheiden aus dem Markt aus. Ersatz- und technologisch bedingte Investitionen stabilisieren auch die Investitionsnachfrage. Allmählich setzt eine Belebung ein und ein neuer Zyklus beginnt mit einer erneuten verstärkten Neuanlage von Kapital.

»Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen.

Der Widerspruch ganz allgemein ausgedrückt, besteht darin, dass die kapitalistische Produktionsweise eine Tendenz einschließt nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte, abgesehen vom Wert und dem in ihm eingeschlos-

senen Mehrwert, auch abgesehen von den gesellschaftlichen Verhältnissen, innerhalb deren die kapitalistische Produktion stattfindet; während sie andererseits die Erhaltung des existierenden Kapitalwerts und seine Verwertung im höchsten Maß (d.h. stets beschleunigten Anwachs dieses Werts) zum Ziel hat.« (Karl Marx: Das Kapital III, MEW 25, S. 259)

Dabei unterscheidet sich jeder kapitalistische Krisenzyklus historisch und in den verschiedenen Ländern von den anderen und muss konkret analysiert werden. Hier ist nur ein idealtypisches Grundmuster beschrieben. Zu beachten sind auch die immer wichtiger werdenden Wirkungen der außenwirtschaftlichen Beziehungen, insbesondere der Ausgleich binnenwirtschaftlichen Nachfragemangels durch gesteigerten Export.

Im Verlauf der Krisenzyklen verändert sich fortwährend die Struktur der kapitalistischen Wirtschaft, insbesondere schreitet die Konzentration und Zentralisation des Kapitals in Krisenphasen beschleunigt voran. Heute nehmen mehr denn je die staatliche Wirtschaftspolitik und die Zentralbanken entscheidenden Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung. Sie können allerdings die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufheben, sondern es verändert sich nur die Form ihrer Durchsetzung.

Von Konjunkturkrisen zu unterscheiden sind Strukturkrisen, die bestimmte Branchen betreffen und meist von Veränderungen der Produktivkräfte oder der internationalen Arbeitsteilung hervorgerufen sind. Zu unterscheiden sind auch die »normalen« konjunkturellen Krisen von »großen« Krisen, die tiefer gehen und mit größeren strukturellen, gesellschaftlichen und weltwirtschaftlichen Veränderungen verbunden sind. Solche »großen Krisen« waren die Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er/Anfang der 1930er Jahre, die Krise 1973 bis 1975, die die neoliberale, von Globalisierung und Finanzkapital geprägte Phase des Kapitalismus einleitete, und die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009. Durch solche großen Krisen und ökonomischen Strukturveränderungen wird auch der Verlauf der Konjunkturzyklen modifiziert.

Seit der Krise der 1970er Jahre ist in großen Teilen der kapitalistischen Welt eine längerfristige, über einzelne Zyklen hinaus gehende »strukturelle Überakkumulation« eingetreten.

Strukturelle Überakkumulation bedeutet, dass die Überakkumulation nicht nur periodisch auftritt, sondern chronisch über die Konjunkturzyklen hinweg anhält. Eine hinreichende Entwertung überakkumulierten Kapitals in den Krisen findet nicht statt. Das überschüssige Kapital wird auf den liberalisierten und internationalisierten Finanzmärkten angelegt und führt zu immer neuen spekulativen Blasen und internationalen Finanzkrisen. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit und Umverteilung zu Lasten der Löhne schwächten die Entwicklung der Nachfrage und des wirtschaftlichen Wachstums.

5.2 Fiktives Kapital, modernes Geld, Finanzspekulation

Wir haben Akkumulation von Kapital bisher vor allem als Ausweitung von Produktionsanlagen und Produktion betrachtet. Doch Ausgangspunkt und Endpunkt der kapitalistischen Produktion ist immer Geld. Akkumulation von Kapital kann vom einzelnen Kapitalisten oder Unternehmen her betrachtet auch bloße Anhäufung von Geld als Kapital bedeuten, als zinstragendes Kapital oder in Finanzfonds angelegtes Kapital. Diese Anlage von Geldkapital oder Finanzkapital, insbesondere in Wertpapieren verschiedener Art, gewinnt im modernen Finanzmarkt-Kapitalismus zunehmende Bedeutung.

Fiktives Kapital, sein Wert und seine Formen

Der eine Typ von Geldkapital sind Anteilsrechte an Unternehmen oder Immobilien. Sie bilden Eigenkapital (Englisch: equity) und repräsentieren einen Anteil am Wert der Unternehmen. Das sind vor allem Aktien oder andere Anteile an Kapitalgesellschaften, Immobilien- oder Schiffsfonds usw. Die Anteilseigner sind Miteigentümer und daraus resultieren entsprechende Rechte auf Eigentümerversammlungen.

Der zweite Typ von Geld- oder Finanzkapital sind finanzielle Forderungen an andere, Bankguthaben und insbesondere Wertpapiere, in denen solche Forderungen verbrieft sind. Dabei handelt es sich um Schuldpapiere verschiedener Art. Meist bieten sie eine feste oder variable Verzinsung, es kann sich aber auch um komplexe und mehr oder minder spekulative Zertifikate handeln. Immer ist es dabei so, dass derjenige, der das Papier ausgibt (der Emittent), sich verpflichtet, dem Käufer zu bestimmten Zeitpunkten bestimmte Zahlungen zu leisten.

Es sind zwei grundlegende Typen von Geldkapital zu unterscheiden: erstens Anteilsrechte, insbesondere Aktien, und zweitens finanzielle Forderungen, insbesondere Schuldpapiere verschiedener Art.

Doch wie bestimmt sich der Wert oder besser der Preis all dieser Formen von Wertpapieren, die heutzutage meist gar nicht mehr auf Papier, sondern nur noch digital vorliegen, als Positionen in Depots oder auf Konten? Haben sie überhaupt einen Wert im eigentlichen Sinne? Es handelt sich jedenfalls nicht um materielle Dinge oder Dienstleistungen, deren Wert von der gesellschaftlich zu ihrer Produktion notwendigen Arbeit abhängt. Das gilt auch für Anteilsrechte wie Aktien, denn diese und ihr Wert sind etwas anderes als der Wert des materiellen und immateriellen Anlagevermögens, an denen sie einen Eigentumsanteil repräsentieren. Der Kurswert der Aktien entwickelt sich an den Börsen unabhängig vom Substanzwert des Anlagevermögens.

Wertpapiere sind immaterielle Vermögensgegenstände, Rechte auf bestimmte Transaktionen und Konditionen, Ansprüche oder Chancen auf Zinsen, Dividenden, Veräußerungsgewinne oder andere Kapitalerträge. Es ist

der zu erwartende Profit, von dem der »Wert« dieser Papiere abhängt. Dieser wird ins Verhältnis gesetzt zu dem für solche Anlagen üblicherweise anzusetzenden Zinssatz. Daraus errechnet sich dann der Wert dieses von Marx so genannten »fiktiven Kapitals«. Die grundlegenden Punkte dazu hat Marx selbst klar formuliert:

»Die Bildung des fiktiven Kapitals nennt man kapitalisieren. Man kapitalisiert jede regelmäßig sich wiederholende Einnahme, indem man sie nach dem Durchschnittszinsfuß berechnet, als Ertrag, den ein Kapital zu diesem Zinsfuß ausgeliehen, abwerfen würde.« (Karl Marx: Das Kapital III, MEW 25, S. 484)

»Die Sache ist einfach: Gesetzt, der Durchschnittszinsfuß sei 5% jährlich. Eine Summe von 500 Pfd.St. würde also jährlich, wenn in zinstragendes Kapital verwandelt, 25 Pfd.St. einbringen. Jede feste jährliche Einnahme von 25 Pfd.St. wird daher als Zins eines Kapitals von 500 Pfd.St. betrachtet.« (Karl Marx: Das Kapital III, MEW 25, S. 482)

Der Wert des fiktiven Kapitals = jährlicher Ertrag dividiert durch den üblichen Zinssatz bzw. multipliziert mit dem Kehrwert dieses Zinssatzes.

Wenn der Wert von bestimmten Vermögenswerten auf diese Weise bestimmt werden soll, ist allerdings jeweils eine für diese Anlageklasse spezifische Durchschnittsrendite anzusetzen. Zu dem Zinssatz für risikolose Anlagen ist dabei zusätzlich ein Aufschlag anzusetzen, der die spezifischen Risiken und Chancen dieser Anlage widerspiegelt. Außerdem spielt bei Schuldverschreibungen die Fristigkeit der Anlage eine Rolle, also wie lange sie noch laufen. Und es geht dabei nicht um aktuellen Ertrag und Zinsniveau, sondern um die für die Restlaufzeiten erwarteten Größen.

Schulden stellen auf diese Weise einen Kapitalwert für den Gläubiger dar. Eine zentrale Rolle als Vermögensanlage spielen Staatsschuldpapiere, die als besonders sicher gelten. Aber auch Unternehmensanleihen spielen eine zunehmend wichtige Rolle und haben bei großen Konzernen vielfach den Bankkredit als wichtigste Fremdfinanzierungsquelle abgelöst.

Fiktiv wird dieses Kapital genannt, weil es eben keinen wirklichen eigenen Wert hat, sondern nur Anspruch auf Zahlungen darstellt oder ein Recht auf einen Anteil an einem realen Kapitalwert.

Der Marktpreis der Schuldpapiere kann sich vom Nennwert erheblich unterscheiden, je nachdem, ob der Zinssatz höher oder niedriger ist als der, der zum jeweils aktuellen Zeitpunkt für eine entsprechende Schuld verlangt würde. Ein Beispiel: Eine Staatsanleihe mit 1000 Euro Nennwert werfe bei einem Jahr Laufzeit 3% Zinsen ab. Dann wird eine frühere Anleihe mit einer Restlaufzeit von ebenfalls einem Jahr, die aber 6% Zinsen abwirft, aktuell einen Kurswert von 1029 Euro haben. Weil sie nach einem Jahr 1000 Euro Nennwert Rückzahlung plus 60 Euro Zins einbringt, also 31 Euro Gewinn. Bezogen auf 1029 Euro Einsatz sind das ebenfalls 3%.

Der wirkliche Reichtum besteht – abgesehen von dem Reichtum, den die Menschen selbst darstellen – nur aus den Sachwerten, also dem Land und dem Anlagevermögen sowie dem Gebrauchsvermögen.

Alle Finanzvermögen dagegen stellen nur fiktives Kapital dar oder Forderungen, die gleichzeitig entsprechende Verbindlichkeiten anderer in gleicher Höhe sind. Wenn jemand eine Million Euro in Bundesanleihen hält oder in Unternehmensanleihen, hat der Bund oder das Unternehmen eine Million Euro Schulden bei ihm/ihr. Der Saldo und damit der Beitrag zum Gesamtvermögen der Gesellschaft, das sowohl die Vermögen der Privaten wie der Unternehmen und des Staates umfasst, ist Null. Nur wenn per Saldo eine Forderung oder eine Verbindlichkeit gegenüber dem Ausland besteht, repräsentiert dies einen zusätzlichen Reichtum oder eine Minderung des Reichtums der Gesellschaft insgesamt. Im Weltmaßstab gleicht sich aber auch dies wieder zu Null aus.

Bei Aktien stellt sich das anders dar, weil sie nicht Schulden, sondern Eigenkapital darstellen. Allerdings besteht der Wert des Unternehmens tatsächlich nur einmal, substanziiell im Wert des Anlagevermögens. Die Aktien scheinen nur eigenständig und unabhängig davon Wert zu haben, es findet eine scheinbare »Verdopplung« des Werts des Unternehmens statt. Doch kann auch reales Kapital wie Unternehmen oder Immobilien auf dieselbe Weise wie fiktives Kapital bewertet werden. Genau genommen bedeutet das aber, dass nicht der Wert der Unternehmenssubstanz bestimmt wird, sondern der Wert des Eigentums(rechts) an dem Unternehmen als fiktives Kapital.

In Deutschland legt das Bewertungsgesetz ein »vereinfachtes Ertragswertverfahren« zur Bestimmung des Werts eines Unternehmens fest, das nichts anderes darstellt als die Berechnung des fiktiven Kapitalwerts. Dabei wird der durchschnittliche Jahresbruttoertrag mit einem Kapitalisierungsfaktor multipliziert.

Dieser Faktor wird jährlich unter Berücksichtigung des Zinsniveaus für langfristige öffentliche Anleihen zuzüglich eines Aufschlags von 4,5% ermittelt. Dieser Kapitalwert übersteigt in der Regel den Substanzwert der Summe der einzelnen Güter des Anlagevermögens. Zeitlich unbegrenzte Leistungen werden gesetzlich bewertet mit dem 18,6-Fachen ihres Jahresbetrags, es wird also ein Zinssatz von 5,4% zugrunde gelegt.

2014 betrug der Basiszins im vereinfachten Ertragswertverfahren 2,6%, die angesetzte Gesamtrendite also 7,1% und der Kapitalisierungsfaktor 14,1. Ein Unternehmen, das regelmäßig eine Million Euro Profit abwirft, hatte nach dieser Methode einen Wert von 14,1 Millionen Euro. Im Jahr 2015 beträgt der Basiszins aufgrund des extrem niedrigen Zinsniveaus nur 0,99%, die Gesamtrendite also 5,49%, der Kapitalisierungsfaktor 18,2. Der Ertragswert desselben Unternehmens, das weiterhin jährlich eine Million Euro Profit ab-

wirft, beträgt nun 18,2 Millionen Euro. Hier spiegelt sich in der gesetzlichen Wertbemessung derselbe Effekt wider, der an den Börsen dafür sorgt, dass bei sinkenden Zinsen die Aktienkurse steigen.

Auch der Nennwert der Aktien als Anteil am bilanziellen Grundkapital ist zu unterscheiden von ihrem Kurswert, der aktuell an der Börse festgestellt wird. Die so genannte Börsen- oder Marktkapitalisierung, also der fiktive Gesamtwert der börsennotierten Aktien eines Unternehmens, ergibt sich, wenn der aktuelle Aktienkurs mit der Gesamtzahl der ausgegebenen Aktien multipliziert wird. Er ist zumeist weit höher als das Grundkapital. In der Bilanz der Aktiengesellschaft steht allerdings auf der Passivseite weiterhin nur der Nennwert des Grundkapitals.

So scheint in einem Börsenaufschwung eine wundersame Reichtumsvermehrung vor sich zu gehen. Der Wert der Aktien wird in den Vermögensaufstellungen zum Tagespreis aufgeführt, die explodierende Börsenkapitalisierung der Unternehmen vermittelt so in Phasen der Überspekulation den Eindruck eines gewaltigen Vermögens. Dem steht aber keine reale Wertsteigerung in annähernd gleicher Höhe gegenüber. Das Vermögen steht zum großen Teil nur auf dem Papier.

Der Wert der Aktien als fiktives Kapital wird dabei »fundamental« durch die Gewinne der AG und die Ansprüche der Aktionäre auf Zahlung von Dividenden begründet. Wobei die ausgeschütteten Dividenden zugunsten der Aktionäre auch höher als der Gewinn sein können, zu Lasten des Eigenkapitals. Zum anderen spielen die Höhe und erwartete weitere Entwicklung des Zinsniveaus und die allgemeine Stimmungslage an der Börse eine zentrale Rolle. Wenn das allgemeine Zinsniveau sinkt, steigen bei sonst gleichen Umständen die Kurse der Aktien und der anderen bereits zirkulierenden Wertpapiere.

Ein allgemein niedriges Zinsniveau, wie es seit der Finanzkrise herrscht, begünstigt die Bildung von Vermögenspreisblasen bei Aktien, aber auch Immobilien und anderen Anlagen.

Der Aktienkurs hängt nicht einfach von der tatsächlichen Profitabilität des Unternehmens oder der Aktie ab. Noch wichtiger sind die Erwartungen künftiger Gewinn- und Wertentwicklung der AG. Teilweise haben Unternehmen einen gigantischen Börsenwert, die noch nie Gewinn gemacht haben, sondern im Gegenteil riesige Verluste; solche Unternehmen werden als lohnende Investition aufgrund künftig erwarteter hoher Gewinne erachtet. Wenn die Unternehmensgründer dann ihre Anteile verkaufen, können sie gewaltige Gründergewinne erzielen. Wenn die Unternehmen auch später nie Gewinn machen und die Spekulation scheitert, ist das Kapital entwertet. Tatsächlich stattgefunden hat dann nur eine große Umverteilung: zu Lasten derjenigen, die ihr Geld dort angelegt hatten und nicht rechtzeitig ausgestiegen sind, zugunsten derjenigen, die rechtzeitig mit Gewinn verkauft haben.

Der Börsenkurs ist durch die Rentabilität der Unternehmen und das Zinsniveau bestimmt; seine Schwankungen oder Übertreibungen sind jedoch in hohem Maße spekulativ.

»Die selbständige Bewegung des Werts dieser Eigentumstitel, nicht nur der Staatseffekten, sondern auch der Aktien, bestätigt den Schein, als bildeten sie wirkliches Kapital neben dem Kapital oder dem Anspruch, worauf sie möglicherweise Titel sind. Sie werden nämlich zu Waren, deren Preis eine eigentümliche Bewegung und Festsetzung hat. Ihr Marktwert erhält eine von ihrem Nominalwert verschiedene Bestimmung, ohne daß sich der Wert (wenn auch die Verwertung) des wirklichen Kapitals änderte. (...) Der Marktwert dieser Papiere ist zum Teil spekulativ, da er nicht nur durch die wirkliche Einnahme, sondern durch die erwartete, vorweg berechnete bestimmt ist.« (Karl Marx: Das Kapital III, MEW 25, S. 485)

Geldvermögen gleich Schulden

Aber die Anleger haben doch tatsächlich das Vermögen, das sich auf diese Weise errechnet; sie könnten es ggf. in Geld realisieren und Sachwerte damit kaufen. Steht das nicht im Widerspruch zu dem bisher ausgeführten?

Nein. Wenn jemand sein Finanzvermögen zu spekulativ überhöhtem Wert verkauft, heißt das nur, dass andere die entsprechenden Finanzanlagen kaufen. Es wird kein zusätzlicher Reichtum geschaffen und auch kein nachfragewirksames Geld freigesetzt. Wenn es mehr Nachfrage nach Finanztiteln gibt, als diese angeboten werden, steigt der Kurs. Der fiktive Kapitalwert der Finanzanlagen bläht sich durch Neubewertung auf. Wenn aber mehr Leute verkaufen wollen, im Falle eines Crash sehr viele oder fast alle, sinken die Kurse rapide und das fiktive Vermögen löst sich in Windeseile in fast Nichts auf. Ebenso wenn die Schuldner nicht zahlen können, dann sind auch die auf Krediten, Anleihen usw. beruhenden Vermögen vernichtet. So geschehen in diversen Finanzkrisen.

»Soweit die Entwertung oder Wertsteigerung dieser Papiere unabhängig ist von der Wertbewegung des wirklichen Kapitals, das sie repräsentieren, ist der Reichtum einer Nation gerade so groß vor wie nach der Entwertung oder Wertsteigerung. (...)

Alle diese Papiere stellen in der Tat nichts vor als akkumulierte Ansprüche, Rechtstitel, auf künftige Produktion, deren Geld- oder Kapitalwert entweder gar kein Kapital repräsentiert, wie bei den Staatsschulden, oder von dem Wert des wirklichen Kapitals, das sie vorstellen, unabhängig reguliert wird.

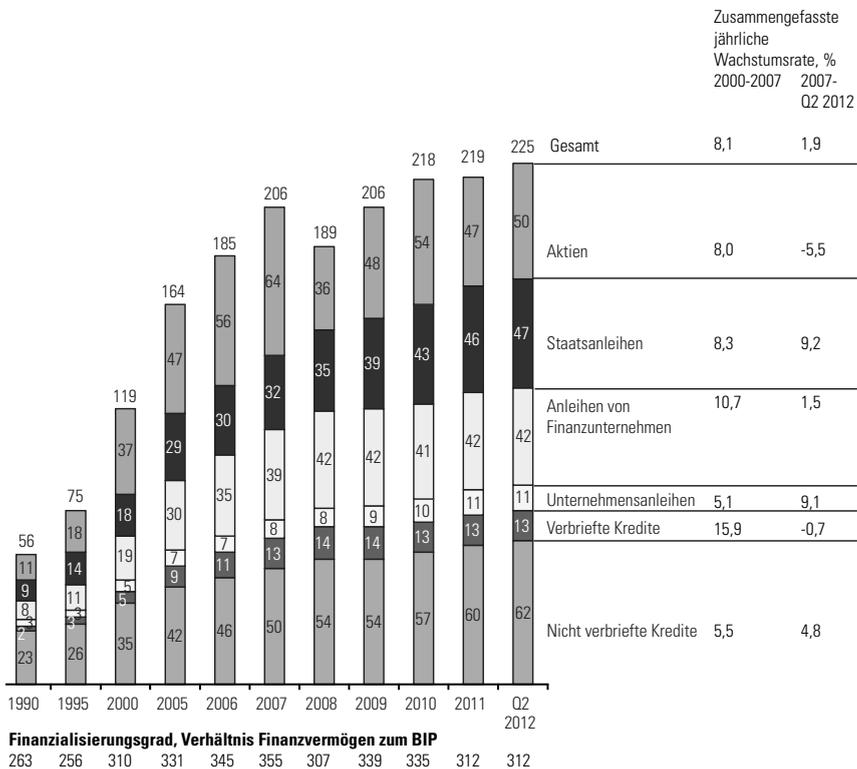
In allen Ländern kapitalistischer Produktion existiert eine ungeheure Masse des sog. zinstragenden Kapitals oder moneyed capital in dieser Form. Und unter Akkumulation des Geldkapitals ist zum großen Teil nichts zu verstehen als Akkumulation dieser Ansprüche auf die Produktion, Akkumulation des

Marktpreises, des illusorischen Kapitalwerts dieser Ansprüche.« (Karl Marx: Das Kapital III, MEW 25, S. 486)

In den letzten Jahrzehnten hat sich im Gefolge der Liberalisierung der Finanzmärkte die Summe der weltweiten Finanzvermögen enorm erhöht. Sie ist mittlerweile mehr als dreimal so hoch wie das weltweite jährliche Bruttoinlandsprodukt. Bei der Interpretation ist aber zu beachten, dass hier eine Bestandsgröße – Geldvermögen – mit einer Flussgröße – BIP in einem Jahr – verglichen wird (siehe Abbildung 28).

Der Anstieg der weltweiten Finanzvermögen drückt keineswegs einen entsprechenden Anstieg des gesellschaftlichen Reichtums aus. Er zeigt vor allem eine vertiefte Finanzialisierung bzw. finanzkapitalistische Durchdringung der globalen Wirtschaft.

Abbildung 28: Globaler Bestand ausstehender Schulden und Aktien



Zahlen zum Jahresende für ein Sample von 183 Ländern, basierend auf Wechselkursen von 2011. Wegen Rundungen ggf. Abweichung von Gesamtsummen.

Quelle: McKinsey Global Institute analysis, 2013

Entscheidend ist die Erkenntnis, dass den Geldvermögen in gleicher Höhe Schulden bzw. Verbindlichkeiten gegenüberstehen. Gesamtwirtschaftlich und weltweit schafft nur der Aufbau zusätzlichen Anlagevermögens zusätzlichen Reichtum. Die Diagramme zum Anstieg des Finanzvermögens geben nur die eine Seite des Bildes wieder, denn den Forderungen aus Schultiteln stehen spiegelbildlich Schulden bzw. Verbindlichkeiten gegenüber, die ebenfalls stark anwachsen und eine zunehmende Krisenanfälligkeit hervorrufen. Je höher Unternehmen oder private Haushalte verschuldet sind, desto weniger können sie Einkommensrückgänge und Krisen verkraften.

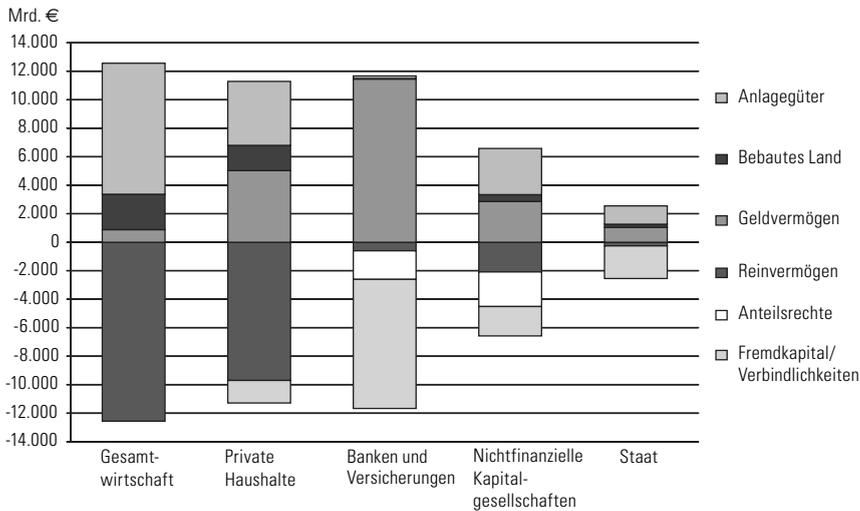
Die Geldvermögen der einen sind die Schulden anderer. Private Geldvermögen können gesamtwirtschaftlich per Saldo nur wachsen, wenn zugleich die Schulden des Staates oder des Auslands per Saldo wachsen.

Privater Reichtum, im Unterschied zum gesamtgesellschaftlichen Reichtum, kann auch zu Lasten öffentlichen Reichtums durch Privatisierung oder zunehmende Verschuldung des Staates gesteigert werden. Auf der anderen Seite bedeutet das: Wer öffentliche Schulden ernsthaft reduzieren will, muss dies durch Umverteilung von vormals privaten Vermögen an den Staat tun. Der ökonomisch und sozial verträglichste Weg zur schnellen Reduzierung hoher Staatsverschuldung sind Abgaben auf große Vermögen, die nicht nur Einkommen, sondern Vermögensbestand umverteilen. Der andere Weg ist ein erhebliches nominelles wirtschaftliches Wachstum über längere Zeit, einschließlich einer gewissen Inflation, verbunden mit geringer oder keiner Neuverschuldung, sodass die Schuldenlast im Verhältnis zum wachsenden Bruttoinlandsprodukt allmählich abnimmt.

Eine weitere Möglichkeit, die vor allem für gegenüber dem Ausland hoch verschuldete Staaten interessant ist, ist ein Schuldenschnitt. Dabei verzichten Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen, in der Regel unter dem Druck, dass der Schuldner sie ohnehin nicht zahlen kann oder will. Der Vorteil ist, dass damit auch ausländische Gläubiger am Schuldenabbau beteiligt werden und diese Maßnahme aufgrund des Drucks drohender Zahlungsunfähigkeit leichter durchsetzbar sein kann als eine Vermögensabgabe der Reichen. Ein Nachteil ist, dass auch Anlagen von Nicht-Reichen, z.B. Pensionsfonds und damit Rentenansprüche von Lohnabhängigen, betroffen sein können. Außerdem kann es schwierig werden, anschließend neue Kredite zu bekommen.

Wenn von Verschuldung die Rede ist, muss übrigens immer beachtet werden, was genau gemeint ist: die Verschuldung bzw. der Schuldenstand als Bestandsgröße oder das jährliche Defizit bzw. die Neuverschuldung. Für Deutschland beträgt der Schuldenstand aller Ebenen des Staates insgesamt 2015 etwa 2.000 Mrd. Euro und 72% des BIP. Nettoneuverschuldung findet nicht statt, sondern es wird ein kleiner Überschuss erzielt. Trotzdem werden in jedem Jahr in erheblichem Umfang neue Staatsschuldbriefe ausgegeben, weil alte auslaufen und durch neue ersetzt werden.

Abbildung 29: Gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz für Deutschland 2013



Für Deutschland und in der EU gibt es seit einigen Jahren sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanzen. Hier sind einheitlich auch bei den Unternehmen und Schuldern die Eigentumsanteile und die Verbindlichkeiten auf der Passivseite der Bilanzen zu Stichtagswerten bewertet. Sie saldieren sich damit mit den entsprechenden Forderungen auf der Aktivseite, sodass reine Bewertungsveränderungen für die gesamtwirtschaftliche Bilanz keine Auswirkungen haben, abgesehen von Forderungen gegenüber dem Ausland. Die Gesamtwirtschaft bildet die Summe der Sektoren, wobei Geldvermögen und Verbindlichkeiten hier saldiert dargestellt sind, sodass als Geldvermögen der Gesamtwirtschaft nur der Saldo der Forderungen gegenüber dem Ausland übrig bleibt.

Das bebaute Land – es geht hier nicht um die Bauten, diese gehören zu den Anlagegütern – hat keinen Wert in dem Sinne, dass er gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand ausdrücken würde, weil es ja gar nicht produziert wurde. Der Wert des Baulands ist hier rein finanziell, im Kern wie der fiktiven Kapitals bestimmt, auf der Basis der Kapitalisierung der damit erzielbaren Erträge. Das ist fragwürdig, weil steigende oder sinkende Immobilienpreise sich damit in der gesamtwirtschaftlichen Bilanz als steigendes oder sinkendes Reinvermögen niederschlagen, auch wenn diese Preisänderungen rein spekulativ bedingt sind.

Positive Reinvermögen sind negativ dargestellt, weil sie der buchungsmäßige Gegenposten zur Summe aus Anlagevermögen, Landvermögen und Saldo der Geldvermögen minus Verbindlichkeiten sind. Die bei den Banken, Versicherungen und anderen Kapitalgesellschaften ausgewiesenen Anteilsrechte sind auf der anderen Seite der Bilanzen Teil der Geldvermögen. Der Sektor Private Haushalte umfasst auch Personenunternehmen sowie Organisationen ohne Erwerbszweck. Die Darstellung ist ohne Gebrauchsvermögen privater Haushalte, dies macht etwa 1000 Mrd. Euro aus. Da der Staat nicht nur Schulden, sondern auch Sachvermögen und Geldvermögen hat, hat er immer noch ein positives Reinvermögen, das allerdings in den letzten Jahrzehnten massiv geschrumpft ist.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2014, Sektorale und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz 1999-2013, eigene Berechnung

Mit noch so viel Finanzvermögen kann im Endeffekt nicht mehr gekauft werden, als an Gütern und Dienstleistungen real produziert wird und zur Verfügung steht.

Nur darin besteht der wirkliche Reichtum: Soweit eine Gesellschaft nicht von der Substanz lebt, was nicht lange gut geht, müssen die konsumierten Güter ständig neu produziert bzw. reproduziert werden. Sozialpolitisch wird das durch das Theorem von Gerhard Mackenroth ausgedrückt:

»Nun gilt der einfache und klare Satz, dass aller Sozialaufwand immer aus dem Volkseinkommen der laufenden Periode gedeckt werden muss. Es gibt gar keine andere Quelle und hat nie eine andere Quelle gegeben, aus der Sozialaufwand fließen könnte, es gibt keine Ansammlung von Periode zu Periode, kein ›Sparen‹ im privatwirtschaftlichen Sinne, es gibt einfach gar nichts anderes als das laufende Volkseinkommen als Quelle für den Sozialaufwand.« (Gerhard Mackenroth: Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik NF, Band 4, Berlin 1952)

Jede Zukunfts- oder Altersvorsorge durch Ansparen von Finanzvermögen ist daher genauso abhängig von der künftigen Produktion und Wertschöpfung wie umlagefinanzierte Sozialversicherungen. Allerdings können Netto-Auslandsvermögen zur finanzkapitalistischen Aneignung auch von in anderen Ländern produzierten Werten führen.

Kapitalgedeckte Vorsorge ist nur eine andere, sozial weniger gestaltbare Methode, eine Umverteilung von Teilen der zukünftig produzierten Werte zu organisieren. Außerdem geht dabei ein erheblicher Anteil des Geldes an die finanzkapitalistischen Vermittler – Banken und Versicherungen – verloren. Dies ist genau der Grund für die Kampagne gegen die gesetzliche Rentenversicherung und für eine kapitalgedeckte Altersvorsorge.

Hohe Zinsen und der Börsenboom Ende des 20. Jahrhunderts boten die Grundlage, auf die Dauer völlig unrealistische Renditen für kapitalgedeckte Altersvorsorge in Aussicht zu stellen und die umlagefinanzierte Rente damit schlecht zu reden.

Finanzspekulation und Derivate

In gewissem Sinne hat jede kapitalistische Investition einen spekulativen Charakter, weil der Erfolg, der Return des eingesetzten Kapitals mit der erwarteten Rendite, unsicher ist. Die Finanzierung auf Kredit dient bei realwirtschaftlichen Investitionen, etwa in neue Maschinen, zunächst der Aufbringung der nötigen Finanzmittel, die aus Eigenkapital nicht hinreichend zur Verfügung stehen. Wegen des Hebeleffekts macht sie die Investition zugleich potenziell profitabler in Bezug auf das Eigenkapital, aber auch riskanter (vgl. Kapitel 4.3).

Beim zunehmenden Einsatz von Krediten zur Finanzierung der Spekulation geht es von vornherein nur darum, das Volumen der Finanzgeschäfte enorm zu vergrößern und damit die Rendite auf das Eigenkapital nach oben zu treiben. Das vergrößert erheblich die Instabilität.

Durch Kreditfinanzierung wird die Spekulation stark vorangetrieben und zugleich das Risiko gesteigert, dass das eingesetzte Kapital komplett verloren geht oder sogar große Zahlungsverpflichtungen stehen bleiben. Wenn diese nicht mehr bedient werden können, stürzen weitere Geldgeber in die Krise. Besonders große Risiken drohen, wenn in Derivate investiert wurde.

Derivate sind abgeleitete (derivative) Finanzinstrumente, Termingeschäfte, Verträge bzw. Wetten, die sich auf die zukünftige Entwicklung eines zugrunde liegenden Basiswerts beziehen.

Bei Derivaten wird für einen zukünftigen Zeitpunkt oder Zeitraum die Zahlung eines festgelegten Preises für eine bestimmte Ware oder einen Vermögenswert vereinbart (Future) oder das Recht (Option) eingeräumt, es für diesen Preis zu erwerben oder zu verkaufen. Ursprünglich dienten solche Verträge der Absicherung (Hedging) gegen mögliche Verlust bringende Preisveränderungen etwa bei Rohstoffen oder Agrarprodukten. Dafür wird eine Prämie bezahlt.

Diese Verträge werden nun aber selbst wieder zu Wertpapieren, die gehandelt werden. Je nachdem, wie sich die Preise des Basiswerts entwickeln und damit die Wahrscheinlichkeit, einen Gewinn oder Verlust zu erzielen, schwankt ihr Wert überproportional. Es sind hoch spekulative Hebelprodukte. Bei manchen Produkten (Futures) kann es dazu kommen, dass bei Fälligkeit über das ursprünglich eingesetzte Kapital hinaus noch zusätzliches nachgeschossen werden muss. Auch solche Geschäfte werden oft kreditfinanziert, was das Risiko auf die Spitze treibt.

Ein vereinfachtes Beispiel: Angenommen, jemand erwirbt die Option, zum Zeitpunkt X eine bestimmte Menge Kupfer (oder Aktien) für 100 Euro zu kaufen. Das ist billig, sagen wir, es kostet einen Euro, wenn der Preis des Kupfers (oder der Aktien) gerade 100 Euro ist und erwartet wird, dass er stabil bleibt. Wenn zum Zeitpunkt X der Kurs aber 110 ist, ist die Option dann 10 Euro wert, der Einsatz also verzehnfacht. Ist der Kurs aber 100 oder weniger, ist die Option wertlos und der eingesetzte Euro verloren. Bei einem Future allerdings bestünde die Verpflichtung, das Kupfer für 100 zu kaufen, auch wenn der Kurs dann nur 90 ist. Das würde sehr teuer und bei größeren Beträgen ruinös.

Dabei gibt es immer eine Gegenpartei, die zu dem vereinbarten Preis liefern oder beliefert werden muss. Wenn im Beispiel der Kurs 110 ist, muss die Gegenpartei dennoch für 100 liefern, der Gewinn des Optionshalters ist ihr

Verlust. Es ist ein Nullsummenspiel, abgesehen von der Vermittlungsprovision, die immer anfällt. Oft ist ein Hedge-Fonds beteiligt, dem es dabei nicht um Hedging geht, sondern darum, mit solchen Geschäften möglichst hohen Profit zu machen, meist mit Fremdkapitaleinsatz.

Die professionellen Händler und insbesondere die großen Fonds machen Geschäfte in verschiedene Richtungen gleichzeitig und verfolgen Strategien, um einen möglichst sicheren Gewinn zu erzielen und Risiken zu begrenzen. Dabei kommen komplexe Computermodelle zur Anwendung. Es gab aber auch schon Fälle, in denen einzelne Händler Milliardenverluste produziert haben. Und es kann schief gehen, wenn über das normale und kalkulierte Maß hinaus große Preisveränderungen bei vielen oder allen Assets (Vermögensanlagen) gleichzeitig eintreten, was bei einer allgemeinen Wirtschaftskrise oder Finanzkrise der Fall ist.

Grundsätzlich besteht an der Börse die Tendenz, dass sich dominierende Trends und Erwartungen und eine Art Herdentrieb der Händler herausbilden, wodurch es oft zu Übertreibungen in die eine oder die andere Richtung kommt.

Im Computerhandel werden kleinste Preisdifferenzen zwischen gleichen Anlagen in extrem kurzen Zeiträumen ausgenutzt (Arbitrage-Geschäfte), wobei mit entsprechend großen Handelsvolumina dennoch große Profite erzielt werden können. All dies führt zu einer gewaltigen Aufblähung der Handelsumsätze mit den verschiedenen Wertpapieren, die sich aber überwiegend für die einzelnen Händler innerhalb kurzer Zeit wegsaldieren – abgesehen von einer im Einzelnen kleinen, in der Summe aber sehr großen Gewinnmarge, die jeweils übrig bleibt.

Schon gar nicht bedeuten die explodierenden Handelsvolumina, dass die Vermögenswerte entsprechend gewachsen sind. Dieser computergestützte Hochfrequenzhandel führt vor allem zu einer stark erhöhten Instabilität, weil bei bestimmten Marktsignalen die Programme einer Vielzahl von Händlern automatisch und gleichgerichtet reagieren und eine sich verstärkende Kettenreaktion auslösen können. Zudem bietet er diverse Manipulationsmöglichkeiten und es können technisch bedingte Fehler auftreten.⁴

Es gibt eine große Zahl verschiedener Derivate und Zertifikate und andere »strukturierte Finanzprodukte«. Das sind Schuldverschreibungen mit »derivativen Komponenten«, die sehr komplex aus mehreren Komponenten zusammengesetzt sein können und ganz spezifische Spekulations- oder auch Absicherungszwecke bedienen. Zudem werden ständig neue »innovative Finanzprodukte« entwickelt und von den Banken und Fonds auf den Markt geworfen. Basiswerte können sein: Aktien, Anleihen, Währungen, Rohstoffe,

⁴ Vgl. dazu: Andrew Smith: Krieg gegen den Blitztransfer, in: Der Freitag, 9.7.2014, <https://www.freitag.de/autoren/the-guardian/krieg-gegen-den-blitztransfer>

Agrarprodukte, Immobilien, Kreditverträge, andere Derivate, Kombinationen davon, Indizes darauf, was auch immer. Manche davon werden an Börsen gehandelt, manche außerbörslich (OTC = over the counter) und damit noch weniger kontrolliert und transparent als ohnehin.

Die Spekulationsbewegung ist mit der Konjunkturentwicklung verkoppelt. Je stabiler und stärker das wirtschaftliche Wachstum im konjunkturellen Aufschwung, desto zuversichtlicher werden die Investoren. Und umgekehrt, wenn sich eine Krise ankündigt.

Zunehmendes Kreditvolumen bedeutet Ausweitung der Nachfrage und damit Stärkung des Aufschwungs und steigende Preise. Mit Ausweitung der Investitionen und Kreditfinanzierung kann es aber auch dahin kommen, dass Einnahmen zunehmend zur Zinszahlung verwendet werden, während die Verschuldung weiter steigt. Im Extrem findet ein Übergang zur »Ponzi-Finanzierung« (benannt nach dem Großbetrüger Charles Ponzi) statt, bei der auch die Kreditzinsen aus immer neuen Krediten bezahlt werden. Es werden so immer höhere Schulden aufgehäuft, die nie mehr zurückgezahlt werden können. Irgendwann, meist wenn auch die Konjunktur sich abschwächt, bricht dieser Prozess zusammen und führt zu großen Verlusten und Unternehmenszusammenbrüchen, was die Krisenprozesse verstärkt.

Geld und Geldschöpfung heute

Private, seien es Personen oder Unternehmen, können in zweierlei Weise akut zahlungsunfähig werden: durch Insolvenz, weil sie überschuldet sind und ihre Einnahmen dauerhaft nicht ausreichen, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Oder durch Illiquidität: Es fehlt an Geld und kurzfristig zu Geld zu machenden Vermögensgegenständen, um die akut fälligen Zahlungen leisten zu können. Auch Unternehmen, die nicht überschuldet sind, können illiquide werden, wenn erwartete Einnahmen ausfallen oder Kredite nicht gewährt oder nicht verlängert werden. Auf der anderen Seite können überschuldete und insoweit eigentlich insolvente Unternehmen oder Personen dies verschleiern, solange sie noch liquide sind, also ihnen Geld zufließt, meist aus Krediten, im Extrem wie bei den oben genannten Ponzi-Finanzierungen.

Für die Frage der Liquiditätsversorgung spielen die Banken eine zentrale Rolle, weil sie durch Kreditvergabe die Liquidität von Unternehmen jederzeit sicherstellen können. Allerdings können auch Banken nicht unbegrenzt Liquidität, also Geld, zur Verfügung stellen.

Banken unterliegen der Bankenaufsicht, die übermäßige und zu riskante Kreditvergabe verhindern soll. Sie müssen Eigenkapitalvorschriften beachten, also einige Prozent Eigenkapital im Verhältnis zur Kreditsumme vorweisen, wobei noch eine Risikogewichtung vorgenommen wird. Und sie müssen auf die ausgereichten Kredite Mindestreserven bei der Zentralbank hinterlegen.

Auf der anderen Seite bekommen die Geschäftsbanken Zentralbankgeld für die Einreichung von Wertpapieren als Sicherheiten.

Die Zentralbank ist die »Bank der Banken« und hat besondere, vom Staat verliehene Rechte und Aufgaben. Alle Banken haben Konten bei der Zentralbank. Sie ist zuständig für die Währungs- und Geldpolitik und verfügt über verschiedene Instrumente, mit denen sie Einfluss auf das Zinsniveau und die finanziellen Bedingungen des Bankensektors nimmt. Sie hält die Währungsreserven eines Landes in Gold und Goldforderungen, Devisen (Guthaben in fremden Währungen) sowie Sonderziehungsrechten und andere Forderungen gegenüber dem Internationalen Währungsfonds.

Ziele und allgemeine Struktur der Zentralbanken werden in der Regel gesetzlich festgelegt. Im Euroraum gibt es auf Grundlage von völkerrechtlichen Verträgen das Eurosystem, das aus den nationalen Zentralbanken der Euro-Länder und der Europäischen Zentralbank (EZB) besteht. Diese bestimmt die gemeinsame Geld- und Währungspolitik. Eigentümer der EZB sind im Verhältnis ihres wirtschaftlichen Gewichts die nationalen Notenbanken, die meist, aber nicht alle, in öffentlichem Besitz sind.

Als vorrangiges Ziel der Europäischen Zentralbank ist die Wahrung der Preisniveaustabilität festgelegt, was die EZB als jährlichen Anstieg des Verbraucherpreisindex um knapp zwei Prozent definiert hat.

Die Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik der EU ist nur nachrangig. In ihrem konkreten Handeln ist die EZB unabhängig und unterliegt keiner demokratischen Steuerung und Kontrolle, obwohl ihre Entscheidungen massiven Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung des Euroraums und seiner Mitgliedstaaten haben.

Die Zentralbank legt fest, zu welchen Zinssätzen und weiteren Bedingungen sich die Banken Geld bei ihr beschaffen können. Sie kann in großem Umfang Wertpapiere von den Banken als Sicherheiten für Kredite annehmen oder auch kaufen und verkaufen. Die Zentralbanken erzielen üblicherweise Gewinne aus ihrer Tätigkeit, die nach bestimmten Regeln an den Staatshaushalt ausgeschüttet werden. Ihr zentrales Privileg ist das alleinige Monopol auf die Ausgabe von Banknoten, die gesetzliches Zahlungsmittel sind.

Nun ist landläufig oft davon die Rede, dass die Zentralbanken »Geld drucken«. Dies bedeutet aber nicht, dass sie entsprechend zusätzliche Banknoten in Verkehr bringen. Sondern es geht normalerweise darum, dass sie zusätzliches Zentralbankgeld schaffen, indem sie Wertpapiere kaufen oder auf andere Weise den Banken zusätzliches Zentralbankgeld zukommen lassen. Wenn davon die Rede ist, dass die Zentralbanken »Liquidität« in den Markt pumpen, dann ist dies damit gemeint. Dies führt zu entsprechend höheren Geldguthaben von Nichtbanken oder zu Zentralbankguthaben der Banken, auf deren Grundlage diese zusätzliche Kredite vergeben und damit mehr Geld auf die Konten der Nichtbanken bringen können. Diese können und sollen

dieses Geld dann für Käufe von Gütern und Dienstleistungen ausgeben, also die effektive Nachfrage steigern und damit die Wirtschaft ankurbeln und höhere Preise ermöglichen.

Wertpapierankaufprogramme der Zentralbanken in großer Dimension werden »Quantitative Easing« (monetäre Lockerung) genannt. Sie sind das ultimative Mittel, wenn die Zentralbankzinsen bereits nahe Null liegen, um frisches Geld in die Wirtschaft zu pumpen. Insbesondere soll damit ein sinkendes Preisniveau (Deflation) oder eine zu niedrige Inflationsrate bekämpft werden. Das ist sinnvoll, weil Deflation mit großen ökonomischen Problemen und oft anhaltender Stagnation verbunden ist. Insbesondere wird es immer schwerer, bestehende Schulden zu bedienen, wenn Preise und damit auch Einkommen sinken. Zugleich sinkt die Bereitschaft, Geld auszugeben oder sich neu zu verschulden, und damit die effektive Nachfrage.

Ob »quantitative easing« die erwünschten Wirkungen hat, ist unsicher. Es kann auch sein, dass die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge ohne Ausweitung der effektiven Nachfrage verpufft. Dies passiert, wenn die Banken keine zusätzlichen Kredite vergeben, weil sie selbst Eigenkapitalprobleme haben, weil ihnen die Risiken zu hoch erscheinen, oder weil die Unternehmen keine Kredite für zusätzliche Investitionen nachfragen. Zu erwarten ist jedoch in jedem Fall, dass durch niedrige Zinsen und Wertpapierankaufprogramme der Zentralbank der Wechselkurs der Währung sinkt und damit Exporte auf dem Weltmarkt verbilligt und so stimuliert werden.

Es besteht eine gesetzliche Verpflichtung, das von der Zentralbank ausgegebene Geld für alle Zahlungen anzunehmen. Das von den Geschäftsbanken durch Kreditgewährung geschöpfte Buchgeld, insbesondere Sichtguthaben auf Girokonten, sind streng genommen nur Forderungen auf Bargeld. Faktisch werden sie aber im Geschäftsverkehr zwischen Nichtbanken wie Bargeld behandelt und gelten deshalb üblicherweise auch als Geld. Es gibt verschieden breit definierte Geldmengenbegriffe, die im Wesentlichen solche Forderungen umfassen, die unterschiedlich leicht innerhalb der nächsten zwei Jahre für Zahlungen flüssig gemacht werden können (M1 bis M3, die Zentralbankgeldmenge heißt M0).

Das Bargeld und die Zentralbankgeldguthaben der Banken sind heute das eigentliche Geld, auch Geldbasis genannt. Es ist das gesetzliche Zahlungsmittel. Dazu kommt das Buchgeld = Forderungen auf Bargeld.

Doch welchen Wert hat dieses Geld? Es hat selbst im engeren Sinne gar keinen Wert, der Materialwert ist vernachlässigbar, aber man kann werthaltige Waren damit kaufen. Eigentum an diesem Geld ist der Anspruch auf einen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Produktion bzw. dem Warenangebot, jetzt oder zu einem späteren Zeitpunkt. Doch wie groß ist dieser Anspruch, wie viele Waren und Dienstleistungen kann man für ein bestimmtes Quantum Geld kaufen? Wie ist also das Preisniveau bestimmt, wovon hängt das ab?

Einerseits davon, zu welchen Preisen die Waren angeboten werden, und zweitens davon, in welchem Verhältnis dazu die effektive Nachfrage als Geldsumme steht. Die Preiserwartungen beruhen auf dem Wert der Waren, also der darin vergegenständlichten gesellschaftlich notwendigen Arbeit, bzw. kapitalistisch modifiziert und in Geldeinheiten ausgedrückt den Produktionskosten und dem Durchschnittsprofit. Die effektive Nachfrage hängt von den Einkommen ab und davon, wie viel davon gespart und wie viel andererseits auf Kredit ausgegeben und insbesondere investiert wird. Dieses Verhältnis zwischen Warenangebot und effektiver Nachfrage bestimmt dann, inwieweit die erwarteten Preise auch realisiert werden können oder ob Waren unter ihrem Wert verkauft werden müssen oder über ihrem Wert verkauft werden können.

Es ist keineswegs die »Geldmenge« als solche, in welcher Definition auch immer, die das Preisniveau bestimmt. Es kommt vielmehr auf die effektive Nachfrage und auf die Kostenentwicklung an.

Geld, das nicht realwirtschaftlich für Güter und Dienstleistungen nachfragewirksam ausgegeben wird, sondern im Finanzsektor verbleibt bzw. für Wertpapiere oder andere Vermögensgüter aus dem Bestand ausgegeben wird, führt lediglich zu steigenden Preisen für diese Vermögensgüter. Dies vergrößert nebenbei die Ungleichheit der Vermögensverteilung. Ob die Expansion der Geldmenge durch »quantitative easing« daher die gewünschte Wirkung auf die Realwirtschaft hat, also steigendes allgemeines Preisniveau und Wachstum, oder lediglich Vermögenspreisblasen weiter aufpumpt, hängt von weiteren konkreten Bedingungen ab. Sicherer und wirksamer wäre auf jeden Fall, das zusätzliche Zentralbankgeld nicht den Banken zur Verfügung zu stellen, sondern direkt oder indirekt etwa dem Staat für zusätzliche Ausgaben.⁵ Oder für Lohnerhöhungen deutlich über den Produktivitätszuwachs hinaus zu sorgen, die sowohl die Nachfrage als auch die Kosten erhöhen.

Das heißt aber auch, dass Befürchtungen übermäßiger Inflation bloß wegen einer Expansion der Zentralbankgeldmenge unbegründet sind. Zudem kann die Zentralbank von ihr geschaffenes zusätzliches Zentralbankgeld auch wieder »einsammeln«, indem sie Wertpapiere wieder verkauft. Damit fließt Zentralbankgeld zu ihr zurück und wird genau so vernichtet wie es vorher »gedruckt« wurde. Diese Operation entzieht allerdings der Wirtschaft potenziell auch Nachfrage und schränkt damit mögliches Wachstum ein.

⁵ Vgl. Norbert Häring: TINA ist doof. 10 Wege für die EZB, Geld in Umlauf zu bringen, www.norberthaering.de/index.php/de/newsblog2/27-german/news/158-tina-ist-doof-10-wege-fuer-die-ezb-geld-in-umlauf-zu-bringen-ohne-die-reichen-noch-reicher-zu-machen-und-die-armen-den-naechsten-crash-ausbaden-zu-lassen.

John Holloway

Reform des Staats: Globales Kapital und nationaler Staat

1. Welcher Staat?

Dieser Artikel ist aus einem Kurs zur »Krise des Wohlfahrtsstaates« erwachsen, den ich an der Maestría de Ciencias Sociales der FLACSO (Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales, Mexiko City) gehalten habe.¹ Über die Krise »des Wohlfahrtsstaats« oder die Reform »des Staates« in einem internationalen Zusammenhang zu sprechen, führt sofort zur Frage »Welcher Staat? Wo?«. Für jemanden, der den größten Teil seines Lebens in Europa verbracht hat, gibt es ein weiteres Problem: Wie relevant sind Gedanken, die in Europa über »den Staat« entwickelt wurden, für Leute, deren wesentlicher Bezugspunkt der paraguayische, bolivianische oder argentinische Staat ist? Die Antwort kann nur in Richtung eines Begriffs der Fragmentierung einer vereinten Welt liegen. Dieser Artikel ist ein Versuch, diesen Begriff zu entwickeln.

2. Der Staat

Schon die Begriffe einer »Reform des Staates« oder der »Krise des Wohlfahrtsstaates« verweisen auf den Umstand, daß wir etwas Gemeinsames in der Entwicklung verschiedener Staaten ausmachen und daher behaupten, eine Analyse, die sich an einem bestimmten Staat orientiert, sei unzureichend. Die Staaten scheinen recht unterschiedliche, separate Einheiten zu sein, und dennoch sprechen wir von der Reform »des Staates« als ob es nur einen Staat gebe, womit wir unterstellen, daß es eine Art Einheit dessen gibt, was als getrennt erscheint. Wie können wir den Zusammenhang verstehen zwischen der Entwicklung verschiedener Staaten als Einheit des Disparaten, als Einheit-in-Diparität/Disparität in Einheit »des Staates« - und der Vielzahl verschiedener Staaten?

¹ Ursprünglich auf Spanisch erschienen in *Perfiles Latin Americanos*, No.1, FLACSO, Mexico City, Juli 1992. Das Thema der Nummer ist die Reform des Staates in Lateinamerika. (Übersetzung der englischen Version, a.d.Ü.)

In der Tradition politischer Wissenschaft wird der Staat als grundlegende und weitgehend selbstverständliche Kategorie betrachtet. Die überwältigende Mehrzahl der Arbeiten in dieser Disziplin nimmt sich einen bestimmten Staat als fast ausschließlichen Bezugsrahmen und analysiert politische Entwicklungen, als ob sie in rein nationalen Begriffen verstanden werden könnten. Dies gilt besonders für Arbeiten aus den Vereinigten Staaten und Europa, wo die Theoretiker es sich immer noch im Mythos nationaler Selbstgenügsamkeit bequem machen: Es ist z.B. auf der Linken wie auf der Rechten üblich, »Thatcherismus« oder »Reaganismus« als rein nationale Phänomene zu analysieren und nicht als Teil einer globalen Verschiebung im Verhältnis von Staat und Kapital. In Lateinamerika ist den Leuten der globale Zusammenhang, in dem die aktuellen Veränderungen stattfinden, viel klarer, aber in gewissem Sinne beschränkt und bestimmt die selbstverständliche Kategorie »des Staates« immer noch die Debatte.

Wenn der Staat als Ausgangspunkt genommen wird, erscheint die Welt (sofern sie überhaupt erscheint) als die Summe der Nationalstaaten. Trends oder Entwicklungen, die über die Grenzen eines Staates hinausgehen, werden entweder in Begriffen zwischenstaatlicher Beziehungen (wie in der Tradition der »Fachdisziplin« »Internationale Beziehungen«) oder durch Analogiebildungen (wie in der »Fachdisziplin« »Vergleichende Politik«) diskutiert. Beide gehen nicht von einem Begriff der Einheit der Nationalstaaten aus, sondern von deren Trennung: Gemeinsame Entwicklungstendenzen können nur verstanden werden als Teil des zwischenstaatlichen Netzwerks an Machtbeziehungen, die entweder direkt zwischen den Staaten ausgeübt werden oder mittels Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds; oder sie werden verstanden unter Rekurs auf Ähnlichkeiten zwischen Staaten, was Ideen, politische Institutionen oder gesellschaftliche Strukturen anbelangt - wie in der gegenwärtig einflußreichen Regulationstheorie mit ihren nationalspezifisch definierten Begriffen des Fordismus und Postfordismus.

Sicher spielen zwischenstaatliche Pressionen oder der Druck internationaler Organisationen, sowie institutionelle und theoretische Moden eine prägende Rolle bei der Entwicklung des Staates, doch reichen sie nicht aus, um die Tiefe und die globale Dimension der gegenwärtig stattfindenden Veränderungen zu erklären. Die Veränderungen etwa mit dem Druck des IWF zu erklären, verschiebt das Problem bloß auf eine andere Ebene: Was steckt hinter der politischen Orientierung und dem Einfluß des IWF? Ebenso wirft eine Erklärung der Veränderungen des Einflusses neoliberaler Vorstellungen einfach die Frage auf, warum neoliberales Denken einen derartigen Einfluß in verschiedenen Ländern gerade zu dieser Zeit gewonnen hat. Vergleichende Analysen, die sich auf das Vorkommen ähnlicher

sozio-ökonomischer Veränderungen in den verschiedenen Ländern konzentrieren, wie in der regulationistischen Analyse des Fordismus, bringen uns etwas weiter, aber die Analogien, obwohl verlockend, sind im allgemeinen skizzenhaft und oberflächlich (Clarke 1988/1991). Um zu einem zufriedenstellenden Verständnis der gegenwärtig stattfindenden Entwicklungen in den verschiedenen Ländern zu kommen, scheint es uns daher nötig, über die Kategorie »des Staates« oder vielmehr über die Trennung der verschiedenen Staaten hinauszugehen, um eine Möglichkeit zu finden, ihre Einheit zu erörtern.

Hier bietet sich die Dependenztheorie als verlockende Alternative an, sofern sie den einheitlichen Charakter der Welt betont und auf einem Verständnis des Handelns einzelner Staaten im Kontext der bipolaren Beziehung von Zentrum und Peripherie beharrt, wobei die Peripherie der Ausbeutung durch das Zentrum ausgesetzt ist. Hier findet sich ein Begriff der Einheit separater Staaten, sofern sie alle Elemente einer bipolaren Welt sind. Allerdings bleibt die Analyse sehr staatsorientiert, sofern das »Zentrum« und die »Peripherie« als »zentrale Staaten« und »periphere Staaten« begriffen werden. In diesem Sinne ist die Dependenztheorie eng verwandt mit der Tradition des Faches »Internationale Beziehungen«: Obwohl die Betonung auf dem Primat des Weltsystems gegenüber den einzelnen Staaten liegt, wird das Weltsystem im Grunde als ein internationales Staatensystem verstanden, mit den Staaten des Zentrums als den herrschenden Akteuren, wobei der einzig mögliche Weg aus der Abhängigkeit im Handeln der peripheren Staaten besteht (vgl. Dabat 1992 für eine ähnliche Kritik). Wie in der *Mainstream*-Tradition definiert der Staat eine Unterscheidung zwischen Innen und Außen, wobei der Unterschied in der Dependenztheorie darin liegt, daß die Betonung (bezüglich der abhängigen Staaten) stark auf den äußeren und nicht auf den inneren Determinanten des staatlichen Handelns liegt. Entwicklungen wie etwa die staatlichen Reformen in den peripheren Staaten können in dieser Perspektive nur in Begriffen externer Zwänge verstanden werden, die aus dem Verhältnis von Zentrum und Peripherie erwachsen, aber es gibt keinen Begriff, der es uns ermöglicht, die Dynamik dieser Beziehung zu verstehen.

3. Der Staat als eine Form gesellschaftlicher Verhältnisse

Jeder Staat verkündet seine Eigenständigkeit gegenüber anderen Staaten, seine nationale Souveränität. Um zu verstehen, was es uns ermöglicht, von der Krise oder der Reform »des Staates« zu sprechen, als ob es nur einen Staat gebe, müssen wir diese Eigenständigkeit aufweichen, den Staat als Kategorie auflösen.

Den Staat als Kategorie auflösen heißt, den Staat nicht als etwas Eigenständiges zu verstehen, sondern als eine gesellschaftliche Form, eine Form gesellschaftlicher Verhältnisse. In der Physik haben wir inzwischen akzeptiert, daß es nichts absolut Eigenständiges gibt, daß Energie in Masse verwandelt werden kann und Masse in Energie; ebenso gibt es in der Gesellschaft keine absoluten Trennungen, keine harten Kategorien. Wissenschaftlich zu denken heißt, die Denkkategorien aufzulösen, alle gesellschaftlichen Phänomene als ebensolche zu verstehen, als Formen gesellschaftlicher Verhältnisse. Gesellschaftliche Verhältnisse, Verhältnisse zwischen Menschen, sind flüssig, unvorhersehbar, instabil, oft leidenschaftlich, aber sie verfestigen sich zu bestimmten Formen, Formen die eine eigene Autonomie zu gewinnen scheinen. Die verschiedenen akademischen Disziplinen nehmen diese Formen (Staat, Geld, Familie) als gegeben hin und tragen damit zu ihrer scheinbaren Solidität und daher zur Stabilität der kapitalistischen Gesellschaft bei. Wissenschaftlich zu denken bedeutet, diese Disziplinen zu kritisieren, diese Formen aufzulösen, sie als Formen zu verstehen; frei zu handeln heißt, diese Formen zu zerstören.

Der Staat ist also eine verfestigte (oder, um den von Marx gebrauchten Begriff zu borgen, »fetischisierte«) Form gesellschaftlicher Verhältnisse. Er ist ein Verhältnis zwischen Menschen, das nicht als ein solches erscheint, ein gesellschaftliches Verhältnis, das in der Form eines den gesellschaftlichen Verhältnissen Äußerlichen existiert. Dies ist der Ausgangspunkt für ein Verständnis der Einheit aller Staaten: alle sind verfestigte, scheinbar autonome Formen gesellschaftlicher Verhältnisse.

Aber warum verfestigen sich gesellschaftliche Verhältnisse auf diese Weise und inwiefern hilft uns diese Einsicht, die Entwicklung des Staates zu verstehen? Dies war die Frage, die von der sogenannten »Staatsableitungsdebatte« gestellt wurde, eine etwas eigentümliche, aber sehr wichtige Diskussion, die sich in den 70er Jahren von Westdeutschland aus auf andere Ländern ausdehnte.² Die Debatte war insofern eigentümlich, als sie in einer äußerst abstrakten Sprache geführt wurde, oft ohne daß die politischen und theoretischen Implikationen der Argumentation offengelegt wurden. Die Dunkelheit der Sprache und die Tatsache, daß die Teilnehmer Folgerungen aus der Debatte häufig nicht entwickelten (oder sich ihrer nicht bewußt waren), setzte die Debatte Mißverständnissen aus, und der Ansatz wurde oft als »ökonomische« Theorie des Staates oder als »kapital-

2 Zur Staatsableitungsdebatte und ihrer Verbreitung vgl. etwa Holloway und Picciotto 1978; Clarke 1991 (Großbritannien); Vincent 1975 (Frankreich); Perez Sainz 1981 (Spanien); *Criticas de la Economía Política* 1979, 1980; Sánchez Susarrey 1986 (Mexiko); Archila 1980; Royas und Moncayn 1980 (Kolumbien); Fausto 1987 (Brasilien).

logisch« abgetan, der versuche, die politische Entwicklung als einen funktionalen Ausdruck der Logik des Kapitals zu verstehen. Während diese Kritik an manchen Beiträgen zu Recht geübt werden kann, bestand die Bedeutung der Debatte insgesamt darin, daß sie eine Grundlage lieferte, um vom ökonomischen Determinismus und Funktionalismus loszukommen, der so viele Diskussionen zum Verhältnis von Staat und kapitalistischer Gesellschaft beeinträchtigt hat, und den Staat nun als Element, oder besser, Moment der Totalität der gesellschaftlichen Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft zu diskutieren.

Der Brennpunkt der Debatte über den Staat als besonderer *Form* gesellschaftlicher Verhältnisse ist der entscheidende Bruch mit dem ökonomischen Determinismus, der z.B. im Basis-Überbau-Modell (und dessen strukturalistischen Varianten) beschlossen liegt. Das Augenmerk auf die Funktionen des Staates nimmt die Existenz des Staates als gegeben hin. Es gibt im Basis-Überbau-Modell keinen Platz, um nach der Form des Staates zu fragen, zu fragen warum gesellschaftliche Verhältnisse sich zur scheinbar autonomen Form des Staates verfestigen. Nach der Form des Staates zu fragen heißt, die Frage nach seiner historischen Besonderheit aufzuwerfen: Die Existenz des Staates als eines Etwas, das von der Gesellschaft getrennt ist, ist der kapitalistischen Gesellschaft eigen, wie es die Existenz des »Ökonomischen« als eines von offen zwangsförmigen Klassenverhältnissen Unterschiedenen ist (Gerstenberger 1990). Die Frage lautet daher nicht: Wie determiniert das Ökonomische den politischen Überbau? Sie lautet vielmehr: Was ist das Besondere an den gesellschaftlichen Verhältnissen des Kapitalismus, das die Verfestigung (oder Besonderung) gesellschaftlicher Verhältnisse in Form des Staates bedingt?³ Ihr Gegenstück ist die Frage: Was bedingt die Konstitution des Ökonomischen und des Politischen als unterschiedlicher Momente derselben gesellschaftlichen Verhältnisse? Die Antwort ist sicher, daß es etwas Besonderes mit dem gesellschaftlichen Antagonismus auf sich hat, auf dem der Kapitalismus (wie jede Klassengesellschaft) beruht. Unterm Kapitalismus beruht der gesellschaftliche Antagonismus (das Verhältnis zwischen Klassen) auf einer

3 Die Staatsableitungsdebatte hat die Frage wiederbelebt, die Pashukanis 1923 gestellt hat: »Warum bleibt die Herrschaft einer Klasse nicht das, was sie ist, d.h. die faktische Unterwerfung eines Teils der Bevölkerung unter den anderen? Warum nimmt sie die Form einer offiziellen staatlicher Herrschaft an oder - was dasselbe ist - wird der Apparat des staatlichen Zwangs nicht als der privater Apparat der herrschenden Klasse geschaffen, warum spaltet er sich von der letzteren ab und nimmt die Form eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparats der öffentlichen Macht an?« (Pashukanis 1970, S.119f.). Diese Frage kostete Pashukanis schließlich das Leben, da die Schlußfolgerung aus ihr, nämlich daß der Staat eine spezifisch kapitalistische Form der gesellschaftlichen Beziehungen ist, unvereinbar war mit Stalins Versuch, einen staatlichen »Sozialismus in einem Land« aufzubauen.

Form der Ausbeutung, die nicht offen vonstattengeht, sondern vermittelt ist durch den »freien« Kauf und Verkauf der Arbeitskraft als einer Ware auf dem Markt. Diese Form der Klassenverhältnisse setzt eine Trennung von unmittelbarem Ausbeutungsprozeß, der auf der »Freiheit« der Arbeiter beruht, und dem Prozeß der Aufrechterhaltung der Ordnung in einer Ausbeutungsgesellschaft voraus, der die Möglichkeit von Zwang in sich birgt (vgl. Hirsch 1974/1978).

Den Staat als Form gesellschaftlicher Verhältnisse zu betrachten, heißt offensichtlich, daß die Entwicklung des Staates nur verstanden werden kann als Moment der Entwicklung der Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse: sie ist ein Teil der antagonistischen und krisengeschüttelten Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft. Als eine Form kapitalistischer gesellschaftlicher Verhältnisse hängt seine Existenz ab von der Reproduktion dieser Verhältnisse. Er ist daher nicht nur ein Staat in einer kapitalistischen Gesellschaft, sondern ein kapitalistischer Staat, da seine eigene Fortdauer an die Förderung der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse insgesamt geknüpft ist. Die Tatsache, daß er als besondere oder verfestigte Form gesellschaftlicher Verhältnisse existiert, heißt allerdings, daß die Beziehung zwischen Staat und Reproduktion des Kapitalismus komplex ist: Es kann nicht, in funktionalistischer Manier, angenommen werden, daß alles, was der Staat tut notwendig im besten Interesse des Kapitals ist, noch daß der Staat das Erforderliche für die Reproduktionssicherung der kapitalistischen Gesellschaft leisten kann. Das Verhältnis von Staat und Reproduktion der kapitalistischen Verhältnisse ist eines von Versuch und Irrtum.

Vom Staat als einer verfestigten Form gesellschaftlicher Verhältnisse zu sprechen, heißt, sowohl von seiner Trennung von wie von seiner Einheit mit der Gesellschaft zu sprechen. Die Trennung oder Verfestigung (oder Fetischisierung) ist ein Prozeß, der ständig wiederholt wird.⁴ Die Existenz des Staates impliziert einen beständigen Prozeß der Abtrennung bestimmter Aspekte gesellschaftlicher Verhältnisse, deren Definition als »politischer« und daher vom »Ökonomischen« getrennter. Der Antagonismus, auf dem die Gesellschaft beruht, wird damit fragmentiert: Kämpfe werden in politische und ökonomische Formen kanalisiert, von denen keine Raum läßt für Fragen zur Struktur der Gesellschaft als Ganzer. Ein deutliches Beispiel dafür ist gegenwärtig Venezuela, wo die Stabilität der vorhandenen Gesellschaft sehr stark von der Fähigkeit abhängt, die soziale Unzu-

4 Es kann nicht angenommen werden, wie Jessop (1991) dies tut und Hirsch zumindest in seinen späteren Arbeiten zu tun scheint, daß die Besonderung des Staates ein Prozeß ist, der in der Ursprungszeit des Kapitalismus vollendet wurde. Zur Kritik an Jessop vgl. Holloway (1991).

friedenheit in die etablierten Prozeduren des politischen Systems zu kanalisieren, von der Fähigkeit, einer schlecht artikulierten Ablehnung der bestehenden Ordnung bestimmte Definitionen aufzuprägen. Dieser Prozeß der Durchsetzung von Definitionen für gesellschaftliche Kämpfe ist zugleich ein Prozeß der Verfestigung gesellschaftlicher Verhältnisse, und durch diesen Prozeß wird der Staat andauernd neu konstituiert als eine Instanz, die von der Gesellschaft getrennt ist (Holloway 1980/1991; 1991).

4. Nationalstaaten als Formen der globalen Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse

»Der Staat« wird damit doppelt aufgelöst: er ist keine Struktur, sondern eine Form gesellschaftlicher Verhältnisse; er ist keine völlig fetischisierte Form, sondern ein Prozeß der Formung (Fetischisierung) gesellschaftlicher Verhältnisse (und daher ein anhaltender Prozeß der Selbstkonstitution). Aber die Diskussion bewegt sich immer noch auf der Ebene »des Staates«: Bisher ist nichts zu der Tatsache gesagt worden, daß »der Staat« nicht ein Staat ist, sondern eine Vielheit von Staaten. Wie ansonsten sympathisierende Kritiker des Staatsableitungsansatzes ausgeführt haben (Barker 1978/1991), von Braummühl 1974; 1978) »behandelt die Debatte den Staat, als ob er nur im Singular existiere. Der Kapitalismus ist jedoch ein Weltsystem von Staaten, und die Form, die der kapitalistische Staat annimmt, ist die des Nationalstaates« (Barker 1978/1991, 204).

Auf einer Ebene ging diese Kritik fehl, weil die Staatsableitungsdebatte sich nicht um das Verständnis eines bestimmten Staates drehte, sondern um das Verständnis des »Staatlichen« oder besser »des Politischen«. Die Ableitung »des Politischen« aus der Natur der kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse abstrahierte von der Existenz »des Staates« nur in dessen Form einer Vielheit von Staaten. Im Zusammenhang der Analyse der allgemeinen Beziehung von Staat und Gesellschaft war es, wie Picciotto bemerkt, »gängig, eine Korrelation zwischen der Gesellschaft und ihren Klassen und dem Staat innerhalb dieser Gesellschaft anzunehmen.«⁵ Gängig oder nicht, dieser Punkt wurde in der Debatte nie klar gemacht, und das Ergebnis war eine schwerwiegende Vermischung von »Staat« im Sinne des »Politischen« (im folgenden einfach als »das Politische« bezeichnet) und

5 »Es gibt eine Tendenz in der marxistischen Analyse des Staates, das Augenmerk auf den Staat zu legen, den einzelnen Staat. Diese Tendenz herrscht vermutlich stärker in der marxistischen als in der nichtmarxistischen Literatur, da die marxistische Betonung der Klassennatur des Staates es notwendig macht, den Staat im Verhältnis zur Struktur der Gesellschaft zu diskutieren, und es wird gängig, eine Korrelation zwischen der Gesellschaft und ihren Klassen und dem Staat innerhalb dieser Gesellschaft anzunehmen.«

»Staat« im Sinne des mexikanischen, argentinischen oder deutschen Staates (im folgenden als »Nationalstaat« bezeichnet).⁶ Dies führte zu einer Verarmung des Begriffs »des Politischen« und trug auch zu einigen Schwierigkeiten bei, die Debatte weiterzuführen, nachdem die allgemeinen theoretischen Argumente einmal vorgebracht waren.

Welches sind die Konsequenzen dieser Unterscheidung zwischen dem Politischen und dem Nationalstaat? Das Politische, so wurde erkannt, ist ein Moment der Totalität kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse. Sind die Grenzen des staatsorientierten Denkens einmal verlassen, ist es klar, daß die Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse nur verstanden werden kann als globale (weltweite) Totalität. Die globale Natur der Gesellschaft ist nicht das Ergebnis der jüngsten »Internationalisierung« des Kapitals (ein Begriff, der das Verlassen einer historisch und logisch primären nationalen Gesellschaft impliziert), sondern ist der Natur des Kapitalismus von Anfang an inhärent (vgl. von Braunmühl 1978; Clarke 1991; Picciotto 1985/1991). Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Produzenten und Konsumenten, zwischen Finanzleuten und Industriellen überschreiten allesamt nationale Grenzen. Kapital ist seiner Natur nach ein globales Verhältnis.

Das Politische ist daher ein Moment eines globalen Verhältnisses, aber es kommt zum Ausdruck nicht durch die Existenz eines globalen Staates, sondern in der Existenz einer Vielheit von scheinbar autonomen Nationalstaaten. Das Politische ist fragmentiert: Diese Fragmentierung ist grundlegend für ein Verständnis des Politischen, ein entscheidendes Element, das verlorengelht, wenn angenommen wird, daß Gesellschaft und Staat deckungsgleiche Begriffe sind. Die Welt ist keine Summierung von Nationalstaaten, nationalen Kapitalismen oder nationalen Gesellschaften; vielmehr löst die fragmentierte Existenz des Politischen als Vielheit von Nationalstaaten die Welt in viele scheinbar autonome Einheiten auf.

Die Unterscheidung von Politischem und Nationalstaat gibt dem Begriff des Staates damit eine neue Dimension als Prozeß der Fetischisierung oder Verfestigung gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Dekomposition der Weltgesellschaft in Nationalstaaten ist nicht etwas, das vollendet ist, sobald nationale Grenzen festgelegt sind. Im Gegenteil, alle Nationalstaaten befinden sich in einem ständig wiederholten Prozeß der Auflösung globaler gesellschaftlicher Beziehungen: mittels Bekundungen nationaler Souveränität, Bekenntnissen zur »Nation«, Fahnenzeremonien, dem Abspielen der

6 In diesem Sinne hat Colin Barker (1978/1991, S. 208) ganz recht, wenn er einen Artikel von Sol Picciotto und mir kritisiert (Holloway und Picciotto 1977/1991) und meint, »ihr ganzer Artikel handelt von einer Abstraktion namens »der Staat«, der Zusammenhang mit den tatsächlichen Staaten des kapitalistischen Systems nicht adäquat entwickelt ist«.

Nationalhymne, administrativer Diskriminierung von »Ausländern«, mittels Krieg. Je schwächer die gesellschaftliche Basis dieser nationalen Dekomposition der Gesellschaft - wie etwa in Lateinamerika - desto offener ihre Ausdrucksformen. Diese Dekomposition der Weltgesellschaft ist ein entscheidendes Element bei der Fragmentierung der Opposition gegen die kapitalistische Herrschaft, durch die Dekomposition der Arbeiterschaft als einer Klasse.

Der Nationalstaat ist also wesentlich eine Form der Fragmentierung der Weltgesellschaft. In diesem Licht gesehen gibt es eine grundlegende territoriale Nichtübereinstimmung zwischen dem Staat und der Gesellschaft, auf die er bezogen ist. Die von Picciotto erwähnte »gängige« Annahme einer Korrelation von Staat und Gesellschaft ist ganz einfach falsch. Jeder Nationalstaat ist ein Moment der Weltgesellschaft, eine territoriale Fragmentierung einer Gesellschaft, die sich über die gesamte Welt ausdehnt. Kein Nationalstaat, ob »reich« oder »arm«, kann unter Absehung von seiner Existenz als Moment des globalen Kapitalverhältnisses verstanden werden. Die so oft getroffene Unterscheidung von »abhängigen« und »nicht abhängigen« Staaten fällt in sich zusammen. Alle Nationalstaaten sind - historisch und immer von neuem - definiert durch ihre Beziehung zur Totalität kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse. Die Unterscheidung, die z.B. Evers in seiner Weiterentwicklung des Staatsableitungsansatzes für die kapitalistische »Peripherie« trifft, zwischen »zentralen« Staaten, in denen es eine »gesellschaftliche Identität der ökonomischen und politischen Sphäre gibt« und den »peripheren« Staaten, wo es diese Identität nicht gibt (Evers 1979, S. 77-79), ist völlig wertlos. Trotz der nationalen Orientierung der meisten Theoretiker in den »reicheren« Ländern ist die Existenz des Nationalstaates als eines Moments des globalen Kapitalverhältnisses nicht weniger entscheidend für das Verständnis etwa des Thatcherismus in Großbritannien als für das Verständnis des neoliberalen Vormarschs in irgendeinem sogenannten »peripheren« Land (wie Bonefeld 1990 überzeugend zeigt).

Dies heißt nicht, daß das Verhältnis von globalem Kapital und Nationalstaaten überall dasselbe ist. Im Gegenteil, obwohl alle Nationalstaaten als Momente des globalen Verhältnisses konstituiert sind, sind sie besondere und nichtidentische Momente dieser Beziehung. Die Fragmentierung der Welt in nationale Gesellschaften bedeutet, daß jeder Staat eine spezifische territoriale Definition hat und daher eine spezifische Beziehung zu den Leuten auf seinem Territorium, von denen er einige (normalerweise, aber nicht immer die Mehrheit: Südafrika, Kuwait) als seine »Staatsbürger« definiert, den Rest als »Ausländer«. Diese territoriale Definition bedeutet,

daß jeder Staat eine anderes Verhältnis zu den globalen Kapitalverhältnissen hat.

Die territoriale Definition bedeutet auch, daß jeder Staat auf eine Weise unbeweglich ist, die scharf mit der Mobilität des Kapitals kontrastiert. Der Nationalstaat kann seine Grenzen nur unter Schwierigkeiten ändern, während Kapital sich in Sekunden von einer Seite der Erde zur andern bewegen kann. Während Nationalstaaten fest sind, ist Kapital wesentlich flüssig, und es fließt überall hin, wo die größten Profite zu machen sind. Natürlich gibt es Hindernisse für diesen Strom, Grenzen der Mobilität. Die Reproduktion von Kapital hängt entscheidend von seiner (vorübergehenden) Immobilisierung in Form von produktivem Kapital ab, wozu seine Verkörperung in Maschinen, Arbeitskraft, Land, Gebäuden und Waren gehört. Andere Hindernisse bremsen ebenfalls den freien Kapitalfluß, etwa staatliche Regelungen oder Monopolsituationen, aber in seiner allgemeinsten und abstraktesten Form ist Kapital als Geld global, flüssig und schnell. Geld kennt keine persönlichen oder nationalen Gefühle.

Das Verhältnis von Nationalstaat und Kapital ist das Verhältnis eines national fixierten Staates zu einem weltweit mobilen Kapital. In diesen Begriffen müssen sowohl die Beziehung zwischen dem Nationalstaat und der Welt als auch die Beziehungen zwischen Nationalstaaten formuliert werden. Dies ist wichtig, weil es besonders auf der Linken gängig war, das Verhältnis von Staat und Kapital zu diskutieren, als ob das Kapital unbeweglich, als ob es an bestimmte Aktivitäten, Orte oder Personen gebunden sei. Dies führt dann zu Analysen der politischen Entwicklung in Begriffen des Konflikts zwischen Kapitalfraktionen (Textilkapital vs. Chemiekapital z.B., oder Finanzkapital vs. Industriekapital), als ob das Kapital irgendwie an eine bestimmte Aktivität gefesselt sei (vgl. Clarke 1978), oder führt zur Diskussion des Staates als einer Art Fusion, Einheit oder Verknüpfung von Staat und »nationalem Kapital«, als ob das Kapital irgendwie an einen bestimmten Teil der Welt gebunden sei. Die Verbindungen von Staat und Kapital werden aufgezeigt anhand von Familienbanden, persönlichen Beziehungen, der Existenz militärisch-industrieller Komplexe, und diese Verbindungen werden theoretisiert, als ob sie die kapitalistische Natur des Staates aufzeigten (wie in Miliband 1969). Oder die Verknüpfung wird begriffen als eine Fusion des Staates und der Monopole (wie in staatsmonopolistischen Kapitaltheorien), oder als die Formierung konkurrierender Staatskapitale (wie in Staatskapitaltheorien, z.B. Barker 1978/19917), oder klassisch imperialismustheoretisch. All diese Ansätze behan-

7 Obwohl Barkers Kritik an den Beschränkungen der Staatsableitungsdebatte im Grunde richtig ist, sind seine Schlußfolgerungen zur Notwendigkeit der Analyse des Nationalstaates in Begriffen konkurrierender Staatskapitale somit ganz falsch.

deln das Kapital, als ob es hinsichtlich seiner personellen, institutionellen oder lokalen Ankerpunkte verstanden werden könnte, anstatt diese Ankerpunkte als Übergangsmomente zu behandeln, als Haltepunkte im unaufhörlichen Fluß von Kapital. Sicher existieren persönliche, institutionelle und politische Verbindungen zwischen Gruppen von Kapitalisten und Nationalstaaten, aber »Gruppen von Kapitalisten« sind nicht das Kapital, und häufig sehen sich Nationalstaaten gezwungen, die Verbindungen mit ihren kapitalistischen Freunden abzubrechen, um die Reproduktion des Kapitals insgesamt zu sichern (Hirsch 1974/1978). Die relative Immobilität des Nationalstaates und die extrem hohe Mobilität des Kapitals machen es unmöglich, eine derart einfache Beziehung zwischen Nationalstaat und irgendeinem besonderen Teil des Weltkapitals zu behaupten (Murray 1971; Picciotto 1985/1991).

Die Konkurrenz zwischen Staaten und die wechselnden Positionen der Nationalstaaten im Verhältnis zum globalen Kapital können daher nicht angemessen in Begriffen der Konkurrenz zwischen »nationalen Kapitalen« diskutiert werden. Die Diskussion darf nicht von der Immobilität des Kapitals, sie muß von seiner Mobilität ausgehen. Insofern die Existenz jedes Nationalstaates nicht nur von der Reproduktion des Weltkapitalismus, sondern auch von der Reproduktion des Kapitalismus innerhalb seiner Grenzen abhängt, muß er sich bemühen, Kapital anzuziehen, und wenn dies gelungen ist, das Kapital auf seinem Gebiet festzuhalten.⁸ Der Konkurrenzkampf zwischen Nationalstaaten ist kein Kampf zwischen nationalen Kapitalen, sondern ein Kampf zwischen Staaten um die Anziehung und/oder den Erhalt eines Teils des Weltkapitals (und daher eines Teils des globalen Mehrwerts). Um dieses Ziel zu erreichen, muß der Nationalstaat versuchen, günstige Bedingungen für die Reproduktion des Kapitals innerhalb seiner Grenzen zu sichern (durch die Bereitstellung von Infrastruktur, die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, die Erziehung und Regulation von Arbeitskräften, usw.), sowie dem Kapital, das innerhalb seiner Grenzen operiert, internationale Unterstützung zu gewähren, weitgehend unabhängig von der Staatsangehörigkeit der legalen Eigner dieses Kapitals.

In diesem Konkurrenzkampf werden hegemoniale und untergeordnete Positionen errichtet, aber eine hegemoniale Position befreit Staaten nicht von der globalen Konkurrenz um die Attraktion und den Erhalt von Kapital. Relativ hegemoniale oder unterworfenene Positionen beruhen letztlich auf der Existenz mehr oder weniger günstiger Bedingungen für die Kapitalakkumulation auf den verschiedenen staatlichen Territorien: von daher der

⁸ Das Ausmaß, in dem bestimmte Staaten diese Grenzen in revolutionären Situationen durchbrechen können, würde eine besondere Diskussion erfordern, die hier nicht unternommen wird.

langfristige Niedergang Großbritanniens als einer Hegemonialmacht und die gegenwärtige Instabilität der internationalen Position der Vereinigten Staaten. Die Bedingungen für die Kapitalakkumulation hängen wiederum von den Bedingungen für die Ausbeutung der Arbeitskräfte durch das Kapital ab, aber es gibt hier keine direkte Bindung an das Staatsgebiet. Kapital kann auf dem Territorium eines Nationalstaates akkumulieren aufgrund der Ausbeutung der Arbeit auf dem Territorium eines anderen Staates - wie im Falle kolonialer oder neokolonialer Situationen, aber auch in Fällen, wo sich Staaten durch Steuervergünstigungen oder andere Anreize zu attraktiven Orten der Kapitalakkumulation machen (gute Beispiele sind die Cayman-Inseln und Liechtenstein).

Nationalstaaten konkurrieren also darum, einen Teil des weltweit produzierten Mehrwerts auf ihr Territorium zu ziehen. Der Antagonismus zwischen ihnen ist nicht Ausdruck der Ausbeutung der »peripheren« durch die »zentralen« Staaten (wie die Dependenztheoretiker behaupten), sondern drückt die (äußerst ungleiche) Konkurrenz zwischen ihnen um die Anziehung (oder die Bewahrung) eines Teils des globalen Mehrwerts auf ihr Territorium aus. Aus diesem Grunde haben alle Staaten ein Interesse an der globalen Ausbeutung der Arbeitskraft. Es stimmt, wie Dependenztheoretiker behaupten, daß Nationalstaaten nur im Hinblick auf ihre Existenz in einer bipolaren Welt verstanden werden können, die durch Ausbeutung bestimmt ist, aber die Ausbeutung ist keine Ausbeutung von armen Ländern durch reiche Länder, sondern von globaler Arbeit durch globales Kapital, und die Bipolarität ist keine von Zentrum und Peripherie, sondern von Klassen, eine Bipolarität, in der *alle* Staaten, qua ihrer von der Reproduktion des Kapitals abhängigen Existenz selbst, am kapitalistischen Pol verortet sind.

Die Beziehung zwischen Nationalstaaten ist als externe Beziehung nicht angemessen verstanden, obwohl sie sich als solche darstellt. Wenn der Nationalstaat ein Moment des globalen Kapitalverhältnisses ist, dann können weder das globale Kapitalverhältnis (»internationales Kapital«) noch andere Staaten adäquat als ihm äußerlich begriffen werden. Beim Versuch, die Entwicklung eines Nationalstaates zu verstehen, stellt sich daher nicht das Problem, zwischen den »externen« Determinanten der staatlichen Entwicklung (beliebt bei den Dependenztheoretikern im Falle der »peripheren« Staaten) und den »internen« Determinanten (wie von der Regulationstheorie bevorzugt (Hirsch 1992)) zu wählen. Auch kann die staatliche Entwicklung nicht verstanden werden als Ergebnis einer Kombination von endogenen und exogenen Triebkräften, die Lösung, um die sich Dabat (1992) bemüht. Die Unterscheidungen von innen/außen, intern /extern, endogen/exogen reproduzieren die scheinbare Autonomie von Nationalstaaten und

verstärken damit die mörderische Verhärtung gesellschaftlicher Verhältnisse, die nationale Grenzen darstellen, aber sie sind als Erklärung der staatlichen Entwicklung nicht angebracht. Alle Nationalstaaten manipulieren die intern/extern-Unterscheidung als wichtiges Element praktischer Politik. Alle Staaten z.B., die Abmachungen mit dem IWF getroffen haben, präsentieren die Ergebnisse solcher Vereinbarungen als extern auferlegte, während sie in Wirklichkeit Teil der »nationalen« politischen Konflikte sind, oder vielmehr der nahtlosen Integration des nationalen und globalen politischen Konflikts. Dies gilt gleichermaßen für die Vereinbarungen, die dem britischen Staat im Jahr 1976 »auferlegt« wurden (ein bedeutender Sieg der Rechten in Großbritannien), wie für jene, die Venezuela »auferlegt« wurden und ein wichtiger Teil der Strategie des venezolanischen Staates sind, die Gesellschaft zu restrukturieren, um günstigere Bedingungen für die Kapitalakkumulation zu schaffen. Das globale Kapital ist Cochabamba oder Zacatlan oder selbst Santana do Agreste nicht »äußerlicher« als es New York, Tokio oder London ist, obwohl die Formen und Folgen seiner Präsenz sich enorm unterscheiden.

Das Verständnis der Entwicklung des Nationalstaates kann keine Frage der Untersuchung interner und externer Determinanten sein, sondern des Versuchs einzusehen, was es heißt, daß der Nationalstaat ein Moment des globalen Kapitalverhältnisses ist. Vorderhand bedeutet dies, daß die Entwicklung eines bestimmten Staates nur im Kontext der globalen Entwicklung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse, deren Bestandteil er ist, verstanden werden kann. Die »globale Entwicklung kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse« ist kein logischer Prozeß oder etwas »da draußen«, sondern das historische Ergebnis eines Konflikts, der, obwohl fragmentiert, global ist. Die Struktur dieses Konflikts (letztlich die Form der Abhängigkeit des Kapitals von Arbeit) erzeugt gewisse Entwicklungsrhythmen, die am klarsten in der Krisentendenz des Kapitals zum Ausdruck kommen (vgl. Holloway 1992). Allerdings ist das Verhältnis jedes bestimmten Nationalstaats zur globalen Entwicklung komplex. Obwohl die Tatsache, daß alle Nationalstaaten Momente desselben globalen Verhältnisses sind, in gemeinsamen Entwicklungsmustern zum Ausdruck kommt, wie es im Thema »Reform des Staates« zum Ausdruck kommt, bedeutet die Unterschiedlichkeit der Beziehungen von Nationalstaaten zum globalen Kapital, daß die Formen, die die Kämpfe um die Entwicklung des globalen Kapitals annehmen, und daher die Entwicklung der Nationalstaaten, sich immens unterscheiden können. Was zunächst als gemeinsame Entwicklung erscheint (die Reform des Staates z.B.) verdeckt häufig eine große Zahl verschiedener (und konkurrierender) Strategien, eine neu definierte Beziehung zum globalen Kapital im Restrukturierungsprozeß zu erlangen.

Es gibt bei alledem keinen Platz für Funktionalismus. Eines der Probleme im Zusammenhang mit der Analyse des »kapitalistischen Staates« in der Einzahl war, daß sie sehr leicht zu der funktionalistischen Annahme führte, daß der Staat, da kapitalistisch, die vom Kapital erforderten Funktionen ausübe. Wie in den Ausführungen zur »Staatsableitungsdebatte« erläutert, ist dies schon auf der Ebene »des Staates« eine nicht zu rechtfertigende Schlußfolgerung, aber die Schwäche des funktionalistischen Arguments wird viel deutlicher, wenn man sich klarmacht, daß das Kapital global ist und »der Staat« eine Vielheit von Nationalstaaten ist: Aus der Tatsache, daß die Reproduktion des globalen Kapitals durch bestimmte politische Manöver befördert werden könnte, kann nicht gefolgert werden, daß einem oder mehreren Staaten das Erforderliche gelingen wird (Picciotto 1985 / 1991). Es kann nicht vorausgesetzt werden, daß das Kapital seine Krisen immer lösen wird.

5. Die Reform des Staates: Nationale Politik der globalen Überakkumulation

Der Nationalstaat ist gebunden, das Kapital bewegt sich global. Kapital fließt weltweit, aber in jedem bestimmten Moment hat es eine territoriale Verankerung, sei es auf dem Konto eine Finanzinstitution oder in den Steinen, aus denen eine Fabrik gebaut ist. Die verschiedenen Staaten konkurrieren, um den Fluß des Kapitals anzuziehen und stillzustellen. Das Verhältnis bestimmter Nationalstaaten zum globalen Kapital ist durch diese Konkurrenz um Attraktion und Einbindung vermittelt. Dieses Verhältnis könnte man sich als eine Reihe von Staubecken vorstellen, die darum konkurrieren, ein Maximum an Wasser aus einem mächtigen und weitgehend unkontrollierbaren Strom anzuziehen und zu halten.

Wie die Flußmetapher nahelegt, kontrollieren die Nationalstaaten nicht den Gesamtdruck, die Geschwindigkeit und das Fließvolumen des Wassers. Diese Faktoren können nur verstanden werden, wenn man weiß, was den Fluß des Wassers überhaupt in Gang setzt. Die Nationalstaaten, die Staubecken unserer Metapher, können nur auf Veränderungen der Höhe und Strömung des Flusses reagieren.

Die großen Veränderungen der Organisation des Staates und seines Begriffes in den letzten etwa fünfzehn Jahren, nicht nur in Lateinamerika, sondern weltweit, sind die Antwort auf eine radikale Veränderung des Kapitalstroms.

Um den Wandel des Kapitalstroms zu verstehen, müssen wir zu seiner Quelle gehen, den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Die Form, die der Kapitalstrom annimmt, hängt ab von den Bedingungen kapitalistischer

Produktion. Der Kapitalstrom ist unaufhörlich, aber nicht undifferenziert. Kapital fließt durch verschiedene funktionale Formen, existiert mal als Geld, mal als produktives Kapital, das sich in den Produktionsmitteln und der eingesetzten Arbeitskraft verkörpert, mal als Ware. Jede Form hat verschiedene Auswirkungen auf die Geschwindigkeit der geographischen Mobilität. Kapital in Form von Geld kann in Sekunden von London nach Tokio fließen. Kapital in Form von Produktivkapital, das sich in Maschinen, Gebäuden, Arbeitskräften usw. verkörpert, ist geographisch viel weniger mobil. Kapital in Form von Waren findet sich unter diesem Gesichtspunkt offensichtlich irgendwo zwischen den anderen beiden Formen. Bei alledem spielt das Produktivkapital eine entscheidende Rolle, da die Produktion die einzige Quelle des Mehrwerts und daher der Reproduktion und Expansion des Kapitals ist. Allerdings ist das Kapital blind für solche theoretischen Betrachtungen: Es fließt in die Form, die die größten Profite zu bieten scheint, die besten Expansionsmöglichkeiten. Daher wird, wenn die Produktion keine guten Profite bietet und die Warenmärkte gesättigt sind, das Kapital in die Geldform fließen. Das Ergebnis ist ein radikaler Wandel der Mobilität des Kapitals. Im Kern hat dies während der letzten zwanzig Jahre stattgefunden, und hier liegt der Schlüssel zu den Veränderungen der Organisation der Nationalstaaten.

Die Zerstörungen durch den Zweiten Weltkrieg und die Vorkriegsdepression, zusammen mit der Erfahrung des Faschismus in einer Reihe von Staaten, haben global günstige Bedingungen für die kapitalistische Produktion geschaffen. Die etwa fünfundzwanzig Jahre nach dem Krieg waren allgemein eine Periode hohen und stetigen Wachstums auf der Basis der Profitabilität kapitalistischer Produktion. Natürlich war der Geldstrom wichtig, aber er spielte gegenüber der Produktionsentwicklung eine untergeordnete Rolle. Die sich daraus ergebende relative Stabilität des Kapitals schuf die Basis für die Entwicklung eines bestimmten Typs von Beziehungen zwischen Nationalstaaten und globalem Kapital und verlieh dem Bild einer aus »nationalen Ökonomien« bestehenden Welt Glaubwürdigkeit. Die relative Stabilität erzeugte auch ein Umfeld, in dem möglich war, daß die nach dem Krieg erzielten internationalen Abkommen die ökonomischen Beziehungen der Nationalstaaten regulierten. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang das Abkommen von Bretton Woods, das, indem es ein System fester Wechselkurse einführte, in gewissem Maße die Geldströme zwischen den Nationalstaaten regulierte und daher Nationalstaaten zu einem bestimmten Grad von der globalen Bewegung des Kapitals abschirmte (vgl. Bonefeld 1990; Holloway 1992a). Diese relative Abschottung, die auf der relativen Stabilität des Produktivkapitals beruhte und durch internationale Regelungen und nationale politische Kontrolle der

Kapitalbewegung verstärkt wurde, lieferte die Grundlage für die staatsorientierte Politik dieser Periode, sei es die Politik des keynesianischen Wohlfahrtsstaates oder die Politik der Importsubstitution. Dieselbe relative Stabilität ermöglichte auch den Aufbau einigermaßen stabiler Allianzen zwischen Nationalstaaten und Gruppen von Kapitalisten - jene Sorte von Allianzen, die begrifflich in den oben diskutierten Theorien festgehalten sind (militärisch-industrieller Komplex, staatsmonopolistischer Kapitalismus usw.) - und gleichermaßen zwischen dem Staat und bürokratisierten Arbeiterbewegungen, wie sie sich in den vielen Spielarten der korporatistischen politischen Entwicklung finden.⁹ Viele der theoretischen Konzeptionen des Staates, die immer noch gängig sind - besonders, wie oben diskutiert, die Abstraktion »des Staates« von der Welt - entsprangen der Erfahrung dieser Zeit, die auch eine Periode der raschen Expansion für die »Politikwissenschaft« und die Sozialwissenschaften allgemein war.

Das Ende des langen Nachkriegsbooms war auch das Ende der relativen Abschottung des Nationalstaates. Ab Mitte der sechziger Jahre gab es deutliche Signale wachsender Instabilität. Die Bedingungen, die die Produktion während der ganzen Nachkriegsperiode profitabel gemacht hatten, verschlechterten sich: Die Kosten, die mit der Ausbeutung der Arbeitskräfte einhergehen (oft als organische Zusammensetzung des Kapitals bezeichnet), stiegen, die Disziplin, die durch die Kriegszeit aufgebaut worden war, schwächte sich ab, die Staatsbürokratien, die mit dem bisherigen Entwicklungsmuster einhergingen, erwiesen sich für das Kapital als kostenträchtig. Investition in die Produktion wurde zu einem nicht mehr so sicheren Mittel, das Kapital zu expandieren. Es gab, mit anderen Worten, einen Überschuß an Kapital, eine Überakkumulation von Kapital. In den Jahren des Booms hatte eine schnelle Akkumulation von Kapital stattgefunden. Mehr Kapital war akkumuliert worden, als einen sicheren und profitablen Abfluß in produktive Investitionen finden konnte. Wenn dies geschieht, dann schwärmt das Kapital aus - wie bei den Bienen, wenn es nicht mehr genug Honig im Bienenstock gibt, um eine expandierende Population zu nähren, sich ein Teil erhebt und wegfliegt auf der Suche nach einer neuen Behausung.¹⁰ Genauer, Kapital nimmt die flüssige Form von Geld an und

9 Viele dieser Verknüpfungen sind in der regulationistischen Diskussion zum Fordismus analysiert worden, aber da die Regulationstheorie den Nationalstaat und nicht das globale Kapital als Bezugrahmen nimmt (vgl. Clarke 1987/1991; Hirsch 1992), ist es ihr nicht gelungen, diese Problematik zur Mobilität des Kapitals in Beziehung zu setzen. Die Orientierung der Regulationstheorie am Nationalstaat ist ein Reflex der Tatsache, daß der Nationalstaat in der Nachkriegsperiode eine wichtigere Rolle bei der Eindämmung der Arbeiterbewegung gespielt hat als jemals zuvor. Aber weil der Nationalstaat in der Regulationstheorie als gegeben betrachtet wird, bleibt dies theoretisch gänzlich unverarbeitet.

10 Hier werden schamlos Metaphern gemischt. Aber Flüsse und Bienen sind genug.

durchströmt die ganze Welt auf der Suche nach einem Weg, Profit zu machen. Anstatt sich in den Backsteinen, den Maschinen und Arbeitskräften der produktiven Investition zu verkörpern, fließt es in die Suche nach spekulativen, oft sehr kurzfristigen Mitteln der Expansion. Viele der Fabriken, die nun unprofitabel geworden sind, werden geschlossen und die Gebäude und Maschinen verkauft. Das freigesetzte Kapital bleibt als Geld übrig, das in produktive Investitionen anderswo verwandelt werden kann, aber wahrscheinlicher in der Geldform bleibt, solange die Bedingungen für produktive Investition relativ ungünstig bleiben. Die Schwierigkeiten in der Produktion drücken sich sowohl in einem Anstieg des Geldangebots aus, da ehemals produktives Kapital sich in Geld transformiert und sich als Kredit anbietet, als auch in der Nachfrage nach Geld, da das Kapital, das in der Produktion verbleibt, versucht, Schwierigkeiten durch Kreditaufnahme zu lösen, und die Staaten versuchen, die wachsenden sozialen Spannungen durch zunehmende Verschuldung zu dämpfen.

Die Krise der Produktionsverhältnisse drückt sich in der Verflüssigung von Kapital aus. Es gibt einen scharfen Wandel der Beziehung von produktivem Kapital und Geldkapital:¹¹ Geld, anstatt der Produktion scheinbar untergeordnet zu sein, erscheint nun als Selbstzweck. Der Kapitalfluß, vormals relativ stabil, wird zu einem schnellen Strom und dieser Strom schwemmt die Institutionen und die Selbstverständlichkeiten der Nachkriegszeit hinweg. Eine der ersten Säulen der Nachkriegswelt, die zerbrach, war das Bretton-Woods-System fester Wechselkurse, das auf einem festen Verhältnis von Dollar und Gold beruhte. Der rasche Anstieg der Dollarmengen außerhalb der Vereinigten Staaten (und außerhalb der Regulationsmacht irgendeines Nationalstaats), der sogenannten Eurodollars in den 60er Jahren, führte zur Unterminierung der Position des Dollars und zur Aufgabe des Bretton-Woods-Systems im Jahr 1971, das schließlich durch ein System floatender Wechselkurse ersetzt wurde. Der Zusammenbruch fester Wechselkurse bedeutet, daß Nationalstaaten jetzt viel direkter dem Strom des Weltgeldes ausgesetzt sind: Der Einsatz einer für die Interessen des Kapitals offensichtlich schädlichen Politik führt jetzt viel schneller zu Reaktionen auf den Geldmärkten und zur Schwächung der Landeswährung (Clarke 1988; Bonefeld 1990).

Der Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods ist nur der erste Schritt. Das rasche Wachstum der globalen Geldmärkte während der 70er und 80er Jahre und die schnellere Geldbewegung, die durch den Einsatz neuer Techniken erleichtert wird, hat drastische Konsequenzen für die Or-

11 Für eine viel detailliertere Erklärung des hier geschilderten Prozesses vgl. Bonefeld (1990), dem dieser Artikel einiges verdankt.

ganisation der Nationalstaaten. Nationalstaaten versuchen, Kapital anzuziehen und in ihren Grenzen zu halten. Was das heißt, ändert sich radikal mit der neuen Liquidität von Kapital. Die Konkurrenz zwischen den Staaten um die Attraktion ihres Kapitalanteils verschärft sich deutlich und verpflichtet alle Staaten, neue Wege zu suchen, um sich für Kapital attraktiv zu machen. Die Tatsache, daß ein viel größerer Teil des Kapitals auf kurzfristiger Basis investiert wird, heißt, daß die Staaten unter dem ständigen Druck stehen, Bedingungen aufrechtzuerhalten, die das Kapital auf ihrem Territorium halten. Die alten Ideologien verschwinden: Die neue Herrschaft des Geldes findet Ausdruck in den neuen Ideologien des Neoliberalismus, der Angebotstheorie, des Monetarismus, die alle auf die eine oder andere Weise sagen, daß sich der Staat zurückziehen muß, daß Markt und Geld die Herrschaft übernehmen müssen. Die alten Allianzen verschwinden. Die etablierten Bande zwischen Gruppen von Kapitalisten und dem Staat werden zunehmend als Hindernis betrachtet, wenn einmal die Einsicht gewonnen ist, daß Kapital in seiner Geldform sich an keine Gruppe von Leuten und keine bestimmte Tätigkeit bindet. Die Formen korporatistischer Herrschaft durch die Gewerkschaften geraten ebenfalls unter Druck: Was nötig ist, um Weltgeld anzuziehen, ist eine neue Organisation der Arbeit, eine neue Flexibilität und Disziplin, die unvereinbar ist mit den alten Gewerkschaftsstrukturen, eine neue Art »die Verbeugung zu lernen« (vgl. Pelaez und Holloway 1990/1991). Geld, in seinem verzweifelten Bemühen, sich auszudehnen, erzwingt die Öffnung von Bereichen, die für privatkapitalistische Investitionen einst verschlossen waren: Überall werden Tätigkeitshereiche, die einmal von den Nationalstaaten kontrolliert wurden, privatisiert, dem Geldstrom auf der Suche nach einer profitablen Behausung geöffnet. Selbst die solideste der Bastionen, die Sowjetunion, wird vom Geld geöffnet und auseinandergerissen.

Und dann gibt es noch die Schulden. Die Transformation von Kapital in seine Geldform bedeutet, daß ein Großteil des Geldes zum Verleih angeboten wird, daß es in Kredit und Schulden verwandelt wird. Die letzten Jahre des Nachkriegsbooms wurden durch eine rasche Ausdehnung der Schulden getragen. In den späten 70er Jahren, nachdem die Krise der Profitabilität in den reichen Ländern offenkundig geworden und monetäre Austerität verkündet worden war, strömte die Geldflut nach Süden, besonders nach Lateinamerika, bot sich Regierungen an, die nach einem Mittel zur Eindämmung der sozialen Spannungen suchten, und verwandelte sich in Schulden. Als nach der Erklärung der mexikanischen Regierung 1982, daß es Schwierigkeiten bei der Rückzahlung gebe, klar wurde, daß Lateinamerika kein sicherer Ort für Kreditgelder ist, floß das Geld wieder nach Norden, zerbrach die kurzlebigen Versuche einer strengen monetären Kon-

trolle in den Vereinigten Staaten und veranlaßte eine massive Erhöhung der Konsumentenverschuldung und, besonders in den Vereinigten Staaten, der von den Militärausgaben angeführten Haushaltsschulden. Mit den Schulden einher geht eine neue Schuldenpolitik, auf internationaler wie innenpolitischer Ebene (vgl. Holloway 1990; Cleaver 1989). Schuldenwachstum heißt verschärfte Diskriminierung zwischen jenen, die kreditwürdig und jenen, die es nicht sind, eine neue Spaltung, die sich weltweit auf erschreckende Weise sowohl zwischen Nationalstaaten als auch innergesellschaftlich kundtut. Für Schuldner, ob privat oder staatlich, bedeuten Schulden eine härtere Unterwerfung unters Geld.

Der Nationalstaat ist nicht mehr, was er einmal war. Als Moment des globalen Kapitalverhältnisses hat er nicht mehr dieselbe Bedeutung; Es hat eine interne Verschiebung der Formen kapitalistischer Herrschaft stattgefunden. Es gibt, wie Maratti es ausdrückt, »eine Verschiebung staatlicher Macht hin zur globalen Ebene - der Ebene, auf der der monetäre Terrorismus operiert« (Maratti 1976, S. 107). Politische Entscheidungen, die auf der Ebene des Nationalstaats getroffen werden, sind nun direkter in die globale Kapitalbewegung eingebunden. In diesem Sinne kann gesagt werden, daß der Nationalstaat ausgehöhlt ist. Auch die Demokratie, wo sie existiert, ist ausgehöhlt: Da politische Entscheidungen auf jeden Fall direkter dem globalen Kapital unterworfen sind, wird es leichter, die demokratischen politischen Formen mit den Interessen des Kapitals zu versöhnen. Diese Aushöhlung der Demokratie ist, wie Cavarrozi u.a. (1992) zeigen, der Schlüssel, um zu verstehen, warum die Verbreitung der Demokratie in Lateinamerika in den letzten Jahren einhergegangen ist mit zunehmender Armut und sozialer Ungleichheit (natürlich sind diese nicht auf Lateinamerika beschränkt). Die Aushöhlung der Demokratie bringt jedoch auch Probleme mit sich. Die Unterwerfung des Nationalstaats unter das globale Kapital macht die Aufteilung der Gesellschaft in Nationalstaaten schwieriger und gibt Anlaß zu Spannungen, wie sie auf sehr unterschiedliche Weise deutlich werden in den gegenwärtigen Schwierigkeiten der venezolanischen Regierung, dem Sturz von Thatcher in Großbritannien, oder der jüngsten Rede des mexikanischen Präsidenten Salinas, der seinen patriotischen »sozialen Liberalismus« vom Neoliberalismus abgrenzte, der kein nationales Gefühl kenne.

Bei all dem erscheint das Kapitals allmächtig. Geld ist die frechste, arroganteste Form des Kapitals. Seine mannigfachen weltweiten Erfolge sind bekannt. Und doch ist die Herrschaft des Geldes die Manifestation der Schwäche des Kapitals. Auch Bienen im Schwarm sind die frechtesten, arrogantesten Formen von Bienen, doch sie sind im Schwarm, eben weil es nicht genug Honig gab. Geld herrscht, weil die Produktion aufgehört hat,

so attraktiv für das Kapital zu sein, aber letztlich ist es die Produktion und nur die Produktion, die den Honig liefert: Produktion ist die einzige Quelle der Ausdehnung des Kapitals. Nicht die Auflösung alter Formen durch Geld oder die »Reform des Staates« sind der Schlüssel zur Wiedergeneuerung des Kapitals, sondern die Neuorganisation der Produktion, die re-strukturierte Unterwerfung der Macht der Arbeit unter das Kapital; und trotz aller Veränderungen in der Organisation der Produktion, und trotz der aggressiven Politik des Kapitals während der letzten zehn oder fünfzehn Jahre ist nicht klar, ob es dieses Ziel schon erreicht hat. Bienen, die zu lange ausschwärmen, verhungern. Die schwache Basis der Herrschaft des Geldes ist in den Jahren seit dem Börsen-Crash von 1987 zunehmend deutlich geworden: Der Zusammenbruch so vieler Banken und Finanzinstitutionen in einer unaufhörlichen Folge von Skandalen in allen Finanzzentren hat es erwiesen. Viele der ausgeschwärmten Bienen sind tatsächlich gestorben und sterben weiter in der »Kreditklemme«, die im Zentrum der gegenwärtigen Rezession liegt. Ob diese Zerstörung überakkumulierten Kapitals ausreicht, um die globale Basis für die Wiederherstellung einer gesunden kapitalistischen Produktion zu schaffen, bleibt allerdings zweifelhaft, und es scheint zunehmend unwahrscheinlich, daß der Zusammenbruch der Sowjetunion die erhoffte Lösung bringt. Die tiefe Rezession, die von allen scheinbar mächtigsten »Ökonomien« in den letzten Jahren durchgemacht wurde, läßt alle Behauptungen, daß der Kapitalismus sich in eine neue Phase profitabler Produktion hineinentwickelt (manchmal als Post-Fordismus bezeichnet), wenig überzeugend erscheinen. Der vieldiskutierte Kapitalfluß nach Südamerika in den letzten ein oder zwei Jahren ist wahrscheinlich eher eine Umlenkung des Kapitalstroms (weg von den gegenwärtig nicht attraktiven Bedingungen in anderen Ländern) als die regionale Lösung der Schwierigkeiten des Kapitals. Es sieht so aus, als ob die Welt weiterhin unter der Gewalt und Launenhaftigkeit der nationalen (und internationalen) Politik der globalen Überakkumulation leiden wird.

Literatur:

- Archila M. (Koord.) 1980: *Des Estado Instrumento a la Forma-Estado*, Bogota.
- Barker, C. 1978/1991: A Note on the Theory of Capitalist States, *Capital & Class*, No.4 (repr. in Clarke 1991).
- Bonefeld, W. 1990: *The State Form and the Development of the State under Monetarism*, PhD Thesis, University of Edinburgh.
- Bonefeld, W., Gunn R., Psychopedis, K. (eds.) 1992: *Open Marxism*, London.
- Bonefeld, W., Holloway, J. (eds.) 1991: *Post-Fordism and Social Form. A Marxist Debate on the Post-Fordist State*, London.
- Braunmühl, C. v. 1974: Kapitalakkumulation und Weltmarktzusammenhang, in *Gesellschaft I*, Pfm.
- Braunmühl, C. v. 1978: On the Analysis of the Bourgeois Nation-State within the World Market Context, in Holloway, J., Piccioto, S. (eds.) 1978.
- Cavarozzi M. et. al. 1992: Rethinking Development Theories in Latin America (unpubl.paper, FLACSO, Mexico City).
- Clarke, S. 1988/1991: Overaccumulation, Class Struggle, and the Regulation Approach, *Capital & Class*, No. 36 (repr. in Bonefeld, Holloway 1991).
- Clarke, S. 1988: *Keynesianism, Monetarism and the Crisis of the State*, London.
- Clarke, S. 1991: *The State Debate*, London.
- Cleaver, H. 1989: Close the IMF, abolish debt and end development: a class analysis of the international debt crisis, *Capital & Class*, No. 39.
- Criticas de la Economia Politica* 1979, No. 12/13: Estado y Capital, Mexico City
- Criticas de la Economia Politica* 1980, No. 16/17 Historia y teoria des Estado, Mexico City
- Dabat, A. 1992 Capitalismos Mundai y Capitalismos Nacionales, Mexico City.
- Evers, T. 1979: *Es Estado en la Periferia Capitalista*, Mexico City.
- Fausto, R. 1987: *Marx: Logica e Política*, Rio de Janeiro.
- Gerstenberger, H. 1990: *Die subjektlose Gewalt: Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt*, Münster.
- Hirsch, J. 1974/1978: The State Apparatus and Social Reproduction, in Holloway, Piccioto.
- Hirsch, J. 1992: Regulationstheoretische Interpretationen des Verhältnisses von Kapital, Staat und Weltmarkt, (Ms.).
- Holloway, J. 1980/1991: The State and Everyday Struggle, in Clarke 1991.
- Holloway, J. 1990: The Politics of Debt, *Common Sense*, No. 9, Edingburgh.
- Holloway, J. 1991: Capital is Class Struggle (And Bears are not Cuddly), in Bonefeld, Holloway 1991.
- Holloway, J. 1992: Crisis, Fetishism, Class Decomposition, in Bonefeld, Gunn, Psychopedis 1992.
- Holloway, J. 1992a: Es auge y las Caida del Keynesianismo, *Relaciones*, No. 6, Mexico City.
- Holloway, J., Piccioto, S. 1977/1991: Capital, Crisis and the State, *Capital & Class*, No. 2 (repr. in Clarke 1991).
- Holloway, J., Piccioto, S. 1978: *State and Capital: A Marxist Debate*, London.
- Jessop, B. 1991: Polar Bears and Class Struggle: Much Less than a Self-Criticism, in Bonefeld, Holloway 1991.
- Marazzi, C. 1977: Money and the World Crisis, *Zerowork*, No. 2.
- Murray, R. 1971: The Internationalization of Capital and the Nation State, *New Left Review*, No. 67.
- Paschukanis, E. 1923/1970: *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*, Ffm.

- Pelaez, E., Holloway, J. 1990/1991: Learning to Bow: Postfordism and Technological Determinism, *Science as Culture*, No. 8 (repr. in Bonefeld, Holloway 1991).
- Picciotto, S. 1985/1991: The Internationalisation of Capital and the International State System, CSE Conference Papers (repr. in Clarke 1991).
- Rojay, E., Monoyo, V. (Coord.) 1980: *Crisis Permanente des Estado Capitalista*, Bogota.
- Sanchez Susarrey, J. 1986: *La Forma Estado, la Forma Mercancia*, Universidad Duadaljara.
- Vincent, J.M. 1975: *L'Etat Contemporain et la Marxisme*, Paris.

Übersetzt aus dem Englischen von Klaus Fritz

PROKLA 91 (Juni 1993): »Neues Deutschland«

Eine fatale Mischung aus falschen Versprechungen, unrealistischen Wohlstandserwartungen und einer abenteuerlichen »Schocktherapie« hat das neue Deutschland in eine Vereinigungskrise mit unabsehbaren Langzeitfolgen gestürzt. Die Neuaufgabe der fünfziger Jahre will nicht gelingen, ein zweites Wirtschaftswunder ist nicht in Sicht. Der Vereinigungskeynesianismus ist in der Konsumwelt verpufft. Seine einseitige Finanzierung über die Sozialkassen und eine Steuerreform zugunsten der höheren Einkommensklassen setzen ein düsteres Zeichen vor die nachträgliche Inszenierung eines »Solidarpakts«. Läßt sich angesichts der brisanten Überlagerung von sozialer Rhetorik und nationalistischem Programm noch ein linker Standpunkt bestimmen? Wie weit sollen sich die Gewerkschaften, denen ein politisches Mandat bislang stets abgesprochen wurde, in die »nationale Pflicht« nehmen lassen? Kann sich die Sozialdemokratie vom ewigen Komplex eines vaterlandslosen Gesellen befreien?

Abseits des Spülbeckens: Fragmentarisches über Geschlechter und Kapital

Dass die Kritik der gesellschaftlichen Arbeitsteilung unvollständig bleibt, solange sie die vorwiegend Frauen zugewiesene Sphäre der Hausarbeit ausblendet, ist heute so wahr wie in den 1970er Jahren, als Feministinnen der alten Arbeiterbewegung einen blinden Fleck in puncto Geschlechterverhältnis attestierten. Dass es jedoch einen notwendigen Zusammenhang zwischen Kapital- und Geschlechterverhältnis gibt, die jetzige Produktionsweise also auf eine bestimmte geschlechtliche Arbeitsteilung sowie damit einhergehende festgeschriebene Geschlechtercharaktere angewiesen ist und diese zwangsläufig fördert, konnte bis jetzt nicht plausibel argumentiert werden. Trotz erheblicher Diskontinuitäten in der Entwicklung der Geschlechterunterschiede in den letzten dreihundert Jahren kapitalgetriebener Geschichte sehen wir weniger eine Verhärtung der Verhältnisse als vielmehr eine Tendenz zur Nivellierung. Ausgehend von dieser Beobachtung wollen wir uns im Folgenden einige prominente Etappen der Debatte um Kapitalverhältnis und Geschlechterdifferenzen anschauen. Empirische Folie ist dabei die Entwicklung in Deutschland im Besonderen sowie in den westlich-industrialisierten Ländern im Allgemeinen.

In Nordamerika und Europa erbte der Kapitalismus eine sehr rigide Geschlechterordnung von vorherigen gesellschaftlichen Formationen. Auch wenn durch die bourgeoise Produktionsweise einiges *Ständische und Stehende verdampfte*, erwies sich die Herrschaft des Kapitals als keinesfalls unvereinbar mit allerlei Formen von Unterdrückung, die ihr nicht inhärent sind, aber unter ihr fortleben können oder sogar neu hergestellt werden. Zugleich schaffte die im Kapitalverhältnis angelegte *abstrakte* Gleichheit und Freiheit die Voraussetzung, solche Unterdrückungsverhältnisse infrage zu stellen, und somit für eine progressive Veränderung in der Geschlechterordnung, sicherlich nicht als Automatismus, sondern nur durch Frauenbewegungen. In der Gattungsgeschichte seit Adam und Eva hat das biologische Geschlecht wohl noch nie eine so geringe Rolle für das Leben der Einzelnen gespielt wie in den kapitalistisch entwickelten Ländern des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts. Und gerade die Tatsache, dass heute mehr denn je darüber diskutiert wird, was Mann und was Frau ist, zeugt davon, dass das Geschlecht in den Bereich menschlicher Gestaltbarkeit gerückt ist. Trotzdem: Das allgemeine Hauen und Stechen, das das Überleben im Kapitalismus kennzeichnet, bietet hervorragenden Nährboden etwa dafür, dass die Angehörigen eines bestimmten Geschlechts oder einer bestimmten Hautfarbe ihre dominante Rolle in diesem Hauen und Stechen zu verteidigen versuchen.

Der vorliegende Text behauptet nicht, dass sich ein klassisches Geschlechterverhältnis, ablesbar vor allem an der geschlechtlichen Arbeitsteilung, vollständig erledigt hätte. Auch in den am weitesten entwickelten und in der Verflüssigung des Geschlechterverhältnisses fortgeschrittensten Gesellschaften ist das nicht der Fall. Er behauptet auch nicht, dass das Geschlechterverhältnis kein Thema für Sozialrevolutionäre mehr sei; allerdings hat ein Großteil

der Literatur mit der Unterstellung eines *logisch-notwendigen* Zusammenhanges von kapitalistischer Gesellschaftsordnung und geschlechtlich codierter Unterdrückung nicht überzeugt.

Hat der Wert ein Geschlecht?

Die im deutschsprachigen Raum wohl prominenteste Vertreterin der These, dass Kapitalismus mit Frauenunterdrückung einhergehen *muss*, ist Roswitha Scholz. Sie versuchte erstmals 1992 in ihrem Aufsatz »Der Wert ist der Mann«, anhand der Begriffe »wertförmiges Patriarchat« und »Wert-Abspaltung« einen solchen logisch-notwendigen Zusammenhang herauszuarbeiten.¹ Kapitalismus und Frauenunterdrückung seien »gleichursprünglich«, das eine sei ohne das andere nicht zu haben – und folglich beides auch nicht unabhängig voneinander abzubauen oder gar »aufzuheben«. Schon der Versuch, das Kapitalverhältnis begrifflich ohne Rekurs auf das Patriarchat zu fassen, sei von vorherein zum Scheitern verurteilt (und ohnehin bloß mehr oder weniger verdeckte Kumpanei mit letzterem).

Das »wertförmige Patriarchat« ist das untrennbare Doppel-Prinzip, das Gesellschaftlichkeit überhaupt hervorbringt, aber als gespaltene: Die Gesellschaft existiert nur in zwei parallelen, sich aber bedingenden geschlechtlich bestimmten Sphären oder Lebenszusammenhängen. Einerseits gibt es die männliche oder öffentliche Sphäre, in der Arbeit, Wirtschaft, Wertproduktion, Politik, Macht usw. zu Hause sind. Doch allein innerhalb dieser Sphäre kann sich die Gesellschaft nicht reproduzieren. Alles, wofür in der männlichen Sphäre kein Platz ist, was aber dennoch unentbehrlich ist für die Reproduktion der Menschheit – Haushalt, Kindererziehung, »Sinnlichkeit«, Emotionalität, Sexualität, Liebe und Zuneigung – wird in einen zweiten Lebenszusammenhang, die private oder weibliche Sphäre, »abgespalten«. »Abstrakte Arbeit und Wert« müssen, so fordert Scholz, »schon in ihrem Konstitutionszusammenhang und damit in ihrem Wesenskern als männliches Prinzip erkannt werden«. Schließlich setzten die »Initiatoren und Macher der Wertvergesellschaftung«, die nahezu ausschließlich Männer waren, »freilich ohne es zu wissen, fetischistische Mechanismen in Gang, die ein immer stärkeres Eigenleben hinter ihrem Rücken (und natürlich auch dem der Frauen) zu führen begannen. Weil die Frau in diesem Prozeß als das objektive Gegenwesen zum abstrakten ›Arbeiter‹ gesetzt war (...) ist die wertförmige Fetisch-Konstitution schon an ihrer Basis geschlechtlich asymmetrisch besetzt und wird dies bis zu ihrem Untergang bleiben.«² Unklar ist indes, was genau es heißen soll, dass die Basis der kapitalistischen Gesellschaft »geschlechtlich asymmetrisch« sei. Sicherlich ist die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft auf Tätigkeiten angewiesen, die sich als Wertproduktion nur schlecht organisieren lassen. Wie Scholz selbst weiß und auch nachweist, ist die Rekonstruktion einer historisch entstandenen geschlechtsspezifisch bestimmten Sphärentrennung (inklusive der »ideellen« Auskleidung: abstrakt vs. konkret, intellektuell vs. sinnlich, geistig vs. materiell, öffentlich vs. privat, Kultur vs. Natur etc.pp.) nicht besonders originell; sie gehört zum *common sense* feministischer Theoriebildung.³ Was der etwas opake Begriff der »Abspaltung« dem hinzufügt, ist die Behauptung, dass die geschlechtsspezifische Zuweisung von Individuen zu den beiden Sphären, einmal historisch vollzogen, innerhalb des Kapitalverhältnisses nicht mehr rückgängig zu machen sei. Und gerade dies kann sie nicht

plausibel begründen und es ist auch höchst zweifelhaft.

Schließlich legt Scholz in ihrer Skizze der letzten Jahrzehnte dar, dass die Geschlechterbeziehung zunehmend »konflikthaft« wird. Sie beschreibt die neuen sozialen Bewegungen, die, wenn sie nicht den weiblichen Sozialcharakter anhimmeln und dadurch die Geschlechterpolarität mit umgekehrter Bewertung fortschreiben, danach streben, die Mauern zwischen den beiden Sphären einzureißen. Doch dem hält Scholz, wie bereits erwähnt, entgegen, dass »die wertförmige Fetisch-Konstitution schon an ihrer Basis geschlechtlich asymmetrisch besetzt [ist] und (...) dies bis zu ihrem Untergang bleiben« wird. Bei näherem Hinsehen sollte jedoch klar werden, dass die zunehmende Durchlässigkeit der beiden Sphären die »wertförmige Fetisch-Konstitution« keineswegs bedroht. Konkret wurde in den letzten Jahren eine ganze Reihe feministischer Forderungen staatlicherseits aufgegriffen, doch entpuppt sich das als eine Modernisierung, die letztlich dem Kapital billige weibliche Lohnarbeit zur Verfügung stellt und damit der Aufrechterhaltung der Profitrate dient – doch mehr dazu in den nächsten Abschnitten.

Aufstieg und Niedergang der Kleinfamilie

Da allgemeine theoretische Bestimmungen des kapitalistischen Geschlechterregimes scheitern, kann man die Geschlechterpolarität nur historisch erklären. Der Kapitalismus trifft in den Gesellschaften, in denen er aufkommt, auf ein historisch gewachsenes kulturelles Umfeld, zu dem auch die Geschlechterordnung gehört. Diese wird dann unter kapitalistischen Bedingungen umgeformt. Die Trennung von Haus und Produktion und damit die Entstehung einer eigenen Reproduktionssphäre vollziehen sich von der Mitte des 18. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Wo nachkommende Generationen früher in den Produktionsprozess hineingeboren wurden, wird die Kindererziehung nun eine Herausforderung, die es gesondert zu bewältigen gilt. Zumindest dort, wo es Neugeborene gibt, denn die sich formierende Arbeiterklasse zieht oft ledig und kinderlos dahin, wo es Arbeit gibt, oder anders: die Frage nach Reproduktionsarbeit spielt mit der Zerschlagung des klassischen Großfamilienmodells, dem sie immer inhärent gewesen war, gesellschaftlich zunächst eine weniger zentrale Rolle: »Von einer Reproduktion der ArbeiterInnenklasse kann zu Beginn der Kapitalisierung nicht die Rede sein – das Kapital bedient sich eines vorerst unerschöpflich scheinenden ArbeiterInnenreservoirs vom Lande.«⁴ Natürlich werden auch Frauen im Rahmen der voranschreitenden Verdrängung der Subsistenzwirtschaft durch Kapitalisierung, Industrialisierung und Urbanisierung zunehmend zur Lohnarbeit gezwungen; Mitte des 19. Jahrhunderts werden die Arbeiterinnen, die unter widrigen Bedingungen meist Tätigkeiten in der Textil-, Papier- oder Nahrungsmittelindustrie nachgehen oder als Fabrikarbeiterinnen, Wäscherinnen oder Dienstmädchen überwiegend in die Städte ziehen, deutlich schlechter entlohnt als ihre männlichen Kollegen. Anders verhält es sich im damaligen bürgerlichen Haushalt: hier obliegen der Frau lediglich die Organisation und Überwachung von Hausarbeit und Kindererziehung, die von Angestellten ausgeführt werden. Trotz ökonomisch schlechterer Ausgangslage entwickelt sich die nicht-arbeitende Frau allerdings auch zur Idealvorstellung in der Arbeiterklasse.

Obwohl die Arbeiterbewegung wie keine andere politische Bewegung – nach der Frauenbewegung selbst – gegen die Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen kämpfte, war sie bei der

Einforderung der vollen rechtlichen, ökonomischen und sozialen Gleichstellung von Frauen inkonsequent. Statt die schlechteren Arbeitsbedingungen von Frauen noch entschiedener zu bekämpfen als die ohnehin schlechten Bedingungen insgesamt, beschworen Frauenrechtlerinnen wie Zetkin und andere das Dilemma, dass gleicher Zugang von Frauen zu Bildung und Erwerbsarbeit auch eine verschärfte Konkurrenz für männliche Lohnarbeiter zur Folge haben würde. So setzt sich in der Sozialdemokratie die Forderung nach geschlechtsspezifischen Arbeitsschutzmaßnahmen durch, die letztlich Frauen aus vielen Berufen ausschließen und dazu beitragen, das bürgerliche Ideal von der Frau als Hausfrau auch im proletarischen Milieu zu verankern. Ende des 19. Jahrhunderts werden Frauen aus vielen Bereichen der Lohnarbeit in die neuentstandene private Sphäre verdrängt. Dies ist (wie auch die Schulpflicht, Arbeitsschutzgesetze etc.) das Ergebnis sowohl von Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter als auch staatlicher Interventionen, die vor allem der Sorge um den Nachschub an Arbeitskräften geschuldet waren: eine Situation, in der Mann und Frau, ebenso Kinder, unter miserablen Bedingungen in der Fabrik schufteten, ist langfristig nicht durchzuhalten, da früher oder später die nächste Generation wehrtüchtiger Männer und ausbeutbarer Arbeitskräfte verloren geht. Aus dieser Konstellation heraus entsteht, nach dem Vorbild der bürgerlichen, die idealtypische proletarische Familie. Obwohl es praktisch nie vollständig durchgesetzt wurde, bildete das bürgerliche Modell der Kleinfamilie mit männlichem Familienernährer, Hausfrau und Nachwuchs auch in der Arbeiterklasse die Idealvorstellung.

Für die Frauen war diese Entwicklung keineswegs komfortabel. Zusammen mit dem Kapitalverhältnis verändern sich auch die Bedingungen, unter denen Hausarbeit zu absolvieren ist: Kindererziehung muss zufriedenstellend geleistet, hygienischen Anforderungen muss in der Stadt penibel nachgekommen werden etc. Die Durchsetzung dieser Familienstruktur in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – unterbrochen von zwei Weltkriegen, die die Kontingenz der geschlechtlichen Arbeitsteilung in Europa für einige Jahre zumindest mit Blick auf die arbeitenden Frauen vorführten – hat ihren Höhepunkt im fordistischen, patriarchalen Kleinfamilienmodell der 1950er und 1960er Jahre.

Zur Zeit der zweiten Frauenbewegung Ende der 1960er Jahre setzt die bis heute anhaltende Erosion des klassischen Kleinfamilienmodells ein, die – analog zur Flexibilisierung in anderen gesellschaftlichen Sphären – die Stellung der proletarischen Hausfrau völlig verändert. Begleitet wird diese Flexibilisierung von gemeinsamen Kämpfen, in denen die Frauen neben einer rechtlichen Gleichstellung auch das Ende der Isolation im Hausfrauen-Dasein fordern. In den letzten Jahrzehnten haben die trotz steigender Produktivität sinkenden Reallöhne dafür gesorgt, dass Familien immer häufiger auf ein zweites Einkommen angewiesen sind und Frauen sich weiter in den Arbeitsmarkt integrieren müssen. Die gleichzeitige Herausbildung eines Niedriglohnssektors, in dem nun vornehmlich Frauen arbeiten und der, so hört man von staatlicher Seite, in der internationalen Standortkonkurrenz ein großes Plus ist, erhöht den Druck auf Frauen, für ihren eigenen Lebensunterhalt aufzukommen – trotz emanzipatorischer Kämpfe und Veränderungen.

Die Erosion des Patriarchats

In der heutigen Debatte um die Frage nach der Auflösung von Geschlechterdifferenzen kann – in den hier in den Blick genommenen westlichen Industriegesellschaften – auf die allmähliche Anerkennung der Frauen als bürgerliche Subjekte genauso hingewiesen werden wie auf das bis heute bestehende Lohngefälle. Entscheidend ist allerdings die *langfristige Tendenz* – betrachtet man diese, kann von einer nach wie vor rigiden Ordnung keine Rede mehr sein. Die Tendenz, die im Kapitalverhältnis angelegte abstrakte Gleichheit und Freiheit auch praktisch zur Geltung zu bringen, hat sich seit dem 19. Jahrhundert in sämtlichen Sphären gezeigt, nicht geradlinig und auch nicht unumkehrbar, aber doch sehr deutlich und in den entwickelten Industriegesellschaften Westeuropas und Nordamerikas erstaunlich parallel. Hier soll Deutschland für eine Skizze dieser Entwicklung dienen.

In der *politisch-juristischen* Sphäre ist es im letzten Jahrhundert, angefangen beim Wahlrecht für Frauen, zur Gleichstellung gekommen. Nach dem Zweiten Weltkrieg galten für Frauen noch die gesetzliche Verpflichtung zur Hausarbeit in der Ehe, die Bestimmung des Wohnortes durch den Ehemann, Einschränkungen beim Scheidungsrecht, die Abhängigkeit von der Einwilligung des Ehemanns zum Arbeitsvertrag sowie das Verbot der Abtreibung. Das alles wurde Schritt für Schritt abgeschafft, im Falle des Abtreibungsrechts wenigstens gelockert.⁵ Seit 1998 ist außerdem die Vergewaltigung in der Ehe ein Straftatbestand was nicht bedeutet, dass es dazu keine skandalösen Gerichtsurteile mehr gibt oder dass sie prinzipiell geahndet würde.⁶

In der *wirtschaftlichen* Sphäre hat es durch die Öffnung vormals klassisch männlicher Berufe für Frauen – bis hin zum Militär, in dem der Einsatz von Frauen vormals auf den Sanitäts- und Militärmusikdienst beschränkt war – massive Verschiebungen gegeben. Ärztinnen, Unternehmerinnen oder Professorinnen sind heutzutage keine Besonderheit mehr und öffentliche Verkehrsbetriebe werben für ihre Ausbildungsplätze Männer wie Frauen an.

Nicht zuletzt hat es eine Revolution in den *kulturellen und sexuellen* Beziehungen gegeben. Eine wichtige Rolle beim Übergang vom klassischen Kleinfamilienmodell zur Vielfalt von Lebensmodellen mit Abschnittspartnern oder in Patchworkfamilien hat sicherlich der Zugang zu Verhütungsmitteln gespielt. Auch der gesellschaftliche Status unverheirateter Mütter, die Lage von Schwulen und Lesben oder pro-feministische Pornos und Umschnalldildos deuten keineswegs auf eine gleichbleibende Geschlechterordnung hin.

Die Geschlechter in der Krise

In der ökonomischen Krise werden die eingangs genannten widersprüchlichen Tendenzen in der Entwicklung des Geschlechterverhältnisses sichtbar. Es scheint jedenfalls kein ehernes Gesetz zu geben, nach dem sich dieses Verhältnis abhängig von Krise und Aufschwung in eine bestimmte Richtung entwickelt. Einerseits waren die Boomjahre nach dem Zweiten Weltkrieg auch eine Zeit der Restauration in den Geschlechterbeziehungen. Andererseits bezeichnete der *Spiegel* 2009 die derzeitige Krise mit Grund als »Männer-Rezession«. In den USA waren 80 Prozent derjenigen, die in den ersten Monaten der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise ihren Job verloren, Männer – der Frauenanteil an der Gesamtbeschäftigung wuchs sogar auf 49,9 Prozent. In Deutschland stieg die

Arbeitslosenquote unter Männern vom April 2008 bis April 2009 um 12,4 Prozent, während die von Frauen sogar etwas zurückging. All dies ist leicht damit zu erklären, dass die zunächst am stärksten betroffenen Branchen, neben den klassischen Exportindustrien der Transport und der Bau, Männerdomänen sind. In der nächsten Phase der Krise wurden infolge von öffentlichen Ausgabenkürzungen wiederum mehr Frauenjobs kassiert, wodurch die geschlechtsspezifischen Krisenauswirkungen auf den Arbeitsmarkt tendenziell wieder egalisiert wurden.

Zugleich bietet die Stärkung der traditionellen Familie eine Möglichkeit zur Abfederung und Verteilung von Krisenfolgen. Während der Großen Depression geriet in den USA der Feminismus der 1920er Jahr ins Stocken und auf ideologisch-kultureller Ebene gab es ein eindeutiges *Rollback*. 1939 bemerkte ein amerikanischer Journalist, dass die Zahl der Arbeitslosen in den USA relativ genau der der beschäftigten Frauen entsprach, und schlug vor: »Simply fire the women, who shouldn't be working anyway, and hire the men. Presto! No unemployment. No relief rolls. No depression.«⁷ Frauen, die Lohnarbeit verrichten mussten, insbesondere verheirateten Frauen, wurde Egoismus unterstellt und es gab breite Versuche, sie aus dem Berufsleben zu verdrängen. Auch gesetzlich wurde vorgesehen, dass im Falle von Personalabbau verheiratete Frauen als erste zu entlassen sind. Angesichts dessen mag es erstaunlich erscheinen, dass sich die Frauenerwerbsarbeit zwischen 1929 und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs ausweitete. Auch hier lautet die Erklärung, dass Schwerindustrie und Transport von der Krise weit schwerer getroffen wurden als Branchen, in denen traditionell Frauen arbeiteten. Die im Zuge des New Deal eingeführten Mindestlöhne sahen mitunter explizit niedrigere Löhne für Frauen vor. Dennoch waren Frauen häufiger Nutznießer dieser Mindestlöhne, da sie in den am schlechtesten bezahlten Jobs arbeiteten. Auch in Deutschland versuchten erst die Brüning-Regierung, dann die Nazis, durch das Herausdrängen verheirateter Frauen aus dem Arbeitsmarkt die Arbeitslosenzahlen zu senken. Bekanntlich war das Programm der NSDAP rabiāt antifeministisch. Zu einem traditionellen Geschlechterbild gesellte sich der rassenpolitische Wahn, nach dem die Frau vor allem für das Gebären deutscher Kinder zuständig sein sollte. Wie schon in der Brüning-Regierung gab es Bemühungen, verheiratete Frauen aus der Lohnarbeit zu drängen. Die Zahl der Akademikerinnen sank tatsächlich, aber insgesamt stieg die Anzahl der beschäftigten Frauen von 1932 bis 1934 und noch mehr bis 1939.

In Südkorea lancierten Medien und Regierung 1997 nach Krisenausbruch eine Kampagne für das konfuzianisch-patriarchale Familienmodell. 80 Prozent der krisenbedingten Entlassungen waren Frauen, vor allem verheiratete Frauen,⁸ die in den Jahrzehnten zuvor noch als billige Arbeitskräfte in arbeitsintensiven Industrien den wirtschaftlichen Aufschwung angetrieben hatten.⁹

Jenseits des Herausdrängens aus der Fabrik bedeutet Krise für Frauen, dass Familien weniger Einkommen zur Verfügung steht und staatliche Sozial- und Wohlfahrtsdienstleistungen gekürzt werden, was häufig durch weibliche Reproduktionsarbeit aufgefangen wird. Im heutigen Griechenland etwa treffen Kürzungen im Sozialsystem, Schließung von Kindergärten, die Angleichung des Rentenalters für Männer und Frauen, disproportional Frauen. Genauer gesagt verlässt sich der Staat, wenn er nicht mehr für das Überleben der Lohnabhängigen einsteht, auf die Familie – und das heißt vor allem: auf Frauen – als Sicherheitsnetz.

Von der Kritik der Hausarbeit zur Verklärung der *Commons*

Im Angesicht der derzeitigen ökonomischen Krise scheint sich die feministische Diskussion zu verschieben. Standen in den letzten Jahrzehnten die Kritik der »heterosexistischen Matrix«, Regeln für eine geschlechtsneutrale Sprache und dergleichen im Mittelpunkt, so rücken in letzter Zeit vermehrt Fragen zu Reproduktionsarbeit ins Zentrum, wie zum Beispiel in der Debatte über Care-Arbeit ersichtlich. Ein weiteres Beispiel ist das Buch *Aufstand aus der Küche* (2012). Es enthält drei Aufsätze von Silvia Federici, die seit langem als feministische Autorin und Aktivistin aktiv ist. Sie entstammt dem feministischen Operaismus, der in Italien zu einer Zeit zahlreicher Kämpfe in den Fabriken, aber auch in Arbeitervierteln, Universitäten oder Schulen aufkam. Dabei standen die Fabrikkämpfe im Mittelpunkt operaistischer Betrachtungen: Die Arbeiter sollten ihre Lohnforderungen derart eskalieren lassen, dass das Kapital sie nicht mehr erfüllen kann und die Kämpfe dadurch revolutionär werden. Die Lage von Hausfrauen blieb außen vor. Feministinnen versuchten, diese Perspektive auf die Geschlechterfrage auszudehnen. Zentral war dafür der Text »Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft« von Mariarosa Dalla Costa.

Der Text untersucht zunächst die Stellung der Mitglieder einer kapitalistischen Gesellschaft, die in den Ausbeutungsprozess nicht unmittelbar qua Lohnarbeit integriert sind – vornehmlich Hausfrauen und Kinder. Dass sie keine Lohnarbeit leisten, heißt nicht, dass sie nicht Arbeit leisten, die den Interessen des Kapitals untergeordnet ist. Kinder werden ebenso wie männliche Lohnarbeiter aus dem Heim gezerrt und lernen in der Schule – eine Tätigkeit, die sich das Kapital unterordnet, weil es auch in Zukunft hinreichend ausgebildete und fügsame Lohnarbeiter braucht. Die Produkte der Arbeit der Hausfrauen wiederum gelangen sehr wohl auf den Markt, nämlich auf den Arbeitsmarkt. Hausfrauen reproduzieren die Arbeitskraft ihrer Ehemänner, die Lohnarbeit tätigen, und sorgen für den generationellen Nachschub an Arbeitskraft. Dass diese Arbeit aber nicht entlohnt wird, hat laut Dalla Costa allerlei Konsequenzen. Zum einen ist die Abhängigkeit der Hausfrau vom Ehemann persönlicher und unvermittelter als die des Arbeiters vom Kapitalisten, zum anderen steht sie darüber hinaus ebenso in Abhängigkeit vom Kapitalisten, der ihren Ehemann ausbeutet. Wenn der Ehemann die Fabrikttore durchquert, ist die Arbeit der Hausfrau darin schon inbegriffen, bedarf deswegen keiner Entlohnung, erfährt dadurch aber auch nicht die gleiche gesellschaftliche Anerkennung. Trotz all der elektrischen Geräte, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Weg in den Haushalt fanden (Waschmaschine, Staubsauger usw.), findet die Hausarbeit ohne die für die kapitalistische Produktion typische Maschinerie und Kooperation statt, und ihr Takt wird nicht durch die Stechuhr vorgegeben. Schwelten rund um die Lohnarbeit seit ihrer Entstehung stets Kämpfe um Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen, so tasteten diese die Hausarbeit fast nie an. Auch Hausfrauen haben eine wesentliche Rolle in Arbeitskämpfen bis hin zu Aufständen gespielt, doch blieb ihre Stellung im Alltag davon unberührt.

Entgegen den in der alten Arbeiterbewegung üblichen Losungen folgt aus dieser Analyse für Dalla Costa allerdings nicht eine Forderung nach der Integration von Hausfrauen in die Lohnarbeit: »Die Sklaverei des Fließbands ist keine Befreiung von der Sklaverei des Spülbeckens. Wer dies leugnet, leugnet auch die Sklaverei des Fließbands und beweist damit noch einmal, dass man, wenn man die Ausbeutung der Frauen nicht begreift, auch die Ausbeutung des Mannes nicht wirklich begreifen kann.« Dagegen fordert sie Lohn für Hausarbeit. Diese Forderung hat seitdem

eine lange Geschichte durchgemacht. Mitunter war sie als realistischer Reformvorschlag gedacht, der für mehr »soziale Gerechtigkeit« sorgen soll. Dalla Costa meinte sie aber primär propagandistisch. Sie stellt fest, dass mit der Entstehung des Kapitalismus »diejenigen, die in den neuen Produktionszentren, eben in der Fabrik, arbeiteten, einen (...) Lohn [erhielten]; die ausgeschlossen waren, (...) keinen. Frauen, Kinder und Alte verloren ihre beschränkte Macht, die sie aufgrund der Abhängigkeit der Familie von ihrer Arbeit, die als gesellschaftlich und notwendig betrachtet wurde, besaßen.« Daher hält sie fest, dass »die Organisation des Kampfes seitens der Frauenbewegung (...) nur das Ziel haben kann, diese Trennung zu überwinden, die auf der »Freiheit« der Lohnarbeit beruht.«¹⁰ Die Hausarbeit unterscheidet sich in einigen Aspekten sehr grundlegend von der Lohnarbeit, aufgrund des besonderen Charakters der durch sie produzierten Ware, der Arbeitskraft, und aufgrund der Isolation, in der sie stattfindet. Zum einen ist der Tag der Hausfrau nicht in Arbeits- und Freizeit unterteilt: Ihre Arbeitszeit ist prinzipiell unbegrenzt und, soweit sie Kinderbetreuung umfasst, kann sie in ihrer Isoliertheit – anders als die Fabrikarbeit – nicht durch technische Innovationen verkürzt werden. Zweitens ist Hausarbeit nicht entlohnt. Lohn und Arbeitszeit waren der Ausgangspunkt für Kämpfe von Lohnarbeitern. So bleibt der Widerstand von Hausfrauen unsichtbar und erst durch die Forderung nach Lohn können sie demnach zu Akteuren kollektiver öffentlicher Kämpfe werden. In ihrer Isolation im privaten Heim können sie sich gar nicht als Arbeiterinnen begreifen.

Dalla Costa geht aber noch einen Schritt weiter. Die Forderung nach Lohn für Hausarbeit begründet sie auch damit, dass diese gesellschaftlich produktiv sei – und zwar im Marx'schen Sinne, das heißt, sie produziert demnach Mehrwert. Dies wird damit begründet, dass die Hausarbeit Arbeitskraft produziert und diese selbstverständlich für die kapitalistische Reichtumsproduktion unabdingbar ist. Der Kapitalismus ist aber auf sehr viele Arbeiten angewiesen, die selbst keinen Mehrwert produzieren – die Arbeit des Polizisten etwa, der den Privatbesitz an Produktionsmitteln verteidigt, oder die des Lehrers, der für den Nachschub an ausgebildeter Arbeitskraft zuständig ist, sind ebenfalls unverzichtbar. Der Mehrwert, den ein Lohnarbeiter produziert, sofern er in einem kapitalistischen Betrieb beschäftigt ist, ist die Differenz zwischen dem Wert der Waren, die zur Reproduktion des Lohnarbeiters auf dem jeweiligen historisch-moralischen Niveau erforderlich sind und den er in Form seines Lohnes erhält, und dem Wert, den er den Waren, die in den Produktionsprozess eingehen, zusetzt. Diese Differenz entsteht, da der Lohn, den der Kapitalist dem Lohnarbeiter auszahlt, dem Wert der Arbeitskraft des Arbeiters entspricht, also der Menge an Arbeit, die erforderlich ist, um diese zu reproduzieren. Im Gegenzug erhält der Kapitalist den Gebrauchswert dieser Arbeitskraft, also ihre Fähigkeit, Waren zu produzieren, deren Wert den der Arbeitskraft übersteigt. Der Mehrwert wird sichtbar in der Kapitalakkumulation, also in der Expansion des Kapitals. Die Hausfrau leistet Arbeit, die der Reproduktion der Arbeitskraft ihres Ehemannes sowie der generationellen Reproduktion dient. Dafür ist ihre materielle Reproduktion wiederum gesichert. Der Ehemann akkumuliert nicht und insofern presst er ihr auch gewiss keinen Mehrwert ab. Das heißt nicht, dass der Ehemann die subalterne Stellung der Hausfrau nicht ausnutzt. Gerade in Gesellschaften, die einen niedrigen Beschäftigungsgrad von Frauen aufweisen, ist die Arbeit in der Ehe sehr ungleich verteilt. Das ist aber noch lange nicht gleichbedeutend mit Mehrwertproduktion. Auch

die Deutung, dass der Kapitalist, der den Ehemann beschäftigt, der Hausfrau Mehrwert abpresst, weil sie die Reproduktionskosten senkt, ist fragwürdig. Der Kapitalist kauft die Arbeitskraft des Ehemanns zu ihrem Wert ein. Wie dieser Wert genau zustande kommt, ist für diese Transaktion zunächst unerheblich. Seinen Lohn kann der Arbeiter prinzipiell ausgeben, wofür er möchte: Er kann die Dienste einer Hausfrau erwerben oder ein Junggesellendasein führen.

Es spricht vor allem viel dafür, dass der Einsatz unentlohnter Hausfrauen die Reproduktionskosten nicht senkt. Wie bereits erwähnt sind Hausfrauen zwar unentlohnt, aber nicht unbezahlt, und ihre Arbeit fließt indirekt in den gesellschaftlichen Produktionsprozess ein. Aber aufgrund der Isoliertheit, unter der die Hausarbeit stattfindet, liegt ihre Effizienz, soweit überhaupt messbar, weit unter den kapitalistischen Standards; wie Dalla Costa selbst bemerkt, produziert die Hausfrau unter geradezu vorkapitalistischen Bedingungen. Nicht wenige der Tätigkeiten können durch Kollektivierung und Einsatz von Maschinen rationalisiert werden: »Das Kapital kann technologisch die Bedingungen dieser Arbeit verbessern. Aber das Kapital ist gegenwärtig – zumindest in Italien – nicht bereit, die Stellung der Hausfrau als Dreh- und Angelpunkt der Kleinfamilie aufzugeben. Deshalb sollten wir nicht auf die Automatisierung der Hausarbeit warten, weil sie nie eintreten wird; weil die Erhaltung der Kleinfamilie mit der Automatisierung dieser Dienstleistungen unvereinbar ist. Um sie wirklich zu automatisieren, muss das Kapital die Familie in ihrer heutigen Form zerstören, d.h. es muss vergesellschaften, um automatisieren zu können. Aber wir wissen nur zu gut, was kapitalistische Vergesellschaftung ist – jedenfalls immer das Gegenteil der Pariser Kommune.«¹¹ Ein Stück weit ist es in den letzten Jahrzehnten genau so gekommen. Gerade um die Reproduktionskosten der Lohnabhängigen zu senken, sind Frauen vermehrt in den Produktionsprozess eingesaugt worden, während auf der anderen Seite etliche reproduktive Tätigkeiten kommerzialisiert wurden – von der Tiefkühlpizza bis zum boomenden Therapiewesen und *Wellness*-Klimbim ist heute vieles, was früher in die Zuständigkeit von Hausfrauen fiel, als Ware oder Dienstleistung erhältlich.

Trotz des wenig überzeugenden Versuchs, Hausarbeit als mehrwertproduktiv zu fassen – der sicher der dubiosen operaistischen Gleichsetzung von produktiv, machtvoll und potenziell revolutionär geschuldet war –, legte Dalla Costa für ihre Zeit eine radikale Kritik vor, die noch das vermeintlich Privateste als etwas von der herrschenden Produktionsweise Geformtes entziffern konnte. Der Durchbruch bestand vor allem im Abschied vom alten sozialistischen Gedanken, durch Ausweitung der Lohnarbeit auf beide Geschlechter die »Frauenfrage« zu lösen. Anders als im damaligen Italien sind die Frauen in den entwickelten Ländern heute mehrheitlich keine Vollzeithausfrauen und die Rebellion gegen das Fabrikregime ist der Angst um den Arbeitsplatz gewichen, doch an der Notwendigkeit, Lohn- und Reproduktionsarbeit simultan anzugreifen, hat sich grundsätzlich nichts geändert.

Die vermeintliche Fortführung dieser Linie durch Silvia Federici, deren breit diskutiertes Buch damit angepriesen wurde, feministische Kritik in den Kontext der Kritik der politischen Ökonomie zu rücken, ist im Ergebnis enttäuschend. Federici widmet sich den ökonomischen Verschiebungen der letzten Jahrzehnte, aber ihre Analyse weist erhebliche Mängel auf, die sich dann auch in ihrem Blick auf Frauenkämpfe widerspiegeln. Der Kern der jüngsten Entwicklungen besteht für Federici in einem Versuch »des Kapitals die Kosten der Produktion von

Arbeiter_innen durch eine groß angelegte Ausweitung des Weltmarkts zu senken. Es handelt sich um die Strategie, die das Kapital historisch immer wieder gewählt hat, um seine Krisen und Widersprüche zu überwinden. [Ausschlaggebend war] die Steigerung der Zahl für die Ausbeutung zur Verfügung stehender Arbeiter_innen, die Disziplinierung dieser Arbeiter_innen und die Senkung der Arbeitskosten.« »Wir müssen jedoch die Schlussfolgerung zurückweisen, die Gleichgültigkeit, die die internationale kapitalistische Klasse gegenüber dem von der Globalisierung verursachten Verlust an Menschenleben an den Tag legt, beweise, dass das Kapital keine lebendige Arbeit mehr benötige, so dass wir zunehmend von ›überflüssigen‹ Bevölkerungen umgeben seien. [D]ie großmaßstäbliche Zerstörung menschlichen Lebens (...) ist das notwendige Gegenstück, bei der es sich unweigerlich um einen gewaltsamen Vorgang handelt.«¹² Auch die aktuelle Krise ist nur »ein guter Vorwand, den Menschen noch mehr wegzunehmen«.¹³ Insgesamt kann Federici ökonomische Entwicklungen nur als bewusste Strategien des Kapitals erklären – die Armut in der Dritten Welt zum Beispiel hat ihre Ursache darin, »dass die Pläne des internationalen Kapitals für einige Weltregionen ein dicht am reproduktiven Nullpunkt angesiedeltes Existenzniveau vorsehen«.¹⁴ Diese Strategien erfolgen als Antwort auf Kämpfe von unten: Die als Globalisierung oder Neoliberalismus bezeichneten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte etwa sind demnach eine Reaktion auf die breitgefächerten Kämpfe der 1970er Jahre. Für ökonomische Prozesse, die sich hinter den Rücken der Beteiligten abspielen, ist in Federicis Analyse kein Platz. Sie begreift das Verhältnis von Arbeit und Kapital nur als reinen Klassenkampf, bei dem ein Akteur nur gewinnen kann, soweit der andere verliert, und den das Kapital mit einem expliziten Plan führt. Unberücksichtigt bleiben dabei die wechselseitige Abhängigkeit von Arbeit und Kapital, der Grund, warum das Kapital überhaupt danach trachtet, die Arbeiterklasse zu beherrschen.

Dalla Costa stellte noch fest, dass »mit dem Kapitalismus (...) die noch intensivere Ausbeutung der Frauen als Frauen [begann] – und die Möglichkeit ihrer endlichen Befreiung«.¹⁵ Diese Dialektik verneint Federici dagegen völlig und stellt dem entgegen, dass »fünf Jahrhunderte kapitalistischer Entwicklung die Ressourcen des Planeten aufgezehrt [haben], anstatt (wie von Marx angenommen) durch Ausweitung der ›Produktivkräfte‹ in Form großmaßstäblicher Industrialisierung die ›materiellen Bedingungen‹ für den Übergang zum ›Kommunismus‹ zu schaffen. Sie haben den ›Mangel‹ – Marx zufolge eines der Haupthindernisse menschlicher Befreiung – nicht aus der Welt geschafft. Im Gegenteil: Mangel im Weltmaßstab ist heute ein unmittelbares Ergebnis kapitalistischer Produktion.« Das lässt sich angesichts globaler Armut und Hungersnöten schwerlich bestreiten, aber die hat es in der Geschichte immer wieder gegeben. Was sie heutzutage so skandalös macht, ist, dass sich die Möglichkeit ihrer Abschaffung ebenso schwer bestreiten lässt. Federicis Kritik geht in geradezu grotesker Weise an Marx' Positionen vorbei. Würde er davon ausgehen, dass der Kapitalismus selbst den Mangel aus der Welt schafft, wäre er kein Kritiker dieser Produktionsweise. Just in dem von Federici an anderer Stelle als »Idealisierung von Wissenschaft und Technik«¹⁶ denunzierten Maschinenfragment in den *Grundrissen* hält Marx daran fest, dass »Arbeitszeit als Maß des Reichtums den Reichtum selbst als auf der Armut begründet« setzt und im Kapitalismus die »entwickeltste Maschinerie (...) den Arbeiter daher [zwingt], jetzt länger zu arbeiten, als der Wilde tut oder als er selbst mit den

einfachsten, rohsten Werkzeugen tat«.17 Bei Marx ist der Begriff Produktivkraft nicht identisch mit den Produktionsmitteln oder der Produktionsweise, sondern bezeichnet vielmehr gesellschaftliche Möglichkeiten, die sich als Produktionsmittel zwar realisieren, aber auch ein Potenzial darstellen, das unter einer gegebenen Produktionsweise nicht verwirklicht werden kann.18 Der Gegensatz zwischen dem Potenzial, das in dem heutigen Stand der Produktivkräfte liegt (und das Federici nicht anerkennen möchte), und dem weltweiten Mangel ist heute so deutlich wie nie zuvor.

Das betrifft indirekt natürlich auch die Reproduktionsarbeit. Federici beschreibt, dass im Frühkapitalismus Mütter, weil sie den ganzen Tag in der Fabrik zubringen mussten, keine andere Wahl hatten, als ihre Kinder mit Opiaten zu vergiften, um sie ruhig zu stellen. Ähnliches kommt auch heute noch vor, aber heute müsste es für fast jeden offensichtlich sein, dass es möglich wäre, das globale Wirtschaften so umzugestalten, dass jeder und jede ausreichend Zeit hat, um sich liebevoll um Kinder, Kranke und Alte zu kümmern. Gerade die Tatsache, dass mittlerweile ein enormer und wachsender Teil der Menschheit entweder für das Kapital überflüssig ist oder seine Reproduktion mit Arbeit im Militär, im Finanzwesen, bei der Polizei und so weiter sichert, die der Reproduktion der Menschheit eher ab- als zuträglich ist, zeigt, dass sich die rein materielle Reproduktion der Menschheit dank des derzeitigen Stands der Produktivkräfte relativ mühelos sichern ließe. Das wäre dann auch die Voraussetzung dafür, die Reproduktionsarbeit im engeren Sinne menschlich umzugestalten.

Federici analysiert die verheerenden Auswirkungen der ökonomischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte auf Frauen: Sie werden in die am schlechtesten bezahlten und prekärsten Berufe gezwungen; der Wegfall staatlicher Wohlfahrtsleistungen bürdet Aufgaben in der Gesundheitsversorgung, der Altenpflege, der Erziehung usw. wieder Frauen auf; die allgemeine Verunsicherung führt zu vermehrter Gewalt gegen Frauen. In einem recht zentralen Punkt kann sie sich aber offenbar nicht so recht entscheiden: So heißt es zuerst, dass »der insbesondere im globalen Norden steigende Anteil der Frauen an der Lohnarbeit (...) fraglos dazu geführt [hat], dass beträchtliche Teile der Hausarbeit aus dem Haushalt ausgelagert und auf kommerzieller Grundlage neu organisiert worden sind«, dann kommt sie aber doch zum Schluss, dass »Frauenarbeit zunehmend wieder in den Haushalt verlegt wird«.19

Dieser letzte Aspekt ist nicht ganz unwichtig für Federicis Argumentation. Sie eröffnet nämlich folgende politische Perspektive: »Frauen haben bei der Entwicklung von Tätigkeiten, die auf Vergemeinschaftung oder Commoning abzielen, auf der ganzen Welt eine zentrale Rolle gespielt. Tatsächlich wären die Folgen der Globalisierung der Weltökonomie und der beständigen Angriffe auf unsere wichtigsten Subsistenzmittel weitaus schlimmer ausgefallen, wenn sich nicht Millionen von Frauen um die Unterstützung ihrer Familien und Communities bemüht hätten, unabhängig davon, wie diese auf dem kapitalistischen Markt bewertet werden. [Mit ihrer Reproduktionsarbeit] haben sie sich der völligen Kommodifizierung des Lebens entgegengestellt und einen Prozess der Wiederaneignung und neuerlichen Vergemeinschaftung der Produktion eingeleitet, der unverzichtbar ist, wenn wir die Kontrolle über unser Leben wiedererlangen wollen«.20 Hier wird deutlich, wie sehr Federici die Gedanken, die bei Dalla Costa noch hinter der Forderung nach Lohn für Hausarbeit standen, in ihr Gegenteil verkehrt: Die operaistischen

Feministinnen der 1970er Jahre forderten einen solchen Lohn, gerade um die Hausarbeit auf der gleichen Ebene wie die Fabrikarbeit bekämpfen zu können – für Federici dagegen steckt in der Reproduktionsarbeit bereits der Keim einer besseren Welt. Zu der Sichtweise, dass Arbeit, die proletarisches Leben sichert oder aufwertet, an sich Widerstand gegen das Kapital darstellt, kann Federici nur kommen, weil sie keinerlei gemeinsamen Interessen von Arbeit und Kapital zu erkennen vermag: Überleben die Proletarier dank weiblicher Reproduktionsarbeit, deutet sie dies als Niederlage für das Kapital. Es müsste aber eigentlich klar sein, dass die Reproduktion zumindest bestimmter Teile des Proletariats Voraussetzung für ihre weitere Ausbeutung und damit für die fortdauernde Kapitalakkumulation ist.

Angesichts ihrer Kampfansage an den angeblichen Technikfetischismus von Marx und ihre Verklärung der *Commons* hat es eine gewisse Folgerichtigkeit, dass sich Federici recht positiv auf den Ökofeminismus einer Maria Mies bezieht, der den patriarchalen Mythos der naturverbundenen Frau – mit einem positiven Vorzeichen versehen – fortschreibt. Dass Federici unter Linken in die Nähe von Geschlechterdekonstruktion und »Queerfeminismus« gerückt wird, ist insofern erstaunlich.

Aussichten

Auch wenn der Kapitalismus auf eine rigide Geschlechterordnung prinzipiell verzichten kann, soll deren Erosion hier weder überzeichnet noch gar als unausweichliche historische Tendenz behauptet werden. Die tausend Gestalten des Elends, die sich auch heute mit ihr verbinden, sind nicht, weil aus keiner »Wert-Abspaltung« oder ähnlichem herzuleiten, in irgendeiner Weise zweitrangig. Besonders sticht hervor, dass dem Vordringen von Frauen in ehemalige Männerdomänen bislang kein umgekehrter Drang von Männern in Richtung Herd und Wickeltisch entspricht. Die meisten Kinderwagen werden auch heute von Frauen durch die Welt geschoben. Wenngleich der Trend hier ebenfalls zur Erosion geht, Männer heute also öfter an Herd und Wickeltisch stehen als früher, kann man ihn nicht als besonders ausgeprägt bezeichnen. Als besonders hartnäckig erweisen sich Geschlechterrollen, wenn Kinder im Spiel sind. Einer der möglichen Gründe dafür scheint eine Art Teufelskreis zu sein. Die Gebärfähigkeit ist, vollkommen unabhängig davon, ob Frauen Kinder bekommen wollen oder nicht, prinzipiell ein Nachteil auf dem Arbeitsmarkt; kommt dann tatsächlich ein Kind ins Spiel, sind es mit einer gewissen Folgerichtigkeit dann meistens die weniger verdienenden Frauen, die sich um es kümmern. Allerdings ist dieser Teufelskreis kein unentrinnbarer. Je geringer der Abstand zwischen den Löhnen von Frauen und Männern (und geringer geworden ist er durchaus), umso weniger zwingend die klassische Rollenverteilung. In Schweden wird bereits darüber diskutiert, Eltern gesetzlich zu zwingen, sich den ihnen zustehenden Erziehungsurlaub 50:50 zu teilen, was bislang wenig Anklang findet, aber zeigt, dass die Wandlungsfähigkeit der bürgerlichen Ordnung nicht zu unterschätzen ist. Wie sie sich in dieser Hinsicht darstellt, darüber entscheidet kein Wert und kein Kapital, sondern der alltägliche Geschlechtertrubel, der Streit um Bedürfnisse und Arbeitsteilung.

Diese Konflikte finden heute in einer recht unübersichtlichen Lage statt. Auf der einen Seite steht, wie erwähnt, eine unübersehbare Aufweichung der ehemals scharf polarisierten

Geschlechtscharaktere. Frauen dürfen sich fürs Vaterland totschießen lassen, Fußballspieler, deren Maskulinität außer Frage steht, werben halbnackt für Hautcreme und Unterwäsche. In Argentinien kann sich seit ein paar Jahren sogar jeder nach Belieben für eines von (bislang) zwei Geschlechtern in den staatlichen Ausweispapieren entscheiden, was immerhin bedeutet, dass die ganze vermeintlich unverrückbare, weil naturgegebene Basis des Geschlechterverhältnisses vom Staat höchst selbst für null und nichtig erklärt wird. Auf der anderen Seite wird eben diese Verflüssigung als bedrohlich erlebt und fördert ein Festhalten an traditionellen Bildern. Das Beispiel par excellence dafür bietet natürlich die islamistische Reaktion, die durch Zauselbart und Schleier eine aus den Fugen geratene Ordnung zu retten versucht. Auch im liberal-republikanischen Frankreich gingen letztes Jahr Hunderttausende auf die Straße und legten sich zum Teil mit der Polizei an, um die »traditionelle Familie« zu verteidigen. Aber auch darüber hinaus treibt gerade die fortschreitende Liberalisierung viele zum Rückgriff auf die Tradition, weshalb sich Gegenbeispiele zur Aufweichung der Geschlechtscharaktere zuhauf finden. Wo die zweite Natur, die Gesellschaft, Unsicherheit produziert, soll die erste Sicherheit stiften, was konkret zum Beispiel heißt, dass der Traum vom Kleinfamilienglück unter jungen Leuten wieder mehr Auftrieb bekommt.

Den Kampf gegen antiquierte Geschlechternormen führt die westliche Linke heute, ob sie es will oder nicht, faktisch im Bunde mit den modernen Fraktionen des Establishments, das eben nicht mehr durch die Bank aus chauvinistischen Säcken besteht, sondern auch aus allerhand Beauftragten für *Gendermainstreaming*, *Diversity Management* und ähnliches. Diese Fraktionen stehen für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Staatsbürger, durch die sich die bürgerliche Gesellschaft ihrem Anspruch nach auszeichnet. Was über diesen ohne Frage weiterhin notwendigen Kampf auch heute hinausweist, ist der Vorschlag von Dalla Costa und ihren Genossinnen, Haus- und Lohnarbeit als zwei Seiten derselben Medaille ins Visier zu nehmen. Denn was sich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft eben nie ändern wird, ist, dass die Reproduktion der Menschen immer nur mitgeschleift wird als notwendige Voraussetzung der Mehrwertproduktion, konkret und einfacher gesagt: dass kein Kita-Platz je zu dem Zweck geschaffen wurde, Eltern und vor allem Mütter in den Genuss von mehr freier Lebenszeit zu bringen, sondern nur der Mobilisierung ihrer Arbeitskraft dient (und der Optimierung der nächsten Generation von Arbeitskräften). Daran werden auch alle vernünftigen Forderungen, die heute unter der Chiffre *Care* erhoben werden, ihre Grenze finden. Eine schöne Definition der Commune wäre es, dass sie diese Unterordnung beendet und als eines ihrer zentralen Ziele die Aufhebung der bereits porösen Geschlechterordnung formuliert. Die heutigen Auflösungstendenzen der Familie könnten in ihr zu einem glücklichen Ende getrieben werden, anstatt nur überforderte Alleinerziehende hervorzubringen; der bereits unter der Fuchtel des Kapitals vorangeschrittene Bedeutungsverlust des biologischen Geschlechts würde dann der Freiheit aller Einzelnen zugutekommen.

Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft

- [1.](#) Roswitha Scholz, Der Wert ist der Mann, *krisis* 12 (1992).
- [2.](#) Ebenda, 45.

- [3.](#) Vgl. Karin Hausen, Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere«. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1967.
 - [4.](#) Autonome Gruppe 1. Mai, Kapitalismus und Hausarbeit, online abrufbar unter: entdinglichung.files.wordpress.com.
 - [5.](#) Vertrackt ist allerdings die Frage des Unterhaltsrechts. Dass seit 2008 jeder nach einer Scheidung wieder selbst für seinen Lebensunterhalt aufkommen muss, könnte man an sich als Abschied vom Modell Hausfrau/männlicher Ernährer begrüßen, faktisch sind Frauen aber die großen Verliererinnen dieser Reform, weil sie sich wegen der Kindererziehung nicht voll auf den Arbeitsmarkt begeben konnten. Erhellend dazu: Lily Lent/Andrea Truman, Kritik des Staatsfeminismus, Berlin 2015.
 - [6.](#) Vgl. Wenn ein »Nein!« nicht reicht, *die tageszeitung*, 10.6.2014.
 - [7.](#) Zitiert nach: Alice Kessler-Harris: Out to Work: A history of Wage-earning Women in the United States. New York 1982, 256.
 - [8.](#) Dies ging so weit, dass viele Frauen ihre Ehe aufschoben. Sie wurden als »IWF-Jungfrauen« bekannt.
 - [9.](#) Katharina Mader, Feministische Ökonomie – die »Krisengewinnerin«?, *Kurswechsel* 4 (2013).
 - [10.](#) Mariarosa Dalla Costa, Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, Berlin 1973, online unter klassenlos.tk/data/PDF/dalla_costa.pdf, dort: 13, 3, 4.
 - [11.](#) Dalla Costa, Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, 15.
 - [12.](#) Silvia Federici, Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution, Münster 2012, 53, 66f.
 - [13.](#) Dies., »Ihre Krise und unsere«, Interview in *Jungle World*, 28.6.2012.
 - [14.](#) Dies., Aufstand aus der Küche, 64.
 - [15.](#) Dalla Costa, Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, 3.
 - [16.](#) Federici, Aufstand aus der Küche, 23, 33.
 - [17.](#) Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW 42, 604.
 - [18.](#) Vgl. hierzu Raasan Samuel Loewe, Proletarische Bewegung und Produktivkraftkritik, *Kosmoprolet* 3 (2011).
 - [19.](#) Federici, Aufstand aus der Küche, 73, 78.
 - [20.](#) Ebenda, 84f.
-

- Müller, Ursula; Schröttle, Monika (2004): Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland, Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Nagel, Jeanette (2006): Im Blickpunkt. Frauen in Deutschland 2006, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt
- Pfeiffer, Christian; Hellmann, Deborah (2014): Presseerklärung: Vergewaltigung. Die Schwäche der Strafverfolgung – das Leiden der Opfer, Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.
- Rennefanz, Sabine (2017): Leben in der DDR Was wirklich hinter dem Mythos Ost-Frau steckt. In: Berliner Zeitung v. 22.1.2017. www.berliner-zeitung.de
- Rudolph, Iris (2004): Ist die sexuelle Revolution schon vorbei? Frankfurt a.M.: Materialis
- Terre des femmes (2013): Daten und Fakten zum Thema »Frauenhandel in die sexuelle Ausbeutung«. In: Terre des Femmes v. 15.7.2013. www.frauenrechte.de (pdf)
- Zeit Online (2017): Gender Pay Gap: Frauen erhalten ein Fünftel weniger Lohn als Männer. In: Zeit Online v. 14.3.2017. www.zeit.de

Philipp Krämer

Warum der Markt die ökologische Krise nicht lösen kann

Während im Weißen Haus mit Donald Trump ein Mann regiert, der den Klimawandel leugnet, werden die Folgen desselben immer offensichtlicher: Schwere Unwetter, Tornados, Überschwemmungen und andere Wetterextreme nehmen zu, Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel steigt und die Wüsten breiten sich aus. Die natürlichen Lebensgrundlagen werden vielerorts zerstört, ganze Regionen drohen zu veröden. Vor den Folgen sind schon heute Millionen Menschen auf der Flucht – und ihre Zahl wird steigen.

Dass der Treibhauseffekt maßgeblich durch den Menschen verursacht wird, ist heute wissenschaftlich bewiesen. Wesentliche Faktoren sind die CO₂-Emissionen der fossilen Energieträger Kohle und Erdöl, die durch die Abgase der Industrie, der Kraftwerke, der Autos und der Haushalte in die Atmosphäre gelangen. Hinzu kommen die klimaschädlichen Gase, die in der Landwirtschaft, vor allem bei der Massentierhaltung, anfallen. Das alles ist bekannt. Dennoch wird nichts dagegen unternommen. Warum ist das so?

Die großen Konzerne sind für die meisten Umweltschäden verantwortlich: Sie beuten rücksichtslos Rohstoffe wie Kohle und Gas aus, sie verursachen massive CO₂-Emissionen in energieintensiven Sektoren wie der Aluminium- und Stahlproduktion, Industrieanlagen verunreinigen die Gewässer und eine auf maximale Erträge ausgerichtete Landwirtschaft laugt die Böden aus.¹

Häufig werden insbesondere die Entwicklungsländer für ihre umweltschädliche Technologie gerügt. Dabei werden mindestens

1 Vgl. Altwater (1992); Brunnengräber & Dietz (2011): 95 ff.; Foster (2011a)

drei wichtige Aspekte verschwiegen. Erstens haben die umweltschädigenden Großkonzerne ihre Heimat in den imperialistischen Zentren, nicht im globalen Süden. Zweitens sind die Entwicklungsländer darauf angewiesen, ihre Industrie zügig zu entwickeln, wenn sie sich etwas mehr politische und ökonomische Unabhängigkeit erkämpfen wollen – ökologische Fragen sind aus Sicht dieser Länder demgegenüber nachrangig. Drittens werden die Entwicklungsländer als verlängerte Werkbänke der Monopole genutzt. Ökologisch schädliche Produktion wird von den Großkonzernen immer stärker ausgelagert.

Darauf zu hoffen, dass die Politik flächendeckend strengste Umweltauflagen durchsetzt, ist generell keine gute Idee. Denn täte eine Regierung das, müssten die Konzerne massive Gewinneinbußen hinnehmen und wären im internationalen Wettbewerb stark benachteiligt.

Die vermeintliche Macht des Verbrauchers

Statt die Umweltzerstörung durch Konzerne zu kritisieren, wird in der Klima-Debatte oft an den Einzelnen appelliert: Man solle eben weniger mit dem Auto fahren, Strom sparen, Bio-Produkte kaufen, weniger Fleisch essen und so weiter. Ja, das kann sicher nicht schaden. Allerdings: Ökologisch produzierte und am besten noch fair gehandelte Produkte sind meist deutlich teurer als andere, man muss sie sich also leisten können. Wenn ökologisch nachhaltig produzierte Waren neben anderen im Regal stehen und teurer als diese sind, werden Menschen mit geringem Einkommen – aber wohl nicht nur diese – eher die billigeren Produkte kaufen. In einem Land mit Millionen Arbeitslosen und weiteren Millionen Geringverdienern wäre es jedoch zynisch, ausgerechnet diese Menschen wegen ihres Konsumverhaltens für die negativen Folgen der kapitalistischen Produktionsweise verantwortlich zu machen.

Und selbst wer das Geld hat, kann nie sicher sein, ob etwa die Herkunftsangaben auf den Produkten tatsächlich stimmen – geschweige denn, dass ein Einzelner die Produktionsbedingungen all der Waren, die er täglich konsumiert, bis ins Letzte nachverfolgen

könnte. Die Abgas-Manipulationen deutscher Autokonzerne oder die stetig wiederkehrenden Lebensmittelskandale machen deutlich, dass das Profitinteresse immer wieder dazu führt, dass Umweltstandards gebrochen und die Interessen der Allgemeinheit mit Füßen getreten werden. Die Konzerne nutzen Bio-Siegel und andere Labels, um sich eine Aura der Nachhaltigkeit zu verleihen. Sie geben sich gerne ein grünes Image – und viele Konsumenten fallen gerne darauf rein, weil es ihnen ein gutes Gewissen gibt. Doch letztlich bestimmen die Unternehmer, was und wie produziert wird. Sie werden von ihrem Profitinteresse geleitet, nicht von ethischen Prinzipien. Sie produzieren alles, wofür sie genug Kunden finden.

Das Problem heißt Kapitalismus

Die Bourgeoisie selbst wird auch nicht auf einen nachhaltigen Lebensstil einschwanken. Beim Energieverbrauch stellt der perverse Luxuskonsum der Superreichen einen weiteren – und weltweit wachsenden – Faktor dar. Privatflugzeuge, Yachten, Villen, Limousinen, teure Hotels und Luxusresorts, Diamantenkollieren – alle diese Dinge verschlingen enorme Ressourcen. Es liegt auf der Hand, dass reiche Menschen besonders stark auf Kosten des Planeten leben: Sie fahren die größeren Autos, sie fliegen mehr, sie leben in größeren Häusern und verbrauchen mehr Strom.

Aber das eigentliche Problem liegt tiefer. Zwar verbraucht jede menschliche Gesellschaft Ressourcen. Doch die herrschende Produktionsweise weist einige Besonderheiten auf.² Im Kapitalismus werden Güter nicht produziert, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um sie zu verkaufen. Für die Unternehmen kommt es also gar nicht darauf an, ob die hergestellten Waren nützlich, sinnvoll oder gar ökologisch verträglich sind. Es zählt nur, ob man sie auf dem Markt loswird – und mit welchem Gewinn. Alles ist einem permanenten Zwang zur Verwertung unterworfen. Politik und Medien predigen ewiges Wirtschaftswachstum – kurz, es herrscht eine Logik der Maßlosigkeit.

2 Vgl. Foster (2000); Foster & Magdoff (2010)

Da es dem einzelnen Kapitalisten auf den Profit ankommt, handelt er nicht im Sinne der Allgemeinheit. In ihrem Interesse läge nämlich eine nachhaltige, also langfristig orientierte Wirtschaftsweise. Auf die ökologischen Probleme, die sich aus dem kurzfristigen Profitinteresse ergeben, hat bereits Friedrich Engels hingewiesen: »Wo einzelne Kapitalisten um des unmittelbaren Profits willen produzieren und austauschen, können in erster Linie nur die nächsten, unmittelbarsten Resultate in Betracht kommen. Wenn der einzelne Fabrikant oder Kaufmann die fabrizierte oder eingekaufte Ware nur mit dem üblichen Profitchen verkauft, so ist er zufrieden, und es kümmert ihn nicht, was nachher aus der Ware und deren Käufer wird. Ebenso mit den natürlichen Wirkungen derselben Handlungen. Die spanischen Pflanzler in Kuba, die die Wälder an den Abhängen niederbrannten und in der Asche Dünger genug für eine Generation höchst rentabler Kaffeebäume vorfanden – was lag ihnen daran, dass nachher die tropischen Regengüsse die nun schutzlose Dammerde herabschwemmen und nur nackten Fels hinterließen?«³

Engels fasst zusammen: »Gegenüber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise vorwiegend nur der erste, handgreiflichste Erfolg in Betracht; und dann wundert man sich noch, dass die entfernteren Nachwirkungen der hierauf gerichteten Handlungen ganz andre, meist ganz entgegengesetzte sind [...].«⁴ Zwar haben Kapitalisten ein Interesse daran, ihr Geschäft mittelfristig fortzusetzen. Aber kurzfristig hohe Profite haben immer Vorrang vor einer langfristigen Planung. Kurzfristige Marktvorteile ermöglichen es, die Konkurrenz auszubooten und ebenen so den Weg zur Monopolmacht. Kurze hohe Profitspannen sind wegen des Konkurrenzdrucks wichtiger als langsam wachsender Profit.

Raubbau und Verschwendung

Karl Marx erkannte die zerstörerischen Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise.⁵ Mit Blick auf die schädlichen Folgen in-

3 Engels (1873/82): 455

4 Ebd.

5 Foster (2000)

tensiver Landwirtschaft schrieb er im ersten Band des »Kapital« von 1867: »Jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebne Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit.« Marx fasst zusammen: »Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.«⁶

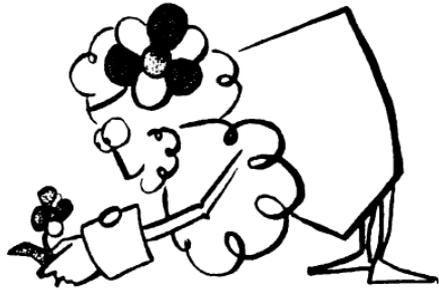
Der Kapitalismus ist darauf angewiesen, dass von allem immer mehr produziert und verkauft wird. Damit der Kapitalist seine Waren auf dem Markt loswird, muss es eine entsprechende Nachfrage geben. Allerdings sind viele Bedürfnisse in erster Linie durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt und nicht etwa Ausdruck der menschlichen Natur. So entspringt der Wunsch nach einem eigenen Auto nicht selten der Sehnsucht nach Unabhängigkeit und Individualität. Und dass so viel Kleidung produziert wird, liegt vor allem an den schnell wechselnden Moden. In den Supermarkt-Regalen stehen 50 verschiedene Shampoos, auch wenn kein Mensch eine solche Auswahl wirklich braucht. Jede noch so kleine Änderung an einem Produkt, unabhängig von ihrem tatsächlichen Nutzen, wird als »Revolution« angepriesen, nur um noch mehr davon abzusetzen. Letztlich wird jeder noch so sinnlose Plunder im Kapitalismus produziert, solange er sich verkaufen lässt. Wer Ressourcenverschwendung bekämpfen will, muss deshalb auch ein Bewusstsein dafür schaffen, was Menschen für ein zufriedenes Leben wirklich brauchen.

Der gesamte Energie- und Ressourcenverbrauch zum Zweck der Werbung beruht ebenfalls nur auf der systembedingten Konkurrenz. Die Unternehmen kämpfen um Marktanteile und investieren deshalb viel Geld in Reklame: Es werden teure Werbespots produziert, Verpackungen überflüssig aufwändig, bunt und glitzernd gestaltet.

6 Marx (1867): 529f.

In einer sozialistischen Gesellschaft wäre diese Form der Massenwerbung überflüssig.

Und noch etwas wäre im Sozialismus sinnlos, ist im Kapitalismus aber gang und gäbe: geplante Obsoleszenz. Das bedeutet, dass Unternehmen ihre Produkte so herstellen, dass sie



vorzeitig kaputt gehen, sodass die Leute ein neues Produkt kaufen müssen.⁷ Hersteller verwenden etwa für das Herausfahren des Objektivs oder für das Umklappen des Spiegels einer Spiegelreflexkamera Zahnräder aus Kunststoff, die schnell verschleifen – obwohl langlebige Varianten nur ein paar Cent teurer wären. Die meisten Smartphone-Akkus halten ungefähr zwei Jahre. Viele Hersteller bauen ihre Akkus so ein, dass Laien sie nicht selbst wechseln können – man muss ein neues kaufen. Und während Röhrenfernseher nicht selten noch funktionieren, wenn sie nach vielen Jahren ausgemustert werden, halten moderne Flachbildfernseher oft nur wenige Jahre. Empfindliche Bauteile wie Kondensatoren werden neben Leistungsbauteilen platziert, die über 100°C warm werden. Das verkürzt ihre Lebensdauer drastisch. Ersatzteile sind kaum erhältlich, obwohl sie oft nur wenige Cent kosten. Wegen hoher Reparaturkosten landen die meisten Bildschirme dann auf dem Müll.

Der Zusammenhang von ökologischer und sozialer Frage

Die kapitalistische Verwertungslogik bringt noch mehr Probleme mit sich. Will man etwa, dass weniger Autos herumfahren, muss man Politik gegen die Autoindustrie machen. Die Folge: Tausende Beschäftigte werden arbeitslos. Der Hinweis auf den drohenden Verlust von Arbeitsplätzen ist deshalb häufig ein Totschlagargument gegen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft. Die betroffenen Beschäftigten wiederum fürchten zu Recht die Schließung ihres Betriebs. So

7 Knauß (2014)

besteht im Kapitalismus ein absurder Interessengegensatz zwischen Jobberhaltung einerseits und einer ökologischen Produktion andererseits. Im Sozialismus hingegen wäre es selbstverständlich, dass die betroffenen Arbeiter keine Nachteile zu erleiden hätten. Denn die Gesellschaft würde die notwendige ökologische Umstellung der Wirtschaft solidarisch organisieren – und Arbeitslosigkeit gäbe es ohnehin nicht.

Unter den herrschenden Verhältnissen drohen durch den Klimawandel außerdem neue soziale Verwerfungen. Die Folgen des steigenden Meeresspiegels beispielsweise treffen die Menschen unterschiedlich, je nachdem, ob sie das Geld haben, in sicherere Gebiete umzuziehen. Ob der Zugang zu Trinkwasser oder der Hochwasserschutz: Die soziale Lage entscheidet darüber, wie gut sich jemand gegen natürliche Gefahren wappnen kann. Es besteht ein untrennbarer Zusammenhang zwischen ökologischer und sozialer Frage.

Warum der technologische Fortschritt alleine keine Lösung bietet

Von Konservativen und Liberalen über Sozialdemokraten bis zu den Grünen wird die Illusion gepredigt, dass die ökologische Krise durch den technologischen Fortschritt gemeistert werden könnte. Nach und nach, heißt es, würden erneuerbare Energien die fossilen Energieträger ersetzen und neue Erfindungen dafür sorgen, dass die Produktion immer effizienter wird. Die Innovationskraft des Kapitalismus gilt als Schlüssel zur Lösung der ökologischen Krise. Doch ist es klug, allein auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu setzen? Kann es einen »grünen Kapitalismus« überhaupt geben?

Zwar ist das Kapital bestrebt, mittels Effizienzsteigerungen die Profitabilität zu erhöhen. Doch wenn die Produktionskosten und somit die Preise der Produkte sinken, werden tendenziell mehr von ihnen verkauft. Auf dieses Paradoxon hat bereits William St. Jevons im 19. Jahrhundert aufmerksam gemacht: Der Ressourcenverbrauch steigt insgesamt, gerade weil Ressourcen beim einzelnen Produkt gespart werden. Beispiel Handy: Hatten früher nur manche Leute ein Mobiltelefon, ist es heute für viele Leute normal, sich jedes Jahr ein

neues Smartphone zu kaufen – einfach, weil die Preise so stark gesunken sind.

Ein anderes Problem ist, dass Produktionsmethoden, die heute völlig ineffizient sind, in Zukunft profitabel werden können. Steigen etwa die Preise der fossilen Energieträger, werden Investitionen in bisher teure – und extrem umweltschädliche – Fördermethoden (zum Beispiel Öl-Sand, Öl-Schiefer und Tiefsee-Öl) rentabel. Selbst wenn die erneuerbaren Energien wirtschaftlich attraktiver werden und sich ausbreiten, ist also noch lange nicht Schluss mit dem Verbrauch von Kohle und Öl.

Warum es keinen »grünen Kapitalismus« geben kann

Ökologisch zu produzieren, ist kostenintensiver für die Konzerne und damit potenziell ein Wettbewerbsnachteil. Die Unternehmen wälzen außerdem die ökologischen »Kosten« ihrer Produktion weitgehend ab. Das bedeutet, dass der Staat beispielsweise die Renaturierung von industriell verunreinigten Gewässern bezahlen muss. Überhaupt sind es der Staat und die privaten Haushalte, welche die Kosten für die Bekämpfung des Klimawandels und den Schutz vor seinen zerstörerischen Folgen tragen. Deshalb schlagen manche Befürworter eines »grünen Kapitalismus« vor, Produkte, deren Herstellung die Umwelt besonders stark belastet, steuerlich zu verteuern. Indem die ökologischen Kosten – wie auch immer diese sich berechnen lassen – in die Waren eingepreist werden, soll für die Industrie ein Anreiz geschaffen werden, effizienter und umweltfreundlicher zu produzieren.

Allerdings besteht unter kapitalistischen Verhältnissen ein Dilemma: Entweder sind solche »Strafsteuern« zu niedrig, sodass dadurch keine Änderung in der Herstellung bewirkt wird, oder sie sind zu hoch, sodass die betroffenen Unternehmen in der internationalen Konkurrenz deutlich benachteiligt wären. Keine Regierung eines kapitalistischen Staates hat jedoch die Absicht, die eigene nationale Wirtschaft zu schwächen. Wirksame Aufpreise werden deshalb sicher nicht durchgesetzt. Und überhaupt: Was würden solche gesetzlich festgelegten Aufpreise bedeuten? Sie würden sich in einer sozial

ungleichen Gesellschaft wie der unsrigen ganz verschieden auf die Menschen auswirken. Während Wohlhabende wenig spüren würden, könnten sich andere Leute kaum noch etwas leisten.⁸

Warum eine bloße Wachstumskritik nicht ausreicht

Da die zerstörerischen Auswirkungen des globalen Kapitalismus immer offenkundiger werden, gibt es auch einige Politiker, Publizisten und Wissenschaftler, die den herrschenden Wachstumszwang kritisieren. Meistens stellen sie jedoch nicht den Kapitalismus an sich infrage. So gibt es Konzepte, die auf ein »begrenzt« Wachstum oder auf »Null-Wachstum« setzen. Da gibt es nur ein kleines Problem: Der Kapitalismus kann nicht einfach so auf Wachstum verzichten. Wachstum ist ja letztlich nur ein anderer Ausdruck für die Kapitalakkumulation, ohne die der Kapitalismus nicht funktionieren kann.

Angenommen, eine Regierung würde dennoch Maßnahmen ergreifen, die das Wachstum beschränken oder auf null reduzieren: Was würde geschehen? Die Kapitalisten würden versuchen, Verluste auf die Beschäftigten abzuwälzen – die Löhne würden sinken und die Arbeitslosigkeit stiege. »Wachstumskritische« Konzepte bieten daher keine Lösung.⁹ Es geht weder darum, den Kapitalismus durch Gesetze oder verbesserte Technologien ökologischer zu machen, noch darum, ihn des Wachstums – und damit seines Motors – zu berauben. Denn beides kann nicht funktionieren. Vielmehr muss der Kapitalismus abgeschafft und durch eine nachhaltige, humane Wirtschaftsweise ersetzt werden: den Sozialismus.

Ein radikales Umsteuern ist notwendig, um den nachfolgenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Schon Marx betonte, dass der Planet kein Rohstofflager ist, aus dem man sich ohne Rücksicht auf Verluste bedienen kann: »Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern

8 Vgl. Brouns & Witt (2008): 67 ff.

9 Vgl. Foster (2011b)

Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* [gute Familienväter] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.«¹⁰

Die Chancen einer geplanten Wirtschaft

Die Bemühungen, ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaftssystem aufzubauen, stoßen, wie gesehen, innerhalb des Kapitalismus schnell an Grenzen. Es liegt nun mal im Interesse der Konzerne, noch den letzten Tropfen Öl und den letzten Brocken Kohle aus der Erde zu holen und zu verfeuern. Sie verdienen daran, rücksichtslos Ressourcen zu plündern. Anders kann der Profit nicht immer weiter gesteigert werden. Die innere Logik des Kapitalismus verhindert eine nachhaltige Produktion, seine ganze Funktionsweise beruht auf exponentiellem Wachstum, also unendlicher und prinzipiell maßloser Ressourcennutzung.

In einer geplanten Wirtschaft wären Dinge möglich, die heute unrealistisch erscheinen, die aber notwendig sind, um die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu sichern. Beispiel: Individualverkehr. Egal, ob elektrischer oder Verbrennungsmotor – es ist ökologisch unsinnig, dass jeder mit einem eigenen Auto unterwegs ist. Dadurch wird viel Energie verbraucht – mal abgesehen von den Ressourcen, die nötig sind, um Millionen Autos zu bauen. Vielmehr sollten überall Busse, Straßenbahnen und Züge fahren. Der öffentliche Nahverkehr gehört massiv ausgebaut und hat obendrein kostenlos zu sein. Dann würden CO₂-Emissionen verringert und Mobilität wäre kein Luxus. Ein solch radikaler Umbau widerspricht aber den Interessen der Kapitaleigner. Er kann nur gelingen, wenn die Industrie vergesellschaftet wird und dadurch den gesellschaftlichen Willen realisieren kann. Das gleiche gilt für den Ausstieg aus Kohle und Atomenergie, die flächendeckende Nutzung erneuerbarer Energien oder die Förderung regionaler Produktionskreisläufe.

10 Marx (1894): 784

Deutlich wird auch, dass eine wesentliche Ursache ökologischer Probleme im Widerspruch zwischen Einzelinteresse und Gesamtinteresse, also zwischen dem Interesse der Kapitalisten an Profit und dem Interesse der Gesellschaft am Erhalt einer gesunden Umwelt, begründet liegt. Dieser Widerspruch kann nur durch die Abschaffung des Klassengegensatzes aufgehoben werden. Erst dann könnte die Gesellschaft diese Mammutaufgabe bewältigen: eine radikale ökologische Wende, demokratisch beschlossen, zentral geplant und organisiert, vor Ort in vielfältiger Weise umgesetzt.

Freilich, auch im Sozialismus wird der Mensch Ressourcen verbrauchen, kann auf eine effiziente Landwirtschaft und industrielle Produktion nicht verzichtet werden. Aber der Umgang mit der Natur, die Nutzung ihrer Ressourcen, würden einer anderen, einer vernünftigen und langfristig orientierten Logik folgen. Produkte würden so hergestellt, dass sie eine lange Lebensdauer haben, denn der Zwang zum ewigen Wachstum entfiel. Der Verbrauch könnte so auf ein notwendiges Maß reduziert werden. Marx hat es so formuliert: Es gehe darum, »dass der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn.«¹¹

Literatur

- Altvater, Elmar (1992): Der Preis des Wohlstands – oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung. Münster: Westfälisches Dampfboot
- Brouns, Bernd; Witt, Uwe (2008): Klimaschutz als Gelddruckmaschine. In: Altvater, Elmar; Brunnengräber, Achim (Hg.): Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierete Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg: VSA, 67-87

11 Ebd.: 828